

### Staatsverschuldung und Finanzkrise

Mallock, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Bibliographie / bibliography

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mallock, W. (2011). *Staatsverschuldung und Finanzkrise*. (Recherche Spezial, 2/2011). Bonn: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-371746>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Staatsverschuldung und Finanzkrise

2011|02



---

# **Staatsverschuldung und Finanzkrise**

bearbeitet von  
Wolfgang Mallock

ISSN: 1866-5810 (Print)  
1866-5829 (Online)  
Herausgeber: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften  
Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften (FIS)  
bearbeitet von:  
Programmierung: Siegfried Schomisch  
Druck u. Vertrieb: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften  
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0  
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung von GESIS durch den Bund und die Länder gemeinsam bereitgestellt.

© 2011 GESIS. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

## Inhalt

Vorwort .....	7
---------------	---

### Sachgebiete

1	Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise in den USA.....	9
2	Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise in Deutschland.....	19
3	Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise in Europa.....	48
4	Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise weltweit.....	64
5	Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise und deren Konsequenzen nach Ausbruch der jüngsten Finanzkrise.....	76
6	Reflektion der Staatsverschuldung / Finanzkrise in den Medien.....	104
7	Internationale Sichten, Vergleiche zur Staatsverschuldung / Finanzkrise.....	108

### Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	123
Personenregister.....	125
Sachregister.....	129
Institutionenregister.....	141

### Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur.....	145
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	145



---

## Vorwort

Der vorliegende Recherche Spezial beleuchtet auf der Basis von Literatur- und Forschungsprojekt-Nachweisen aus den GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS schlaglichtartig die Diskussion zu den Themen *Staatsverschuldung und Finanzkrise* – auch mit historischen Akzenten.

Im Zentrum stehen die Diskussionen zu den Entwicklungen bis 2007 / 2008 – dem Ausbruch der Immobilienkrise sowie des Zusammenbruchs von Lehman Brothers Inc. in New York – als auch die darauf folgenden Reaktionen zur Eindämmung der Krise in den USA, Deutschland und Europa. Mit dem Fokus „weltweit“ werden auch Entwicklungen in anderen Regionen der Welt (bspw. Japan, Argentinien, Russland) erfasst. Aus dem breiten Spektrum der Diskussionen zu den Wirkungen von Staatsverschuldung und Finanzkrisen wird im Kapitel 5 eine kleine Auswahl präsentiert.

Da Krisen - insbesondere Finanzkrisen - ein ausgeprägtes psychologisches Moment haben, wird in einem kleinen Kapitel der Umgang der Medien mit den hier behandelten Themen beleuchtet.

Für den deutlichen Anstieg der Staatsverschuldung in Deutschland in den 1990er Jahren werden die Kosten der Deutschen Einheit betont. Im gleichen Zeitraum stieg aber die Staatsverschuldung auch in anderen Industrieländern deutlich.

Betrachtet man einen längeren Zeitraum, so wird deutlich, dass seit den 1970er Jahren in Deutschland auf Krisen mit staatlichen Interventionen reagiert wurde, die die Staatsverschuldung dauerhaft erhöhten. Das in der Krise investierte Geld konnte im folgenden konjunkturellen Aufschwung nicht refinanziert werden. Die nächste Krise traf jeweils auf einen höheren Schuldensockel. In Schweden gelang es, den Schuldenstand (in Euro) seit Mitte der 1990er Jahre annähernd konstant zu halten und gemessen in Prozent des BIP zu senken. In Deutschland stieg der Schuldenstand im Vergleichszeitraum sowohl in absoluten Zahlen wie auch in Relation zum BIP.

Das Spektrum der Antworten auf die vielfältigen Herausforderungen, die aus Staatsverschuldung und Finanzkrise erwachsen, ist sehr breit. Dies kann man wohl als Indiz dafür nehmen, dass auch hier für das Finden und Realisieren von Lösungen einer der Leitsätze des Workshop „Framing Futures: Science, Technology and Global Challenges“ an der RWTH Aachen gilt. „There is no true prediction, just modeling and forecasting“.

### Links:

- zur Entwicklung der Staatsverschuldung in Europa für ausgewählte europäische Länder siehe auf der Basis der Daten von Eurostat:  
[http://www.google.de/publicdata/explore?ds=ds22a34krhq5p\\_&met\\_y=gd\\_pc\\_gdp&idim=country:de&dl=de&hl=de&q=staatsverschuldung#ctype=l&strail=false&nselm=h&met\\_y=gd\\_pc\\_gdp&scale\\_y=lin&ind\\_y=false&rdim=country\\_group&idim=country:de:fr:it:se:uk&ifdim=country\\_group&hl=de&dl=de](http://www.google.de/publicdata/explore?ds=ds22a34krhq5p_&met_y=gd_pc_gdp&idim=country:de&dl=de&hl=de&q=staatsverschuldung#ctype=l&strail=false&nselm=h&met_y=gd_pc_gdp&scale_y=lin&ind_y=false&rdim=country_group&idim=country:de:fr:it:se:uk&ifdim=country_group&hl=de&dl=de;);  
Internetfundort mit Stand vom 19.09.2011
- zur Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland:  
[http://www.crp-infotec.de/01deu/finanzen/\\_finanzen.html](http://www.crp-infotec.de/01deu/finanzen/_finanzen.html);  
Internetfundort mit Stand vom 19.09.2011)
- zum Workshop „Framing Futures: Science, Technology and Global Challenges“:  
<http://www.e-politik.de/lesen/artikel/2011/wissenschaft-der-zukunft-zugewandt/>;  
Internetfundort mit Stand vom 19.09.2011)



---

\*\*\*

Quellen der nachfolgenden Informationen sind die GESIS-Datenbanken SOLIS und SOFIS und die sechs englischsprachigen sozialwissenschaftlichen Datenbanken des Herstellers Cambridge Scientific Abstracts (CSA), die über die Nationallizenzen in [www.gesis.org/sowiport](http://www.gesis.org/sowiport) eingebunden sind. Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für SOFIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben.

Die CSA-Datenbanken bieten Nachweise zu Forschungsergebnissen mit Schwerpunkt auf Soziologie und Politikwissenschaft einschließlich benachbarter Gebiete aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; sie beziehen sich überwiegend auf internationale Zeitschriften, aber auch auf Bücher, Buchkapitel sowie z. T. auf Rezensionen.

Die Nachweise sind alphabetisch nach Autoren sortiert. Nachweise aus der Literaturdatenbank SOLIS sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Nachweise aus der Forschungsprojektdatenbank SOFIS mit einem "-F". Nachweise aus den CSA-Datenbanken sind entsprechend durch "-CSA" kenntlich gemacht. Die Nachweise und Abstracts aus den CSA Datenbanken Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA), Physical Education Index (PEI), Worldwide Political Science Abstracts (WPSA), Sociological Abstracts (SA), Pais International und Social Services Abstracts (SSA) werden mit der Erlaubnis von ProQuest LLC zur Verfügung gestellt. Weiterverbreitung und Nachdruck der Nachweise ist ohne Lizenz nicht erlaubt.

Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf die laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

## 1 Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise in den USA

[1-L] Anacker, Katrin B.; Carr, James H.:

**Die Immobilienkrise in den USA: Ursachen, Auswirkungen und ein vorläufiger Ausblick**, in: Die Alte Stadt : Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung, Jg. 36/2009, H. 2, S. 283-296

**INHALT:** Im vorliegenden Beitrag werden die Hintergründe der aktuellen Krise ausgeleuchtet, für die der hohe Stellenwert des Wohneigentums in den USA eine Folie bildet. Die staatliche Förderung hat über Jahrzehnte hinweg dem Leitbild Wohneigentum in der amerikanischen Gesellschaft eine hohe Priorität eingeräumt. Die Risiken der Kreditvergabe werden analysiert und die Folgen notleidender Kredite wie Kündigung und Zwangsvollstreckung werden erwogen. Schätzungen gehen von 8,1 Millionen Zwangsvollstreckungen für die nächsten vier Jahre aus. Neue Hoffnungen werden schließlich auf Interventionen und eine Umkehr der bisherigen Regierungspraxis gesetzt. (ICE2)

[2-L] Bello, Walden:

**Die Krise des Globalisierungsprojekts und die Wirtschaftspolitik von George W. Bush**, in: Marc Engelhardt (Hrsg.) ; Markus Steigenberger (Hrsg.): Die Umwelt in der Globalisierungsfalle : das Buch zum Kongress von Attac, BUND und Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie, Berlin: VSA-Verl., 2003, S. 24-36, ISBN: 3-89965-029-8 (Standort: UuSt Köln(38)-30A4932)

**INHALT:** Der Beitrag diskutiert einige Schlüsselemente der Weltkonjunktur und skizziert in groben Zügen ein Bild des globalen politischen und wirtschaftlichen Kontexts, in den Strategien des umweltpolitischen Aktivismus gestellt werden sollten. Zur Krise des US-amerikanischen und neoliberalen Globalisierungsprojekts werden drei Aspekte näher erörtert: (1) Der erste Moment war die Finanzkrise in Asien 1997. Dieses Ereignis, das die "Tigerstaaten" Ostasiens zu Boden streckte, bewies, dass einer der Schlüsselgrundsätze der Globalisierung - die Liberalisierung des Kapitalverkehrs zur Förderung von Kapitalflüssen, insbesondere von Finanz- oder Spekulationskapital - äußerst destabilisierend sein kann. Die Asienkrise war das "Waterloo" des IWF, des maßgeblichen globalen Sachwalters der liberalisierten Kapitalströme. (2) Der zweite Moment der Krise des Globalisierungsprojekts war der Abbruch der dritten WTO-Konferenz in Seattle im Dezember 1999. Die Entwicklungsländer rebellierten im Convention Center gegen das Diktat des Nordens, 50.000 Aktivisten veranstalteten Massendemonstrationen in den Straßen, und ihre eigenen Differenzen hinderten EU und USA daran, geschlossen zu handeln. (3) Der dritte Moment war der Absturz des Aktienmarktes und das Ende des Clinton-Booms. Der geschah im März 2001 und führte zu anhaltender Stagnation und dem Beginn der Deflation. (ICA2)

[3-L] Bieling, Hans-Jürgen:

**Wenn der Schneeball ins Rollen kommt: Überlegungen zur Dynamik und zum Charakter der Subprime-Krise**, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Jg. 16/2009, H. 1, S. 107-121

**INHALT:** Der Beitrag nimmt das von Charles Kindleberger mit Bezug auf Hyman Minsky entwickelte krisentheoretische Modell zum Ausgangspunkt, um die Ursprünge und einzelnen Phasen der Subprime-Krise zu identifizieren. Auf der Basis einer Einbettung in die Geschichte der Finanzmarktarchitekturen argumentiert er weiter, dass die globalen Finanzmärkte in den US-amerikanischen Reproduktionskreislauf und nicht, wie allgemein angenommen, das amerikanische System in das globale System integriert ist. Genau aus diesem Grund unterscheidet sich die Subprime-Krise mit ihrem Ausgangspunkt in den USA von anderen Krisenprozessen wie z. B. der japanischen Immobilienkrise oder den Währungs- und Finanzkrisen der 1990er Jahre. (ICE2)

[4-L] Blomert, Reinhard:

**Die Subprime-Krise: oder wie aus der Immobilienkrise eine handfeste Wirtschaftskrise wird**, in: Stephan A. Jansen (Hrsg.) ; Eckhard Schröter (Hrsg.) ; Nico Stehr (Hrsg.): *Mehrwertiger Kapitalismus : multidisziplinäre Beiträge zu Formen des Kapitalismus und seiner Kapitalien*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2008, S. 129-147, ISBN: 978-3-531-15864-8

**INHALT:** Die weltweiten Folgen der Immobilienkrise in den USA, die unter dem Jargonbegriff "subprime" für schlechte Risiken bei Hypothekenverträgen bekannt wurde, sind bis heute (Stand Februar 2009) noch nicht abzusehen. Wie kaum eine andere Krise steht sie als Inbegriff für die globalen Risiken und Krisenerscheinungen eines Finanzkapitalismus, der sich von der "Realwirtschaft" bzw. der Produktion zunehmend entfernt. Der Autor beschreibt die Hintergründe dieser Entwicklungen auf dem US-Hypothekenmarkt. Die Realwirtschaft ist seit "neoliberalen Wende" in den 1980er Jahren immer mehr in die Hand der Börsianer und shareholder geraten; aus dem fordistischen Industriekapitalismus wurde ein hoch spekulativer Finanzkapitalismus. Durch den Druck der Börse wurden die Manager mit dem "shareholder value" gezwungen, immer höhere Renditen für die Aktionäre zu schaffen, wodurch zugleich die stakeholder an Einfluss verloren, also die Arbeiter, die Kommunen, die Zulieferer und die Umwelt. Die Hypothekenmakler und die Börsen machten daraus ein Geschäft; der Wunsch nach einem bestimmten Lebensstandard ließ sich in ein Schuldverhältnis ummünzen, das anfänglich hohe Gewinne abwarf. Der Autor diskutiert abschließend möglichen Folgen für die globale Wirtschaft, also "wie aus der Immobilienkrise eine handfeste Wirtschaftskrise wird". (ICA2)

[5-L] Dieter, Heribert:

**Internationale Finanzmärkte und die Verschuldung der USA**, in: Tobias Debiel (Hrsg.) ; Dirk Messner (Hrsg.) ; Franz Nuscheler (Hrsg.): *Globale Trends 2007 : Frieden, Entwicklung, Umwelt*, Bad Liebenzell: Fischer Taschenbuch Verl., 2006, S. 289-304, ISBN: 978-3-596-17174-3 (Standort: UB Bielefeld(361)-12/IU840/G5T7/2007)

**INHALT:** Auf den internationalen Finanzmärkten sind die wichtigsten Trends der anhaltend hohe Kapitalbedarf der USA und die daraus resultierenden Risiken für die Stabilität des internationalen Finanzsystems. Der amerikanische Kapitalbedarf - Resultat eines wachsenden Leistungsbilanzdefizits - konnte dank der hohen Ersparnis der asiatischen Länder bislang problemlos gedeckt werden. Dieses Ungleichgewicht wird jedoch über kurz oder lang beseitigt werden müssen. Die internationalen Finanzmärkte sind durch die stark wachsende Außenverschuldung der USA verwundbar geworden. Ein Zinsanstieg in den USA würde auch für die Entwicklungs- und Schwellenländer die Finanzierungskosten erhöhen. Aber erst eine größere Finanzkrise im Zentrum der Weltwirtschaft wird die Bereitschaft zu Global Economic Governance wachsen lassen. (ICE2)

[6-L] Evans, Trevor:

**Die gegenwärtige Finanzkrise und die Grenzen der US-amerikanischen Geldpolitik**, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 38/2008, Nr. 4 = H. 153, S. 513-533 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Seit den 1980er Jahren hat sich in den USA ein Finanzkapitalismus herausgebildet, in dem Wachstum in hohem Maße von Kreditexpansion und Aktienblasen abhängig ist. Die Profitabilität stieg ständig und es kam zu einer massiven Einkommensumverteilung zu Gunsten der obersten 1% der Einkommensbezieher. Dieses Modell brach mit der Finanzkrise zusammen, die im April 2007 begann und sich mit dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers im September 2008 vertiefte. Die traditionellen Instrumente der Geldpolitik stellten sich als unwirksam heraus und der Staat war gezwungen, das Finanzsystem teilweise zu verstaatlichen. Banken verweigern sogar gut bekannten Firmen Kredite und die amerikanische Wirtschaft schlittert in eine Rezession, die die Probleme im Finanzsektor noch verschärfen wird. (ICEÜbers)

[7-L] Fukuyama, Francis:

**Ein Mangel an Realitätssinn: die Finanzkrise fordert nichts weniger als das US-Wirtschaftssystem heraus**, in: Internationale Politik, Jg. 64/2009, Nr. 5, S. 80-83 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Weder Republikaner noch Demokraten zeigen große Einsichten in die Ursachen der Finanzkrise. Doch um die globale Wirtschaft auf Kurs zu bringen, bedarf es nicht nur diverser Konjunkturpakete zur Umsetzung von Reformvorhaben. Haushalte und Unternehmen werden viel länger ihre Kredite abbezahlen als in früheren Rezessionen. Um aus der Krise heraus zu kommen, werden die USA ihre Staatsschulden beträchtlich erhöhen müssen. Notwendig ist ein alternatives Kapitalismusmodell, um die Wirtschaft wieder in den Griff zu bekommen und Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen. (ICE2)

[8-L] Galbraith, James K.:

**Lehren des New Deal: was wir von Roosevelt lernen können**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54/2009, H. 7, S. 48-56 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/juli/lehren-des-new-deal](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/juli/lehren-des-new-deal))

**INHALT:** Die gegenwärtige Krise wird oft mit der Großen Depression Anfang der 30er Jahre verglichen. In diesem Kontext erfährt auch die Geschichte des New Deal verstärkte Aufmerksamkeit. Der Autor wendet sich gegen den in den Vereinigten Staaten aufkommenden Abgesang auf Roosevelts Antikrisenpolitik. Die direkte Intervention der Politik ins Wirtschaftsgeschehen hat damals sehr wohl positive Wirkungen gezeitigt, gerade hinsichtlich des Rückgangs der Arbeitslosigkeit und des staatlichen Ausbaus der Infrastruktur - mithin also gerade dort, wo sich der New Deal über die Partikularinteressen der Geschäftswelt hinwegsetzt hat. Ein "revival" des New Deal ist für der Autor aus folgenden Gründen angesagt: (1) Genau wie unsere gegenwärtigen Probleme erwuchs die Große Depression aus einem Zusammenbruch des Bankensystems und der Vermögenswerte - eben dem Great Crash. Dies schloss die Möglichkeit aus, die Krise dadurch zu überwinden, dass man sich zunächst auf eine Wiederbelebung des Finanzsystems konzentrierte. (2) Der New Deal bestand größtenteils in der Schaffung einer umfassenden Sozialversicherung und darin, Institutionen für kollektives Handeln einzurichten oder zu stärken, unter Einschluss der Gewerkschaften. (3) Die Beschäftigungswirksamkeit der als New Deal bezeichneten Maßnahmen ist in der neueren Fachliteratur oft unterschätzt oder sogar verfälscht worden, was zum Teil an der weit verbreiteten Missdeutung der Statistiken liegt. (4) Die beschäftigungspolitischen Maßnahmen, mit denen der New Deal begann, waren nicht als "fiskalischer Stimulus" sondern eher als Programme gedacht, mit denen Arbeitsplätze geschaffen und öffentliche Investitionen angeregt werden sollten. (ICA2)

[9-L] Gowan, Peter:

**Causing the credit crunch: the rise and consequences of the New Wall Street System**, in: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 25/2009, No. 1, S. 18-43

**INHALT:** "Der Artikel erklärt die derzeitige Kreditkrise mit der strukturellen Transformation des Wall Street-Systems seit Mitte der 1980er Jahre. Nach Einschätzung des Autors haben die aus den Veränderungen hervorgegangene Finanzstruktur und ihre AkteurInnen die Krise entscheidend vorangetrieben. Die Hauptelemente des neuen Wall Street-Regimes haben dazu beigetragen, dass die Krise so spektakuläre Ausmaße annehmen konnte. Der Artikel beschreibt überdies die sozioökonomischen und die soziopolitischen Charakteristika des US-amerikanischen Kapitalismus seit den 1970er Jahren und schafft auf diese Weise ein besseres Verständnis für die Wurzeln der aktuellen Krise. Schließlich werden mögliche Folgen der Krise für das globale Finanzsystem und die weltweiten Schuldner- und Gläubigerverhältnisse diskutiert." (Autorenreferat)

[10-L] Hiß, Stefanie; Rona-Tas, Akos:

**Consumer and corporate credit ratings and the subprime crisis in the U.S. with some lessons for Germany**, in: Hans-W. Micklitz: Consumer loans and the role of the credit bureaus in Europe, 2010, S. 5-28 (Graue Literatur; [cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/13977/RSCAS\\_2010\\_44.pdf?sequence=1](http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/13977/RSCAS_2010_44.pdf?sequence=1))

**INHALT:** "Both consumer and corporate credit ratings played a role in the U.S. subprime mortgage crisis. The consumer credit score, once it became the main and often the only measure of creditworthiness, could not effectively predict consumer default. We identify reactivity or 'gaming the system', the omitted variable problem, correlated defaults, and endogeneity as the weaknesses that resulted in the deterioration of the FICO(R) score and subsequent decline of the quality of consumer credit assessment. Corporate rating agencies which assessed the securitized mortgage credit pools and that use a less formalized methodology were hampered by data problems created by bad scores, and suffered from correlated defaults and conflicts of interest. We also briefly compare the German and the U.S. situation." (author's abstract) |

[11-L] Knothe, Danko; Mildner, Stormy-Annika:

**Abschied vom Benign Neglect?: auf dem Weg zu einer neuen Finanzmarktordnung in den USA**, (SWP-Studie, S 20), Berlin 2009, 35 S. (Graue Literatur; [nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-251216](http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-251216))

**INHALT:** "In der schwersten Rezession der Nachkriegszeit stehen die USA vor tiefgreifenden Veränderungen ihrer Finanzmarktarchitektur. Die bisherigen Entscheidungen und die vorliegenden Reformvorschläge lassen erwarten, dass sich die Rolle des Staates, der ordnungspolitische Rahmen für die Finanzmarktakteure und der Fokus staatlicher Regulierung nachhaltig verändern werden. In diesen Entwicklungen spiegeln sich Erfahrungen aus der Finanzkrise und veränderte politische Prioritäten wider. Der in den letzten Jahren vorherrschende und auch von der Bush-Administration ausdrücklich unterstützte Ansatz eines Benign Neglect (einer 'wohlwollenden Vernachlässigung'), bei dem im Vertrauen auf die Marktakteure eine konsequente Überwachung neuer Finanzinstrumente und bestimmter Risikosektoren bewusst unterblieb, findet kaum noch Befürworter. Die bislang vernachlässigten Risiken haben sich als zu groß erwiesen, eine ökonomische Abwärtsdynamik in Gang gesetzt und massive Interventionen des Staates notwendig gemacht. Im Zuge der Bankenrettung ist die US-Regierung zum wichtigsten Taktgeber der Finanzmärkte und der amerikanischen Wirtschaft geworden." (Autorenreferat)

[12-L] Lehmbbruch, Gerhard:

**Das politische Dilemma der "Reaganomics"**, in: Heinrich Mäding (Hrsg.): Sparpolitik : ökonomische Zwänge und politische Spielräume, Wiesbaden: Westdt. Verl., 1983, S. 100-122, ISBN: 3-531-11659-2

**INHALT:** Dieser Aufsatz gibt aus der Perspektive vergleichender Politikforschung eine Darstellung der wirtschaftspolitischen Konzeption und Praxis der Reagan-Administration in den USA. Innerhalb dieser "Reaganomics" erscheint neben dem Abbau der Defizite auch der Abbau der Staatsquote am Sozialprodukt als erklärtes Ziel. Bei den Instrumenten wird die Senkung öffentlicher Ausgaben ergänzt von Steuersenkungen, die neues Wachstum stimulieren sollen. Vor dem Hintergrund einer stark fragmentierten politischen Willensbildung wird die Chance wirtschaftspolitischer Erfolge dieser Strategie skeptisch eingeschätzt. (MH2)

[13-L] Ling, L.H.M.:

**Neoliberal neocolonialism: comparing enron with Asia's 'crony capitalism'**, in: Dirk Wiemann (Hrsg.) ; Agata Stopinska (Hrsg.) ; Anke Bartels (Hrsg.) ; Johannes Angermüller (Hrsg.): Discourses of violence - violence of discourses : critical interventions, transgressive readings, and post-national negotiations, Wien: P. Lang, 2005, S. 93-105, ISBN: 0-8204-7762-1 (Standort: UB Bonn(5)-2006-649)

**INHALT:** Am Beispiel eines Vergleiches der größten Firmenpleite der Geschichte Amerikas (Enron) und der Asienkrise 1997/1998 geht es bei dem Beitrag um eine Analyse von Korruption, anglo-ame-

rikanischer Hegemonie und neokolonialistischer Weltwirtschaft und ihre politischen Auswirkungen auf die globalen Machtverhältnisse. Die Ursachen für die genannten Krisen lassen sich - dem Autor zufolge - mit dem Stichwort "Crony Capitalism - Spießgesellentum des Kapitalismus" umschreiben. Die Idee des "Crony Capitalism" fasst eine ganze Reihe von Verbrechen zusammen: nationale ökonomische Strategien, die auf eine nationale ökonomische Entwicklung abzielen; jegliches Versäumnis, die Forderungen der World Trade Organization für freien Handel einzuhalten; Korruption; ein Zögern in Bezug auf die "Deregulierung"; ein Mangel an "Transparenz"; und ein allgemeines Verweigern der standardisierten Buchführung. Der Beitrag entlarvt den US-neoliberalen Diskurs über die Asienkrise als Kritik am asiatischen Modell (d.h. die Fehlfunktionen der Banken- und Finanzsysteme wurden auf das gesamte politische, ökonomische und soziale Gefüge in den Krisenländern zurückgeführt, welches durch Korruption und Vetternwirtschaft gekennzeichnet ist) und zieht Parallelen mit analogen Diskursen innerhalb der USA um den Kampf gegen den Terror nach dem 11. September. Auffallend an diesen Diskursen ist vor allem die Einstellung der Bush-Administration gegenüber dem "Anderen" als Inbegriff des Bösen. Die Schlussfolgerung ist, dass der neoliberale Kolonialismus, in welcher Form auch immer, nur ein Ziel hat, nämlich die Interessen der eigenen Elite zu wahren. (ICH)

[14-L] Marcuse, Peter:

**Ein anderer Blick auf die Subprime Krise**, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 38/2008, Nr. 4 = H. 153, S. 561-568 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die sogenannte "Subprime-Krise" reflektiert eine fundamentale Krise des Wohnungswesens: die Unfähigkeit des Marktes, einer großen Anzahl von Amerikanern angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das Einkommen der Privathaushalte ist zu niedrig und die Gewinnerwartungen des privaten Wohnungsmarktes sind zu hoch. Der Staat reagierte hierauf mit Programmen, die an beiden Polen dieses Widerspruchs festzuhalten suchten: er förderte privates Wohneigentum auf dem privaten Wohnungsmarkt für Niedrigverdiener. Eine Reregulierung dieses Marktes oder Reparaturmaßnahmen wie die Entlastung von in Schwierigkeiten geratenen Hausbesitzern löst das Problem jedoch nicht. Ein radikaler Wandel muss her. Gebraucht wird eine Aufklärungskampagne, die die Grenzen von Wohneigentum und mögliche Alternativen aufzeigt. Die Kluft zwischen den Kosten des Wohnens und der Zahlungsfähigkeit muss mit öffentlichen Mitteln überbrückt werden, bis adäquate Einkommen gesichert sind. (ICEÜbers)

[15-L] Mayer, Margit:

**Das neue Elend der US-Städte: eine avancierte Form des Klassenkampfes von oben**, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 41/2011, Nr. 2 = H. 163, S. 253-272 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "The recent financial and economic crisis had its origins in the subprime mortgage collapse that wreaked havoc across urban America, with exploding foreclosure and eviction rates confronting municipalities with entirely new challenges. On top of these housing market and vacancy problems, the financial crisis has squeezed municipal budgets so that local politicians have themselves resorted to risky fiscal innovations as well as to increasingly severe cuts in public sector and social programs, aggravating poverty, homelessness and the decay of public urban infrastructures. While these developments occur unevenly across different types of cities and regions, and state measures to deal with the accelerating social problems have also varied, trends of instrumentalizing the 'budget crisis' for consolidating class power can be identified. With the assault on public sector unions launched by a number of states and cities, some disparate protest and resistance movements have begun to emerge." (author's abstract)

[16-L] Mildner, Stormy:

**USA: Pragmatisches Krisenmanagement verstärkt Zielkonflikte**, in: Hanns Günther Hilpert (Hrsg.) ; Stormy-Annika Mildner (Hrsg.): Globale Ordnungspolitik am Scheideweg : eine Analyse der aktuellen Finanzmarktkrise, 2009, S. 15-20 (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-250418)

**INHALT:** Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den Auswirkungen und Konsequenzen der Finanzkrise auf und für die US-amerikanische Finanzpolitik. Die Krise in den USA hat auch die Realwirtschaft erfasst. Zwar gelang es durch großvolumige Rettungsaktionen den Zusammenbruch des Bankensektors zu verhindern, aber es wird Jahre dauern, bis die Krise überwunden ist. Vor allem die rückläufigen Konsumausgaben, die 70 Prozent des BIP ausmachen, werden sich dämpfend auf die Konjunktur auswirken. Da aufgrund der schwachen Weltkonjunktur die Nachfrage nach amerikanischen Waren nachlassen wird, sind durch die Leistungsbilanz keine Impulse zu erwarten. Das Krisenmanagement des neuen Präsidenten verspricht pragmatisch zu sein, aber die Obama-Administration wird in der Geld- und Fiskalpolitik mit einer Reihe von Zielkonflikten konfrontiert. Die Notenbank (Fed) reagierte auf die Krise mit einer einmaligen Liquiditätsschwemme. So notwendig eine expansive Geldpolitik auch sein mag, droht mit ihr doch auch eine Fortschreibung jener Verhaltensmuster, die die Krise auslösten. Angesichts niedriger Zinsen lohnt es sich gegenwärtig nicht mehr zu sparen. Stattdessen wird eine weitere Verschuldung, gerade über Kreditkarten, befördert. Um das Auftreten einer neuen Blase an den Vermögensmärkten zu verhindern, wird die Fed die Zinsen wieder anheben müssen. Der Versuch, das Wegbrechen des privaten Konsums durch staatliche Konjunkturpakete auszugleichen, hat eine höhere Staatsverschuldung zur Folge. Dies ist nicht schädlich, wenn das geliehene Geld zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingesetzt wird. Problematisch ist aber, dass der Schuldendienst als Anteil am BIP ständig wächst und der Finanzierungsbedarf nur im Ausland gedeckt werden kann. Die Obama-Administration befürwortet eine Neuordnung des amerikanischen Finanzsektors und auch eine Verbesserung der globalen Finanzarchitektur ist in der Diskussion. Aber Eingriffe einer internationalen Regulierungsinstanz in nationale Angelegenheiten werden, so der Autor, höchstwahrscheinlich am Widerstand der USA scheitern. (ICD2)

[17-L] Mildner, Stormy-Annika:

**Obama: Architekt einer neuen Finanzordnung?**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2010, H. 4, S. 26-32 ([www.bpb.de/files/GI4Z3D.pdf](http://www.bpb.de/files/GI4Z3D.pdf))

**INHALT:** "Nach dem katastrophalen Finanzmarkt- und Wirtschaftseinbruch im Herbst 2008 hatte sich Präsident Barack Obama schon frühzeitig eine grundlegende Reform der Finanzmarktordnung vorgenommen. Trotz zahlreicher Initiativen steht eine umfassende Gesetzgebung im Kongress allerdings noch aus." (Autorenreferat)

[18-L] Müller, Anton P.:

**Reaganomics: eine keynesianische Interpretation**, in: Konjunkturpolitik, Jg. 33/1987, H. 2, S. 71-98

**INHALT:** Analysiert werden die Auswirkungen der amerikanischen Geld- und Fiskalpolitik aus keynesianischer Sicht. Die Analyse zeigt, daß die Angebotspolitik zu einem weltweiten Anstieg der Zinsen geführt hat und viele Länder zwang, ihre Währungen abzuwerten. Auf Grund der Bedeutung des Dollars auf den Kapitalmärkten konnten die USA eine autonome Fiskalpolitik zur Erreichung der Vollbeschäftigung verfolgen und die damit verbundenen Anpassungslasten auf andere Länder abwälzen. (IAB)

[19-L] Müller, Markus M.:

**Haushaltsausgleich durch Verfassungspolitik?: die Diskussion um ein Balanced Budget Amendment in den USA**, Berlin: Logos-Verl. 1997, 176 S., ISBN: 3-931216-61-6

**INHALT:** Die Studie befaßt sich mit einem in den USA (und anscheinend fast nur dort) immer wieder diskutierten Public Policy-Problem. Müller stellt es in den historisch-institutionellen Kontext und un-

tersucht dann detailliert den Aufschwung und das bisherige Scheitern der einschlägigen Vorstöße nach dem Sieg der Republikaner bei den Kongreß-Wahlen von 1994. Ein echtes politisches Steuerungsmittel sieht der Autor in einem Balanced Budget Amendment nicht; er zeigt die politischen Interessen, die hinter diesem Symbol stehen. Die jüngsten Entwicklungen mit der Ankündigung eines tatsächlich ausgeglichenen Haushaltes hat Müller nicht mehr aufnehmen können, aber sie ändern auch nichts am Wert seiner in beiden Teilen (policy und politics) zutreffenden Analyse. Aus dem Inhaltsverzeichnis: 3. Schuldenentwicklung, institutioneller Rahmen und Ideologie: Vom Mythos des ausgeglichenen Haushaltes; 4. Die politische Ökonomie von ausgeglichenen Haushalten: Zur Evaluierung eines fiskalpolitischen Zieles; 5. Das Balanced Budget Amendment - Implementierung als verfassungspolitische Herausforderung: 5.1 Strukturelle Ursachen für Staatsverschuldung; 5.2 Zur Praxis eines Balanced Budget Amendments: Eine Prognose zur praktischen Umsetzung; 5.3 Institutionelle und prozessuale Folgen des Balanced Budget Amendments für das Regierungssystem der USA; 5.4 Institutionelle versus parteipolitische Rationalität: ein Erklärungsversuch. (ZPol, NOMOS)

[20-L] Preda, Alex:

**Technology and boundary-marking in financial markets**, in: Economic sociology : European electronic newsletter, Vol. 8/2007, No. 3, S. 33-40 ([econsoc.mpifg.de/archive/econ\\_soc\\_08-3.pdf](http://econsoc.mpifg.de/archive/econ_soc_08-3.pdf))

**INHALT:** Der Autor macht am Beispiel der Börsengeschichte der USA deutlich, dass das starke Interesse an der Börse allein im öffentlichen Charakter der als Kurse gehandelten Preise begründet ist. Ihr als öffentlich deklariertem Nutzen macht sowohl die Preisdaten selbst als auch die (Aktien-) Preise generierenden Techniken und Institutionen zum beständigen Gegenstand des Interesses von staatlichen Regulationsbestrebungen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass gerade in Krisenzeiten im Finanzmarktdiskurs Ansprüche von Finanzmarkt und gesellschaftlicher Öffentlichkeit aufeinander treffen. Solche Austragungs- und Aushandlungsprozesse können dem Autor zufolge als "boundary-marking" bezeichnet werden. Entsprechende diskursive Grenzziehungen sind daher Ausdruck definitorischer Unklarheiten und damit Bemühungen, bestimmte Identitäts- und Legitimitätsansprüche durchzusetzen. Gleichzeitig sind sie angesichts der grundsätzlichen Krisenanfälligkeit finanzwirtschaftlicher Dynamiken eine funktionale Notwendigkeit, um drohende Systemkrisen auf den Finanzmärkten abzuwehren. (ICI)

[21-L] Scherpenberg, Jens van:

**Die Finanzkrise und die wirtschaftspolitischen Optionen der Regierung Obama**, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 60/2009, H. 423, S. 34-41 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.hss.de/downloads/PolStudien423\\_Internet.pdf](http://www.hss.de/downloads/PolStudien423_Internet.pdf))

**INHALT:** Entscheidend für das Überwinden der internationalen Finanzkrise wird das Krisenmanagement innerhalb der internationalen Beziehungen sein, insbesondere die Wirtschafts- und Außenpolitik der Obama-Administration. In seiner Kurzanalyse stellt der Verfasser zu Beginn den Stand der Krise Anfang 2009 dar, insbesondere die Herausforderungen, vor der die Wirtschaftspolitik der US-amerikanischen neuen Regierung steht. Im Folgenden analysiert der Autor die Auswirkungen der Finanzkrise für die internationalen Beziehungen sowie die Interessenlagen der USA, der EU, der VR China, den Emerging-Markets und den Ölexportländern. Abschließend erläutert der Verfasser die Handlungsoptionen für die Regierung Obama (Staatsverschuldung) und deren Auswirkungen auf Europa. (ICC2)

[22-L] Scherrer, Christoph:

**Bleibt das US-Finanzkapital trotz Krise hegemonial?**, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 38/2008, Nr. 4 = H. 153, S. 535-559 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Bis jetzt liegt das Management der Finanzkrise vor allem in den Händen derjenigen, die diese Krise zugelassen haben. Investoren und Kreditinstitute haben auf Kosten des Steuerzahlers staatliche Unterstützung erhalten, die Interessen und Bedürfnisse der übrigen Krisenopfer wurden großteils



ignoriert. Der Beitrag behandelt die einzelnen Etappen des Krisenmanagements in den USA. Er fragt nach den Verteilungseffekten und stellt alternative Politikvorschläge vor. Er analysiert die politischen Kräfte, die es den Krisenmanagern ermöglicht haben, die Lasten der Krise auf Arbeiter und Steuerzahler abzuwälzen. Der Verfasser geht von einem neo-gramscianischen Ansatz aus und leistet einen Beitrag zur Operationalisierung des Hegemoniekonzeptes. (ICEÜbers)

[23-L] Schubert, Alexander:

**Untergräbt die Stärke der USA die Fundamente der Weltwirtschaft?**, in: Prokla : Probleme des Klassenkampfes ; Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik, Jg. 15/1985, H. 59 = Nr. 2, S. 65-77 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der wirtschaftliche Aufschwung in den USA unter der Reagen-Regierung basiert auf einer "beispiellosen internen Staatsverschuldung"; um einen Kollaps zu vermeiden, sind die USA heute auf eine stetige, massive Kapitaleinfuhr angewiesen. Gleichzeitig werden hier die "Krisentendenzen eines aufgeblähten internationalen Währungs- und Kreditsystems" sichtbar indem dem Dollar die Funktion als Weltgeld zufällt und die US-Banken eine herausragende Position im internationalen Anlagegeschäft und Zahlungsverkehr einnehmen. Die zu Beginn der achtziger Jahre erfolgte Verwandlung der USA aus einer Gläubiger- in eine Schuldnernation hat neben Auswirkungen auf die Ökonomien der Dritten Welt (Kapitalexport, Deindustrialisierung) und das westliche Bankensystem auch Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industrienationen, die von der US-Hochzinspolitik betroffen werden und deren Exporte in die USA einen wesentlichen Faktor ihrer Wirtschaftsentwicklung darstellen. Das Außenhandelsdefizit der USA geht vor allem auf ein Defizit im Handel mit Industrieprodukten zurück. Hier wird ein strukturelles Defizit der US-Wirtschaft deutlich, das aus der Schwäche des inneren Marktes für Konsumgüter resultiert. Angesichts der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage ist zu erwarten, daß die "Hauptlast der US-Defizitfinanzierung auf Westeuropa fallen" wird. (IB)

[24-L] Seidel, Hans:

**Das Defizit in der US-Leistungsbilanz**, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 32/2006, H. 3, S. 369-386 (Standort: USB Köln(38)-XH1749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die Leistungsbilanz der USA weist seit Anfang der 1990er Jahre eine ständig größer werdende Lücke auf. 2005 betrug das Defizit bereits 6,3% des BIP. Seine Finanzierung wurde bisher dadurch erleichtert, dass der Dollar Reservewährung ist und die Finanzmärkte zunehmend international verflochten wurden. Defizite dieser Größenordnung lassen sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Offen ist jedoch, wie rasch das Defizit abgebaut werden muss und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Einige innovative formale Modelle sprechen eher für eine 'weiche Landung'. Danach hielte sich das Ausmaß der letztlich erforderlichen Abwertung des Dollar in den in der Vergangenheit beobachteten Grenzen und kann über einen längeren Zeitraum verteilt werden. Je größer die Auslandsverschuldung der USA wird, desto größer wird jedoch das Risiko einer weltweiten Finanzkrise. Die Risiken eines 'crash' könnten durch ein koordiniertes Vorgehen der Wirtschaftspolitik der großen Wirtschaftsblöcke reduziert werden." (Autorenreferat)

[25-L] Steindl, Josef:

**Die gegenwärtige Krise aus der Sicht von J. M. Keynes**, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 9/1983, H. 1, S. 7-16 (Standort: USB Köln(38)-XH1749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der Autor setzt sich kritisch mit der praktischen Wirtschaftspolitik der westlichen Industriestaaten in den 70er Jahren auseinander. Dabei wird auf die volkswirtschaftliche Theorie Keynes' zurückgegriffen und es werden Fehlinterpretationen seiner Theorie korrigiert. Der Autor legt dar, daß es ca. 1975 zu einem Wandel der Wirtschaftspolitik der großen Industriestaaten kam, der sich negativ für die Vollbeschäftigungspolitik auswirkte. Verursacht wurden die jetzigen Probleme der Arbeitslosigkeit, der steigenden Budgetdefizite und der Staatsverschuldung durch das Einschwenken auf eine monetaristische Politik, wobei der Anstoß hierzu von den USA ausging und weitere Länder dem Bei-

spiel folgen mußten. Eine verfehlte Sparförderung der Haushalte, die durch die Hochzinspolitik noch in ihrer schädlichen Wirkung verstärkt wurde, wirkte sich sowohl negativ für die Gewinne der Unternehmer wie auch für das Staatsbudget aus. Da inzwischen auch die Banken, ursprünglich die überzeugtesten Anhänger des Monetarismus, durch die Krise gefährdet sind, besteht einige Hoffnung auf eine veränderte Wirtschaftspolitik. Dieses gilt für die jeweiligen Binnenwirtschaften wie auch für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Wie derartige Veränderungen aussehen könnten, wird kurz skizziert. Auf Österreich bezogen werden abschließend noch weitere Ursachen der langfristigen Strukturprobleme erörtert, wobei insbesondere auf Fehler der Technologiepolitik bei der Innovationsförderung hingewiesen wird. (NG)

[26-L] Stiglitz, Joseph:

**Worauf es ankommt: ein Jahr nach dem Banken-Crash**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54/2009, H. 9, S. 43-57 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/september/worauf-es-ankommt](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/september/worauf-es-ankommt))

**INHALT:** "Am 15. September 2008 begann mit der Pleite der US-Bank Lehman Brothers die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Autor analysiert die Fehler der Politik, die in die Krise geführt haben, wie auch die Fehlentscheidungen, die seit ihrem Ausbruch getroffen wurden. Des Autors zufolge erweist sich die institutionelle Politik bislang als unfähig, die Folgen des Marktversagens wie auch die Strukturprobleme der US-Ökonomie in den Griff zu bekommen: Statt die weltweite Krise mit globalen Programmen zu bekämpfen, reüssieren nationalstaatlicher Protektionismus, Marktfundamentalismus und falsche Anreizsysteme." (Autorenreferat)

[27-L]

**The 1984 joint economic report: report of the Joint Economic Committee Congress of the United States on the February 1984 economic report of the president together with additional views**, (Senate report, 98-362), (98. Joint Economic Committee Congress of the United States, 1984), Washington: U.S. Government Printing Office 1984, 161 S.

**INHALT:** Enthalten sind in dem Bericht die Stellungnahmen von Demokraten und Republikanern zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates. Die Ausführungen beziehen sich in erster Linie auf das amerikanische Haushaltsdefizit, die Beschäftigungsentwicklung, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der USA und die Steuerreform. (IAB)

[28-L] Wagner, Norbert:

**Die internationale Finanzkrise und die Vereinigten Staaten von Amerika**, in: KAS-Auslandsinformationen, 2008, Nr. 12, S. 24-33 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.kas.de/wf/doc/kas\\_15623-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_15623-544-1-30.pdf))

**INHALT:** "Auslöser der globalen Finanzkrise war eine Blase auf dem Immobilienmarkt der USA, wo privates Wohneigentum zum Kern des American Dream gehört und wo der Staat offen in die Wirtschaft eingreift, um eben diesen Traum für Millionen wahr werden zu lassen. Im Zentrum des Geschehens stehen die von Washington gestützten Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac, deren Kreditvergabesteigerung Risiken generierte, die niemanden zu interessieren schienen. Manipulierte Buchführungen, Korruption und ein unverantwortliches Verhalten vieler Akteure blieben in Zeiten hoher Immobilienpreise und niedriger Zinsen lange folgenlos. Doch mit dem Fall der Preise kam die Katastrophe. An mangelhafter Regulierung krankt auch der Derivatemarkt. Richten soll es nun das Bailout-Programm der Regierung, ein bereits beim Start verunglücktes Projekt, dem die US-Bürger vor allem eines zutrauen - ein Rausheulen der Verantwortlichen WallStreet-Akteure und Banken-CEOs." (Autorenreferat)

[29-L] Young, Brigitte:

**Vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus: der globale makroökonomische Kontext der Finanzkrise und der Privatverschuldung**, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Jg. 16/2009, H. 1, S. 141-159

**INHALT:** Der Beitrag analysiert die Finanzkrise und die Finanzialisierung des globalen Wirtschaftsregimes im Kontext eines Wandels in der US-amerikanischen Makroökonomie hin zu einem privatisierten Keynesianismus. Mit dem Begriff des privatisierten Keynesianismus wird auf die Wende von einem über die Makroökonomie gesteuerten Sozial- und Wirtschaftsmodell zu einem konsumfinanzierten und privat verschuldeten Modell hingewiesen, das sich in den USA institutionell während der 1990er Jahre etablierte. Im Mittelpunkt der globalen Rekonfiguration von Gläubigern und Schuldnern stand der US-amerikanische Immobilienmarkt. Der Immobilienmarkt fungierte als eine Form von Wohnimmobilien-Kapitalismus, der sich durch die internationalen Liquiditätsüberschüsse finanzierte. Diese Kapitalflüsse wiederum förderten innerhalb der hoch verschuldeten US-amerikanischen Konsumökonomie die Wachstumsdynamik. Das privat verschuldete Eigenheim wurde im Verlauf dieses Prozesses selbst zur Investmentbank und zum Casino für die US-amerikanischen Bürger. Gleichzeitig fungierte der Immobilienmarkt, der tief in US-amerikanischen, konservativen Wertvorstellungen der "ownership society" verwurzelt ist, trotz stagnierender Löhne und Abbau von Sozialleistungen als funktionales Äquivalent für die keynesianische Nachfragepolitik. (ICE2)

## 2 Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise in Deutschland

[30-L] Adamski, Heiner:

**Finanzkrise: Eigentum/ Enteignung - Vergesellschaftung -**

**Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz**, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik :

Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 58/2009, H. 2, S. 185-191 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Zu den Reaktionen auf die aktuelle Finanzkrise gehören in Deutschland Überlegungen zu Eingriffen in das Eigentum. Die Mehrheit der Politiker sieht darin eine letzte Möglichkeit der Rettung. Neoliberale protestieren dagegen. Einige Grundzüge der Rechtslage werden mit Hinweisen auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts skizziert." (Autorenreferat)

[31-L] Andersen, Uwe (Hrsg.):

**Der deutsche Steuerstaat in der Finanzkrise**, (Uni Studien Politik), Schwalbach: Wochenschau Verl.

1998, 76 S., ISBN: 3-87920-585-X

**INHALT:** 'Auch wenn die Beiträge (...) nicht das gesamte Politikfeld Haushalts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland abdecken können, werden mit ihnen doch wichtige Themenakzente gesetzt' (7). Inhaltsverzeichnis: Uwe Andersen: Einführung: Der deutsche Steuerstaat in der Finanzkrise (5-8); Roland Sturm: Finanzpolitik am Ende oder 'vor der Wahl'? Akteure, Instrumente und Blockaden in der Finanzpolitik (9-22); Carsten Krebs / Danyel Reiche: Ökologische Steuerreform - die neue Mehrzweckwaffe? (23-38); Wolfgang Renzsch: Wer beutet wen aus? Die öffentlichen Hände im Verteilungskampf (39-47); Eike Möller: Der Staat als Verschwender? Staatsausgaben aus Sicht des Bundes der Steuerzahler (48-56); Eike Möller: Der Bund der Steuerzahler. Ein Porträt (57); Uwe Andersen: Vor dem Staatsbankrott? Situation, Möglichkeiten und Grenzen der Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland (58-74). (ZPol, NOMOS)

[32-L] Bieling, Hans-Jürgen:

**Liberalisierung und Privatisierung in Deutschland: Versuch einer Zwischenbilanz**, in: WSI

Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 61/2008, H. 10, S. 541-547 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Der relativ umfassende öffentliche Sektor, der das 'Modell Deutschland' in den Nachkriegsjahrzehnten gekennzeichnet hatte, wird seit den 1990er Jahren im Zuge einer beschleunigten Liberalisierung und Privatisierung grundlegend reorganisiert. Nachdem die Entstaatlichungspläne der konservativ-liberalen Koalition noch in den 1980er Jahren auf beträchtlichen Widerstand stießen, wurde der Übergang vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat durch mehrere Faktoren systematisch begünstigt: erstens durch die verschärfte Finanzkrise der öffentlichen Haushalte in der Folge der deutschen Einheit; zweitens durch die Liberalisierungsvorgaben des EG-Binnenmarktes; und drittens durch die Finanzmarktdynamik seit Mitte der 1990er Jahre. Im politischen Diskurs war dementsprechend eine Perspektive deutungsmächtig geworden, die in der Privatisierung öffentlicher Unternehmen ein geeignetes Mittel sah, um infrastrukturpolitische Investitionslücken durch die Mobilisierung von privatem Kapital zu schließen. In vielen Bereichen sorgen verschlechterte Beschäftigungsbedingungen, steigende Preise und Servicedefizite inzwischen aber dafür, dass die Privatisierung zunehmend kritisch betrachtet wird." (Autorenreferat)

[33-L] Busch, Ulrich:

**Über Wohl und Wehe der Staatsverschuldung: ostdeutsche Länder und Kommunen vor dem Haushaltsnotstand**, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 17/2006, H. 4, S. 49-69 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=33](http://www.berlinerdebatte.de/index.php?option=com_content&task=view&id=33))

**INHALT:** Die Analyse der Staatsfinanzen der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert für die zurückliegenden Jahrzehnte einen signifikanten Anstieg der jährlichen Nettokreditaufnahme und des Schuldenstandes. Parallel dazu verändert sich die Gläubigerposition, indem insbesondere die privaten Geldvermögen und die Forderungen des Auslands hier signifikante Zuwächse verzeichnen. Die zuerst genannte Größe signalisiert eine Zunahme des privaten Reichtums bei Haushalten und Unternehmen als Kehrseite der staatlichen Verschuldung. Die zweite Größe ist Ausdruck der zunehmenden globalen Finanzverflechtung und wird durch Forderungen inländischer Gläubiger gegenüber dem Ausland mehr als kompensiert, so dass netto für Deutschland keine Verschuldung besteht. Der vorliegende Beitrag zeigt damit, dass auch im internationalen Vergleich die Staatsverschuldung Deutschlands in Relation zur jährlichen Wertschöpfung bisher keineswegs dramatische Ausmaße besitzt. Mit einer Schuldenquote von 68,6% (2005) liegt Deutschland hier eher im Mittelfeld. Die undifferenzierte "Verteufelung" jeglichen Schuldenmachens als "Versündigung an den nachfolgenden Generationen" sowie der allseits anzutreffende "Konsolidierungsfanatismus" werden deshalb kritisiert. Probleme sieht der Autor auf der Länderebene, wo sich die Lage differenzierter und problematischer darstellt als auf der Ebene des Bundes. Insbesondere in Ostdeutschland, wo sich die Rahmenbedingungen durch den Bevölkerungsrückgang und die wirtschaftliche Stagnation, aber auch durch die Rückführung der Finanzzuweisungen des Bundes und der Europäischen Union rapide verschlechtern, kommt es schon bald zu finanziellen Engpässen, Krisen und Notlagen. Da diese Länder sich zudem in der Vergangenheit überproportional verschuldet haben, stecken sie heute in einer nicht weg-zudiskutierenden Schuldenklemme. (ICA2)

[34-L] Creutz, Helmut:

**Die Verschuldung in Deutschland: Größenordnungen, Entwicklungen und Auswirkungen**, in: Zeitschrift für Sozialökonomie : Beiträge zu einer Natürlichen Wirtschaftsordnung ; Fachzeitschrift für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bodenrecht, Geld- und Währungspolitik, Jg. 33/1996, H. 111, S. 3-18 (Standort: USB Köln(38)-XG5886; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Vor dem Hintergrund der Entwicklung der deutschen Gesamtverschuldung (Staat, Unternehmen, private Haushalte) definiert der Autor den Begriff Überschuldung auf der volkswirtschaftlichen Ebene und analysiert die Ursachen, Folgen und Auswirkungen der Überschuldung. Den Abbau bzw. die Verhinderung einer weiteren Zunahme der Überschuldung hält er unter den gegebenen Bedingungen des 'zinstragenden Geldes' für eine Illusion. Die Probleme liegen in der Doppelrolle des Geldes als Tauschmittel für den Güterkauf bzw. als Wertaufbewahrungsmittel für die Vermögensbildung - vom Autor als Zeitbombe charakterisiert. Erst die Entschärfung dieser Zeitbombe macht 'den Weg frei für eine Stabilisierung der Wirtschaft bei einem um Null pendelnden Zinsniveau, bei Nullinflation und ohne Wachstumszwang.' (IAB2)

[35-F] Czada, Roland, Prof.Dr. (Leitung):

**Germany and Japan after 1989: reform pressures and political system dynamics**

**INHALT:** Die Bewältigung der deutschen Vereinigung und die Folgen einer schwerwiegenden Finanzmarktkrise in Japan haben als "externe Schocks" den Gang der Politik in beiden Ländern nachhaltig beeinflusst. Beide Länder repräsentieren die spezifische Variante einer koordinierten, von Langfristkalkülen und "geduldigem Kapital" bestimmten Marktwirtschaft, die sich vom Wettbewerbsliberalismus angelsächsischer Prägung abhebt. Das Projekt geht vor diesem Hintergrund der Frage nach, wie ähnliche Herausforderungen in ähnlichen Varianten des Kapitalismus (Coordinated Capitalism), jedoch zugleich sehr unterschiedlichen politischen Systemen verarbeitet werden und dabei insbesondere diese politischen Systeme selbst verändern. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Germany, Japan

**ART:** gefördert *BEGINN:* 2005-09 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Osnabrück, FB 01 Sozialwissenschaften, Fachgebiet Staat und Innenpolitik (Seminarstr. 33, 49074 Osnabrück)

**KONTAKT:** Institution -Sekretariat- (Tel. 0541-969-4606,  
e-mail: gparlmey@uni-osnabrueck.de)

[36-L] Eicker-Wolf, Kai; Himpele, Klemens:

**Die Schuldenbremse als politisches Projekt**, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 41/2011, Nr. 2 = H. 163, S. 195-212 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "The German constitution has rules concerning public debt, and those rules changed a couple of years ago. Starting in 2016, new public debts are permitted up to a level of 0.35 percent of GDP for the German federation. The German states are not allowed net new borrowing at all, starting in 2020. This is a crucial change, given the old constitutional law, which allows debts for public investments. The following article deals with the question of whether the new law is used to 'starve the beast', in other words: to cutback public activities and authorize tax reductions. The article interprets the new debt regulations as a political project rather than an economical imperative." (author's abstract)

[37-L] Eicker-Wolf, Kai; Truger, Achim:

**Alternativen zum Sparen in der Krise: für eine nachfrageschonende Konsolidierungspolitik**, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 56/2003, H. 6, S. 344-352 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die Haushaltskonsolidierung mittels drastischer Sparpolitik auf der Ausgabenseite wird auf absehbare Zeit die deutsche Finanzpolitik dominieren. Eine solche Politik wird von der Bundesregierung und der Mehrheit der offiziellen ökonomischen Politikberatung als notwendig und ohne Alternative dargestellt. Demgegenüber zeigt der vorliegende Beitrag, dass die öffentliche Verschuldungssituation der Bundesrepublik im internationalen Vergleich keineswegs Anlass zu großer Besorgnis gibt. Zwar lässt sich eine Konsolidierung zur Stabilisierung - möglicherweise auch zur Senkung - der Schuldenstandsquote theoretisch und empirisch gut begründen. Zentral für die ökonomischen Auswirkungen und letztlich auch den Erfolg der Konsolidierungspolitik ist jedoch, dass die makroökonomischen Rückwirkungen und die konjunkturelle Lage berücksichtigt werden. Die Konsolidierung muss, wie in den USA in den 1990er Jahren, in Phasen starken Wachstums erfolgen. In konjunkturell schwachen Phasen dagegen, darf die Finanzpolitik nicht prozyklisch sparen und so den Abschwung verstärken. Daher werden zwei alternative, nachfrageschonende Konsolidierungsstrategien für die Bundesrepublik skizziert." (Autorenreferat)

[38-L] Finger, Stefanie:

**Staatsverschuldung und Verwaltungsreform in der Demokratie: Reforminstrumente und ihre politische Durchsetzbarkeit**, (DUV : Wirtschaftswissenschaft), Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. 2001, XV, 259 S., ISBN: 3-8244-0601-2 (Standort: UuStB Köln(38)-12Y9250)

**INHALT:** "Vor dem Hintergrund der Verschuldung der Gebietskörperschaften in Deutschland einerseits und der jüngsten politischen Diskussion um die Aufweichung der Maastricht-Kriterien andererseits gewinnt die Arbeit von Stefanie Finger eine ganz besondere Aktualität. Die unter Rückgriff auf die ökonomische Theorie der Politik anschaulich aufgezeigte unzulängliche Funktionsfähigkeit und Bindungswirkung institutionalisierter Ansätze zur Begrenzung der öffentlichen Verschuldung finden durch die neuere reale Entwicklung einmal mehr ihre empirische Bestätigung. Von daher ist die sich hieraus ergebende zentrale Frage nach der Bedeutung der Verwaltungsreform für das Verschuldungsproblem nicht nur wissenschaftlich von besonderem Erkenntnisinteresse, sondern auch praxisbezo-

gen für die konkrete Ausgestaltung und Steuerung der Produktion und Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Inwieweit die durch das Verschuldungsproblem von Industrieländern ausgelösten Verwaltungsreformen tatsächlich den Abbau von Verschuldung bewirken (können), ist bisher sowohl theoretisch als auch empirisch unzureichend geklärt. Es fehlt an einer für den privatwirtschaftlichen Sektor durchaus gängigen Verknüpfung der gesamtwirtschaftlichen Ebene mit den auf der einzelwirtschaftlichen Ebene eingesetzten Instrumenten und praktizierten Verhaltensweisen. Von daher versucht Stefanie Finger mit ihrer Arbeit erstmals für den öffentlichen Sektor, theoretisch fundierte Aussagen über die gesamtwirtschaftliche Wirkung einzelwirtschaftlicher (Reform-)Instrumente zu erarbeiten. Auf der Grundlage der Budgetgleichung (Budgetrestriktion) erfolgen - die Struktur der gesamten Arbeit prägende - Wirkungsanalysen der in den Verwaltungen eingesetzten Reforminstrumente. Dabei werden die einzelnen Instrumente zunächst isoliert und dann zur Einbeziehung wechselseitiger Interdependenzen integriert als Reformsystem betrachtet. Von daher leistet die vorliegende Arbeit inhaltlich und methodisch auch einen ganz entscheidenden Beitrag zur Erfolgskontrolle von Verwaltungsreformen. Es werden Bewertungsgrundlagen erarbeitet und Probleme aufgezeigt, die für den zukünftigen - vor allem empirischen - Forschungsbedarf, aber auch für die Praxisgestaltung, wesentliche Orientierungshilfen bieten." (Textauszug)

[39-L] Finsterbusch, Sebastian:

**Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland: historische Entwicklung, rechtliche Grundlagen, ökonomische Folgen**, (Wissenschaftliche Schriften : Politik, Bd. 1), Berlin: poli-c-books, Fachverl. für Polit. Kommunikation 2005, 108 S., ISBN: 3-938456-04-3 (Standort: UB Wuppertal(468)-05ZZV57174)

**INHALT:** "Die alarmierenden Zahlen tauchen immer häufiger in den Medien auf, Politiker verdeutlichen immer zahlreicher, dass dies eines der größten Probleme unseres Staates ist und in der Bevölkerung wandelt sich allmählich das Bewusstsein dahingehend, dass der Staat nicht weiter ausgenommen werden darf. Die Problematik der Staatsverschuldung ist derzeit allgegenwärtig. Doch wie konnte es so weit kommen? Warum konnte sich in der BRD trotz gesetzlicher Schranken solch ein gewaltiger Schuldenberg auf türmen? Wie sollten wir mit diesem Schuldenberg umgehen? Welche Auswirkungen haben die Schulden auf unsere Zukunft? Dieses Werk untersucht die Entwicklung der Rechtsgrundlagen und der Einstellung zur Staatsverschuldung vom ausgehenden Mittelalter bis heute, beleuchtet die aktuellen Rechtsgrundlagen und erörtert die entscheidenden gesetzlichen Begriffe. Anschließend werden ökonomische Komponenten detaillierter analysiert und Entschuldungsstrategien vorgestellt." (Autorenreferat)

[40-L] Flassbeck, Heiner:

**Wie Deutschland wirtschaftlich ruiniert wurde: ein Bericht aus dem Jahre 2010**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 48/2003, H. 8, S. 955-965 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2003/august/wie-deutschland-wirtschaftlich-ruiniert-wurde](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2003/august/wie-deutschland-wirtschaftlich-ruiniert-wurde))

**INHALT:** In Anspielung auf die Agenda 2010 formuliert der Autor einen fiktiven historischen Rückblick aus dem Jahr 2010 und beschreibt die (möglichen) Konsequenzen der Reformpolitik 2003/2004. Mit großer Leichtfertigkeit werden die verhängnisvollen Fehler von 1929/30 wiederholt, obwohl jeder davon überzeugt ist, die Lektion der ersten großen Krise gelernt zu haben. Anhand von einigen Beispielen wird erläutert, wie es zu der großen Konfusion kommt, die den tiefen Fall der deutschen Wirtschaft und das Abrutschen in eine Deflation zur Folge hat. Eine der tieferen Ursachen für die kollektive Verwirrung ist eine verfehlte Wirtschaftspolitik, die keine attraktiven Rahmenbedingungen für die Unternehmen schafft. Insbesondere die unendliche Geschichte der Steuerreformen seit den 1980er Jahren steht für das Versagen dieser Politik: Keine Reform in dieser Zeitspanne hat positive Auswirkungen gezeigt, weil jede Steuersenkung von Ausgabensenkungen oder Einnahmenerhöhungen an anderer Stelle begleitet ist. Als eine weitere entscheidende Ursache wird der demographische Faktor genannt, also die Alterung der Gesellschaft verstanden als regelrechte Bedrohung der deutschen Wirtschaft. Zudem ist die Finanzpolitik weiterhin von einem einzelwirtschaftlichen Denken geprägt, obwohl die staatlichen Schulden trotz massiver Sparanstrengungen steigen. Aus diesem

kritischen Überblick über die Krise der ersten Dekade dieses Jahrhunderts leitet sich abschließend folgende (Haupt-)Lehre ab: Nie mehr darf das einzelwirtschaftliche Denken die Lösung gesamtwirtschaftlicher Probleme dominieren. (ICG2)

[41-L] Frach, Lotte:

**Finanzmarktregulierung in Deutschland**, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2010, 267 S., ISBN: 978-3-8329-5759-9

**INHALT:** "Der Ausbruch der Finanzkrise hat die Finanzmarktregulierung stärker ins öffentliche Interesse gerückt. Dabei ergaben sich in diesem Politikfeld schon zu Beginn der Großen Koalition kontroverse politische Debatten. Dieses Buch bietet einen praxisnahen Blick hinter die Kulissen der deutschen Finanzmarktpolitik zwischen 2000 und 2009. Es stellt die politischen Prozesse, die Akteure sowie deren Rollen und Ziele anhand von Fallstudien dar. Erörtert werden Regulierungsvorhaben wie die Einführung neuer Finanzprodukte, Eigenkapitalvorschriften für Banken, die nationale Umsetzung von EG-Richtlinien und die Reform der deutschen Aufsichtsorganisation. Experteninterviews erhellen schlaglichtartig Auswirkungen der Finanzkrise auf Regulierungsinhalte und Beziehungen zwischen Politikern und Lobbyisten. Die Autorin zeigt so am Beispiel Deutschlands die Möglichkeiten und Grenzen von Nationalstaaten, diesen international verflochtenen und hochdynamischen Wirtschaftssektor zu regulieren." (Autorenreferat)

[42-L] Franz, Gerhard:

**Staatsverschuldung in der Konkurrenzdemokratie aus der Sicht von Wählern und Gewählten: theoretische und empirische Analysen**, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 37/1985, H. 3, S. 478-502 (Standort: USB Köln(38)-Haa00277-b; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** In dem Beitrag wird von der Annahme ausgegangen, daß der Steuerzahler und Wähler ein subjektives Grundprinzip von Kosten-Nutzen-Analyse gebraucht, um seinen persönlichen Beitrag im Verhältnis zu den Vorteilen, die das politische System ihm bringt, zu bewerten. Regierungsparteien sind daran interessiert ihren Stimmenanteil zu erhöhen und werden dabei versuchen, die Kosten niedrig und die Leistungen hoch zu halten. Defizitfinanzierung bei öffentlichen Waren und Dienstleistungen zielt in diese Richtung. Die Frage ist, ob sich der Steuerzahler und Wähler der hohen zukünftigen Kosten der Defizitfinanzierung bewußt ist. Die Beantwortung dieser Frage geschieht mittels einer Längsschnitt/ Sekundäranalyse für die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren von 1973 bis 1981. Dabei werden makroökonomische Indikatoren ebenso genutzt wie subjektive ökonomische Wertungen aus repräsentativen Befragungen. Die Ausführungen kommen zu dem Ergebnis, daß den Steuerzahlern und Wählern die hohen zukünftigen Kosten der Defizitfinanzierung nicht bewußt sind. Die Nutzung dieses Finanzierungsinstruments scheint ein komfortables Mittel zu sein, um politische Unterstützung zu erhalten. Der Beitrag schließt mit Hinweisen auf präventive Strategien zur Eindämmung struktureller Überlastung öffentlicher Haushalte. (KW)

[43-F] Gantner, Manfred, Prof.; Smekal, Christian, Univ.Prof.Dr. (Bearbeitung):

**Staatsverschuldung und Demokratie.**

**INHALT:** Führen institutionelle Ausprägungen demokratischer Abstimmungsprozesse zu tendenzieller Überschuldung? Wirksamkeit von Verschuldungsbegrenzungsregeln. Vergleich von Begrenzungsregeln in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich. Konzepte zur Ermittlung "zulässiger" Staatsverschuldung. *ZEITRAUM:* 1970-1985. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Österreich, Bundesrepublik Deutschland.

**METHODE:** theoretische Analyse und empirische Überprüfung. *DATENGEWINNUNG:* Expertengespräch. Aktenanalyse. Inhaltsanalyse. Sekundäranalyse. Aggregatdatenanalyse.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Gantner, Manfred: Staatsverschuldung in der repräsentativen Demokratie. in: Das öffentliche Haushaltswesen, Heft 3-4, 1985.+++Smekal, Christian: Verschuldungsbegrenzungen auf der Gemeindeebene. in: Das öffentliche Haushaltswesen, Heft 3-4, 1985.+++Sme-



kal, Christian: Verschuldungsverhalten der Gebietskörperschaften in Österreich. in: Festschrift für Wilhelm Weber. Wien 1986. *ARBEITSPAPIERE*: Smekal, Christian: Verschuldungsbegrenzungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich. Forschungsmemorandum des Instituts für Finanzwissenschaft. Innsbruck 1986.

**ART:** gefördert *BEGINN*: 1985-01 *ENDE*: 1987-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank

**INSTITUTION:** Universität Innsbruck, Fak. für Volkswirtschaft und Statistik, Institut für Finanzwissenschaft (Universitätsstr. 15, 6020 Innsbruck, Österreich)

**KONTAKT:** Gantner, Manfred (Univ.Prof.Dr. 05222-724-0)

[44-L] Genser, Bernd (Hrsg.):

**Haushaltspolitik und öffentliche Verschuldung**, (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, 307), Berlin: Duncker & Humblot 2005, 169 S., ISBN: 3-428-11810-3

**INHALT:** Der Tagungsband dokumentiert in vier Aufsätzen die 47. Arbeitstagung des Finanzwissenschaftlichen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik, welche im Juni 2004 in St. Gallen stattfand. In ihrer Untersuchung weisen Hans Fehr und Gitte Halder (Würzburg) u. a. detailliert nach, dass in Deutschland ohne gravierende Reformen die Sozialausgaben drastisch steigen und die öffentlichen Budgets massiv unterdeckt sein werden. Bis 2050 müssten daher auch bei sehr günstigen Szenarien die Sozialbeiträge um 16, und die Konsumsteuern um 4 Prozentpunkte steigen. Allein hoch qualifizierte Zuwanderung in großem Ausmaß könne eine merkliche Linderung schaffen, während die bisherige Zuwanderung vornehmlich gering Qualifizierter sogar noch problemverschärfend wirke. Reinhard Neck (Klagenfurt) untersucht am Beispiel Österreichs Aspekte der Finanzpolitik, die ursächlich für das Wachstum der Staatsschulden sind. Dabei kommt er u. a. zu dem Ergebnis, dass unter sonst gleichen Bedingungen sozialdemokratisch geführte Regierungen höhere Budgetdefizite produzieren als andere. Heinz Grossekkettler (Münster) präsentiert einen methodischen Rahmen zum Vergleich der nationalen Stabilitätspakte der zwölf Euro-Staaten. Für die danach näher untersuchten Regelungen in Österreich und Deutschland kommt er zu dem Ergebnis, dass der österreichische Stabilitätspakt ein 'belastungsfähiger Dauerherrschaftsvertrag', der deutsche dagegen ein 'funktionsunfähiger Arbeitsgemeinschaftsvertrag' sei. In Deutschland müsse der Einfluss des Bundes gestärkt und die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern reformiert werden. Gunnar Schwarting (Mainz) untersucht die desolante Finanzlage deutscher Kommunen, die mit den bestehenden Instrumenten nicht mehr in den Griff zu bekommen ist. Er schlägt vor, das kommunale Haushaltsrecht um die Verpflichtung zum Risikomanagement zu ergänzen und Kommunen nach üblichen Kapitalmarkt-Ratings zu bewerten. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Hans Fehr und Gitte Halder: Alternde Bevölkerung, öffentliche Budgets und intergenerative Wohlfahrt(11-52); Heinz Grossekkettler: Funktionsfähigkeit der nationalen Stabilitätspakte föderalistischer EU-Staaten im Lichte der Anforderungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (53-94); Reinhard Neck: Staatsverschuldung aus politisch-ökonomischer Sicht: Theorie und österreichische Evidenz (95-130); Gunnar Schwarting: Einige Gedanken zur fiskalischen Disziplin kommunaler Gebietskörperschaften in Deutschland (131-168).

[45-F] Goeschel, Albrecht, Prof. (Leitung):

**Exportexzess und Sozialstaat**

**INHALT:** Das wirtschaftspolitische "Geschäftsmodell" Deutschlands besteht spätestens seit der Wiedervereinigung in der Erzielung von Extra-Gewinnen für bestimmte Branchen durch wachsende Auslandsverwendung der Wertschöpfung. Gegenstück ist ein Rückgang der Realinvestitionen in Deutschland inklusive öffentlicher Investitionen und ein Anwachsen des Finanzwirtschaftssektors. Grundlage für die Exportumsätze sind stagnative Löhne, das Anwachsen des Niedriglohnsektors der Inlandsbranchen, Anhalten und Abbau der Sozialleistungen und -einnahmen, Steuerverzichte und Steuersenkungen. Wesentliche Indikatoren wie die Armutsquote weisen auf eine auch soziale Spaltung der Gesellschaft als Folge bzw. Preis dieses "Geschäftsmodells" hin. *ZEITRAUM*: 1990-2009 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Goeschel, Albrecht: Export-Terror gegen den Sozialstaat. in: Gesundheitspolitik (ISSN 0948-3438), Jg. 13, 2007, Nr. 3, S. 69-72.+++Goeschel, Albrecht: Exportwettlauf in die Armutsfalle: das Wachstumswunder und seine Folgen für die soziale Lage und das politische Bewusstsein in Nordrhein-Westfalen. in: "Große Koalition". Enkelkinder und Großeltern gegen Bildungskrise und Altersarmut. Düsseldorf: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen 2008, S. 63-81. *ARBEITSPAPIERE:* Goeschel, Albrecht: Mehrwertsteuer-Lücke und Export-Meisterschaft: gesamtwirtschaftliche und armutspolitische Anmerkungen zur Mehrwertsteuer-Debatte. Marquartstein: Studiengruppe für Sozialforschung e.V. 2009, 21 S. (Download unter: [www.bayern.awo.de/fileadmin/Content/Dokumente/Fakten/mehrwertsteuer-debatte.pdf](http://www.bayern.awo.de/fileadmin/Content/Dokumente/Fakten/mehrwertsteuer-debatte.pdf)).+++Goeschel, Albrecht: Exportorientierung und Rentenbilanz der Wirtschaftsregionen. Marquartstein: Studiengruppe für Sozialforschung e.V. 2009.

**ART:** Auftragsforschung; Eigenprojekt; gefördert; Gutachten *BEGINN:* 2007-01 *ENDE:* 2010-12 *AUFTRAGGEBER:* Sozialverband VdK Deutschland e.V. Landesverband Nordrhein-Westfalen *FINANZIERER:* Auftraggeber; Institution

**INSTITUTION:** Studiengruppe für Sozialforschung e.V. (Staudacher Str. 14, 83250 Marquartstein)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 08641-7130); Institution (e-mail: [mail@studiengruppe.com](mailto:mail@studiengruppe.com))

[46-L] Graf, Ralph:

**Die Krise der Staatsfinanzen**, in: Utopie kreativ : Diskussion sozialistischer Alternativen, 1996, H. 69/70, S. 44-53 ([www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Utopie\\_kreativ/69/69Graf.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/69/69Graf.pdf))

**INHALT:** Der Verfasser analysiert in seinem Beitrag kritisch die gegenwärtige Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Zusammenhang deckt er die Symptome der Krise der Staatsfinanzen auf: wachsende Staatsverschuldung, steigende respektive stabil bleibende Arbeitslosigkeit, Einbrüche im Wirtschaftswachstum sowie Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt (Globalisierung der Märkte) und Internationalisierung der Finanzmärkte. Diese Krisensymptome und -ursachen führen zum Dogma der Sparpolitik der Regierungskoalition, unter neoliberalen und angebotsorientierten Vorzeichen, die der Autor einerseits als sozial unausgewogen und andererseits als unwirksam kritisiert. Er entwirft statt dessen Ansätze einer alternativen Finanzpolitik, die aus drei Elementen besteht: Einerseits soll die Krise durch Einspareffekte im Rüstungsbereich und bei "ökonomisch und sozial fragwürdigen" Subventionen bekämpft werden. Andererseits sollen Mehreinnahmen erzielt werden: höhere Besteuerung immobiler Vermögensbestände, Erhöhung der Erbschaftsteuer und konsequentes Ahnden von Steuerbetrug. Zum Dritten schwebt dem Autor die Einführung einer ökologischen Steuerreform vor. (ICC)

[47-L] Grömling, Michael:

**Fiskalpolitik kontrovers: konjunkturpolitische Optionen für Deutschland**, (IW-Positionen - Beiträge zur Ordnungspolitik, 18), Köln: Dt. Inst.-Verl. 2005, 64 S., ISBN: 3-602-24115-7

**INHALT:** "Deutschland leidet seit Jahren weniger unter hohen Konjunkturschwankungen als vielmehr unter einem schwachen Wirtschaftswachstum. Gleichwohl wird eine expansive Fiskalpolitik gefördert, um vermeintliche konjunkturelle Instabilitäten zu überwinden. In diesem Beitrag wird untersucht, wie wirksam eine nationale Stabilisierungspolitik sein kann. Dabei sprechen fast alle Argumente klar gegen eine nachfrageorientierte Fiskalpolitik; der Fall Japan zeigt, dass nachfrageorientierte Maßnahmen bei Strukturproblemen sogar schädlich sind. Des Weiteren verdrängen steuer- und schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme einen Teil der privaten Nachfrage. Internationale Sicker-effekte und Verzögerungen vermindern die Wirkungen einer expansiven Fiskalpolitik. Gleichzeitig kann nicht ausgeschlossen werden, dass Stabilisierungsprogramme zu Verhaltensänderungen von Konsumenten und Investoren führen und damit unbeabsichtigte Reaktionen auslösen. Schließlich kann eine fehlende Finanzierungsdisziplin in eine staatliche Überschuldung münden und die künftigen Handlungsspielräume des Staates empfindlich einschränken. Mit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik können hingegen sowohl unter klassischen als auch unter keynesianischen Rahmenbedingungen alle drei zentralen wirtschaftspolitischen Ziele zugleich erreicht werden: ein höheres Wirtschaftswachstum, eine zunehmende Beschäftigung und stabile Preise." (Autorenreferat)

[48-L] Hansmeyer, Karl-Heinrich:

**Die Finanzpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1979 bis 1982**, in: FinanzArchiv, Bd. 43/1985, H. 1, S. 119-177

**INHALT:** Es wird zunächst ein Überblick über die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Daten 1979 - 1982 gegeben bevor der Verfasser ausführlich auf die öffentlichen Haushalte (Bund, Gemeinden, Länder, Gesamthaushalt, Parafisci wie Sozialversicherung und Bundesanstalt für Arbeit) eingeht. Einnahmen- und Ausgabenentwicklung sowie Kreditfinanzierung werden ausführlich dargestellt. Bei der Finanzpolitik werden die Steuerpolitik, die Schuldenstrukturpolitik, den Finanzausgleich und auf einige Sondervermögen wie Bundesbahn, Bundespost, Lastenausgleichsfonds usw. behandelt Steuer- und Schuldenpolitik werden im Hinblick auf bestimmte wirtschaftspolitische Zielsetzungen (insbesondere Haushaltskonsolidierung) beurteilt. (IAB)

[49-L] Hartwich, Hans-Hermann:

**Die Entwicklung der deutschen Staatsverschuldung seit der Wiedervereinigung**, in: Gegenwartskunde : Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung, Jg. 46/1997, H. 2, S. 213-218 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** In dem Beitrag werden die neuesten Daten über die Entwicklung der deutschen Staatsverschuldung seit der Wiedervereinigung präsentiert. Ausgehend von der Feststellung, daß sich die Verschuldung der öffentlichen Hände in Deutschland in den letzten fünf Jahren verdoppelt hat, wird gefragt, wie denn eigentlich gespart werden muß. Als besonders bedenklich wird bezeichnet, daß etliche Schulden des Bundes in sogenannten Nebenhaushalten versteckt wurden. Im internationalen Vergleich wird festgestellt, daß die Staatsverschuldung der Industriestaaten insgesamt gewachsen ist, ohne daß die genauen Ursachen dafür bekannt sind. (ICA)

[50-L] Hegelich, Simon:

**Diskurskoalitionen in der Finanzmarktrettung: das Finanzmarktstabilisierungsgesetz**, in: Der moderne Staat : Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Jg. 3/2010, H. 2, S. 339-359 ([www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/4591](http://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/4591))

**INHALT:** "Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz kann als eines der weitreichendsten Gesetze der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik gelten. Dieses Gesetz, das die Grundlage der Rettungsaktionen definierte, gibt eine politische Richtung vor, die das Verhältnis von Staat und Markt neu zugunsten des Staates definiert, auf stärkere Kontrolle der Finanzmarktakteure setzt und gleichzeitig demokratische Kontrollmechanismen aufweicht. Um dieses Policy-Ergebnis zu erklären, untersucht der Artikel die Diskurskoalitionen, die sich in der Policy-Arena Finanzmarktrettung gebildet haben." (Autorenreferat)

[51-L] Heinemann, Friedrich:

**Staatsverschuldung: Ursachen und Begrenzung**, (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 214), Köln: Dt. Inst.-Verl. 1994, 59 S., ISBN: 3-602-24036-3

**INHALT:** Der Verfasser legt einleitend empirische Daten zur Staatsverschuldung in historischer und internationaler Perspektive vor. Als "naiver Erklärungsversuch" der Staatsverschuldung wird im folgenden die Ansicht gewertet, die Defizitfinanzierung werde nur in wohlbegründeten Fällen als ein dem Allgemeinwohl dienendes Instrument eingesetzt. In der Tradition der Public-Choice-Schule wird vielmehr gezeigt, daß Politiker die Defizitfinanzierung zur Maximierung ihres persönlichen Nutzens einsetzen. Hierfür bietet die Demokratie besonders gute Voraussetzungen. Die Rolle der politischen Institutionen wird in der Interpretation der Verschuldung als strategische Variable deutlich. Abschließend werden Schlußfolgerungen für eine notwendige Schuldenbegrenzung in Deutschland und Europa formuliert. (ICE2)

[52-L] Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):

**Deutsche Zustände: Folge 8**, (Edition Suhrkamp, 2602), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2010, 319 S., ISBN: 978-3-518-12602-8

**INHALT:** Ganz im Zeichen der globalen Finanzkrise steht die achte Folge der 'Deutschen Zustände'. Seit 2002 veröffentlicht die Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer die Ergebnisse ihrer Langzeitstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF). Dabei werden die allgemeinen Trends dargestellt, die im Zuge der Surveys ermittelt wurden, spezielle Einzelstudien aus dem Forschungsbereich vorgestellt und in reportageartigen Stücken tiefere Einblicke in die Wirklichkeit geboten. Dem GMF-Komplex werden zugerechnet: Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen, Behinderten und (seit 2007) Langzeitarbeitslosen, Einforderung von Etabliertenvorrechten, Islamophobie und Sexismus. Die empirischen Analysen lassen erneut erkennen, dass es sich bei GMF um ein Syndrom handelt, bei dem die einzelnen Vorurteile, Abwertungen und Diskriminierungen statistisch korreliert sind. Aktuell beobachtet die Forschungsgruppe eine 'Radikalisierung der Unübersichtlichkeitsproblematik', da 'bisher geltende 'Spielregeln' ökonomischer, politischer und sozialer Art unterlaufen, manipuliert, verdeckt oder außer Kraft gesetzt' worden seien. Dies belaste 'die gesellschaftliche Ordnung einschließlich des demokratischen Systems'. So dokumentiert der Band beispielsweise Erkenntnisse darüber, inwieweit Ursachenzuschreibungen für die Krise vor dem Hintergrund von Antisemitismus, Antiamerikanismus und Fremdenfeindlichkeit vorgenommen werden. Die Fallgeschichten treten in dieser Folge etwas in den Hintergrund, thematisiert werden u. a. Aggressivität, Werteverfall und die Lage der Hartz-IV-Kinder. (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Vorwort: Deutsche Zustände. Das Jahr 2009: Denkwürdige Erinnerungen und unübersichtliche Krisen (9-12); I. Das Problem: Wilhelm Heitmeyer: Krisen - Gesellschaftliche Auswirkungen, individuelle Verarbeitungen und Folgen für die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (13-48); II. Empirische Analysen: Jürgen Mansel, Viktoria Spaiser: Ängste und Kontrollverluste. Zusammenhänge mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (49-71); Andreas Zick, Rebecca Lobitz, Eva Maria Groß: Krisenbedingte Kündigung der Gleichwertigkeit (72-86); Claudia Dalbert, Andreas Zick, Daniela Krause: Die Leute bekommen, was ihnen zusteht. Der Glaube an die gerechte Welt und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (87-106); Veronika Schmid, Matthias Bös: Aufbruchsstimmung in Krisenzeiten - oder hoffnungslos unzufrieden? (107-127); Julia Becker, Ulrich Wagner, Oliver Christ: Ursachenzuschreibungen in Krisenzeiten: Auswirkungen auf Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (128-143); Felix Knappertsbusch, Udo Kelle: "Mutterland des nomadisierenden Finanzkapitals" - Zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus vor dem Hintergrund der Finanzkrise (144-163); Anna Klein, Wilhelm Heitmeyer: Wenn die Wut kein politisches Ventil findet. Politische Kapitulation und die Folgen für schwache Gruppen (164-189); III. Fallgeschichten: Soziale Zustände in Krisenzeiten. Eine Einführung in die Beiträge (190-191); Ulrike Demmer: Szenen einer Gesellschaft. Aggressivität im Alltag (192-201); Alex Rühle: Was zählen Werte in Zeiten der Krise? (202-208); Eva Müller: Einfach aussortiert - Wie geht es den Hartz-IV-Kindern? (209-222); Günter Wallraff: Die Abschaffung von Würde (223-234); IV. Gefährliche menschenfeindliche Vorgänge: Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Gewalt. Eine Einführung in die Beiträge (235-237); Matthias Drobinski, Roland Preuß: Angst vor der Tagesordnung (238-244); Dierk Borstel: "Braun gehört zu Bunt dazu!" - Ein Bericht aus Anklam und Umgebung (245-258); Liane Czeremin: Das Tor aus den Augen verloren. In Colditz zerfällt ein Bündnis gegen Rechtsextreme (259-268); Olaf Sundermeyer: Eine Feuerwehr ist auch politisch wachsam (269-280); V. Politische Analysen zu Krisen und Demokratie: Ratlose Politik und Demokratieentleerung. Eine Einführung in die Beiträge (281-282); "Keine Aussicht auf eine Repolitisierung in Zeiten der Krise." Claus Offe im Gespräch mit Gunter Hofmann (Die Zeit) und Wilhelm Heitmeyer (283-295); Heribert Prantl: Demokratietalarm. Wie die Kapitaldelikte die Gesellschaft in eine kapitale Krise führten und wie man aus dieser Krise wieder herauskommt (296-304); Werner A. Perger: Völkischer Populismus in Europa (305-314).

[53-L] Henke, Klaus-Dirk (Hrsg.):

**Zur Zukunft der Staatsfinanzierung**, (Europäische Schriften zu Staat und Wirtschaft, Bd. 1), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1999, 206 S., ISBN: 3-7890-5893-9 (Standort: Bibl. IHK Köln(Kn133)-X12928)

**INHALT:** "Der in seiner Grundstruktur nach wie vor angespannte Zustand der öffentlichen Finanzen (des Bundes ebenso wie der meisten nachgeordneten Körperschaften) hat seine Ursache nicht in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sondern ist als Symptom für einen Bedarf an systematischen Veränderungen des staatlichen Einnahmen- und Ausgabensystems einzuschätzen. Zum einen sind strukturelle Verminderungen der öffentlichen Ausgaben gefordert, um Spielräume zur Verringerung von Steuerbelastung und Staatsverschuldung zu eröffnen und damit den staatlichen Einfluß auf Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig zu vermindern. Zum anderen sind die öffentlichen Finanzierungsinstrumente in ihrer inneren Systematik zu bereinigen und ihren im Wandel begriffenen äußeren Bedingungen anzupassen, um gegebenes Potential für Effizienzsteigerungen auszuschöpfen und um im internationalen Wettbewerb der Systeme, der sich unter realen Bedingungen auf die Konkurrenzfähigkeit von Arbeitskräften und Unternehmen überträgt, bestehen zu können. Der vorliegende Band dokumentiert eine Diskussion zu diesem Themenfeld, die im Rahmen der Fachkonferenz 'Die Zukunft der Staatsfinanzierung' am 18. und 19. Dezember 1997 im Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis in Berlin stattfand. Die betont anwendungsnahe Analyse richtet sich, auf der Basis einer Erörterung von Ausgangslage und Rahmenbedingungen der Staatsfinanzierung, zunächst auf die Neuordnung des Steuersystems in Deutschland, um sich dann den Folgen und Rechtfertigungen der Staatsverschuldung sowie der grundsätzlichen Frage nach dem Umfang staatlicher Aktivitäten, soweit er sich in den öffentlichen Finanzen niederschlägt, zu widmen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Klaus-Dirk Henke: Einleitung (11-12). I. Staatsfinanzen im Umbruch: Klaus-Dirk Henke: Zur finanziellen Situation des Staates (13-33); Friedrich Wilhelm Henning: Staatsfinanzen in historischer Perspektive (35-71); Charles B. Blankart: Politische Ökonomie der Rentenreform (73-85). II Zur Neuordnung des Steuersystems: Peter Bareis: Systematisierung der Einkommensteuer (87-101); Manfred Rose: Systematisierung der Gewinnbesteuerung (103-113); Gerold Krause-Junk: Haben Ökosteuern eine Zukunft? (115-121); Bernd Genser: Wieviel Umsatzsteuerautonomie bleibt im EU-Binnenmarkt? (123-136). III. Die öffentliche Verschuldung: Hans Fehr, Anna Ruocco, Wolfgang Wiegand: Defizitbegrenzung für die Währungsunion: Wer gewinnt, wer verliert? - Eine quantitative Untersuchung für Italien (137-156); Horst Zimmermann: Ökonomische Rechtfertigung einer kontinuierlichen Staatsverschuldung? (157-171). IV. Staatstätigkeit im Übermaß?: Horst Schöberle: Nationale und internationale Bestimmungsfaktoren der Staatsfinanzen (173-181); Wolfgang Kitterer: Staatstätigkeit, Staatsfinanzen und Wirtschaftswachstum (183-206).

[54-L] Hickel, Rudolf:

**Abschied vom Rheinischen Kapitalismus?: zum rot-grünen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 44/1999, H. 8, S. 947-957 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der Beitrag diskutiert einige Aspekte des "Zukunftsprogramms 2000", das Bundeskanzler Schröder als das bisher "größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" charakterisiert hat. Mit diesem Umbauprogramm wird aus der Sicht des Autors die Politik wieder fest an das Schlepptau der Unternehmenswirtschaft gekoppelt. Der endgültige Abschied des "Rheinischen Kapitalismus" scheint vorgezeichnet. Die Frage der Gewinnverwendung durch die Unternehmen blieb in den bisherigen Runden zum "Bündnis für Arbeit" Tabu, während das Tarifsysteem "enttabuisiert" wurde. Das Programm zielt insgesamt auf einen grundlegenden Kurswechsel der Politik mit den Instrumenten des Haushalts: (1) Die Finanzpolitik verzichtet auf ihre Verantwortung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung; (2) Fundamentale Prinzipien des Sozialstaats werden außer Kraft gesetzt; (3) Die Kosten der Arbeitslosigkeit sowie der Sozialhilfe werden auf die Kommunen abgeschoben und erhöhen die finanzielle Not der Gemeinden. (pre)

[55-L] Holtkamp, Lars:

**Wer hat Schuld an der Verschuldung?: Ursachen nationaler und kommunaler Haushaltsdefizite**, (polis / Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Nr. 64), Hagen 2007, 31 S. (Graue Literatur;  
[www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/lg-iii/polis\\_64\\_lars\\_holtkamp.pdf](http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/lg-iii/polis_64_lars_holtkamp.pdf))

**INHALT:** Auch wenn derzeit optimistische Meldungen über die Haushaltsentwicklung in Deutschland dominieren, steigt die Staatsverschuldung in Bund, Ländern und Gemeinden tendenziell weiter an. Ausgehend von einem gerade in den 1990er Jahren im Zuge der Deutschen Einheit erreichten hohen Niveau der Verschuldung, wird die Haushaltskonsolidierung zur Daueraufgabe. Besonders betroffen von der Haushaltskrise ist die kommunale Ebene. In diesem Beitrag werden zunächst die in der international vergleichenden Staatstätigkeitsforschung entwickelten Hypothesen über die Ursachen von nationalen Defiziten skizziert, die erste Anhaltspunkte für eine Untersuchung kommunaler Haushaltsdefizite geben können. Zweitens wird mit den sozioökonomischen und institutionellen Bestimmungsfaktoren der Forschungsstand zu den exogenen Ursachen kommunaler Defizite in Deutschland referiert. Drittens werden u. a. unter Berücksichtigung konkordanz- und konkurrenzdemokratischer Akteurskonstellationen Hypothesen für die endogenen Ursachen kommunaler Defizite diskutiert. Im Kern wird dabei die These entwickelt, dass eine Zentralisierung der Haushaltspolitik - die verstanden wird als eine starke Stellung des direkt gewählten Bürgermeisters gegenüber dem Rat und der Fachverwaltung bei Begrenzung des Parteienwettbewerbs - zu geringer ausgeprägten Haushaltsdefiziten führt. Die Analyse der Ergebnisse der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung verdeutlicht, dass bei der Erklärung von Haushaltsdefiziten sehr unterschiedliche exogene und endogene Variablen zu berücksichtigen sind. Sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene haben sozioökonomische und institutionelle Variablen eine hohe Erklärungskraft, wobei die Wirkung institutioneller Rahmenbedingungen häufig im Zusammenhang mit variierenden und damit endogen beeinflussbaren Akteurskonstellationen zu sehen ist. Wesentliche institutionelle Effekte dürften auf der kommunalen Ebene insbesondere von den variierenden "Haushaltsnotlagenregimen" der Kommunalaufsicht als Vetospieler ausgehen, wobei die Kommunen über ein nicht zu unterschätzendes Arsenal an Strategien verfügen, um sich diesen Einflüssen zumindest partiell zu entziehen. Bedeutend sind auf kommunaler Ebene zudem exogene sozioökonomische und institutionelle Faktoren. (ICD2)

[56-L] Horn, Gustav; Truger, Achim:

**Strategien zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte**, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 58/2005, H. 8, S. 425-432 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Trotz hartnäckiger Versuche in den vergangenen Jahren, die öffentlichen Haushalte in Deutschland zu sanieren, sind die finanziellen Defizite der öffentlichen Hand nach wie vor unerwünscht hoch. Die bisherige Konsolidierungsstrategie ist damit gescheitert. Notwendig ist nunmehr eine Wende zu einer Strategie, die zum einen gesamtwirtschaftlich ausgerichtet ist und zum zweiten der Verantwortlichkeit der Regierung in ökonomisch sinnvollerer Weise Rechnung trägt als bisher. Das bisher praktizierte Vorgehen genügte keiner der beiden Anforderungen. Die Konsolidierung sollte in Zukunft auf der Basis vorbestimmter Ausgabenpfade, die allein die nicht zyklischen Ausgaben umfassen, geschehen. Die Defizite schwanken bei diesem Vorgehen im Rhythmus der Konjunktur; die Konsolidierung findet antizyklisch statt. Für das Einhalten der Ausgabenbeschränkung kann die Regierung verantwortlich gemacht werden, da sie über den Haushalt zu erfolgen hat. Eine neue Bundesregierung sollte eine solche Strategie beschließen und im Rahmen eines nationalen Stabilitätspakts für alle Gebietskörperschaften verbindlich machen. Damit könnte auch die Glaubwürdigkeit der Konsolidierungsabsicht unterstrichen werden und die lange vermisste Stetigkeit in die Finanzpolitik Deutschlands zurückkehren." (Autorenreferat)

[57-F] Joko, Sonja, Dipl.-Pol. Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Nölke, Andreas, Univ.-Prof.Dr. (Betreuung):  
**Ursachen der Staatsverschuldung im Kontext der Globalisierung**

**INHALT:** Die Staatsschuldenproblematik hat infolge der aktuellen Finanzkrise einen neuen Höhepunkt erreicht. Der jüngste Anstieg der Verschuldung ist jedoch lediglich eine Fortsetzung eines lang anhaltenden Trends der öffentlichen Finanzen. Die Arbeit geht der Frage nach, wie die im Kontext der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung der letzten dreißig Jahre beobachtbare Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland zu erklären ist. Ausgangspunkt der empirischen Analyse bildet die Überlegung, dass die trendmäßige Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland in erster Linie struktureller Natur, also durch bewusste einnahme- und ausgabepolitische Entscheidungen des Staates bedingt ist. Im Gegensatz zur konjunkturell bedingten Staatsverschuldung, deren Ursachen auf der Hand liegen, bedarf die durch finanzpolitische Entscheidungen begründete Verschlechterung der öffentlichen Finanzen einer weitergehenden Erläuterung. Eine Erklärung der Ursachen der Staatsverschuldung läuft damit auf eine Erklärung der Determinanten finanzpolitischer Entscheidungen hinaus. Mit Blick auf den steilen Anstieg der deutschen Staatsverschuldung in den letzten drei Jahrzehnten hat die empirische Untersuchung zum Ziel, die Beweggründe von in diesem Zeitraum getroffenen finanzpolitischen Entscheidungen aufzudecken und mit den existierenden Theorien zu konfrontieren. Zur Untersuchung der Beweggründe wird die Tatsache genutzt, dass die politischen Akteure in parlamentarischen Demokratien dem funktionalen Zwang unterliegen, ihre Entscheidungen zu rechtfertigen, d.h. die Motive gesetzgeberischer Entscheidungen und die mit einer Gesetzesmaßnahme verfolgten Ziele offen zu legen. In einer vorläufigen Sichtung des umfangreichen Materials hat sich die Vermutung bestätigt, dass die Public Choice Theorie die Entwicklung nur bedingt erklären kann. *ZEITRAUM:* 1980-2007 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland (Bundesebene)

**METHODE:** Die Arbeit verfolgt einen analytisch-empirischen Ansatz: Ausgangspunkt der Arbeit sind die vielzähligen Theorien zur Staatsverschuldung und zur Staatstätigkeit. Die darin propagierten Variablen werden für die empirische Arbeit im Sinne eines deduktiven Vorgehens in ein Kategorienschema überführt. Im Gegensatz zu existierenden Forschungsarbeiten bedient sich die empirische Analyse nicht hochaggregierter Makrovariablen, sondern setzt an der Erforschung konkreter Haushaltsentscheidungen an. Die inhaltsanalytische Auswertung des Textmaterials ist in erster Linie qualitativ und folgt dem von Mayring entwickelten systematischen, regelgeleiteten Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert; Aktenanalyse, standardisiert. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

**ART:** Dissertation *BEGINN:* 2008-07 *ENDE:* 2012-07 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

**INSTITUTION:** Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie (Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main)

**KONTAKT:** Bearbeiterin (Tel. 069-26498994, e-mail: sonja.juko@gmx.net)

[58-L] Kampmann, Brigitte:

**Staatsverschuldung - Begrenzungskonzepte in der Kritik**, (Schriften zur monetären Ökonomie, 38), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1995, XV, 293 S., ISBN: 3-7890-4056-8

**INHALT:** Die Autorin möchte das Problem der Staatsverschuldung mit Überlegungen zur Verwaltungsreform im Bereich des öffentlichen Rechnungswesens verknüpfen. Das Thema ist auch deshalb relevant, weil die Haushaltsdisziplin ein Konvergenzkriterium für die Teilnahme an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion darstellt. Zur Begrenzung der Staatsverschuldung existieren drei Konzepte: Neben dem Ansatz einer absoluten Verschuldungsbegrenzung, wie in den USA praktiziert, gibt es den der relativen Verschuldungsgrenze (Quoten) sowie die von der Autorin favorisierte Verschuldungsgrenze des Artikels 115 GG. Darin ist eine Beschränkung der Neuverschuldung auf die Summe der Investitionsausgaben vorgesehen. Sie basiert 'auf der Vorstellung der intergenerationsgerechten Steuerung des staatlichen Verschuldungsverhaltens; das zukunftsbelastende Mittel des Kredits zur Staatsausgabenfinanzierung soll nur für im gleichen Maße zukunftsbegünstigende öffentliche Ausgaben verwendet werden' (247). Doch ist die Zielsetzung des Artikels 115 mit dem momentan praktizierten öffentlichen Rechnungswesen nicht zu realisieren. Erforderlich ist ein Rechnungskonzept, 'dem ebenfalls die Vorstellung zugrunde liegt, daß grundsätzlich jede Generation von Steu-

erzahlern die von ihr konsumierten Ressourcen durch entsprechende (Steuer-)Abgaben wieder zu ersetzen hat' (248). Das öffentliche Rechnungswesen sollte deshalb auf ein 'Nettoressourcenkonsum-Konzept' (248) umgestellt werden. Aus dem Inhaltsverzeichnis: II. Die Beurteilung der Staatsverschuldung aus ökonomischer Sicht; III. Ansätze zur Begrenzung von Staatsverschuldung - Darstellung und Kritik verschiedener Praxiskonzepte; IV. Der intergenerative Lastausgleich als Zielsetzung der Verschuldungsgrenze des Artikels 115 GG und seine Umsetzung durch das öffentliche Rechnungswesen. (ZPol, NOMOS)

[59-L] Krohn, Claus-Dieter:

**Zur Krisen-debatte der bürgerlichen Nationalökonomie in Deutschland während der**

**Weltwirtschaftskrise 1929-1933**, in: Gesellschaft : Beiträge zur Marx'schen Theorie, Jg. 1977/1977, H. 10, S. 51-88 (Standort: USB Köln(38)-Haa81; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die Arbeit dient dem Ziel, anhand der verschiedenen Entwürfe der bürgerlichen Nationalökonomie zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, deren Konzeptionen zur Krisentheorie darzustellen und ihre Interessensidentität mit gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden offenzulegen. Im ersten Schritt stellt Krohn die Entwicklung und Situation der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft dar und zeigt auf, daß die Krisenanfälligkeit der deutschen Wirtschaft von den Nationalökonomern zumeist nicht erkannt wurde, vor dem Einsetzen der Krise überwiegend optimistische Konzeptionen vertreten wurden, die die Besonderheit der neuen Krisenentwicklung gegenüber den zyklischen Krisen nicht erfassten. Der noch am weitesten gehende Ansatz von Sombart erweist sich in seinen therapeutischen Vorstellungen als belanglos. Krohn stellt weiterhin den an der monetären Konjunkturtheorie anknüpfenden Ansatz von Mises, sowie die Konzeption des Kapitalapologeten Adolf Weber dar, der Wirtschaftskrisen in der Sozialpolitik und in der Rücksichtnahme auf Arbeiterinteressen begründet sieht. Vorschläge zur Krisentherapie kamen vor allem von den Wirtschaftspraktikern, die sich auf Keynes stützen konnten. Plankapitalistische Vorschläge gingen von der Notwendigkeit eines starken Staates nach dem Muster des italienischen Faschismus aus und lieferten Vorarbeiten für die Konzepte des Nationalsozialismus. Diese Konzeptionen gewannen in den dreissiger Jahren das Übergewicht über Positionen, die auf die konjunkturelle Dynamik abzielten. (BG)

[60-L] Kühn, Hagen:

**Leere Kassen: Argumente gegen einen vermeintlichen Sachzwang**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 48/2003, H. 6, S. 731-740 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;  
www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2003/juni/leere-kassen)

**INHALT:** Angesichts der aktuellen politischen Diskussion über die finanzielle Knappheit der öffentlichen und kommunalen Kassen fragt der Beitrag nach Gründen und zeigt, warum die akute Misere der öffentlichen Finanzen überwiegend politischer Natur ist. Dabei werden vornehmlich drei Ursachenbündel diskutiert: 1) die politisch herbei geführten Einnahmeverzichte des Staates mittels diverser Steuersenkungen, 2) das Fehlen einer aktiven Wachstums- und Beschäftigungspolitik und 3) die Dämonisierung der Staatsverschuldung als einer verfassungsrechtlich, ethisch und ökonomisch legitimen Möglichkeit, staatliche Zukunftsinvestitionen ohne Steuermehreinnahmen zu finanzieren und konjunkturelle Abschwünge abzufedern. Kritisiert wird vor allem die neoliberale Forderung nach reduzierten Unternehmenssteuern, Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau, während das Wachstum rückläufig ist, die Arbeitslosigkeit steigt und die öffentlichen Aufgaben vernachlässigt werden. Die Überlegungen verdeutlichen, dass die "leeren" Kassen kein Sachzwang sind. Vielmehr könnte ein Umsteuern der staatlichen Haushaltspolitik durch Steuermehreinnahmen aus Einkommen mit hoher Sparquote, durch Kredite für Investitionen, durch effektive Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung und durch verbesserte Effizienz im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen finanziert werden. (ICH)



[61-L] Lehnndorff, Steffen (Hrsg.):

**Abriss, Umbau, Renovierung?: Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells**, Hamburg: VSA-Verl. 2009, 238 S., ISBN: 978-3-89965-325-0

**INHALT:** "Dieses Buch handelt von den Umbrüchen im deutschen Kapitalismusmodell im Vorfeld der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Es ist nicht zuletzt das Bonmot der Bundeskanzlerin, Deutschland solle 'gestärkt aus dieser Krise hervorgehen', das die Frage provoziert, mit welchen Stärken und Schwächen dieses Land in die Krise hineingegangen ist. Im Anschluss an die Analyse, welchen Veränderungen die Kerninstitutionen des 'Modells Deutschland' in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten unterworfen wurden, werden fünf Wirtschaftszweige unter die Lupe genommen, an denen besonders interessante Aspekte des Aufbrechens der traditionellen Verknüpfung von wirtschaftlichem und sozialem Erfolg studiert werden können. Abschließend wird die deutsche Entwicklung in den europäischen Zusammenhang gestellt und gefragt: Welche Bedeutung könnte die viel diskutierte 'Rückkehr des Staates' in und nach der gegenwärtigen Krise haben? In der Untersuchung des deutschen Modells wird herausgearbeitet, dass ausgerechnet eines der Flaggschiffe der 'koordinierten Marktwirtschaft' in Europa unter dem Dauerbeschuss neoliberal inspirierter Debatten und 'Reformen' grundlegend verändert wurde. In Kombination mit dem bislang nur punktuell überwundenen Konservatismus im deutschen Wohlfahrtsstaat und Familienmodell ergibt sich eine toxische Mischung, die die Nutzung gesellschaftlicher Zukunftsressourcen in erheblichem Maße behindert." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Steffen Lehnndorff: Reif für die Krise - Einleitung (7-19); Steffen Lehnndorff, Gerhard Bosch, Thomas Haipeter, Erich Latniak: Vor der Krise und in der Krise - Das deutsche Beschäftigungsmodell: ein Modell für die ganze Welt? (20-46); Thomas Haipeter: Erosion der industriellen Beziehungen? Die Folgen der Globalisierung für Tarifsysteem und Mitbestimmung in der deutschen Automobilindustrie (47-80), Dorothea Voss-Dahm: Warum Simone auch zukünftig weniger verdient als Simon - Ursachen geschlechtsspezifischer Ungleichheit im Einzelhandel (81-109); Andreas Jansen: Der Bauarbeitsmarkt im Spannungsfeld zwischen Transnationalisierung und Ost- und West-Unterschieden (110-135); Angelika Kümmerling: Der lange Weg zur Professionalisierung der Altenpflege und seine (nicht?)-intendierten Folgen (136-165); Erich Latniak: Brüsseler Spitzen: Die Fragmentierung von Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen im Öffentlichen Personennahverkehr (166-196); Steffen Lehnndorff: Vor der Rückkehr des Staates? Europäische Beschäftigungsmodelle im Umbruch (197-235).

[62-L] Mai, Karl:

**Nulldefizit und Entschuldung der öffentlichen Haushalte**, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 19/2008, H. 4, S. 38-49 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Als im Gefolge der Wiedervereinigung die Staatsschulden rasch anstiegen, entstanden beachtliche Defizite sowie ein Übergang zur fiskalischen Zinsfalle. Eine Stagnationsphase nach dem Jahr 2000 führte weiterhin zu einer deutlichen Reduzierung der öffentlichen Investitionen aus Kreditfinanzierung und damit zur faktischen weiteren Überschreitung der nationalen grundgesetzlichen Begrenzung der Netto-Neuverschuldung für den Staat. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass der Wunsch neoliberaler Politiker nach Senkung der Staatsausgabenquote in Übereinstimmung mit der Steuersenkungspolitik steht. Parallel zu den entstehenden Netto-Mehrgewinnen in den Unternehmen wird von der Politik eine sinkende Netto-Neuverschuldung weiter vorangetrieben, während die öffentlichen Haushaltsausgaben zurückgehen. Der Autor führt aus, dass ein Nulldefizit faktisch bedeutet, dass der Staat als Kreditnehmer für die laufende private "Überakkumulation", die den Kreditbedarf der privaten Wirtschaft für den Binnenmarkt übersteigt, ausfällt. Folglich kann nur der Ausweg über die jährlichen hohen Kapitalexportüberschüsse die Absorption der Geldersparnisse erreichen. Dies führt jedoch bei eskalierenden Exportüberschüssen zu schärferen internationalen Widersprüchen. (ICA2)

[63-L] Milbradt, Georg H.:

**Darstellung und Analyse der Staatsverschuldung in der Bundesrepublik Deutschland**, (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 81), Köln: Dt. Inst.-Verl. 1980, 59 S., ISBN: 3-602-24781-3

**INHALT:** "Das wirtschaftspolitische, aber auch das wirtschaftswissenschaftliche Interesse hat sich in den letzten Jahren zunehmend den Problemen der Staatsverschuldung zugewandt, nachdem diese Fragen in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten nur sporadisch erörtert wurden. Angesichts der Tatsache, daß die gesamten Staatsschulden sich Ende dieses Jahres auf ca. 450 Mrd. DM belaufen werden und nach der mittelfristigen Finanzplanung eine weitere beträchtliche Nettoneuverschuldung für die nächsten Jahre erwartet werden kann, ist es nicht verwunderlich, daß in der breiten Öffentlichkeit über Ursachen und Konsequenzen dieser Entwicklung diskutiert wird. Die vorliegende Untersuchung will hierzu einen Beitrag leisten." (Autorenreferat)

[64-L] Nocon, Herbert:

**Überhöhte Steuern, Abgaben und Staatsverschuldung in Deutschland**, Lohmar: Eul 2001, VIII, 119 S., ISBN: 3-89012-898-X (Standort: UB Bonn(5)-W2002-960)

**INHALT:** "In der vorliegenden wissenschaftlichen Abhandlung werden analytisch und systematisch die gesamten Einnahmen der Staatsorgane für den Zeitraum von 1950 bis einschließlich 1998 dargestellt und zweckbestimmend beurteilt. Es geht hierbei nicht nur um die Steuereinnahmen, sondern auch um die steuerähnlichen Abgaben und die restlichen Einnahmen der Staatsorgane. Hinzu kommen noch die staatlichen Schulden, die insbesondere neben den originären Einnahmen wegen des ab 1970 veränderten Staatsverständnisses und ab 1990 infolge der Wiedervereinigung Deutschlands in beschleunigter Weise durch die Staatsorgane in Anspruch genommen worden sind. Dabei wird hauptsächlich die Zweckmäßigkeit des dauerhaften Anstiegs der Steuern und steuerähnlichen Abgaben durch die Staatsorgane einer genauen Prüfung unterzogen. Die stetig ausgedehnten Aktivitäten der Staatsorgane sind nämlich als überzogen und verwaltungstechnisch zu teuer zu qualifizieren. Sie führten im Endeffekt zwangsläufig zu einer steigenden Bevormundung der Bürger und der Unternehmer. Der durch die Staatsorgane angestrebte Wohlfahrtsstaat hat als Konsequenz den materiellen und persönlichen Aktionsraum der Bürger und Unternehmer systematisch eingeschränkt. Von den Staatsorganen organisiert und administriert soll der Wohlfahrtsstaat mit allen seinen Systemen Bürger und Unternehmer 'von der Wiege bis zur Bahre' überwachen und begleiten. Die sehr kostspieligen Regelungen und Reglementierungen durch die Staatsorgane müssen durch überhöhte Steuern und steuerähnliche Abgaben teuer bebezahlt werden. Die demgegenüber sehr minimale Effektivität des Wohlfahrtsstaates stellt dabei die Leistungsbereitschaft der Erwerbstätigen oft infrage. Es lohnt sich infolge der zu hohen Steuern und steuerähnlichen Abgaben nur noch bedingt, arbeitsbereit zu sein. In einem vollkommenen Wohlfahrtsstaat kann man auch ohne Leistung von der Arbeitslosenhilfe oder auch Sozialhilfe einigermaßen leben. Die vorrangige Aufgabe besteht in der Beurteilung der Aktivitäten der Staatsorgane sowie darin, auf die wirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Schiefen und Schwierigkeiten hinzuweisen, die seit einigen Jahrzehnten durch die Umorientierung zum vollkommenen Wohlfahrtsstaat als Folge entstanden sind." (Textauszug)

[65-F] Otnad, Adrian, Dipl.-Volksw. (Leitung):

**Ursachen und Folgen wachsender Staatsverschuldung in Deutschland**

**INHALT:** Polit-ökonomische und wirtschaftskulturelle Ursachen wachsender Staatsverschuldung in der Demokratie am Beispiel Deutschlands; Folgen für Wirtschaft, Staat, Gesellschaft; gesellschaftliche Sicht- und Verhaltensweisen als eigentliche Ursache - Chancen ihrer Veränderung im Rahmen soziokultureller Evolution; Ansatzpunkte für politisches Handeln. *ZEITRAUM:* 1945-1995 (2005) *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland, andere Industrieländer

**METHODE:** evolutorische Ökonomik. Untersuchungsdesign: Computersimulation; Trend, Zeitreihen; retrospektive Daten; qualitative Forschung; interkultureller Vergleich; internationaler Vergleich *DATENGEWINNUNG:* Datenerstellung auf der Basis von bereits vorliegenden Materialien wie Texten, Akten, Statistiken.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Biedenkopf, Kurt H.; Miegel, Meinhard: Die programmierte Krise. Alternativen zur staatlichen Schuldenpolitik. Stuttgart 1979.+++Otnad, Adrian: Ursachen und Folgen wachsender Staatsverschuldung in Deutschland. 1996.

**ART:** Eigenprojekt; gefördert *BEGINN:* 1995-03 *ENDE:* 1995-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution; Meyer-Struckmann-Stiftung

**INSTITUTION:** Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. -IWG BONN- (Ahrstr. 45, 53175 Bonn)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 0228-372044-5)

[66-L] Otnad, Adrian:

**Wohlstand auf Pump: der Irrweg der Schuldenpolitik**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 42/1997, H. 4, S. 444-453 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der Verfasser wendet sich in seinem Beitrag gegen die Fortsetzung der gegenwärtigen staatlichen Schuldenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Er charakterisiert sie als Versuch der Bewältigung gegenwärtiger Probleme auf Kosten der Zukunft. Im folgenden zeichnet der Autor den deutschen Weg in die Staatsverschuldung seit Ende der sechziger Jahre nach und erläutert, daß die Voraussetzungen für eine Hinnahme konjunkturbedingter Defizite in diesem Zeitraum meist nicht oder nur teilweise erfüllt waren. Er tritt der Behauptung entgegen, Deficit Spending könne sich selbst finanzieren und wirft in diesem Zusammenhang den Vertretern der "keynesianischen Lehrbuchökonomik" vor, langfristige Folgen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu übersehen. Auf der gesellschaftlichen Ebene beklagt der Verfasser zu hohes Anspruchsdenken an den Staat sowie Gegenwartsfixiertheit, beschränkte individuelle und kollektive Rationalität der Akteure sowie insgesamt einen fehlenden sozialen Grundkonsens, der die Verschuldungsmentalität verändern könnte. Er fordert deshalb eine institutionelle Selbstbindung, das heißt eine enge verfassungsmäßige Begrenzung der Verschuldungsmöglichkeit. (ICC)

[67-L] Priewe, Jan:

**Gefangen in der Schuldenfalle?: Überlegungen zum fiskalpolitischen Handlungsspielraum in der Bundesrepublik Deutschland**, in: WSI-Mitteilungen : Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Jg. 49/1996, H. 5, S. 307-315 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Angesichts der Verdoppelung der Staatsverschuldung in Deutschland seit 1989 dominiert in der Öffentlichkeit die Vorstellung, vordringlichste Aufgabe sei die Schuldenkonsolidierung, wodurch Wachstumskräfte freigesetzt würden. Expansive keynesianische Fiskalpolitik sei in dieser Situation nicht mehr möglich, insbesondere auch um die Konvergenzkriterien von Maastricht einzuhalten. Indessen läßt sich nachweisen, daß unter realistischen Annahmen keine weitere Steigerung der Zinslasten in den öffentlichen Haushalten zu erwarten ist; das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte (ohne Sozialversicherungen) ist gering, bei einer anderen Berechnungsmethode existiert sogar ein Überschuß. Nach dem - leicht modifizierten - Konzept des Sachverständigenrates gibt es durchaus Spielräume für längerfristig ausgerichtete öffentliche Investitionsprogramme, die jedoch möglichst international koordiniert durchgeführt werden sollten." (Autorenreferat, IAB-Doku)

[68-L] Rahden, Till van; Berghoff, Hartmut (Hrsg.):

**Staat und Schulden: öffentliche Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert**, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2009, 254 S., ISBN: 978-3-525-36385-0

**INHALT:** Aus Anlass seines 60. Geburtstags haben die Herausgeber die wichtigsten finanzhistorischen Aufsätze des Historikers Ullmann zusammengestellt. 'Sie bilden einen faszinierenden Durchgang durch 250 Jahre Geschichte öffentlicher Finanzen in Deutschland'. Im ersten Kapitel über 'Konzepte' werden die Anfänge des modernen Steuerstaates im 16. und 17. Jahrhundert, die Einrichtung regelmäßiger Etats am Anfang des 19. Jahrhunderts sowie der Übergang zum modernen Interventions- und Wohlfahrtsstaat zu Beginn des 20. Jahrhunderts thematisiert. Im zweiten Teil werden die finanz-

historischen Krisen und Reformen des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts genauer untersucht. Im dritten Kapitel liegt der Schwerpunkt der Analyse auf den Haushalten und Institutionen, die die Entwicklung der modernen öffentlichen Finanzen begleitet haben. Aktuelle Bezüge bietet der Beitrag über die 'Erweiterung des Staatskorridors' in den 60er- bis 80er-Jahren mit der Expansion der staatlichen Auf- und Ausgaben: 'Die Weichen, die in Politik und Ökonomie, Gesellschaft und Kultur in diesen beiden Jahrzehnten gestellt wurden, brachten die öffentlichen Finanzen auf jenen abschüssigen Pfad, der zur aktuellen Finanzmisere führte', schrieb Ullmann in dem 2006 erstveröffentlichten Aufsatz. Im vierten Kapitel über die 'Akteure' wendet sich der Blick wieder zurück in die Vergangenheit, u. a. auf die Lotterien des 18. und 19. Jahrhunderts und auf den Bürger als Steuerzahler im Kaiserreich. Die Relevanz auch der historischen Betrachtungen ergibt sich nach Ansicht der Herausgeber daraus, dass Ullmann die Finanzgeschichte als Geschichte von politischen Konflikten um Verteilung und Umverteilung gesellschaftlicher Mittel begreife. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Hartmut Berghoff, Till van Rahden: Vom Donner der Weltgeschichte. Finanzgeschichte als Schlüssel zum Verständnis der Moderne (7-18); I. Konzepte: Öffentliche Finanzen und Steuern in Deutschland zwischen Ancien Régime und Moderne (19-26); Überlegungen zur Transformation des Systems öffentlicher Finanzen in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert (27-36); "Alles hängt an den Finanzen". Überlegungen zu einer deutschen Finanzgeschichte von 1790 bis 1990 (37-50); II. Krisen und Reformen: Finanzkrise, Staatsbankrott und Haushaltskonsolidierung im Deutschland des frühen 19. Jahrhunderts (51-60); Die öffentlichen Schulden in Bayern und Baden 1780-1820 (61-88); Territoriales Finanzwesen, französische Raubwirtschaft und napoleonisches Finanzsystem im linksrheinischen Deutschland (89-98); Süddeutsche Finanzreformen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (99-108); III. Haushalte und Institutionen: Der Frankfurter Kapitalmarkt um 1800. Entstehung, Struktur und Wirken einer modernen Finanzierungsinstitution (109-126); "Ponderare non numerare"? Überlegungen zu den Finanzen deutscher Universitäten im "langen" 19. Jahrhundert (127-140); Die "Aufholjagd" der Fischen. Öffentliche Finanzen in der "Gründerzeit" (141-148); Im "Strudel der Maßlosigkeit"? Die "Erweiterung des Staatskorridors" in der Bundesrepublik der sechziger bis achtziger Jahre (149-162); IV. Akteure: Der Staat, die Spieler und das Glück. Lotterien im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts (163-184); Karl August Freiherr von Malchus. Finanzreformer zwischen Ancien Régime und moderner Welt (185-198); Nobilitierte Bankiers in Deutschland 1770-1850 (199-210); Die Bürger als Steuerzahler im Deutschen Kaiserreich (211-224).

[69-L] Rauscher, Anton:

**Werden die Armen ärmer und die Reichen reicher?**, in: Anton Rauscher (Hrsg.): Armut im Wohlfahrtsstaat, Köln: Wirtschaftsverl. Bachem, 1987, S. 116-139, ISBN: 3-7616-0878-0 (Standort: StBA Wiesbaden(282)-87.1989)

**INHALT:** Der Autor prüft die These, ob Arme ärmer und Reiche reicher werden, anhand der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland vom Zeitpunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs der sechziger Jahre an. Er erläutert den Begriff der "Neuen Armut", der mit Begriffen wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Anstieg der Sozialhilfekosten verbunden ist, und weist auf internationaler Ebene auf das Nord-Süd-Gefälle hin. Zur eindeutigen Beantwortung der Frage, ob der Abstand zwischen Reichen und Armen wächst, fordert er sachgerechte und differenzierte Bestimmungsgrößen, um auf nationaler wie auf internationaler Ebene das Problem der Armut analysieren und wirksam bekämpfen zu können. (MS)

[70-L] Ritschl, Albrecht:

**Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte: Beiheft 2, Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934 ; Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre**, Berlin: Akademie Verl. 2002, 296 S., ISBN: 3-05-003650-8 (Standort: UB Bonn(5)-2002-6915)

**INHALT:** "Warum brach über Deutschland nach der vielversprechenden Stabilisierung der Mark 1923/24 und dem anschließenden Aufschwung eine Krise von ungekanntem Ausmaß herein? Welche Faktoren verbanden sich zu dieser Katastrophe? Wäre sie zu verhindern gewesen? Hätte die unglückliche Weimarer Republik ein besseres Schicksal nehmen können? Der Autor untersucht die inneren

und äußeren Sonderfaktoren der deutschen Konjunkturentwicklung seit 1924. Die ungewollten Anreizwirkungen des Dawes-Plans haben die Zwangslagen und Handlungsspielräume der deutschen Krisenpolitik ab 1929 wesentlich vorherbestimmt. Albrecht Ritschl legt in diesem Buch eine neue Deutung der Brüningsschen Deflationspolitik vor, in der sich der Schwerpunkt der Kritik an der deutschen Konjunkturpolitik in die Phase des Dawes-Plans verlagert. Zugleich ergibt sich damit eine neue Interpretation der Borchardt-Thesen zur deutschen Konjunkturpolitik der letzten Jahre Weimars. Die ungebremsste Auslandsverschuldung Deutschlands ab 1924 spielt eine Schlüsselrolle bei der Erklärung von Deutschlands Krise und Konjunktur zwischen dem Dawes-Plan und der Transfer-sperre." (Textauszug)

[71-L] Scherrer, Christoph; Overwien, Bernd; Dürmeier, Thomas (Hrsg.):

**Perspektive auf die Finanzkrise**, Opladen: B. Budrich 2011, 215 S., ISBN: 978-3-86649-332-2

**INHALT:** "Subprimekrise, Finanzkrise, Eurokrise. Der stärkste Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Schwarzen Freitag im Oktober 1929 hat ein breites Echo in den Medien und der Wissenschaft ausgelöst. Die zahlreichen Veröffentlichungen zur Finanzkrise zeichnen sich entweder durch eine schwer verständliche Expertensprache aus oder durch einseitige Verkürzungen der komplexen Sachverhalte. Mit diesem Band wollen die Herausgeber eine allgemeinverständliche Einführung geben, die zugleich die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Krise verständlich macht." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Thomas Dürmeier, Christoph Scherrer: Einleitung (9-15); Thomas Dürmeier: Theoretische Zugänge zu Finanzmärkten (16-27); Trevor Evans: Verlauf und Erklärungsfaktoren der internationalen Finanzkrise (28-49); Michael Heinrich: Das analytische Potential der Marxschen Theorie angesichts der Krise (50-69); Hansjörg Herr: Die Mechanismen der Vermögensmarktblasen (70-88); Brigitte Young, Helene Schuberth: Der globale Finanz-Crash und seine Bedeutung für Gender (89-105); Dieter Boris, Stefan Schmalz: Die Krise als Katalysator: Verschiebungen in der Weltwirtschaft (106-126); Franziska Müller: Die Finanzkrise im südlichen Afrika (127-146); Günther Horzetzky: Die Antworten der schwarz-roten Bundesregierung (147-158); Christoph Scherrer: Das Finanzkapital behauptet sich in der Krise (159-176); Helge Peukert: Plädoyer für einfache Anlagestrategien (177-187); Bernd Overwien: Die Wirtschafts- und Finanzkrise im Unterricht (188-201); Thomas Dürmeier: Glossar zur Finanzmarktkrise (202-209).

[72-F] Seitz, Guenther, Dipl.-Volksw.; Noedinger, Helmut, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Dieckheuer, Gustav, Prof. Dr. (Leitung):

**Realeinkommen-, Preis- und Zinseffekte der externen Verschuldung des Staates - eine theoretische und empirische Analyse.**

**INHALT:** Untersuchung der Wirkungen einer direkten staatlichen Auslandsneuverschuldung. Konstruktion von Ein- und Zwei-Länder-Modellen. Berücksichtigung der internationalen Abhängigkeiten und der Folgen für das internationale Kapitalmarktniveau und die Zahlungsbilanzen der betrachteten Länder. Einbezug von Preis- und Einkommenseffekten. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, internationale Zusammenhänge.

**METHODE:** Ein- und Mehr-Länder-Modelle, empirisch/ökonomische Simulationen, theoretische Untersuchungen. *DATENGewinnung:* Aggregatdatenanalyse (Internationale Statistiken; Auswahlverfahren: total; maschinenlesbar: ja).

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Dieckheuer, G.: Potentialorientierte und zahlungsbilanzorientierte Geldpolitik - theoretische Untersuchungen über die Realeinkommens- und Inflationseffekte verschiedener geldpolitischer Strategien und eines staatlichen Budgetdefizits bei alternativer Geldpolitik, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge der Universität Bamberg, 1981 a.+++Dieckheuer, G.: Grundzüge einer Theorie der staatlichen Auslandsverschuldung, 1. Teil: Nettokreditaufnahme im Ausland und Stabilitätsziel, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge der Universität Bamberg, 1981 b.+++Dieckheuer, G.: Internationale Wirtschaftsverflechtungen und staatliche Neuverschuldung, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge der Universität Bamberg, 1981 c.+++Dieckheuer, G.: Grundzüge einer Theorie der staatlichen Auslandsverschuldung, 2. Teil: Realeinkommenseffekte einer Substitution von staatlicher Inlands- durch staatliche Auslandsverschuldung, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge der Universität Bamberg, Beitrag Nr. 9, 1982 a.+++Dieckheuer, G.: Grundzüge einer Theorie der staatlichen Auslandsverschuldung, 3. Teil: Staatliche Auslands- versus staatliche Inlandsneuverschuldung, eine kurz- und langfristige Modell-

theoretische Analyse fuer flexible Wechselkurse, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeitraege der Universitaet Bamberg, Beitrag Nr. 10, 1982 b.+++Dieckheuer, G.: Einkommens-, Zins- und Zahlungsbilanzeffekte einer staatlichen In- und Auslandsneuverschuldung bei festen Wechselkursen - eine Simulationsstudie mit einem Zwei-Laender-Modell, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeitraege der Universitaet Bamberg, Beitrag Nr. 19, 1983.+++Dieckheuer, G.: Direkte Auslandsneuverschuldung als Instrument staatlicher Schuldenstrukturpolitik - eine modelltheoretische Wirkungsanalyse fuer feste und flexible Wechselkurse, Volkswirtschaftliche Diskussionsbeitraege der Universitaet Bamberg, Beitrag Nr. 26, 1984.

**ART:** gefördert *BEGINN:* 1981-03 *ENDE:* 1984-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* DFG

**INSTITUTION:** Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Allgemeine VWL (Feldkirchenstr. 21, 96052 Bamberg)

**KONTAKT:** Leiter (0951-402257)

[73-L] Sinn, Hans-Werner:

**Ist Deutschland noch zu retten?**, München: Econ Verl. 2003, 499 S., ISBN: 3-430-18533-5

**INHALT:** Sinn zeigt wie Deutschland zum Schlusslicht in Europa wurde, um dann dem 'kranke(n) Mann' den Finger in die offenen Wunden zu legen: Die Hochlohnpolitik der Gewerkschaften sowie Lohnersatzleistungen des Sozialstaats als wahre Gründe der Massenarbeitslosigkeit, die ungelöste Dauerkrise im Osten, Staatsverschuldung, demografische Krise und schließlich grundsätzliche Chancen und reelle Risiken von EU-Erweiterung und EU-Verfassung. Sinns schonungslose Analyse nimmt keine Rücksicht auf heilige Kühe der deutschen Konsensgesellschaft, dennoch endet er optimistisch mit einem 'Programm für den Neuanfang'. (ZPol, VS)

[74-L] Spoo, Eckart; Paech, Norman; Lattmann, Dieter; Dahn, Daniela (Hrsg.):

**Eigentum verpflichtet: die Erfurter Erklärung**, (Distel Hefte : Beiträge zur politischen Bildung, 37), Heilbronn: Distel Verl. 1997, 182 S., ISBN: 3-929348-21-7

**INHALT:** Mit ihrer Erfurter Erklärung vom 9.1.1997 berufen sich Schriftsteller, Kirchenleute, Wissenschaftler und Gewerkschaftler auf den Grundgesetzartikel 14 Abs. 2: 'Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.' Die Unterzeichner der Erklärung nannte der Bundeskanzler 'Haßprediger', die sich 'auf der Straße des Verrats zusammenrotten' (8). Im vorliegenden Band erläutern einige von ihnen ihre Stellungnahme zur Massenarbeitslosigkeit und zum Abbau des Sozialstaates, sie konkretisieren ihre Forderungen und unterbreiten programmatische Konzepte für ein 'Bündnis für soziale Demokratie' (177). Inhaltsverzeichnis: Dieter Lattmann: 'Die Erfurter Erklärung trifft offenbar den Nerv' - Woher, warum und wohin? (7-10); Heino Falcke: Einführung in die Erfurter Erklärung (11-16); Günter Grass: Standorttheater (17-24); Bodo Ramelow: Der Kalte Krieg gegen den Sozialstaat - Die 15 Sparpakete der Regierung Kohl (25-36); Horst Schmitthenner: Die materielle und ideologische Austrocknung des Sozialstaates (37-43); Margret Mönig-Raane: Geld ist genug da - aber wo geht es hin? (44-50); Hans-Jürgen Fischbeck: Kollektivschulden? - Bemerkungen zur Bedeutung der Staatsverschuldung (51-57); Gisbert Schlemmer: Massenarbeitslosigkeit - ein unabwendbares Schicksal? (58-64); Edelbert Richter: Mein Konzept zum Abbau der Arbeitslosigkeit (65-69); Friedrich Schorlemmer: Wenn es so weitergeht, geht es nicht weiter (70-75); Daniela Dahn: Nur Unfreie verzichten freiwillig auf die sozialen Menschenrechte (76-84); Elmar Altvater: Ist gegen den Streß der Globalisierung kein Kraut gewachsen? (85-97); Claudia Roth: Mehr Europa und mehr Demokratie - eine Überlebensfrage (98-102); Norman Paech: Militärmacht Deutschland? - Über soziale und militärische Sicherheit (103-110); Alexander Gade: Die Umweltzerstörung ist noch aufzuhalten (111-116); Rolf Gössner: Grundrechte-Zerfall und Demokratie-Abbau - Auf dem Weg in einen autoritären 'Sicherheitsstaat'? (117-126); Eckart Spoo: Kultur und Bildung - für wen? (127-134); Hans-Joachim Maaz: Ängste und Traumata in der Geldgesellschaft (135-141); Peter von Oertzen: Über die Notwendigkeit außerparlamentarischer Bewegung (142-148); Edelbert Richter: Warum die Revolution von 1989 noch nicht zu Ende ist (149-158); Gerhard Zwerenz: Diese Rechte will ein Deutschland ohne Linke (159-165); Walter Jens: Auch im Sinne von Ludwig Erhard (166-169); Egon Bahr: Demokratie braucht eine starke Opposition (170-171); Erfurter Erklärung. Bis hierher und nicht weiter (173-177). (ZPol, NOMOS)

[75-L] Staroske, Uwe; Ehrig, Detlev (Hrsg.):

**Dimensionen angewandter Wirtschaftsforschung: Methoden, Regionen, Sektoren ; Festschrift für Heinz Schaefer zum 65. Geburtstag**, (Wirtschaftspolitik in Forschung und Praxis, Bd. 14), Hamburg: Kovac 2005, 322 S., ISBN: 3-8300-1621-2

**INHALT:** "Wirtschaftstheorie und -realität miteinander zu verbinden und in handlungsrelevante Empfehlungen umzusetzen, ist eine der größten und anspruchsvollsten Herausforderungen, die die wirtschaftswissenschaftliche Disziplin zu bieten hat. Der Sammelband ist eine Festschrift zu Ehren des empirischen Makroökonom Prof. Dr. Heinz Schaefer. Die Beiträge zu dieser Festschrift greifen grundlegende und aktuelle Fragestellungen aus der empirischen und angewandten Wirtschaftsforschung auf. Methodenprobleme, Datenexplorationen und Fragen der Geld- und Finanzmarktanalyse folgen nicht der tradierten Mikro-Makro-Aufteilung in den Wirtschaftswissenschaften. Sie werden in dem Sammelband ebenso angesprochen wie der scheinbare Gegensatz zwischen der Dominanz makroökonomischer Analysen in einer Welt zunehmender Globalisierung und der Hinwendung zu regionalen wirtschaftspolitischen Aktionsfeldern. Welcher Handlungsspielraum den Regionen verbleibt oder gar hinzu gekommen ist, gilt es neu auszuloten. Als Träger der Wirtschaftspolitik gelten Industrie, Handel und Dienstleistungen auf der einen Seite, die Geld- und Fiskalpolitik auf der anderen Seite. Sie als Akteure gegen die scheinbar stumme Macht des dominierenden Marktes wieder in die Verantwortung für Wachstum und Wohlstand zu nehmen, steht auf der Agenda des beginnenden 21. Jahrhunderts. Somit haben die Aufsätze in der Festschrift anlässlich des 65. Geburtstags von Heinz Schaefer einen gemeinsamen Gegenstand: Die gestalterische Aufgabe der angewandten Wirtschaftsforschung im Interesse einer Revitalisierung wirtschaftlicher Dynamik." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: I. Methoden und Grundsatzfragen - Detlev Ehrig, Uwe Staroske: Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland - einige Streiflichter zur Entstehungsgeschichte (11-46); Thomas von der Vring: Zum Wert von Wachstumsprognosen (47-57); Ralf Stecking, Klaus B. Schebesch: Support vector machines - advanced method for credit scoring (59-85); Thorsten Poddig, Irina Sidorovitch: Risikostruktur europäischer Aktienrenditen (87-116); Frank Richter: Mixture-Density-Networks (117-140). II. Regionen, nationale und supranationale Wirtschaftspolitik - Rudolf Hickel: Stadtstaat Bremen in der nachhaltigen Finanzkrise - eine regional- und finanzwissenschaftliche Bewertung der Sanierungspolitik seit 1994 (141-170); Wolfram Elsner: Regional industry clusters and environmental impacts (171-198); Peter Kalmbach: Wachstumschwäche, Arbeitslosigkeit, Deflationsgefahr - Quo vadis, Europa? (199-217); Andreas Cors: In den Fesseln der Stagnation - die Konjunktur in Deutschland im Spannungsfeld von binnenwirtschaftlicher Schwäche und Strukturreformen (219-239). III. Sektoren und Träger der Wirtschaftspolitik - Gerhard Leithäuser: Geldillusion bei Inflation und Deflation (241-254); Dieter Spethmann, Otto Steiger: Deutschlands Wirtschaft, seine Schulden und die Unzulänglichkeiten der einheitlichen Geldpolitik im Eurosystem (255-285); Mehrdad Payandeh: Currency coopetition (287-309); Hans-Dietrich Haasis, Sabine Szafera: Supply chain management und intermodale logistische Korridore (311-319).

[76-F] Stöberlein, Stefan (Bearbeitung); Gumpel, Werner, Prof.Dr. (Betreuung):

**Ausmaß und volkswirtschaftliche Wirkung der Verschuldung des Bundes beim Vollzug der deutschen Einheit**

**INHALT:** Begriffsbestimmungen und Abgrenzung des Themas. Theorie der öffentlichen Verschuldung: Warum Staatsverschuldung? Integrative Lastenverteilung; ökonomische Grenzen staatlicher Verschuldungspolitik. Ausmaß der Verschuldung des Bundes beim Vollzug der Deutschen Einheit: Ausgangssituation 1989; von der DDR übernommene Schulden; Aufbau-Verschuldung des Bundes. Die volkswirtschaftliche Wirkung der Verschuldung des Bundes beim Vollzug der Deutschen Einheit: finanzpolitischer Handlungsspielraum; Preisniveaustabilität; Beschäftigungsstand; die Arbeitslosigkeit im Lichte der Public-Choice-Theory, Wirkung der Unterbeschäftigung auf die Staatsverschuldung; Außenwirtschaft: Leistungsbilanz und staatliche Auslandsverschuldung; Konjunktur und Wachstum; schuldenpolitische Konvergenzkriterien des Vertrages über die Europäische Währungsunion. *ZEITRAUM:* 1989-1994 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**METHODE:** deskriptiv; analytisch; empirisch

**ART:** Abschlussarbeit *BEGINN:* 1993-12 *ENDE:* 1994-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

---

**INSTITUTION:** Hochschule für Politik München (Ludwigstr. 8, 80539 München)

**KONTAKT:** Grün, Otto (Tel. 089-285018)

[77-L] Streeck, Wolfgang:

**Endgame? The fiscal crisis of the German state**, (MPIfG Discussion Paper, 07/7), Köln 2007, 36 S.  
(Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-111104)

**INHALT:** "In längerfristiger Perspektive zeigt sich ein säkularer Prozess der Erschöpfung der finanziellen Ressourcen des demokratischen Interventionsstaats der Nachkriegsphase. Die gegenwärtige und zukünftige deutsche Politik steht im Zeichen einer tiefen Krise der Staatsfinanzen. Deren aktueller Ausdruck ist ein anscheinend unüberwindlicher Konflikt zwischen vier gleichermaßen unabweisbaren politischen Zielen: der Verlagerung der Finanzierung der Sozialversicherung auf Steuern zum Zweck einer nachhaltigen Senkung der Arbeitskosten; der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durch Abbau der Haushaltsdefizite und der Schuldenlast; einer Senkung der Besteuerung der Erträge mobilen Kapitals; sowie verstärkter öffentlicher Investitionen in Antwort auf neuartige gesellschaftliche Probleme und wirtschaftliche Konkurrenzbedingungen. Die Analyse der Finanzierungsprobleme des deutschen Staates wirft ein neues Licht auf die Turbulenzen der deutschen Politik seit der ersten Amtsperiode der Regierung Schröder." (Autorenreferat)

[78-L] Tietmeyer, Hans:

**In welchem Umfang darf sich ein Staat verschulden?**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 1993, B 18, S. 13-18

**INHALT:** "Im Zusammenhang mit den Finanzierungslasten aus dem deutschen Einigungsprozeß ist die Diskussion um das vertretbare Maß der Staatsverschuldung auch in Deutschland neu aufgelebt. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird eine Verschuldung des Staates vor allem dann als gerechtfertigt angesehen, wenn damit Investitionen finanziert werden sollen oder eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abgewehrt werden soll. Eine mögliche Verdrängung privater Investitionen und die notwendige Abstimmung des Policy-Mix zwischen Finanz- und Geldpolitik spricht jedoch in vielen Fällen gegen eine Ausweitung der staatlichen Verschuldung. Zu beachten sind auch finanzwirtschaftliche Restriktionen im Zusammenhang mit einer Begrenzung der Zinslast. Ferner muß gerade zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein zu starker Anstieg der Abgabenquote vermieden werden." (Autorenreferat)

[79-L] Tofaute, Hartmut:

**Kosten der Einheit - Refinanzierung der öffentlichen Haushalte**, in: Dirk Nolte (Hrsg.) ; Ralf Sitte (Hrsg.) ; Alexandra Wagner (Hrsg.): Wirtschaftliche und soziale Einheit Deutschlands : eine Bilanz, Frankfurt am Main: Bund-Verl., 1995, S. 161-194, ISBN: 3-7663-2616-3

**INHALT:** Die "Kosten" der Einheit und ihre Refinanzierung sind seit 1989 wesentliche Kernpunkte in der politischen und finanz-ökonomischen Debatte über den deutschen Einigungsprozeß. Der Autor umreißt das Volumen der "Kosten" der Einheit und deckt dabei die Politik der Nebenhaushalte und Sonderregelungen (Kreditabwicklungsfonds, Treuhandanstalt, Erblasttilgungsfonds und andere) auf. Es zeigt sich, daß die Gestaltung der Finanzierung mit einer erheblichen Umverteilung der Abgabenlast zuungunsten der abhängig Beschäftigten einherging. Während die Gesamtbelastung der Arbeitnehmerinkommen stark zunahm, nahm die durchschnittliche Belastung der Gewinne erheblich ab. Die beträchtlichen Erhöhungen der Sozialabgaben und Steuern haben die im Zusammenhang mit der Einheit Deutschlands aufgetretenen Lasten jedoch nicht vollständig finanzieren können. Trotz Kürzungen der Ausgaben (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes etc.) war eine enorme Ausdehnung der Neuverschuldung im Bundeshaushalt, aber auch der westdeutschen Länder und Gemeinden zu verzeichnen. (psz)



[80-L] Truger, Achim; Hein, Eckhard:

**What ever happened to Germany: is the decline of the former European key currency country caused by structural sclerosis or by macroeconomic mismanagement?**, (Darmstadt Discussion Papers in Economics, No. 134), Darmstadt 2004, 40 S.; 427 KB (Graue Literatur; [www.download.tu-darmstadt.de/wi/vwl/ddpie/ddpie\\_134.pdf](http://www.download.tu-darmstadt.de/wi/vwl/ddpie/ddpie_134.pdf))

**INHALT:** "This paper challenges the institutional sclerosis view of the German crisis according to which rigid labour markets and generous welfare state institutions have driven Germany into its position as 'Europe's sick man'. In general, the view is not convincing, because the underlying hypotheses about the effects of labour market regulation and welfare state institutions on employment and growth cannot unambiguously be derived from modern labour market theory and are at least partially at odds with accepted empirical findings. In particular, the explanation is unconvincing, because in international comparison Germany's labour market and welfare state institutions are simply not as sclerotic as often supposed. In most of the aggregate indicators for structural rigidities Germany is not worse than the average OECD or EU country. Moreover, there is a macroeconomic explanation focusing on the combined effects of restrictive and pro-cyclical monetary, fiscal and wage policies in Germany that is broadly consistent with modern macroeconomic theory and is supported by empirical data." (author's abstract)

[81-F] Ullmann, Hans-Peter, Prof.Dr. (Leitung):

**Im "Strudel der Maßlosigkeit"? Die "Erweiterung des Staatskorridors" in der Bundesrepublik der 1960er bis 1980er Jahre**

**INHALT:** In einem "Strudel der Maßlosigkeit" versank die Bundesrepublik nicht. Aber sie erlebte in den 1960er und 1970er Jahren eine "Erweiterung des Staatskorridors", die in der bundesdeutschen Geschichte ihresgleichen suchte. Lief schon die Bereitschaft, "mehr Staat" zu akzeptieren, auf eine Wende hinaus, gilt das erst recht für ihre finanziellen Folgen. Diese bündelten sich in einem raschen Wachstum der öffentlichen Schulden. Wer nach der Weichenstellung sucht, die zu den Finanzproblemen der Gegenwart geführt hat, muss darum auf jene beiden Jahrzehnte blicken. Eine solche Ausweitung der staatlichen Auf- und Ausgaben konnte nur eine einflussreiche Allianz politischer Kräfte durchsetzen. Diese breite, aber heterogene "Expansionskoalition" versprach sich davon eine Lösung der Probleme, vor denen die Bundesrepublik stand, als die Nachkriegszeit zu Ende ging. Ihre Formierung in den Sechzigern wie ihre Erosion in den Siebzigern und die Ablösung durch eine "Konsolidierungskoalition" lassen sich mit dem methodischen Werkzeug des "Advocacy Coalition Framework"-Konzepts analysieren. Folgt man diesem Ansatz, bieten die öffentlichen Finanzen, die trotz eines wachsenden Interesses der zeithistorischen Forschung für die sechziger und siebziger Jahre noch kaum untersucht worden sind, einen Schlüssel für die historische Analyse von Politik und Ökonomie, Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik. *ZEITRAUM:* 1960er-1980er Jahre *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**ART:** gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität Köln, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar Abt. Neuere Geschichte (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln)

[82-L] Ullmann, Hans-Peter:

**Im 'Strudel der Maßlosigkeit': die 'Erweiterung des Staatskorridors' in der Bundesrepublik der sechziger bis achtziger Jahre**, in: Geschichte und Gesellschaft : Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft, 2006, H. 22, S. 253-268 (Standort: USB Köln(38)-MEinzelsign; UbBonn(5)-Einzelsign; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der Beitrag erörtert die Frage, welche Weichenstellungen in der Vergangenheit zur aktuellen Finanzmisere der Bundesrepublik Deutschland geführt haben. Die öffentlichen Finanzen sind eng mit Politik und Ökonomie, Gesellschaft und Kultur verwoben und bieten daher einen Schlüssel zur Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik. Das gilt insbesondere für die 1960er bis 1980er Jahre. Dieser Untersuchungszeitraum zeichnet sich durch folgende erklärungsrelevante Aspekte aus: (1) die Debatte zu der Frage, ob es 'mehr Staat' geben soll, bzw. die Erweiterung des Staatskorridors, (2) der

spürbare Anstieg öffentlicher Auf- und Ausgaben, (3) das Ausbleiben eines höheren Steueraufkommens sowie (4) die Finanzierung der Fehlbeträge durch Kredite und eine dramatische Verschuldung der öffentlichen Hand. Im internationalen Vergleich lag die bundesdeutsche Entwicklung durchaus im Trend der OECD-Länder, wies aber manche Besonderheit auf. So wurde die 'Erweiterung des Staatskorridors' in den 1960er und 1970er Jahren zu einer entscheidenden Weichenstellung in der Geschichte der Bundesrepublik, ohne dass dies jedoch zu einem Strudel der Maßlosigkeit geführt hätte. (ICG2)

[83-F] Verhoeven, Paul; Weiler, Dieter; Gantner, Manfred, Univ. Prof. (Bearbeitung); Smekal, Christian, Prof. Dr. (Leitung); Smekal, Christian, Prof. Dr. (Betreuung):

**Staatsverschuldung und Demokratie - gibt es in Demokratien einen Trend zur zunehmenden Staatsverschuldung.**

**INHALT:** Einflüsse des Abstimmungsprozesses auf Finanzierungsentscheidungen. Der Einfluss der gebietskörperschaftlichen Struktur (Bund, Länder, Gemeindehaushalte). Die Wirkung von institutionellen Schuldenbegrenzungsregeln (v.a. auf Gemeindeebene). Das Problem der Einschätzung eines niedrigeren Steuerpreises bei Staatsverschuldung anstelle von Steuerfinanzierung. *ZEITRAUM:* 1955-1985. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Österreich, Deutschland, Schweiz.

**METHODE:** Interview, empirische Datenverarbeitung, theoret. Analyse. *DATENGEWINNUNG:* Einzelinterview. Expertengespräch (Politiker, Bankiers, Wirtschaftstreibende; Auswahlverfahren: willkürlich; maschinenlesbar: Übertragung geplant). Postalische Befragung (Pensionisten, Aktive, Jugendliche; Auswahlverfahren: Random; maschinenlesbar: ja).

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Gantner, Manfred: Demokratie und Staatsverschuldung, in Zeitschr. f. d. öffentl. HHWesen, Wien, Aufsatz im Druck.+++Smekal, Christian: Schuldenbegrenzungsregeln auf Gemeindeebene ein Vergleich von Schweiz, Deutschland, Österreich; in: Zt. f. d. off. HHW, Wien.

**ART:** Dissertation; Eigenprojekt; gefördert *BEGINN:* 1984-06 *ENDE:* 1987-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank

**INSTITUTION:** Universität Innsbruck, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Finanzwissenschaft Prof.Dr. Smekal (Universitätsstr. 15, 6020 Innsbruck, Österreich)

**KONTAKT:** Leiter (20084)

[84-F] Vesper, Dieter, Dr. (Leitung):

**Entwicklungstendenzen und Perspektiven der Finanzpolitik in Deutschland**

**INHALT:** Die Studie gibt einen Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte im letzten Jahrzehnt, wobei Staatsverschuldung und Maastricht - Kriterien wie auch die massiven Rückgänge im Steueraufkommen eine besondere Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der Perspektiven der öffentlichen Haushalte werden finanzpolitische Optionen erörtert. 1. Kontext/ Problemlage: Der Vereinigungsprozess, der Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion, vor allem aber das nur mäßige Wirtschaftswachstum und die hohe Arbeitslosigkeit ebenso wie die Steuerreform 2001 haben die Finanzpolitik in Deutschland vor große Herausforderungen gestellt und die öffentlichen Haushalte in eine schwierige Lage manövriert. Nicht nur die Zinslasten sind in die Höhe geschossen und beschneiden den Handlungsspielraum. Auch die demografischen Veränderungen werden die öffentlichen Haushalte zunehmend belasten. 2. Fragestellung: Eine der zentralen Fragen ist, ob und wie die staatliche Finanzkrise gelöst werden kann. Sie wiederum manifestiert sich in einer staatlichen Investitionskrise. Lösungsansätze sind ohne konjunkturellen Rückenwind kaum vorstellbar. Welche Perspektiven ergeben sich kurz- und mittelfristig für die öffentlichen Haushalte? Eine weitere Bedingung ist die Reform der Gemeindefinanzen, da die Kommunen Hauptinvestor der öffentlichen Hand sind. Welche Perspektiven ergeben sich hier? Über welche finanzpolitische Optionen verfügt die Politik kurz- und mittelfristig? Zusätzliche Aufgaben sind unter den gegebenen Bedingungen kaum zu finanzieren. Vielmehr müssen Ausgaben umgeschichtet und/ oder Steuern erhöht werden. 3. Darstellung der Ergebnisse: Auf mittlere Sicht sind die finanzpolitischen Handlungsspielräume äußerst eng. Das in der Studie vorgelegte mittelfristige Szenario impliziert, dass von der Finanzpolitik in den nächsten Jahren per saldo restriktive Einflüsse auf die Gesamtwirtschaft ausgehen werden. Politisch wäre es verfehlt, die Finanzpolitik aus ihrer Verantwortung zu lösen. Ein konsequentes Wirken lassen der au-

tomatischen Stabilisatoren des Steuer- und Transfersystems ist nötiger denn je. Vor dem Hintergrund der in dem Gutachten geführten Diskussion ist vor der Hoffnung zu warnen, dass eine rasche Rückführung der öffentlichen Defizite ohne gesamtwirtschaftliche Friktionen möglich ist. Trotz der Restriktionen gehört es zu den wichtigsten finanzpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre, die Infrastrukturausgaben zu erhöhen. Ein zu geringes öffentliches Investitionsvolumen wirkt als Wachstumsbremse. Dabei geht es nicht nur um Bauten und Ausrüstungen, es geht auch um mehr Ausgaben für Bildung und Forschung. Mehr Ausgaben. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

**METHODE:** Die finanzwirtschaftliche Entwicklung wird nach Haushaltsebenen dargestellt. Dabei werden die Ergebnisse der Finanzstatistik herangezogen und analysiert. In der gleichen Abgrenzung wie die ex post-Analyse erfolgt die mittelfristige Projektion der Einnahmen und Ausgaben nach Haushaltsebenen. Die Grundlage hierfür bilden die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen Zielprojektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 2006 formuliert hat.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** keine Angaben *ARBEITSPAPIERE*: Vesper, Dieter: Entwicklungstendenzen und Perspektiven der Finanzpolitik in Deutschland. Abschlussbericht. Berlin 2002, 53 S.

**ART:** Auftragsforschung; Gutachten *AUFTRAGGEBER*: Hans-Böckler-Stiftung *FINANZIERER*: Auftraggeber

**INSTITUTION:** Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Staat (10108 Berlin)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 030-89789-226, e-mail: dvesper@diw.de)

[85-F] Wagschal, Uwe, Prof.Dr. (Bearbeitung):

#### **Bestimmungsfaktoren der Haushaltskonsolidierungen in den deutschen Bundesländern**

**INHALT:** Das Forschungsprojekt möchte die unterschiedlichen Konsolidierungserfolge der 16 deutschen Bundesländer vergleichend untersuchen. Auf Basis politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Erklärungsansätze sollen die zentralen Bestimmungsfaktoren identifiziert werden, die zum Abbau der Staatsverschuldung und der Haushaltsdefizite der Länder beigetragen haben. Im Mittelpunkt stehen dabei sozioökonomische, demographische, institutionelle sowie politische Erklärungsfaktoren. Die zu überprüfenden Hypothesen werden aus den unterschiedlichen Theorieschulen der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung abgeleitet. Neuartig ist dabei auch die Konstruktion eines mehrdimensionalen Konsolidierungsindikators, der auf dem Primärsaldo, der Schuldenquote sowie auf einer zeitlichen Dimension beruht. Neben quantitativen Methoden (lineare und logistische Regression) sollen auch qualitative Erhebungsmethoden wie z.B. Experteninterviews und standardisierte Befragungen eingesetzt werden. Aus politisch-institutioneller Sicht wird besonders auf die institutionellen Änderungen im Budgetprozess fokussiert, d.h. es wird gefragt, welche Budgetinstitutionen und Regeländerungen die Konsolidierungsanstrengungen eines Bundeslandes unterstützt haben. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

**ART:** gefördert *BEGINN*: 2008-10 *ENDE*: 2009-12 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Philosophische Fakultät, Seminar für Wissenschaftliche Politik Lehrstuhl für Wissenschaftliche Politik, insb. Vergleichende Regierungslehre (Werthmannstr. 12, 79085 Freiburg im Breisgau)

**KONTAKT:** Institution, Sekretariat (Tel. 0761-203-9365, e-mail: sekretariat.wagschal@politik.uni-freiburg.de)

[86-L] Wagschal, Uwe:

**Der Einfluss von Parteien und Wahlen auf die Staatsverschuldung**, in: Klaus Armingeon (Hrsg.) ; Pascal Sciarini (Hrsg.): Deutschland, Österreich und die Schweiz im Vergleich, Zürich: Seismo Verl., 1996, S. 305-328, ISBN: 3-908239-56-7

**INHALT:** "Die Studie untersucht zwei mögliche Bestimmungsfaktoren der Staatsverschuldung: den Einfluss von Parteien und die Auswirkungen des Wahlzeitpunktes. Die Untersuchung findet dabei auf drei Vergleichsebenen statt. Ausgehend von einem Vergleich der Staatsverschuldung in den westlichen Industrieländern (1960-1992) wird anschliessend die Verschuldung auf der Bundesländerebene

in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet. Schliesslich wird noch die Gemeindeebene in Deutschland untersucht. Ausgangspunkt für die Untersuchungen sind verschiedene Theorien und Hypothesen, die unterschiedliche Effekte für einen Parteieneinfluss postulieren sowie die Theorie des politischen Konjunkturzyklus. Dabei zeigt sich, dass die 'parties-do-matter' Hypothese unter bestimmten institutionellen Umständen einen signifikanten Erklärungsbeitrag leisten kann. Den Befund, dass sich im internationalen Vergleich bürgerliche Parteien stärker verschulden als linke Parteien, erklärt der Autor mit Hilfe der 'modifizierten Steuerglättungshypothese', die zeigt, dass dieses Verhalten für bürgerliche Regierungen rational ist. Dort wo sich kein Parteieneffekt ausmachen lässt, kann man dies mit Hilfe institutioneller Handlungsbarrieren begründen, die einem solchen Befund entgegenstellen." (Autorenreferat)

[87-L] Webb, Steven B.:

**Government revenue and spending in Germany, 1919 to 1923**, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.) ; Carl-Ludwig Holtfrerich (Hrsg.) ; Gerhard A. Ritter (Hrsg.) ; Peter-Christian Witt (Hrsg.): Die Anpassung an die Inflation, New York: de Gruyter, 1986, S. 46-82, ISBN: 3-11-009935-7 (Standort: FES Bonn(Bo133)-A87-2049)

**INHALT:** Der Autor untersucht anhand ungedruckter und gedruckter statistischer Quellen detailliert die Staatseinnahmen und -ausgaben in Deutschland von 1919 bis 1923 sowie die auf dieser Basis betriebene Reparations- und Wirtschaftspolitik. Zwar reichte das Steueraufkommen grundsätzlich aus, um die geforderten Reparationsleistungen zu bezahlen. Die durch die Inflation vergrößerte Staatsverschuldung und der dadurch geförderte Hyperinflationsprozeß ab 1921 verhinderten jedoch einen Erfolg der Reparationspolitik. Der Autor diskutiert abschließend mögliche Alternativen einer Anti-Inflationspolitik in Deutschland und deren Voraussetzungen. (STR)

[88-F] Weinberg, Dagmar, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Arnim, Hans Herbert von, Prof.Dr. (Leitung): **Die Bestimmung der verfassungsrechtlichen Grenzen der Staatsverschuldung (Art. 115, Art. 109 Abs. 2 GG)**

**INHALT:** 1. Interpretation haushaltsrechtlicher Bestimmungen zur Kreditaufnahme in Bund und Ländern unter Berücksichtigung nationalökonomischer Konzepte; 2. Inwieweit hat die Kreditpolitik von Bund und Ländern den wirtschaftspolitischen Erfordernissen Rechnung getragen? 3. Haben Bund und Länder die unter 1. abgeleitete verfassungsrechtliche Grenze der Staatsverschuldung eingehalten? 4. Ist eine Verfassungsänderung notwendig, um nicht-rationales Verschuldungsverhalten von Bund und Ländern wegen seiner Auswirkungen auf die Volkswirtschaft auszuschliessen? Untersuchung bisheriger und gegebenenfalls Entwicklung neuer Vorschläge für eine Verfassungsnorm zur öffentlichen Kreditaufnahme. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**METHODE:** 1. Bearbeitung finanzstatistischer Daten zur Staatsverschuldung; 2. Darlegung der wirtschaftswissenschaftlichen Argumentation zur Staatsverschuldung; 3. Exegese einschlägiger bundes- und landesrechtl. Vorschriften; 4. Gegenüberstellung von Verschuldungspraxis und Rechtsvorschriften in Bund und Ländern; 5. gegebenenfalls: Vorschläge zur Gesetzes- u./od. Verfassungsänderung. *DATENGEWINNUNG:* Telefoninterview (Finanzministerien von Bund und Bundesländern; maschinenlesbar: nein). Aktenanalyse (Haushaltspläne und Haushaltsrechnungen von Bund und Bundesländern; Auswahlverfahren: total; maschinenlesbar: nein).

**ART:** Eigenprojekt *BEGINN:* 1983-06 *ENDE:* 1985-05 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

**INSTITUTION:** Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (Postfach 1409, 67324 Speyer)

[89-L] Weinzen, Hans Willi:

**Schulden tilgen statt tarnen: ein notwendiger Richtungswechsel**, in: Recht und Politik :

Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Jg. 42/2006, H. 1, S. 43-50 (Standort: USB

Köln(38)-XF98; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

[www.bwv-verlag.de/RuP2006-Payment.htm#Ausgabe\\_1/2006](http://www.bwv-verlag.de/RuP2006-Payment.htm#Ausgabe_1/2006))

**INHALT:** "Kurz bevor der Koalitionsvertrag der zweiten Großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik unterzeichnet wurde, gab es Streit um die für 2006 geplanten neuen Schulden, die deutlich über den geplanten Investitionen liegen. Während die Union dies zeitweilig als bewussten Verfassungsbruch vorlegen wollte, gelang es der Sozialdemokratie letztlich, ein weiteres Mal die konjunkturpolitische Begründung nach Artikel 115 Absatz 1 Satz 2 Zweiter Halbsatz GG durchzusetzen. Dieser erhielt seine geltende Fassung in der Finanzreform 1969 von der ersten großen Koalition. Damit und mit weiteren Normen wurde ein Paradigmenwechsel in der Kreditpolitik von Bund und Ländern finanzverfassungsrechtlich wie haushaltsrechtlich begünstigt: Der Staat lebt mehr und mehr auf Pump." (Textauszug)

[90-F] Weltring, Sylvia, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Paraskewopoulos, Spiridon, Prof.Dr. (Betreuung):

**Staatsverschuldung als Finanzierungsinstrument des deutschen Vereinigungsprozesses. Bestandsaufnahme und theoretische Wirkungsanalyse**

**INHALT:** Da der Einigungsprozeß vorrangig ein Angebots- und kein Nachfrageschock darstellte, war eine expansive nachfrageorientierte keynesianische Fiskalpolitik aus kurzfristiger konjunktureller Sicht nicht zu rechtfertigen, die kreditfinanzierten Mehrausgaben hingegen als angebotsorientierte Finanzpolitik zu betrachten. Die Verteilung der volkswirtschaftlichen Kosten des Vereinigungsprozesses auf mehrere Generationen wurde als sinnvoll betrachtet, da diese von den getätigten Investitionen in der Zukunft profitieren werden. Die Kontrollfunktion der Bundeshaushalte wurde bei der Staatsverschuldung durch die 'Flucht aus dem Budget' mittels der Nebenhaushalte außer Kraft gesetzt. Direkte Verdrängungswirkungen erfolgten nur durch die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, die zur Erhöhung des konsumtiven Kapitals führten. Die quantitative Bedeutung dieses Crowding-out-Effektes konnte als sehr gering eingeschätzt werden. Die Grundannahme des finanziellen Crowding-Outs lag mit Ausnahme der vergünstigten und geförderten Privatinvestitionen in Ostdeutschland im Untersuchungszeitraum vor, trug aber nur in geringem Maße über Zinseffekte zur Verdrängung privater kreditfinanzierter Investitionen bei. Demgegenüber konnte ein zinsinduzierter Crowding-out-Effekt der ausländischen Exportnachfrage festgestellt werden, der mit der gestiegenen inländischen Importnachfrage zu einem Leistungsbilanzdefizit führte. Durch die höhere Zeitpräferenzrate in Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland verursachte die vereinigungsbedingte Kreditfinanzierung einen interpersonellen Redistribuitionseffekt zugunsten der neuen Bundesländer. Demgegenüber wurden durch die gestiegenen Zinsen auf Staatspapiere distributionspolitisch unerwünschte Verteilungswirkungen zum Vorteil von höheren Einkommensschichten verursacht. Bei der Betrachtung horizontaler Verteilungswirkungen kann resümiert werden, daß die Aufnahme und Verwendung öffentlicher Kredite auf eine Umverteilung von West- nach Ostdeutschland zielte. *ZEITRAUM:* 1990-1995 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland

**METHODE:** Crowding-out-Theorie; Staatsverschuldung als budgetpolitisches Instrument; konjunkturelle Wirkungen der Staatsverschuldung

**ART:** Dissertation; gefördert *BEGINN:* 1993-10 *ENDE:* 1996-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Graduiertenstipendium der Univ. Leipzig

**INSTITUTION:** Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Theoretische VWL Professur Makroökonomik (Marschnerstr. 31, 04109 Leipzig)

**KONTAKT:** Betreuer (Tel. 0341-9733540, e-mail: [paraske@hpswifa.wifa.uni-leipzig.de](mailto:paraske@hpswifa.wifa.uni-leipzig.de))

[91-L] Wenzel, Heinz-Dieter:

**Nutzen und Kosten der Staatsverschuldung zur Finanzierung der deutschen Einheit**, in: Teresa Bock (Hrsg.) ; Dieter Schäfer (Adressat): Sozialpolitik und Wissenschaft : Positionen zur Theorie und Praxis der sozialen Hilfen, Berlin: Eigenverl. d. Dt. Vereins f. öffentl. u. private Fürsorge, 1992, S. 336-353, ISBN: 3-17-006707-9

**INHALT:** Im vorliegenden Beitrag geht der Autor der Frage nach, ob die öffentliche Verschuldung als Finanzierungsinstrument der deutschen Einheit nicht an ihre Grenzen stößt. Zunächst wird in einem dogmengeschichtlichen Exkurs gezeigt, daß heftige Diskussionen um die Staatsschuldenpolitik seit Jahrhunderten ein Thema sind. Daran schließt sich eine Wirkungsanalyse an, in welcher auf die Wirkungen der Schuldenfinanzierung als Alternative der Steuerfinanzierung eingegangen wird. Im abschließenden Teil werden Thesen zur Verschuldungspolitik der aktuellen Budgetpraxis der öffentlichen Haushalte in Deutschland formuliert. (pmb)

[92-L] Witt, Peter-Christian:

**Staatliche Wirtschaftspolitik in Deutschland 1918-1923: Entwicklung und Zerstörung einer modernen wirtschaftspolitischen Strategie**, in: Gerald D. Feldman (Hrsg.) ; Carl-Ludwig Holtfrerich (Hrsg.) ; Gerhard A. Ritter (Hrsg.) ; Peter-Christian Witt (Hrsg.): Die deutsche Inflation : eine Zwischenbilanz, New York: de Gruyter, 1982, S. 151-179, ISBN: 3-11-008721-9

**INHALT:** Im Gegensatz zur allgemeinen Lehrmeinung, daß die Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik nicht besonders erfolgreich war, vertritt der Autor eine völlig andere These. Auf der Basis der Analyse der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg stellt er fest: (1) Es gab eine eindeutige Wirtschaftspolitik, die wohlüberlegt die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem Ziel integrierte, politische Stabilität durch wirtschaftliche Stabilität zu schaffen. (2) Die Regierungen ergriffen jeweils die Initiativen, unterstützten die Wirtschaft durch deficit-spending und dämpften die Konjunkturschwankungen. (3) Sozial- und Steuerpolitik wurden benutzt, um soziale Unruhen zu mildern und eine gerechte Einkommensverteilung zu erreichen. Allerdings akzeptierten nur wenige diese Politik und sie fiel letztlich den Interessen der Industrie zum Opfer. (HOE)

[93-F] Wrede, Matthias, PD Dr.rer.pol.habil. (Bearbeitung); Wenzel, Heinz-Dieter, Prof.Dr. (Leitung):

**Wachstum, Staatsverschuldung und Stabilität in föderalen Strukturen**

**INHALT:** In föderal strukturierten Staatsgebilden (Bund/ Länder/ Gemeinden in Deutschland oder EU und Mitgliedsstaaten) ist die Frage der Zuordnung von Einnahme- und/ oder Ausgabekompetenzen auf staatliche Haushalte unterschiedlicher Ebenen von großer Bedeutung für die makroökonomische Stabilität und die mikroökonomische Effizienz. Es stellt sich die Frage nach bestmöglichen Zuordnungen (Assignment Problem in föderalen Systemen).

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Wenzel, H.-D.; Wrede, M.: Public debt in a federation - growth and stability. Staatsverschuldung in einer Föderation - Wachstum und Stabilität. in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Journal of Economics and Statistics), 220, 2000, Nr. 1, S. 95-107.+++Wenzel, H.-D.; Meister, P.: Fiskalische Externalitäten und Budgetfinanzierung in einem föderalen Staat. BERG Working Paper/ Univ. Bamberg, Bamberg Economic Research Group on Government and Growth, Nr. 39. Bamberg 2001.

**ART:** Eigenprojekt *BEGINN*: 1997-01 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

**INSTITUTION:** Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Bamberg Economic Research Group on Government and Growth -BERG- Volkswirtschaftliche Forschungsstelle (Feldkirchenstr. 21, 96045 Bamberg)

**KONTAKT:** Leiter (e-mail: heinz-dieter.wenzel@sowi.uni-bamberg.de)

[94-L] Wucherpfennig, Lutz:

**Staatsverschuldung in Deutschland: ökonomische und verfassungsrechtliche Problematik**,  
(Fundamenta Juridica : Hannoversche Beiträge zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, 55),  
Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2007, 237 S., ISBN: 978-3-8329-2882-7

**INHALT:** Der Autor widmet sich dem Thema Staatsverschuldung primär aus rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive. Einleitend zeichnet er die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung der Bundesrepublik seit 1950 nach. Anschließend werden ausführlich die wirtschaftstheoretischen Grundlagen erörtert und in einem weiteren Abschnitt die Staatsverschuldung als Rechtsproblem behandelt. Dabei geht es dem Autor insbesondere darum, die finanzverfassungsrechtlichen Möglichkeiten und Grenzen der Verschuldung im Grundgesetz sowie im Rahmen der Vorgaben der Europäischen Währungsunion zu untersuchen und die Rechtmäßigkeit der Finanzpolitik des Bundes für den Zeitraum 1995 bis 2004 zu bewerten. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Finanzpolitik verfassungswidrig war, da sie zeitweise 'eindeutig prozyklisch' ausgerichtet war und 'damit nicht den Vorgaben des Art. 109 II GG' (216) entsprach. Alle bisherigen Konsolidierungsversuche seien gescheitert, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht massiv gestört. Wucherpfennig hält die Stärkung der Binnennachfrage für dringend erforderlich und plädiert für eine expansive Geld- und Fiskalpolitik. (ZPol, NOMOS)

[95-F] Zenger, Hans, Dipl.-Volksw.; Heinemann, Frank, Prof.Dr.; Englmaier, Florian, Dr.; Kajuth, Florian, M.Sc. (Bearbeitung); Rees, Ray, Prof.Dr.; Illing, Gerhard, Prof.Dr. (Leitung):

**Innovationen in Informationstechnologien und Regulierung von Finanzmärkten (Teilprojekt C3 im Projektbereich C "Marktorganisation")**

**INHALT:** Die Rolle von Intermediären auf Finanzmärkten beruht wesentlich auf Informationsasymmetrien, die auch eine Notwendigkeit zu ihrer Regulierung begründen. Dabei kommt den Regeln zur Bereitstellung von Informationen eine besondere Bedeutung zu. Das Projekt behandelt unter anderem die Frage, wie die Regulierung von Finanzmärkten an moderne Innovationen der Informationstechnologien angepasst werden sollte. Technische Innovationen haben in den 90er-Jahren zu einer Potenzierung der Kapazitäten von Informationsverarbeitung und -weitergabe geführt, die weltweit strukturelle Änderungen in der Organisation von Finanzmärkten hervorgerufen haben. Sie erleichtern zum einen den Wettbewerb um standardisierte Produkte; zum anderen erhöhen sie aber die Gefahr, dass Liquiditäts- und Solvenzrisiken schneller auf andere Intermediäre übertragen werden und möglicherweise die Stabilität des gesamten Finanzsystems gefährden. Damit ergeben sich ganz neue Herausforderungen für das Regulierungsdesign. Im Rahmen des Teilprojekts sollen unter anderem Kriterien für eine effiziente Regulierung im Lichte dieser Entwicklungen entwickelt werden.

**METHODE:** Die Offenlegung von Informationen ist ein wesentlicher Aspekt der Stabilität von Finanz- und Versicherungsmärkten. Vielfach wird argumentiert (etwa in Vorschlägen zur Neufassung des Basler Abkommens), dass erhöhte Transparenz auf Finanzmärkten zu einer effizienteren Regulierung beitragen kann. In mehreren Arbeiten zum Forschungsschwerpunkt Transparenz von Regulierung - Transparenz von Intermediären wurden der Einfluss von Transparenz auf die Wahrscheinlichkeit von Finanzkrisen anhand der Theorie globaler Spiele theoretisch modelliert und die theoretischen Vorhersagen experimentell überprüft. Die Theorie globaler Spiele zeigt, dass Koordinationsspiele mit strategischer Komplementarität ein eindeutiges Gleichgewicht besitzen, wenn auszahlungsrelevante Parameter private Information sind. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Experiment (Stichprobe: 174; Studenten der Volks- und Betriebswirtschaft). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Bannier, C.; Heinemann, F.: Optimal risk taking and information policy to avoid currency and liquidity crises. in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, 161, 2005, 3, pp. 374-391.+++Heinemann, F.; Nagel, R.; Ockenfels, P.: The theory of global games on test: experimental analysis of coordination games with public and private information. in: Econometrica, 72, 2004, 5, pp. 1583-1599.+++Heinemann, F.: The inflationary impact of wage indexation. in: Journal of Institutional and Theoretical Economics, 2004.+++Heinemann, F.: Die Theorie globaler Spiele: private Information als Mittel zur Vermeidung multipler Gleichgewichte. in: Journal für Betriebswirtschaft, 55, 2005, 3, S. 209-241.+++Illing, G.; Klüh, U.: Spectrum auctions and competition in telecommunications. MIT Pr. 2004.+++Illing, G.: Asset prices and monetary policy. Comment on:

Detken, C.; Smets, F.: Asset price booms and monetary policy. in: Siebert, H.: Macroeconomic policies in the world economy. Berlin, Heidelberg 2004.+++Illing, G.: Geldpolitik in den USA - die Fed in der Zinsfalle? in: Ifo Schnelldienst, 2004.+++Illing, G.: Nachfragestimulierung statt Strukturreform - mit gebührenfreiem Rezept aus der deutschen Krise? in: HWWA Wirtschaftsdienst - Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 2004.+++Illing, G.: Financial fragility, bubbles, and monetary policy. in: Sinn, H.-W., Widgrén, M.; Köthenbürger, M.: European monetary integration. MIT Press 2004.++Rees, R.: Medizinische Tests und Versicherungsmärkte. in: Albrecht, P.; Lorenz, E.; Rudolph, B. (eds.): Risikoforschung und Versicherung. Karlsruhe 2004. *ARBEITSPAPIERE*: Brandauer, S.; Englmaier, F.: A model of delegation in contests. 2005.+++Cornand, C.; Heinemann, F.: Optimal degree of public information dissemination. SFB/ TR 15 Discussion Paper, No. 158, 2006.+++Cornand, C.; Heinemann, F.: Speculative attacks with multiple sources of public information. SFB/ TR 15 Discussion Paper, No. 157, 2005.+++Englmaier, F.; Reisinger, M.: Information, coordination, and the industrialization of countries. SFB/ TR 15 Discussion Paper, No. 87, 2006.+++Englmaier, F.; Guillén, P.; Llorente, L.; Onderstal, S.; Sausgruber, R.: The chopstick auction: a study of the exposure problem in multi-unit auctions. 2004.+++Englmair, F.; Wambach, A.: Optimal contracts under inequity aversion. 2005.+++Heinemann, F.: Measuring risk aversion and the wealth effect. SFB/ TR 15 Discussion Paper, No. 156, 2005.+++Heinemann, F.; Nagel, R.; Ockenfels, P.: Measuring strategic uncertainty in coordination games. Lecture on the first SFB/ TR 15 meeting, Gummersbach, July, 18-20, 2004. SFB/ TR 15 Discussion Paper, No. 6, 2004.

**ART:** gefördert *BEGINN*: 2004-01 *ENDE*: 2007-12 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Deutsche Forschungsgemeinschaft

**INSTITUTION:** Universität München, Volkswirtschaftliche Fakultät, Seminar für Makroökonomie (Ludwigstr. 28 Rgb., 80539 München); Universität München, Volkswirtschaftliche Fakultät, Seminar für Versicherungswissenschaft (Ludwigstr. 28 VG, 80539 München); Universität Bonn, SFB Transregio 15 Governance und die Effizienz ökonomischer Systeme (Kaiserstr. 1, 53113 Bonn)

**KONTAKT:** Kajuth, Florian (Tel. 089-21802041,  
e-mail: florian.kajuth@lrz.uni-muenchen.de)

[96-L] Zwiener, Rudolf:

**Die Einkommensverteilungseffekte der Staatsverschuldung in einer unterbeschäftigten Wirtschaft: Analyse anhand eines ökonometrischen Konjunkturmodells für die Bundesrepublik Deutschland,** (Beiträge zur Strukturforschung, 110), Berlin: Duncker & Humblot 1989, 176 S., ISBN: 3-428-06713-4

**INHALT:** "Die Arbeit greift einen Themenkomplex auf, dem angesichts ungenügenden Wirtschaftswachstums und hoher Arbeitslosigkeit in den letzten 15 Jahren wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden war. Die im Jahr 1990 in Kraft tretende "große Steuerreform" hat jedoch den Streit über die Auswirkungen staatlicher Defizite auf die Einkommensverteilung neu entfacht. Analyseziel ist die funktionelle und die institutionelle Einkommensverteilung. Dabei wird die Inzidenzanalyse mit Hilfe einer modifizierten Multiplikatoranalyse simulationstechnisch genutzt. Das Analyseinstrument bildet das ökonometrische Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute, das für diesen Zweck insbesondere im Einkommensverteilungsbereich stärker disaggregiert wurde. Für die Phase der Schuldaufnahme werden die Kreislauftheorie der Verteilung und der neoklassische Ansatz auf die Anwendbarkeit auf eine Situation der Unterbeschäftigung hin untersucht. Geld- und Kapitalmärkte werden in die theoretischen Überlegungen einbezogen und die Crowding-out-Hypothese aufgegriffen und empirisch überprüft. Für die Phase des erhöhten Schuldenstandes geht die Arbeit den Aussagen des Transferansatzes und der Kreislauftheorie der Verteilung für eine unterbeschäftigte Wirtschaft nach. Von den induzierten Sekundärwirkungen werden Lohn-, Beschäftigungs- und Preiseffekte kurz abgehandelt und in einem Exkurs die theoretischen Ansätze zu den intertemporalen Einkommensverteilungseffekten dargestellt und kritisiert. Im Anschluß daran werden die Ergebnisse des ökonometrischen Modells zur Differential- und zur Budgetinzidenz analysiert. Dabei werden die Verteilungseffekte einer kreditfinanzierten Lohnsteuersenkung und einer Gewinnsteuersenkung mit denen einer Erhöhung öffentlicher Investitionen verglichen, wobei auch Modifikationen der Geld- und Lohnpolitik untersucht werden." (Autorenreferat)



### 3 Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise in Europa

[97-L] Abelshauser, Werner:

**Die Erblast des Euro: eine kurze Geschichte der Europäischen Währungsunion**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2010, H. 43, S. 39-45  
([www.bpb.de/files/RL7LPI.pdf](http://www.bpb.de/files/RL7LPI.pdf))

**INHALT:** "Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise erschüttern die Stabilität des europäischen Währungsraumes. Die historische Perspektive schärft den Blick für eine problematische politische Ökonomie des Euro - verkürzt aber auch die denkbare Fallhöhe." (Autorenreferat)

[98-L] Andersson, Dan:

**Der schwedische Weg: Makropolitik und Strukturreformen**, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, 2005, H. 3, S. 15-26 (Standort: USB Köln(38)-XG6992; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.dgb.de/themen/themen\\_a\\_z/abisz\\_doks/s/strukturreformen.pdf](http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/s/strukturreformen.pdf))

**INHALT:** Das 'schwedische Modell' hat seit 1990 entscheidende Veränderungen durchlaufen. Zu dieser Zeit litt Schweden unter einer hohen Inflationsrate und wies Defizite sowohl in der Handelsbilanz wie auch im Staatshaushalt auf. Zur Ausgangssituation gehörten außerdem ein geringes Produktivitätswachstum, eine im Vergleich zu den Nachbarländern höhere Inflationsrate sowie eine hohe Beschäftigungs- und niedrige Arbeitslosenquote. Der Beitrag erläutert die Reformen auf den Gebieten von Steuern und Renten und geht detailliert auf die Veränderungen des wirtschafts- und fiskalpolitischen Regimes insbesondere durch die Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank ein. Die Erfolge der Neuorientierung der makroökonomischen Politik werden durch vergleichende tabellarische Auflistungen der Indikatoren der schwedischen Wirtschaft für 1990, 1995, 2000 und 2004 belegt. Abschließend werden die Faktoren, die das schwedische Modell und seine Entwicklung seit 1990 kennzeichnen, in sechs Punkten zusammengefasst. Fazit: Arbeitsmarktpolitik, Geld- und Fiskalpolitik und strukturelle Reformen können so koordiniert und kombiniert werden, dass Fairness und Effizienz auf vernünftige Weise in Einklang gebracht werden können. (IAB)

[99-L] Anhäuser, Volker:

**Zur Koordinierung der Schuldenstrukturpolitik in Europa**, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 3057), Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 320 S., ISBN: 3-631-51425-5 (Standort: UuStB Köln(38)-11V5015a)

**INHALT:** "Muss der Maastricht-Vertrag um Vorschriften zur Schuldenstruktur ergänzt werden? Dieser Frage geht der Autor modelltheoretisch nach. Er analysiert den Einfluss der Geldpolitik und die Bedeutung der Schuldenhöhe für die optimale Laufzeitenstruktur der Staatsschuld. Es zeigt sich, dass in einer Währungsunion eine unabhängige Geldpolitik und ein glaubwürdiger Haftungsausschluss wesentlich für die wohlfahrtsoptimale Schuldenstrukturpolitik sind. Ohne sie führt einzelstaatliche Optimierung nicht zu einem Wohlfahrtsoptimum bzw. weigern sich hoch verschuldete Staaten der gesamtwirtschaftlich optimalen Koordinierungslösung zuzustimmen. Die Bedeutung der Schuldenstruktur für das Risiko eines Zahlungsausfalles sowie der aktuelle Stand der Debt-Management-Koordinierung in der EWU werden ebenfalls beleuchtet." (Autorenreferat)

[100-L] Axt, Heinz-Jürgen:

**Verschuldung in Griechenland: Ursachen einer hausgemachten Krise und Folgen für den Euro-Raum**, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Jg. 58/2010, H. 4, S. 542-567

**INHALT:** "The article assesses whether the Greek economic crisis is of an exogenous nature and a consequence of the global financial crisis of 2008, or whether it rather is of an endogenous nature. The author takes both an economic and a political-cultural approach and comes to the conclusion that the crisis is homemade, with far-reaching consequences for both the Eurozone and the European Union

as a whole. He analyzes Greece's indebtedness, the consequences of the stabilization program launched by the Greek government, the domestic and international reactions to this program, the coming about and the effects of the EU rescue package, the juridical framework of this package, as well as the perspectives growing out of the crisis, for Greece, its Southeast European neighboring states, the Eurozone, and the European Union." (author's abstract)

[101-L] Becker, Joachim:

**EU in der Krise: Bruchlinien zwischen Zentrum und Peripherie**, in: Kurswechsel : Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 2010, H. 1, S. 6-23 (Standort: USB Köln(38)-XG9232)

**INHALT:** "Die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt in Europa unterschiedliche Verläufe. Manche Länder sind primär durch das Platzen von Finanz- und Immobilienblasen getroffen, andere durch den Einbruch der Exporte. Ein konzertiertes Vorgehen der Europäischen Union gegen die Krise gibt es nicht. Vielmehr unterscheiden sich die Anti-Krisen-Politiken in den europäischen Zentrums- und Peripherieländern deutlich. Damit vertieft die Wirtschaftskrise die sozio-ökonomischen Unterschiede in der EU wie in Europa insgesamt. Sie führt auch zu einer Krise des europäischen Integrationsprozesses. Den mit der Krise einhergehenden Differenzierungs- und Spaltungsprozessen in Europa geht dieser Beitrag nach." (Autorenreferat)

[102-F] Belke, Ansgar, Prof.Dr. (Leitung):

**How did fiscal and monetary policy react to the financial crisis?**

**INHALT:** Sind Zentralbanken in der Lage, Aktienmarktrenditen systematisch zu beeinflussen? Um diese Frage zu beantworten, werden die Kointegrationsbeziehung zwischen Renditemaßen für den Aktienmarkt und dem Kurzfristzins in Deutschland für die Periode 1974-2003 getestet. Folgende Probleme sind dabei zu bewältigen: 'Scheinzusammenhänge' aufgrund unterschiedlicher Integrationsgrade der Zeitreihen müssen ausgeschlossen und die Kausalitäts- und Kointegrationsbeziehungen zwischen den Variablen eindeutig identifiziert werden. Diese Problemstellungen werden im Rahmen des 'Bounds Testing'- und 'Autoregressive Distributed Lag (ARDL)'-Ansatzes von Pesaran et al. behandelt. Die Ergebnisse werden mit denen des Standard-Ansatzes von Johansen verglichen. *ZEIT-RAUM: 1974-2003 GEOGRAPHISCHER RAUM: Eurozone*

**METHODE:** CAPM; 'Bounds Testing'- und 'Autoregressive Distributed Lag (ARDL)'-Ansatz von Pesaran et al.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Belke, Ansgar; Verheyen, Florian: The Euro, global liquidity and the financial crisis. in: EU Studies in Japan, Vol. 22, 2010, pp. 10-38.+++Belke, Ansgar: Ausstieg aus der unkonventionellen Geldpolitik - die EZB sollte vorangehen. in: DIW-Wochenbericht, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Jg. 77, Berlin: 2010.+++Belke, Ansgar: Enge Verknüpfung mikro- und makroökonomischer Fragestellungen - das Verständnis für Gesamtzusammenhänge wecken. in: Wissenschaft für die Praxis - Mitteilungen 69, Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V., 2010, pp. 4-6.+++Belke, Ansgar: How much fiscal backing must the ECB have? The Euro area is not the Philippines. Briefing paper prepared for presentation at the Committee on Economic and Monetary Affairs of the European Parliament for the quarterly dialogue with the President of the European Central Bank, 22.03.2010, Brussels.+++Belke, Ansgar: Driven by the markets? ECB sovereign bond purchases and the securities markets programme. Briefing paper prepared for presentation at the Committee on Economic and Monetary Affairs of the European Parliament for the quarterly dialogue with the President of the European Central Bank, Brussels 21.06.2010. ++Belke, Ansgar; Bernoth, Kerstin; Brenke, Karl; Dreger, Christian; Kuzin, Vladimir: Frühjahrsgrundlinien 2010: Wirtschaft wächst, Krisenfolgen bleiben. in: DIW Wochenbericht, Jg. 77, 2010, Nr. 15.+++Belke, Ansgar: Driven by the markets? ECB sovereign bond purchases and the securities markets programme. in: Intereconomics - Review of International Trade and Development, Vol. 45, 2010 (forthcoming).+++Belke, Ansgar: Euro area crisis management framework: consequences and institutional follow-ups. Briefing paper prepared for presentation at the Committee on Economic and Monetary Affairs of the European Parliament for the quarterly dialogue with the President of the European Central Bank, 27.09.2010, Brüssel.+++Belke, Ansgar; Klose, Jens: (How) do the ECB and

the fed react to financial market uncertainty? The Taylor rule in times of crisis. DIW Discussion Paper, 972. Berlin; DIW 2010 (Also appeared as: Ruhr Economic Paper no. 166, Univ. Duisburg-Essen, Essen, February, and ROME Discussion Paper Series 2010/01, "Research on Money in the Economy" -ROME-, February 2010).+++Belke, Ansgar: Financial crisis, global liquidity and monetary exit strategies. DIW Discussion Paper, 995. Berlin: DIW 2010 (Also appeared as: Ruhr Economic Paper no. 183, Univ. Duisburg-Essen, Essen, April, and ROME Discussion Paper Series , 6, "Research on Money in the Economy" -ROME-, April 2010. +++Belke, Ansgar: How much fiscal backing must the ECB have? The Euro area is not the Philippines, DIW Discussion Paper, 996. Berlin: DIW 2010 (Also appeared as: Ruhr Economic Paper no. 184, Univ. Duisburg-Essen, Essen, April, and ROME Discussion Paper Series 2010/07, "Research on Money in the Economy" -ROME-, April 2010). +++Belke, Ansgar: Driven by the markets? ECB sovereign bond purchases and the securities markets programme, DIW Discussion Paper, 1040. Berlin: DIW 2010 (Also appeared as: Ruhr Economic Paper no.194, Univ. Duisburg-Essen, Essen, June, and ROME Discussion Paper Series 2010/10, "Research on Money in the Economy" -ROME-, June 2010).+++Belke, Ansgar: The Euro area crisis management framework - consequences and institutional follow-ups. Ruhr Economic Paper no.207, Univ. Duisburg-Essen, Essen 2010 (Also appeared as: ROME Discussion Paper Series 2010/12, "Research on Money in the Economy" -ROME-, September 2010). +++Belke, Ansgar; Schnabl, Gunther: Finanzkrise, globale Liquidität und makroökonomischer Exit. Working Paper, No. 92. Leipzig: Wirtschaftswiss. Fakultät - Faculty of Economics and Management Science September 2010. +++Belke, Ansgar; Polleit, Thorsten: Monetary economics in global financial markets. Springer 2009.+++Belke, Ansgar: Fiscal stimulus packages and uncertainty in times of crisis - the option of waiting can be valuable, though! in: Economic Analysis and Policy, Vol. 39, 2009, 1, pp. 25-46.++Belke, Ansgar: Die Auswirkungen der Geld- und Kreditpolitik auf die Immobilienpreise in der Bundesrepublik Deutschland. in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 2009 (revise and resubmit).+++Belke, Ansgar: Fiscal stimulus packages, uncertainty and economic crisis - is the option of waiting valuable? Forum "Preventing Recession in Europe: National vs. European Approaches". in: Intereconomics - Review of International Trade and Development, Vol. 44, 2009, No. 1, pp. 15-22.+++Belke, Ansgar: Steuerbefreiungen für "saubere" Autos durch Konjunkturprogramm und Kfz-Steuerreform - Geschenke mit zweifelhafter Wirkung. in: ifo Schnelldienst, 2009, No. 6, S. 5-9.+++Belke, Ansgar; Benroth, Kerstin; Brenke, Karl; Dreger, Christian; Kooths, Stefan; Kuzin, Vladimir; Weber, Sebastian; Zinsmeister, Florian: Nach dem Sturm - Schwache und langsame Erholung, Frühjahrsgrundlinien. in: DIW-Wochenberichte, Jg. 76, 2009, Nr. 15-16, S. 238-267.++Belke, Ansgar; Gokus, Christian: Unkonventionelle Geldpolitik. in: wisu - das Wirtschaftsstudium, Vol. 38, 2009, 7, S. 934-939.+++Belke, Ansgar; Göcke, Matthias: European monetary policy in times of uncertainty. in: Belke, Ansgar; Paul, Stefan; Schmidt, Christoph (Hrsg.): Fiskal- und Geldpolitik im Zeichen europäischer Integration. RWI-Schriften. Berlin: Duncker u. Humblot 2009.++Belke, Ansgar: Fiscal stimulus packages and uncertainty in times of crisis: a non Germano-centric view against the "Zeitgeist". in: Knoll, Bodo ( Hrsg.): Entwicklung und Perspektiven der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2009, S. 29-52.+++Belke, Ansgar: Bund soll sein Pulver trocken halten. in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 29.12.2008.+++Belke, Ansgar: Der Handel mit Zitronen - warum eine große Bad Bank der beste Weg wäre, das Kapital wieder zum Fließen zu bringen. in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 09.02.2009.+++Belke, Ansgar: Should fiscal stimulus packages be coordinated in times of crisis? in: www.eurointelligence.com, 18.03.2009.+++Belke, Ansgar: Finanzkrise und Steueroasen - Steinbrücks Streit mit der Schweiz und der Kampf des Staates gegen sich selbst. in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 23.03.2009.++Belke, Ansgar: Falsche Priorität - statt über weitere Konjunkturpakete sollten die G 20 neue Regeln für die Finanzmärkte beraten. in: Die Welt, 28.03.2009.+++Belke, Ansgar: Modelle lassen sich nicht seriös anwenden. in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 01.04.2009.+++Belke, Ansgar: Wie die Notenbank Geld in den Kreislauf pumpt - was macht die Europäische Zentralbank, wenn der Leitzins bei Null Prozent anlangt? Sie kauft Anleihen auf. in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 11.5.2009.+++Belke, Ansgar: Warum sich das Warten lohnt - in Zeiten großer Unsicherheit zahlt es sich ökonomisch aus, nicht voreilig zu handeln. in: Financial Times Deutschland, 13.05.2009.+++Belke, Ansgar: Raus aus den Schulden - die Schuldenbremse ist ein gelungenes Instrument zur Sicherung wirtschaftlicher Stabilität. in: Die Welt, 02.06.2009.+++Belke, Ansgar: Warum die Mehrwertsteuer erhöht wird. Nur so wird die Bundesregierung der Rekordverschuldung begegnen können. Jetzt ankündigen - später erhöhen. in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 29.06.2009.+++Belke, Ansgar: Ich forsche ... Professor untersucht Ursachen der Finanzkrise. in:

Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 03.09.2009.+++Belke, Ansgar; Beckmann, Joscha: Lehren aus der Krise - der G-20-Gipfel sollte zu einer Reform des Finanzsystems und des IWF genutzt werden. in: Die Welt, 19.09.2009.+++Umfangreiche Literaturliste bitte beim Institut anfordern. *ARBEITSPAPIERE*: Belke, Ansgar: Fiscal stimulus packages in times of crisis - the option of waiting can be valuable, though! Ruhr Economic Papers/ Univ. Duisburg-Essen, No. 88. Essen 2009.++Belke, Ansgar; Klose, Jens: Does the ECB rely on a Taylor rule? Comparing ex-post with real time data. DIW Discussion Paper/ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, No. 917. Berlin 2009 (Auch als: Ruhr Economic Paper/ Univ. Duisburg-Essen, No. 133. Essen 2009.+++Belke, Ansgar; Rees, Andreas: The importance of global shocks for national policymakers: rising challenges for Central Banks. DIW Discussion Paper, No. 911, Berlin: DIW 2009 (Auch als: Ruhr Economic Paper/ Univ. Duisburg-Essen, No. 135. Essen 2009.+++Belke, Ansgar; Orth, Walter; Setzer, Ralph: Global liquidity and house prices: a VAR analysis for OECD countries. Research on money in the economy - ROME discussion paper series, no. 08-02, May 2008.+++Belke, Ansgar; Orth, Walter: Global excess liquidity and house prices: a VAR analysis for OECD countries. Ruhr economic papers, no. 37. Essen: Universität Duisburg-Essen 2007.+++Belke, Ansgar; Gros, Daniel: Instability of the Eurozone? On monetary policy, house prices and labor market reforms. IZA discussion paper, no. 2547. Bonn: Institute for the Study of Labor 2007.+++Belke, Ansgar; Wiedmann, Marcel: Boom or bubble in the US real estate market? Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Hohenheim, No. 260. Stuttgart 2005.+++Belke, Ansgar; Polleit, Thorsten: Money and Swedish inflation reconsidered. Hohenheimer Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre (520), No. 270. Stuttgart: 2006.+++Belke, Ansgar; Polleit, Thorsten: How the ECB and the US Fed set interest rates. Hohenheimer Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre (520), No. 269. Stuttgart 2006.+++Belke, Ansgar; Polleit, Thorsten: (How) do stock market returns react to monetary policy? An ARDL cointegration analysis for Germany. Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Hohenheim, No. 253. Stuttgart 2005.+++Belke, Ansgar; Polleit, Thorsten: Monetary policy and stock market returns: a long-run structural modeling approach. Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Hohenheim, No. 250. Stuttgart 2005.+++Belke, Ansgar; Polleit, Thorsten: Dividend yields for forecasting stock market returns - a cointegration analysis based on the ARDL approach. Diskussionsbeiträge aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Hohenheim, Nr. 244. Stuttgart 2004.++Belke, Ansgar; Polleit, Thorsten: Dividend yields for forecasting stock market returns - a cointegration analysis based on the ARDL approach. Diskussionsbeiträge der Hochschule für Bankwirtschaft. Frankfurt 2004.

**ART:** Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Institution

**INSTITUTION:** Universität Duisburg-Essen Campus Essen, FB Wirtschaftswissenschaften, Institut für Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft -IBES- Professur für VWL, insb. Makroökonomik (45117 Essen)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 0201-183-2277, e-mail: ansgar.belke@uni-due.de)

[103-L] Cetinic, Goran:

**The Greek economic crisis and its effects on Serbia**, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Jg. 58/2010, H. 4, S. 612-619

**INHALT:** "Two crises of different nature have recently dominated the Serbian economy: the global economic recession of 2008-2009 and the Greek crisis of 2010. Both crises overshadowed, at least in the public discourse, the country's own very serious long-term economic crisis. Serbia's economy, along with the Ukrainian one, ranks as one of the worst in the ex-socialist countries of Europe. Whereas the world crisis seriously affected the already badly damaged Serbian economy and society, the Greek crisis produced more modest consequences." (author's abstract)|

[104-L] Chobanov, George; Schellhaass, Horst; Plöhn, Jürgen (Hrsg.):

**Policies of economic and social development in Europe: 11th annual conference of the faculty of economics and business administration ; dedicated to the 120th anniversary of St. Kliment Ohridski University of Sofia ; Sofia, October 10 to 11, 2008**, (Sofia Conferences on social and economic development in Europe, Vol. 2), Frankfurt am Main: P. Lang 2010, 200 S., ISBN: 978-3-631-60412-0

**INHALT:** "This volume is dedicated to the proceedings of the 11th annual conference of the Faculty of Economics and Business Administration at Sofia University on policies of economic and social development in Europe. The eleven articles by authors teaching at universities in six different countries (Bulgaria, Germany, France, Romania, Russia and Switzerland) have been selected by international peer reviews. The contributions are arranged in four sections with respect to their scope and regional focus." (author's abstract). Table of Contents: Jürgen Plöhn: Introduction (7-8); Chapter One: Generalized Approaches: Jean-Pierre Gern: Sustainable Development: A Challenge for the Decisional Process (11-24); George Chobanov: Walras Law and Flow of Funds Analysis in an Open Economic System (25-37); Chapter Two: Studies On East Europe: Tatiana G. Dolgopyatova: Corporate Control and the Role of Business Integration in Russian Companies (41-59); Cornel Oros, Camelia Romocea-Turcu: Monetary Shocks in Central and Eastern Europe: Evidence from a VAR Analysis (61-86); Chapter Three: Studies On Southeast Europe: Nicolae Dardac, Iustina Alina Boitan: An Assessment of the Romanian Banking System Performance. A Non-Parametric Approach (89-97); Kalina Dimitrova: Monetary and Fiscal Policies in Bulgaria: Lessons from the Historical Record (99-113); Henrik Egbert, Maria Ivanova, George Chobanov: New Data on the Bulgarian Transaction Sector: 1997 to 2006 (115-126); Ivan Ivanov, Julia Dobрева: Social Effects of Government Subsidies to Local Public Goods (127-135); Chapter Four: Studies on the European Union and Germany: Thomas Lenk, Oliver Rottmann, Tatsiana Makarevich: Challenging Budgetary Situations - Municipal Management (139-159); Jürgen Plöhn, Alexander Peniuk: From Unemployment to Self-Employment. Political concepts, economic realities, and social effects in Germany (161-180); Frank Schulz-Nieswandt, Michael Sauer: Social and health services in the EU. An analytical sketch with particular reference to the repercussions of European Law on the German development of the provision of social and health services (181-192).]

[105-F] Davis, Philip E.; Hall, Stephen; Barrell, Ray; Baele, Lieven; Vennet, Rudi van der; Pierdzioch, Christian; Schertler, Andrea; Buch, Claudia; Ha Duong, Manh; Slacalek, Jiri (Bearbeitung); Steinherr, Alfred, Prof.Dr.; Ribakoff, Tatjana, Dr. (Leitung):

**Financial integration in Europe and propagation of shocks**

**INHALT:** Project in co-operation with IfW Kiel, the Ghent University (Belgium) und NIESR. |

**METHODE:** Das Projekt wird in Kooperation mit dem IfW Kiel, der Universität Gent (Belgien) und NIESR durchgeführt.

**ART:** Auftragsforschung *BEGINN:* 2004-11 *ENDE:* 2006-02 *AUFTRAGGEBER:* Europäische Kommission *FINANZIERER:* Auftraggeber

**INSTITUTION:** Universiteit Gent (Universiteitsstraat 8, 9000 Gent, Belgien); Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Konjunktur (10108 Berlin); Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel -IfW- (Düsternbrooker Weg 120, 24105 Kiel)

**KONTAKT:** Steinherr, Alfred (Prof.Dr. Tel. 030-89789-230, e-mail: [asteinherr@diw.de](mailto:asteinherr@diw.de)); Ribakoff, Tatjana (Dr. Tel. 030-89789-342, e-mail: [tribakoff@diw.de](mailto:tribakoff@diw.de))

[106-L] Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.):

**Europa in Zeitreihen 2008**, (DRV-Schriften , Sonderausgabe, Bd. 78), Berlin 2008, 142 S., ISBN: 978-3-938790-20-5 (Standort: IAB-90-000.0419; Graue Literatur; [www.deutsche-rentenversicherung.de/nm\\_15142/SharedDocs/de/Inhalt/04\\_\\_Formulare\\_\\_Publikationen/03\\_\\_publikationen/Statistiken/Broschueren/europa\\_\\_in\\_\\_zeitreihen\\_\\_2008.html](http://www.deutsche-rentenversicherung.de/nm_15142/SharedDocs/de/Inhalt/04__Formulare__Publikationen/03__publikationen/Statistiken/Broschueren/europa__in__zeitreihen__2008.html))

**INHALT:** In der aktualisierten Publikation sind Zeitreihen über die europäischen Länder von 1995 bis 2006, in vielen Fällen sogar bis 2008, zusammengestellt. Datenquellen sind insbesondere EURO-

STAT, die Statistische Organisation der Europäischen Union, die amtliche Statistik sowie demografische Daten aus Publikationen der Vereinten Nationen. Zusammenfassungen sind auf der Ebene Europäische Union 15, Europäische Union 25 und Europäische Union 27 - soweit vorhanden - in die Tabellen aufgenommen worden. Bei allen Daten handelt es sich um publizierte Werte, die nicht zu weiteren Indizes oder Verhältniszahlen umgeformt wurden, sondern als Quelldaten Trends und Strukturen aufweisen. Zur Illustration wurden in dieser Neuauflage zahlreiche weitere Graphiken aufgenommen, anhand derer sich Trends ausgewählter Länder über den Zeitablauf erkennen lassen. Der Anhang enthält ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen und Fachwörtern sowie eine Chronik der wichtigsten Europäische Union-politischen Entscheidungen und Vorgänge. (IAB2)

[107-L] Dyson, Kenneth:

**Krise? Welche Krise? Wessen Krise?**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2010, H. 43, S. 19-25 ([www.bpb.de/files/RL7LPI.pdf](http://www.bpb.de/files/RL7LPI.pdf))

**INHALT:** "Handelt es sich bei der aktuellen Krise in der Euro-Zone um eine strukturelle Krise oder nur um eine Häufung von 'Krisenereignissen'? Noch ist unklar, wer letztlich die Gewinner sein werden - und wie diese die Krise darstellen werden." (Autorenreferat)

[108-L] Ehrke, Michael:

**Die globale Krise an der östlichen Peripherie Europas: platzt die Illusion der Konvergenz?**, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2009, H. 3, S. 50-65 ([library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-3/05\\_a\\_ehrke\\_d.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-3/05_a_ehrke_d.pdf))

**INHALT:** "The countries of Central and South-Eastern Europe have been particularly hard hit by the global financial crisis, regardless of the degree of their integration in European and global markets, their resource wealth and the prevailing currency regime. To blame instead are specific vulnerabilities arising from the transformation process, which are reflected in the high balance of payments deficits of all the countries of the region. The 'growth with imbalances' of recent years, which was characterized by high and increasing export surpluses, especially in Germany, and equally high - in relation to GNP - deficits in the countries of the eastern periphery, has proved unsustainable. These deficits on the periphery were concealed by the massive availability of foreign credit, whose growth went hand in hand with the denationalization of local banking systems. Since the globalization of financial markets in Central and South-Eastern Europe was more one-sided and more continuous than in other developing regions, the risks accompanying financial globalization were also more pronounced. Foreign banks were - as it turns out - more prepared to take risks in seeking to exploit interest rate and exchange rate differences than local banks were. With their credits denominated in foreign currency they financed, first and foremost, the consumption of the local middle classes, without bothering to check the capacity of the borrowers and borrowing national economies to service the debts they had taken on or to generate a sufficient volume of foreign currency. The credit risks - in particular, the exchange rate risk - were offloaded onto the borrowers. But just as the foreign banks were willing to grant generous loans without checking the creditworthiness of their customers so were the local middle classes willing to take on debt in foreign currency. To blame in this instance was a 'catch up factor', in other words, a convergence of material living standards within Europe which was considered to be automatic or a moral entitlement. The disappointment of the corresponding expectations could have political consequences, which could undermine the success of the celebrated integration of the former communist Eastern and South-Eastern periphery in Europe." (author's abstract)

[109-L] Emerson, Michael (Hrsg.):

**Europe's stagflation**, Oxford: Clarendon Press 1984, 228 S., ISBN: 0-19-828487-X

**INHALT:** Der Band enthält die Beiträge einer Ende 1982 abgehaltenen Konferenz die folgende Punkte behandeln: -- Stagflation in den EG-Ländern 1973-1981 -- Zusammenhang zwischen Löhnen und Arbeitslosigkeit in den EG-Ländern, USA, Kanada und Japan -- Finanzpolitische und einkommenspolitische Aspekte bei der Überwindung der Stagflation in der EG-Entwicklung der Staatsverschul-

derung ausgewählter EG-Länder 1961-1982 -- Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung ausgewählter EG-Länder im Zeitraum 1955-1981. (IAB)

[110-L] Enderlein, Henrik:

**Die Krise im Euro-Raum: Auslöser, Antworten, Ausblick**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2010, H. 43, S. 7-12 ([www.bpb.de/files/RL7LPI.pdf](http://www.bpb.de/files/RL7LPI.pdf))

**INHALT:** "Der EU-Rettungsschirm ist das größte All-In der Pokergeschichte. Geht es gut, dann geht es richtig gut. Geht es schief, dann könnte der Euro gescheitert sein. Eine Alternative zur Flucht nach vorn gibt es nicht: Es gilt, mehr Europa zu wagen." (Autorenreferat)

[111-L] Fleischer, Julia; Parrado, Salvador:

**Power distribution in ambiguous times: the effects of the financial crisis on executive decision-making in Germany and Spain**, in: Der moderne Staat : Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Jg. 3/2010, H. 2, S. 361-376 ([www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/4592](http://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/4592))

**INHALT:** "Der Beitrag analysiert Dynamiken exekutiver Entscheidungsprozesse während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in der deutschen und spanischen Regierungsorganisation in 2008 und 2009. Dem powerdistributional Ansatz folgend wird argumentiert, dass Merkmale des institutionellen Kontextes die Institutionalisierung der exekutiven Entscheidungsfindung während der Krise beeinflussen. In diesem Artikel werden insbesondere die Effekte der konstitutionellen Entscheidungsprinzipien im Kabinett sowie der Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative auf exekutive Entscheidungsprozesse untersucht. Die vergleichende Analyse zeigt, dass in beiden Ländern die exekutive Entscheidungsfindung zentralisiert wurde, wenngleich in der deutschen Exekutive weniger intensiv als in der spanischen Regierungsorganisation. Diese Unterschiede lassen sich durch die institutionellen Rahmenbedingungen beider Länder erklären, die die Autorität der deutschen Bundeskanzlerin beschränken und die Dominanz des spanischen Premierministers (PM) fördern. Darüber hinaus beschränken die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative in Deutschland eine starke Zentralisierung exekutiver Entscheidungsprozesse, auch da parteipolitische Akteure an Entscheidungskompromissen in der Ministerialverwaltung teilhaben, während diese Beziehungen in Spanien eine Zentralisierung der Entscheidungsfindung eröffnen, unterstützt durch außerordentliche Rechtsverfahren, die während der Krise angewendet werden und parlamentarische sowie parteipolitische Auseinandersetzungen einschränken." (Autorenreferat)

[112-L] Frasch, Jutta:

**Die Finanzkrise: ein Weckruf für die EU**, in: Hanns Günther Hilpert (Hrsg.) ; Stormy-Annika Mildner (Hrsg.): Globale Ordnungspolitik am Scheideweg : eine Analyse der aktuellen Finanzmarktkrise, 2009, S. 21-26 (Graue Literatur; [nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-250418](http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-250418))

**INHALT:** Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den Folgen der Finanzkrise für die Europäische Union (EU). Die internationale Finanzkrise traf die EU und ihre Mitgliedstaaten weitgehend unvorbereitet. Bis auf Großbritannien, das früh eine eigene Hypotheken- und Bankenkrise zu bewältigen hatte, hofften die europäischen Regierungen zunächst, sich von den Entwicklungen in den USA abkoppeln zu können. Der Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers begrub die Hoffnung auf Verschonung, verdeutlichte schlagartig, dass die global agierenden europäischen Banken der ausgelösten Welle nicht entinnen konnten, und setzte hektisches Krisenmanagement zunächst auf Seiten nationaler Regierungen und dann auch auf EU-Ebene in Gang. Hauptziel war es vor allem, den Zusammenbruch des europäischen Finanzmarktes zu verhindern. Die in erster Linie nationalen Maßnahmen zur Krisenbewältigung sind nicht immer binnenmarktkonform, die unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangspositionen führen dazu, dass sich selbst die Mitglieder der Eurozone fortschreitend auseinanderentwickeln und der Prozess der Konvergenz alter und neuer Mitgliedstaaten massiv gefährdet wird. Die Krise wirft die alte Frage auf, ob es auf Dauer gut gehen kann, wenn eine vergemeinschaftete und der EZB übertragene Geld- und Währungspolitik neben einer Wirtschafts- und Fiskalpolitik existiert, die bis auf die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in nationa-

ler Zuständigkeit liegt und über die Methode der "offenen Koordinierung" der Lissabon- Strategie nur locker abgestimmt wird. Die Antwort, die die EU mit dem so genannten Recovery-Plan gegeben hat, dem EU-weiten Konjunkturprogramm zur Überwindung der Rezession, lässt vordergründig ein Umdenken vermuten. Kann die Krise aber auf diese Weise wirklich überwunden werden? Braucht die EU mehr Regulierung? Auf den Finanzmärkten ebenso wie auf den Gütermärkten? (ICD2)

[113-L] Georgiev, Yassen:

**Die Auswirkungen der Griechenland-Krise auf Bulgarien**, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Jg. 58/2010, H. 4, S. 585-594

**INHALT:** "After a decade of dynamic economic development, the Bulgarian economy in 2009 faced its first crisis within the last twenty years that was not due to internal reasons, such as the weakness of its domestic economy or transformational failures. The first signs of recovery in 2010 were soon confronted with the implications of the Greek debt crisis. The latter bore significant risks for the Bulgarian economy, considering the high level of interlacement between the two countries and the Bulgarian dependence on Greek capital. However, 2010 statistical data on foreign direct investment, bilateral trade and tourism reveal that the Bulgarian economy seemingly managed to transform the difficulties into new opportunities. Nevertheless, in the long run the effects of the Greek debt crisis will affect all other East European countries' efforts to join the Eurozone, as they will meet more distrust in their relations to EU institutions." (author's abstract)

[114-F] Gerloff, Axel (Bearbeitung); Jarchow, Hans-Joachim, Prof.em.Dr. (Leitung):

**Die Wechselkursfrage - fest oder flexibel?**

**INHALT:** Die Frage soll auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem klassischen Goldstandard, dem Bretton Woods-System, der währungspolitischen Integration in Europa, der Wechselkurspolitik in den Transformationsländern und aus jüngeren Währungs- und Finanzkrisen beantwortet werden.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Gerloff, Axel: Wechselkurspolitik in Mittel- und Osteuropa. Dissertation. CeGE-Schriften, Center for Globalization and Europeanization of the Economy. Bd. 1. P. Lang 2001, 261 S.+++Jarchow, Hans-Joachim: Einkommenseffekte, Wechselkursdynamik und der Euro/ Dollar-Kurs. in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 222, 2002, Nr. 4, S. 421-439.

**ART:** keine Angabe **BEGINN:** 1998-01 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

**INSTITUTION:** Universität Göttingen, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Volkswirtschaftliches Seminar Professur Volkswirtschaftstheorie, insb. Internationale und Monetäre Ökonomik (Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen)

**KONTAKT:** Leiter (Tel. 0551-39-4876, e-mail: hjarcho@uni-goettingen.de)

[115-L] Hartwich, Hans-Hermann:

**Vom "Hüter der Währung" zum Retter des Finanzsystems: zur veränderten Rolle der Zentralbank in der Finanzkrise**, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 57/2008, H. 4, S. 487-493 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Spätsommer und Herbst des Jahres 2008 waren ökonomisch durch weltweite Finanzkrisen gekennzeichnet. Dabei kam es zu wichtigen Veränderungen im Bereich der Zentralbanken, insbesondere der USA und Europas. Wurden die Banken durch den Verfall der Geldmärkte zu Aktivitäten gezwungen, die mit ihren klassischen Aufgaben kaum noch in Einklang zu bringen sind?" (Autorenreferat)



[116-L] Hishow, Ognian N.:

**Öffentliche Verschuldung in osteuropäischen Transformationsländern: Ursachen, Folgeprobleme, Lösungsversuche**, (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 49-1997), Köln 1997, 34 S. (Standort: UuStB Köln(38)-980106037; Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-43268)

**INHALT:** "Die externe (gegenüber dem Ausland) Verschuldung der ost- und südosteuropäischen Reformländer stellt einen besonderen Faktor ihrer Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft dar. Zum einen hat die Bürde des äußeren Schuldendienstes etliche frühere kommunistische Regime in die Zahlungsbilanzfalle 'gedrückt' und den Weg für Reformen erst frei gemacht. Das gilt klar für Polen, aber auch für die ehemalige DDR und Bulgarien. Zum anderen trug die Verschuldung wesentlich zur Offenbarung der ökonomischen Lage in den auch wirtschaftsstatistisch gut abgeschotteten RGW-Ländern bei. Insbesondere das RGW-Kernland - die Sowjetunion - demonstrierte durch seine faktische Zahlungsunfähigkeit die Grenzen des gewählten zentralistischen Wirtschaftsordnungsmodells. Nach der politischen Wende erlangte das Problem eine neue Qualität, denn seine Handhabung mußte nun mit marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten erfolgen. Dabei erweist sich die Erzielung eines äußeren Gleichgewichts als schwierig, was im Fall vieler Länder zum weiteren Anstieg der Verschuldung führt. Ein schwer lastender Schuldendienst bzw. Nachfrage- und Einkommensrückgang, Investitionsschwäche sowie Wachstumsverluste sind die Folge. Oft bleibt nur der Weg der Umschuldung oder - wie im Fall Polen und Bulgarien - der umfassenden Schuldenregelung durch Streichung von Forderungen." (Autorenreferat)

[117-L] Huffscheid, Jörg:

**Europäische Perspektiven im Kampf gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise**, in: Elmar Altvater ; Joachim Bischoff ; Rudolf Hickel ; Joachim Hirsch ; Dierk Hirschel ; Jörg Huffscheid ; Karl Georg Zinn: Krisen Analysen, Berlin: VSA-Verl., 2009, S. 105-118, ISBN: 978-3-89965-343-4

**INHALT:** Europa durchlebt gegenwärtig eine Vielzahl von Krisen. Im Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzungen stehen die trotz massiver Stabilisierungsprogramme weiterhin ungelöste Krise der internationalen Finanzmärkte und die sich noch vertiefende Konjunkturkrise - der stärkste ökonomische Niedergang seit der Großen Depression der 1930er Jahre. In diese Krisenprozesse eingewoben sind die akute Strukturkrise in der Automobilindustrie, in der selbst ehemals führende Konzerne um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen, und die dramatische Zuspitzung der Lage in Osteuropa, wo Staaten nur mit massiver internationaler Unterstützung vor dem Bankrott gerettet werden können. Neben diesen akuten Finanz- und Wirtschaftskrisen gehen die soziale Polarisierung und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen weiter. Alle diese Krisenprozesse sind globalen Charakters. Die Studie konzentriert sich auf drei Themen: erstens den Charakter und ökonomisch-gesellschaftlichen Kern der gegenwärtigen Krise als Krise des finanzmarktgetriebenen Entwicklungstyps, zweitens die Rolle der EU bei der Herbeiführung und beim Kampf gegen die Krisen und drittens die wesentlichen Eckpunkte einer alternativen Strategie, die den Kampf gegen die Krise mit Weichenstellungen für einen neuen Entwicklungstyp in Europa verbindet. (ICF2)

[118-L] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung -IMK- in der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.):

**Folgen der US-Immobilienkrise belasten Konjunktur: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2008**, (IMK Report, Nr. 28), Düsseldorf 2008, 79 S. (Graue Literatur; [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_28\\_2008.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_28_2008.pdf))

**INHALT:** Im Frühjahr 2008 wurde die Weltkonjunktur durch die Krise des Immobilien- und Finanzsektors in den USA überschattet. Die Verlauf dieser Finanzmarkturbulenzen und ihre Übertragungskanäle auf die Konjunktur werden untersucht und ihre weltweiten Auswirkungen auf die Realwirtschaft der einzelnen Länder abgeschätzt. Dazu wird eine Diagnose der Lage der Weltwirtschaft, der wirtschaftlichen Lage in der EU und der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, speziell auch Ostdeutschlands, vorgelegt. Für Deutschland wird außerdem eine von mehreren Wirtschaftsforschungsinstituten erstellte mittelfristige Wachstumsprognose für die Jahre 2008-2012 wiedergegeben. Insgesamt

samt ist für die Weltwirtschaft eine abgeschwächte Expansion zu erwarten. Als wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Eindämmung der Krise werden u.a. die Empfehlungen der Europäischen Zentralbank und der US-Notenbank genannt. (IAB)

[119-L] Janning, Josef:

**Die aktuelle geostrategische Lage aus Perspektive der Europäischen Union**, in: Johann Pucher (Hrsg.) ; Johann Frank (Hrsg.): Strategie und Sicherheit 2010 : das strategische Profil der Europäischen Union: Böhlau, 2010, S. 17-29, ISBN: 978-3-205-78484-5

**INHALT:** "Der Blick auf die geopolitische Lage lässt den Handlungsbedarf für die europäische Politik erkennen. Die Wirtschaftskrise wird mit ihren finanz- und innenpolitischen Folgen auf Jahre hinaus die außen- und sicherheitspolitischen Ressourcen der Europäer beschränken. Und strategisch besteht Europas exponierte Lage in Bezug auf prägende Konfliktkonstellationen der internationalen Politik fort. Aufgrund ihrer mangelnden Geschlossenheit und der Schwäche ihres Entscheidungsrahmens ist und bleibt die EU eine Großmacht dritter Ordnung. Die Europäer könnten versuchen, diese Position durch eine aktive Chinapolitik zu ändern, wirksamer wäre aber wohl, die Ambivalenzen im Verhältnis zu Russland anzugehen und die eigenen Kompetenzen wie Erfahrungen in der multilateralen Politikgestaltung intensiver zu nutzen." (Autorenreferat)

[120-L] Kantzenbach, Erhard (Hrsg.):

**Staatsüberschuldung: Referate gehalten auf dem Symposium der Joachim-Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften, Hamburg am 9. und 10. Februar 1996**, (Veröffentlichung der Joachim Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften, 84), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1996, 115 S., ISBN: 3-525-86275-X

**INHALT:** Inhaltsverzeichnis: Erhard Kantzenbach: Einführung (7-11); Hans-Peter Ullmann: Finanzkrise, Staatsbankrott und Haushaltskonsolidierung im Deutschland des frühen 19. Jahrhunderts (13-25); Carl-Ludwig Holtfrerich: Bewältigung der deutschen Staatsbankrotte 1918 und 1945 (27-57); Reinhard Mußnug: Staatsüberschuldung und Verfassungsrecht (59-78); Wolfgang Kitterer: Über die Tragbarkeit und die Grenzen der Staatsverschuldung (79-89); Hans-Jürgen Schmahl: Struktur des Staatsdefizits und Konsolidierungspolitik (91-102); Renate Ohr: Zur Fiskaldisziplin in der Europäischen Währungsunion (103-114). (ZPol, NOMOS)

[121-L] Kusic, Sinisa:

**Kroatien und die Auswirkungen der Griechenland-Krise**, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Jg. 58/2010, H. 4, S. 595-604

**INHALT:** "The article assesses the effects of the Greek financial crisis on the Croatian economy. Where Croatia's aspirations to EU membership are concerned, the crisis negatively affects both progress in the economic chapters of the negotiations and the general atmosphere with regard to further enlargement. As for macroeconomic parameters, Greece and Croatia are comparable, with the exception of Croatia's foreign debt, which is much lower and corresponds to the Maastricht criteria. In the realm of tourism, Croatia profited directly from the Greek crisis, as many tourists seem to have opted for Croatia rather than Greece in choosing their travel destination. On a microeconomic level, many Croats suffer from an increasing inability to fulfill their credit payment obligations. Finally, the author assesses the possibilities of social unrest and mass protests and comes to the conclusion that there is a clear danger that Croatia's population might follow up on Greece's path." (author's abstract)

[122-L] Neck, Reinhard; Holzmann, Robert (Hrsg.):

**Was wird aus Euroland?: makroökonomische Herausforderungen und wirtschaftspolitische**

**Antworten**, (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann-Instituts für ökonomische Analysen

wirtschaftspolitischer Aktivitäten, Bd. 16), Wien: Manz 1999, 326 S., ISBN: 3-214-07006-1 (Standort:

HWHA Hamburg(H3)-A001281)

**INHALT:** "Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis eines Forschungsprojekts, das vom Ludwig Boltzmann-Institut zur Analyse wirtschaftspolitischer Aktivitäten initiiert und organisiert wurde. Sein Gegenstand sind die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der seit dem 1. Jänner 1999 in elf Ländern der Europäischen Union ('Euroland') in ihrer Dritten Stufe bestehenden Wirtschafts- und Währungsunion. Aus der Tatsache, daß für dieses Euroland eine gemeinsame Geldpolitik vom Europäischen Zentralbankensystem und insbesondere der Europäischen Zentralbank formuliert und exekutiert wird, ergeben sich zahlreiche Probleme für die Gestaltung der nationalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den an der Wirtschafts- und Währungsunion beteiligten Ländern. Während in tagespolitischen Auseinandersetzungen oft wechselnde und nicht immer sehr relevante Themen dominieren, ist es die Aufgabe der Wissenschaft, auch längerfristige Auswirkungen von Änderungen wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen zu analysieren und wirtschaftspolitische Lösungsansätze zu erarbeiten. Diese Aufgabe soll in dem hier vorliegenden Buch aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive für die makroökonomischen Folgen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erfüllt werden." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Reinhard Neck und Robert Holzmann: Gesamtwirtschaftliche Probleme der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und wirtschaftspolitische Antworten: Einleitung und Übersicht (13-23); Jürgen von Hagen: Makroökonomische Konsequenzen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (25-40); Helmut Frisch und Sylvia Staudinger: Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank: Ist die Taylor-Regel eine Alternative? (43-59); Christophe Deissenberg: Handelsbilanz-Gleichgewichtsbeschränkungen, Zentralbankensystem und Arbeitslosigkeit in einer Währungsunion (63-74); Paul de Grauwe, Hans Dewachter und Yunus Aksoy: Die Wirksamkeit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und ihre Abstimmungsregeln (75-95); Fritz Breuss: Wozu fiskalische Tragfähigkeit in der Wirtschafts- und Währungsunion der Europäischen Union? (97-155); Alfred Greiner und Willi Semmler: Staatsverschuldung, Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik in Deutschland (161-178); Bas van Aarle, Jacob C. Engwerda, Joseph E. J. Plasmans und Arie Weeren: Gestaltung der Geld- und Fiskalpolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Ein Dynamische Spielansatz (181-197); Gerald Kraner: Geld- und Fiskalpolitik in einer Währungsunion: Eine dynamische spieltheoretische Analyse (199-211); Reinhard Neck und Gottfried Haber: Zur Gestaltung der Makroökonomischen Politik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Ein numerischer spieltheoretischer Ansatz (213-235); Heinz Glück und Stefan P. Schleicher: Fiskaldisziplin und geldpolitische Regeln in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion: Auf der Suche nach einer empirischen Basis (237-249); Andrew Hughes Hallett und Laura Piscitelli: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion in der Realität: Auswirkungen einer gemeinsamen Geldpolitik auf Volkswirtschaften mit verschiedenen Transmissionsmechanismen (253-279); Gert D. Wehinger: Ursachen der Inflation in ausgewählten EU-Ländern, den USA und Japan: Ein struktureller VAR-Ansatz (281-314).

[123-L] Nollmann, Gerd; Strasser, Hermann:

**Der Euro als europäische Institution**, in: Ulrich Kirchhoff (Hrsg.) ; Gerhard Trilling (Hrsg.):

Öffentliche Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Daseinsvorsorge im Wandel : zum Spannungsfeld von

europäischer Wettbewerbsordnung und Allgemeininteresse ; Festschrift für Helmut Cox, Regensburg:

Transfer Verl., 2003, S. 271-287, ISBN: 3-86016-128-8

**INHALT:** Der Beitrag behandelt die öffentliche Thematisierung des europäischen Geldes nicht als Sachfrage, sondern als Beziehungsphänomen. Mit dem Euro ist der zukünftige europäische Bundesstaat in Form von Münzen und Scheinen zum ersten Mal in den Alltag des Bürgers eingetreten. Der Euro verkörpert als europäisches Geld ein spürbares, neues Beziehungsbewusstsein in Europa. Diese neue Präsenz Europas im Alltag und die durch den Euro erreichte "Geldvergemeinschaftung" geht weit über eine allgemeine Akzeptanzerwartung hinaus. Eine einheitliche Währung erzeugt eine ökonomische Einheitszone, in der schwächere regionale Ökonomien Verluste erleiden. Die Konvergenzkriterien sind zwar mit der Absicht geschaffen worden, eine ausreichende wirtschaftliche und finanzpoli-

tische Homogenität der Teilnehmerstaaten sicherzustellen. Wie die Diskussion über die vor der Bundestagswahl 2002 erfolgreich verhinderte Abmahnung Deutschlands durch die Europäische Union jedoch gezeigt hat, können die Konvergenzkriterien und der europäische Stabilitätspakt nicht verhindern, dass auch in Zukunft im Euroland Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit, Tarifabschlüsse und Haushaltsdefizite auf unterschiedlichen Niveau bleiben oder sich sogar auseinanderentwickeln. (ICA2)

[124-L] Payrleitner, Alfred (Hrsg.):

**Österreich neu: Herausforderungen nach der Wende**, Wien: Molden 2000, 215 S., ISBN: 3-85485-048-4

**INHALT:** Das Buch bietet nicht - wie der Titel vielleicht glauben macht - primär eine Auseinandersetzung mit der FPÖ und Jörg Haider. Die Beiträge diskutieren mehrheitlich vielmehr die seit Jahren angestauten, bislang ungelösten politischen Probleme und Herausforderungen, vor denen Österreich - wie andere Industrieländer auch - steht und entwickeln Lösungs- sowie Reformvorschläge. Inhaltsverzeichnis: Alfred Payrleitner: Österreich Neu: die verspätete Zukunft (7-17); Heinrich Neisser: Die Zukunft des Parlamentarismus (18-29); Reinhard Koman et al.: Intergeneratives Ungleichgewicht und Staatsverschuldung in Österreich (39-45); Bernd Marin / Christopher Prinz: Pensionsreformen 2000f. - alt oder neu regiert? (46-71); Herwig Hösele: Umbau des Staates. Auf dem Weg zu einem neuen Föderalismus (72-86); Gottfried Schellmann: Wo man sparen könnte - das Beispiel der Gemeinden (87-100); Wolfgang Mazal: Zum Vorgang 'Erhöhung der Treffsicherheit des Sozialsystems' (101-109); Karlheinz Kux: Gesundheitspolitik - ihre Zwänge und Chancen. Plädoyer für eine neue Sachlichkeit (110-126); Harald Steindl: Abschied vom Verbändestaat (127-142); Erhard Busek: Die immer neuen und alten Aufgaben Österreichs in Mitteleuropa. Perspektiven der österreichischen Mitteleuropapolitik (143-156); Maria Duftner: Europa zwischen Zentralismus und Subsidiarität (157-170); Lucas Schneider-Manns-Au: Wir werden nie mehr unserer Zeit voraus sein! Wenn die Beschleunigung der Geschwindigkeit an ihre Grenzen stößt (171-180); Hans Igler: Österreichs Strukturprobleme - eine unendliche Geschichte? (181-198); Fritz Molden: Naziland Österreich - oder etwa nicht? (199-208). (ZPol, NOMOS)

[125-L] Pettifer, James:

**The effects of the Greek economic crisis on the Republic of Macedonia**, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Jg. 58/2010, H. 4, S. 605-611

**INHALT:** "This paper explores the current economic and political situation in the Republic of Macedonia in the aftermath of the most acute period of the international economic crisis, and reviews the prospects for government stability and the possibility of an agreement with Greece over the 'name issue' in the coming months." (author's abstract)

[126-L] Sarajlic-Maglic, Denisa; Mirascic, Goran:

**The effects of the Greek crisis on Bosnia and Herzegovina**, in: Südosteuropa : Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Jg. 58/2010, H. 4, S. 577-584

**INHALT:** "The Greek crisis would not have had such a severe effect on the economy of Bosnia and Herzegovina (BaH), had it not been for the cumulative effects of its internal complexities and political challenges. BaH has in fact suffered from three distinct negative influences. On the one hand, its complex governmental structure is a major challenge to its fiscal sustainability, with thirteen fully-fledged governments that consume a large part of its revenue. Second, since the elections of 2006, the country has faced the most severe political stalemate since the Dayton Agreement and has pushed aside any serious debate about economic stability and development. And finally, the existing internal problems have been combined with the most severe global economic crisis since the Great Depression. This global financial and economic crisis only worsened the existing negative macroeconomic conditions surrounding BaH. The Greek variant of this crisis, however, in itself did not have any direct impact on the economy of BaH." (author's abstract)

[127-L] Schlüsselbauer, Gerhard:

**Die neuen EU-Mitgliedstaaten und die Zukunft der neuen EU (27) im Sog der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise**, in: Aktuelle Ostinformationen : Ereignisse und Entwicklungen, Jg. 41/2009, H. 3/4, S. 18-33 ([www.gesw.de/ao/ao\\_34\\_2009.pdf](http://www.gesw.de/ao/ao_34_2009.pdf))

**INHALT:** In dem Beitrag werden Herausforderungen in der neuen EU (27), die insbesondere die neuen Mitgliedstaaten betreffen, diskutiert. Neben der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen im Rahmen des Lissaboner Reformvertrags werden mögliche Szenarien für die Zukunft der EU entwickelt. Es wird argumentiert, dass die Diskussion um die Ursachen und Hintergründe der Rezession und Perspektiven der zukünftigen Entwicklungstrends nicht in der Vergangenheit und Gegenwart stehen bleiben darf. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, die die letzten zwei Jahrzehnte der ehemaligen postkommunistischen Transformationsökonomien betraf, wird zwangsläufig auch davon abhängen, welches Integrationsmodell für die Zukunft der EU bzw. Europas im Allgemeinen verfolgt werden soll. Entwürfe für die politische und ökonomische Zukunft der EU spiegeln immer auch den Erkenntnisstand des Theoriefortschritts wider und müssen den dynamischen Realitäten angepasst werden. Zukunftsszenarien gehören mittlerweile zum Standardrepertoire der Einschätzung der weiteren Entwicklung der Europäischen Union und finden in der Wissenschaft zusehends Beachtung. (ICF2)

[128-L] Schmidt, André:

**Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09: die erste Bewährungsprobe für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion**, in: Integration : Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Jg. 32/2009, H. 4, S. 389-397 (Standort: USB Köln(38)-XG7362; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise kann als erste ernsthafte Herausforderung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion angesehen werden. Sowohl mittels geld- als auch fiskalpolitischer Eingriffe haben die Europäische Zentralbank (EZB), die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten versucht, das Abgleiten der europäischen Volkswirtschaften in eine Depression zu verhindern. Ziel des Aufsatzes ist es, die Absorptionsfähigkeit der EU gegenüber exogenen Schocks zu untersuchen. Hierbei werden sowohl die monetären als auch die fiskalischen Maßnahmen dargestellt und diskutiert. Dies betrifft die Reaktion der EZB im Vergleich zur Fed sowie die Analyse der fiskalischen Impulse durch die EU und ihre Mitgliedstaaten. Schwachpunkte, insbesondere im Bereich der fiskalischen Reaktion, werden hierbei identifiziert und mögliche Gefahren dargestellt." (Autorenreferat)

[129-L] Schulte, Martin:

**Musterland mit Schwächen: Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in der Schweiz**, (IWG Impulse), Bonn 2004, 44 S. (Graue Literatur; [www.iwg-bonn.de/uploads/tx\\_smartextendedcontent/Musterland-Schweiz\\_01.pdf](http://www.iwg-bonn.de/uploads/tx_smartextendedcontent/Musterland-Schweiz_01.pdf))

**INHALT:** "Die Schweiz wird aufgrund ihres hohen Wohlstands- und Beschäftigungsniveaus und der niedrigen Arbeitslosigkeit häufig als Musterland bezeichnet. Bei einer genaueren Betrachtung muss dieses Bild allerdings relativiert werden. Zwar ist die Schweiz noch immer eines der reichsten Länder der Welt. Im internationalen Vergleich fiel sie jedoch in der jüngeren Vergangenheit bei zentralen Wohlstandsindikatoren zurück. Mehr und mehr Länder überrunden die Eidgenossen beim Pro-Kopf-Einkommen und die Staatsverschuldung steigt fast nirgends so schnell wie in der Schweiz. Wesentliche Ursache hierfür ist die seit etwa drei Jahrzehnten andauernde Wachstumsschwäche. Nicht Deutschland, wie gemeinhin angenommen, sondern die Schweiz bildet in Europa seit geraumer Zeit das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum. Bleibt dieser Trend ungebrochen, wird die Schweiz ihren Wohlstandsvorsprung verlieren. Vorerst hat die Schweiz aber trotz des geringen Wirtschaftswachstums ein sehr hohes Beschäftigungsniveau und eine niedrige Arbeitslosigkeit. Doch hat dieser Arbeitsmarkterfolg auch Schattenseiten. Einerseits ist der Arbeitsmarkt sehr flexibel, die Abgabenbelastung gering, das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen hoch, die Zuwanderungspolitik an den Interessen der Wirtschaft orientiert und das Arbeitsethos stark ausgeprägt. In ihrer Gesamtheit tragen

diese Faktoren zur hohen Beschäftigung bei und helfen insbesondere, die Arbeitslosigkeit trotz des geringen Wachstums in Grenzen zu halten. Andererseits wird in der Schweiz ein großer Teil der Arbeitsplätze durch privaten und öffentlichen Protektionismus sowie Subventionen gesichert. Diese Form der Beschäftigungssicherung ist jedoch nicht nachhaltig und wird auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein. Denn die anhaltende Wachstumsschwäche hat nicht zuletzt ihren wesentlichen Grund in diesen Wettbewerbsbeschränkungen. Der hohe Beschäftigtenstand ist mit einer nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Dynamik und indirekt mit steigenden staatlichen Abgaben und Schulden teuer erkauft. Den Preis heutiger Arbeitsplatzsicherung müssen auch künftige Generationen bezahlen." (Autorenreferat)

[130-L] Schweickert, Rainer:

**Vor der nächsten Erweiterung: Herausforderungen und Reformbedarf der EU**, in: Die Weltwirtschaft : Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 2005, H. 2, S. 222-248

**INHALT:** Seit 1980 ist das Pro-Kopf-Einkommen der EU im Vergleich zur USA zurückgefallen. Der Beitrag untersucht die Chancen einer dynamischeren wirtschaftlichen Entwicklung der EU auf der Grundlage der Lissabon-Initiative, der Reformvorschläge im Sapir-Report und der institutionellen Entwicklung der neuen Mitgliedsstaaten. Die Schlussfolgerungen sind eher pessimistisch. Die Lissabon-Initiative ist belastet durch eine überladene Agenda, mangelnde Koordination und konfliktträchtige Prioritäten anstatt einer Konzentration auf Produktivitätssteigerung. Die im Sapir-Report anvisierte Umstrukturierung der EU ist unwahrscheinlich, die Finanzpolitik berücksichtigt nicht die demografischen Herausforderungen und langfristigen Wachstumsprognosen der neuen Mitgliedsstaaten, die entscheidend von weiteren institutionellen Reformen, insbesondere in der Verwaltung und Gesetzgebung, abhängen. (IAB)

[131-L] Seidel, Martin:

**Aktuelle Probleme der europäischen Währungsunion**, in: Integration : Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Jg. 33/2010, H. 4, S. 334-349 (Standort: USB Köln(38)-XG7362; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die Europäische Union steckt erneut in einer Krise. Mehrere Mitgliedstaaten der Eurozone sind so hoch verschuldet, dass ihnen der Staatsbankrott droht. Sie weisen überdurchschnittliche Inflationsraten und dauerhafte Leitungsbilanzdefizite auf, die ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mindern. Der Euro ist als gemeinsame Währung auf nationale Haushaltsdisziplin angewiesen, er ist als eine der großen Errungenschaften der Integration Europas in Gefahr. Die Europäische Union ist bemüht, im Falle Griechenlands mit einem 'Notfallplan' und den anderen Mitgliedstaaten mit einem 'Euro-Rettungsschirm' Hilfestellung zu leisten. Den begünstigten Ländern werden drakonische Maßnahmen zur Einsparung von Ausgaben und Erhöhung ihrer Einnahmen auferlegt, die zu sozialen Unruhen führen können." (Autorenreferat)

[132-L] Thiel, Elke:

**Muß der Stabilitäts- und Wachstumspakt geändert werden?**, (SWP-Aktuell, 49), Berlin 2002, 8 S. (Graue Literatur; [www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?id=490](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=490))

**INHALT:** "Neben den Vertragsregelungen für die Europäische Zentralbank ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt das zentrale Instrument im stabilitätspolitischen Konzept der EU. Nur dreieinhalb Jahre nach der Euro-Einführung ist der 'Pakt' einer Bewährungsprobe ausgesetzt. In Portugal und Deutschland übersteigt das öffentliche Gesamtdefizit die Obergrenze von 3 Prozent BIP; in Frankreich und Italien steuert es darauf zu. Der Euroraum erlebt zugleich den ersten großen Konjunktur-einbruch. Kritik und Widerstand gegenüber den Regeln des Stabilitätspaktes, die als zu restriktiv und einseitig empfunden werden, verschärfen sich. Gefordert wird eine flexiblere Handhabung, die gegebenenfalls höhere öffentliche Defizite toleriert. Außer acht bleiben die irreversiblen Wirkungen, die eine Änderung der Regeln hätte: Der Stabilitätspakt ist Grundlage der finanzpolitischen Solidarität

und des Vertrauens zwischen den Eurostaaten. Er hat sich als Anker der Haushaltskonsolidierung bewährt. Mit einer 'Flexibilisierung' hätte der Stabilitätspakt in dieser Funktion ausgedient." (Autorenreferat)

[133-L] Tober, Silke:

**Makroökonomische Politik zur Bewältigung der Krise im Euroraum: die Rolle Deutschlands**, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Jg. 37/2011, H. 1, S. 51-68 (Standort: USB Köln(38)-XH1749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die EZB und die deutsche Fiskalpolitik haben auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zwar zögerlich reagiert, aber entscheidend zur wirtschaftlichen Stabilisierung beigetragen. Bisher lässt sich ein solches Urteil über die wirtschaftspolitische Reaktion, insbesondere Deutschlands, auf die Staatsanleihenkrise nicht fällen. Auch ein Jahr nach Beginn der Krise ist die Lage im Euroraum prekär. Um die Märkte zu beruhigen und Kettenreaktionen zu verhindern, ist eine Garantie der ausstehenden Staatsanleihen der Krisenländer erforderlich. Niedrig verzinste, an Vorgaben gebundene Notfallkredite erscheinen ebenfalls unumgänglich. Diese Notmaßnahmen sollten ab 2013 sukzessive durch Eurobonds abgelöst werden. Sorgen Länder wie Deutschland für ein expansives konjunkturelles Klima und werden dabei von der EZB unterstützt, ermöglicht dies den Krisenländern, sowohl ihre Staatsfinanzen zu konsolidieren als auch ihre Leistungsbilanz zu verbessern. Statt einer destabilisierenden Gläubigerhaftung bei Staatsanleihen und automatischen Sanktionen bei Nichteinhaltung der fiskalischen Kriterien benötigt der Euroraum institutionelle Rahmenbedingungen, die eine frühzeitige Reaktion auf makroökonomische Ungleichgewichte gewährleisten und damit die Situation einer drohenden Zahlungsunfähigkeit einzelner Länder gar nicht erst entstehen lassen." (Autorenreferat)

[134-L] Urban, Hans-Jürgen:

**Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht?: Europas Weg in einen neuen Autoritarismus**, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 56/2011, H. 7, S. 77-88 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2011/juli/stabilitaetsgewinn-durch-demokratieverzicht](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2011/juli/stabilitaetsgewinn-durch-demokratieverzicht))

**INHALT:** "Die drastischen Reaktionen der Nationalstaaten auf die Finanz- und Schuldenkrise haben in der EU ein Stabilitätsregime begründet, das einer harten Grammatik des Autoritären folgt. Der Autor kritisiert den politischen Umgang mit der wirtschaftlichen Krise als zutiefst undemokratisch. Will Europa der Negativspirale durch Legitimationsverlust entgegenwirken, muss diese Entwicklung dringend korrigiert werden." (Autorenreferat)

[135-L] Uterwedde, Henrik; Kauffmann, Pascal:

**Verlorene Konvergenz?: Deutschland, Frankreich und die Euro-Krise**, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2010, H. 43, S. 13-19 ([www.bpb.de/files/RL7LPI.pdf](http://www.bpb.de/files/RL7LPI.pdf))

**INHALT:** "Die deutsch-französischen Kontroversen im Zuge der Euro-Krise sind Ausdruck unterschiedlicher Grundeinstellungen. Beide Partner sollten ihre Positionen nicht gegeneinander ausspielen, sondern als Teil der gemeinsamen Lösung anerkennen." (Autorenreferat)

[136-L] Verband Deutscher Rentenversicherungsträger -VDR- e.V. (Hrsg.):

**Europa in Zeitreihen 2004**, (DRV-Schriften, Bd. 58), Frankfurt am Main 2005, 128 S., ISBN: 3-926181-94-X (Standort: IAB-90-IEG0-204200 BR 873; Graue Literatur)

**INHALT:** Der Band enthält Zeitreihen über die europäischen Länder aus dem Bereich Sozialpolitik: allgemeiner ökonomischer Hintergrund, Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt, Demografie. Den Abschluss bilden ein Glossar und eine Chronik der wichtigsten EU-politischen Entscheidungen. (IAB2)

[137-L] Wiese, Jörg A.:

**Public debt Management in der Europäischen Union: langfristige Wirkungen staatlicher Finanzierungsstrategien**, Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. 2000, XVI, 297 S., ISBN: 3-8244-7213-9 (Standort: UuStB Köln(38)-11V3924)

**INHALT:** "Die langfristigen Auswirkungen der staatlichen Schuldenstrukturpolitik auf die Finanzierungssituation der öffentlichen Haushalte standen bisher nicht im Blickpunkt finanzwissenschaftlicher Analysen. Dabei verfolgen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sehr unterschiedliche Strategien des öffentlichen Verschuldungsmanagements. Jörg A. Wiese zeigt durch Einsatz intertemporaler Simulationsstudien am Beispiel Deutschlands, Italiens und des Vereinigten Königreichs, dass die optimale Finanzierungsstruktur des Staates von der landesspezifischen Haushalts- und Wirtschaftssituation abhängt. Dabei berücksichtigt er explizit die Auswirkungen der fortschreitenden Integration der europäischen Kapitalmärkte, über die sich die Staaten finanzieren. Aus der Analyse der unterschiedlichen institutionellen Ausformungen des Public Debt Managements gewinnt er wichtige Erkenntnisse für die künftige Organisation des Schuldenmanagements in Europa. Das Buch ist interessant für Wirtschaftswissenschaftler der Bereiche Finanz-, Volks- und Bankenwirtschaft sowie für verantwortliche Mitarbeiter in Finanzministerien und von Zentral- und Geschäftsbanken." (Autorenreferat)

[138-F] Woll, Cornelia, Dr.phil. (Bearbeitung):

**Politik jenseits der Grenzen: Hedge-Fonds-Regulierung**

**INHALT:** Seit den 1990er Jahren stehen Hedge-Fonds-Aktivitäten unter genauer Beobachtung. Trotz einer relativ marginalen Rolle bei der Finanzkrise von 2008 ist dieses hochspekulative Investitionsinstrument Gegenstand von Regulierungsbemühungen geworden. Dieses Projekt vergleicht die von den USA vorgeschlagene Gesetzgebung, die auf eine systematische Registrierung von Hedge-Fonds abzielt, mit der umstrittenen neuen EU-Richtlinie zur Regulierung des Investment-Fonds-Management in Europa. Es wird untersucht, wie Hedge-Fonds-Aktivitäten auf den verschiedenen Investitionsmärkten strukturiert und wie unterschiedliche Wirtschafts-Regierungs-Beziehungen auf die Entstehung von Regulierung einwirken. Die Studie zeigt auf, wie sich Regulierung zwischen nationalen Rahmenbedingungen und internationalen Zusammenhängen hin und her bewegt. Die Vernetzung der Märkte bringt nationale Regierungen dazu, Nachbarländern Änderungen ihrer Regulierungsbestimmungen aufzuerlegen, auch dann, wenn diese erhebliche Marktmacht und politische Autonomie besitzen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa, USA

**ART:** keine Angabe **BEGINN:** 2010-01 **ENDE:** 2011-09 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

**INSTITUTION:** Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

**KONTAKT:** Institution (Tel. 0221-2767-0, Fax: 0221-2767-430, e-mail: info@mpifg.de)

[139-L] Zimmermann, Hubert:

**Die EU und die Globale Finanzkrise 2008/ 09**, in: Politische Bildung : Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, Jg. 42/2009, H. 3, S. 63-80 (Standort: FES Bonn(Bol33)-X2436)

**INHALT:** "Die globale Finanzkrise hat die EU vor eine enorme Herausforderung gestellt. Das Fehlen einer effektiven europaweiten Regulierung hat jedoch dazu geführt, dass die Antwort zum größten Teil in den Händen der Mitgliedstaaten lag. Für die europäischen Institutionen war es vor allem wichtig, sich dem Trend zu einem zu weiten Auseinanderdriften der Positionen innerhalb des Gemeinsamen Marktes entgegenzustemmen. Dies gelingt zusehends, und es zeichnen sich die Konturen einer weit effektiveren gemeinsamen Gestaltung der Finanzmärkte ab. Jedoch ist die Erhaltung eines breiten Spielraums für nationale Antworten unausweichlich, denn die Krise unterstrich einmal mehr, dass die institutionelle Struktur der europäischen Volkswirtschaften weiterhin sehr unterschiedlich ist. Die Langzeitwirkungen auf die Staatshaushalte sind bisher nur schwer abzusehen. Die Krise hat auch die Grenzen der Solidarität innerhalb der EU aufgezeigt. Was die internationale Dimension der Krise betrifft, so hat sich Europa jedoch besser geschlagen als erwartet." (Autorenreferat)



## 4 Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise weltweit

[140-L] Becker, Joachim:

**Osteuropa in der Finanzkrise: ein neues Argentinien?**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54/2009, H. 6, S. 97-105 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;  
[www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/juni/osteuropa-in-der-finanzkrise-ein-neues-argentinien](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/juni/osteuropa-in-der-finanzkrise-ein-neues-argentinien))

**INHALT:** Über die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Bundesrepublik wird derzeit viel spekuliert. Weit weniger gerät nach Meinung des Autors in den Blick, dass die osteuropäischen Staaten bereits in wesentlich stärkerem Maße betroffen sind - wenn auch in höchst unterschiedlicher Weise. Sowohl von Finanzinvestoren als auch von der deutschen Öffentlichkeit wird Osteuropa oft als einheitliche Region wahrgenommen. Doch spätestens in der aktuellen Krise treten die Unterschiede deutlicher hervor. Die Spaltungslinien verlaufen dabei weniger zwischen EU-Mitgliedern und Nicht-EU-Ländern als vielmehr zwischen Ländern mit verschiedenen Wirtschaftsmodellen und daraus resultierender unterschiedlicher Krisenanfälligkeit. Auf der einen Seite gibt es Länder mit sehr ausgeprägter Exportorientierung, die primär durch den Einbruch ihrer Exporte betroffen sind. Dies sind insbesondere die Visegrad-Staaten Polen, Slowakei und Tschechische Republik sowie Slowenien. Auf der anderen Seite befinden sich jene Länder, deren Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren vor allem mittels Auslandsverschuldung finanziert wurde und mit sehr hohen Leistungsbilanzdefiziten einherging. Das jeweilige Wirtschaftsmodell hat erhebliche Konsequenzen nicht nur für den Krisenverlauf, sondern auch für die mögliche Antikrisenpolitik. Der Autor zeigt in seinem Beitrag, wie der Zusammenhang von Krisenverwundbarkeit, Krisenverlauf und Antikrisenpolitik der verschiedenen osteuropäischen Akkumulationsmodelle konkret aussieht. (ICI2)

[141-L] Burgschweiger, Nadine:

**Japan in der globalen Finanzkrise.** (GIGA Focus Asien, Nr. 3), Hamburg 2009, 7 S. (Graue Literatur;  
[www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_asien\\_0903.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_asien_0903.pdf))

**INHALT:** "Am 17. November 2008 gab die japanische Regierung offiziell bekannt, dass sich die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt nach ihrer bislang längsten Konjunkturerholung der Nachkriegszeit erstmals seit 2001 erneut in einer Rezession befinde. Als Reaktion darauf hat die Regierungskoalition ein 75 Bio. Yen umfassendes Konjunkturpaket aufgelegt. Die globale Finanzkrise, die im Sommer 2007 mit der Subprime-Hypothekenkrise in den USA ihren Anfang nahm, erreichte Japan erst vergleichsweise spät und ließ den Finanzsektor weitgehend unberührt, wirkt sich aber seit Mitte 2008 zusehends verheerend auf die Gesamtwirtschaftslage aus. Das Wirtschaftswachstum fiel im zweiten Quartal drastisch und blieb auch im dritten und vierten Quartal im negativen Bereich. Die grundlegenden Ursachen dieser Entwicklung werden in den vorgeschlagenen Maßnahmen der Regierung nicht hinreichend berücksichtigt, weshalb sie von vielen Beobachtern als verfehlt und kurzsichtig angesehen werden. Während Anfang 2008 die Finanzmärkte weltweit von der US-amerikanischen Immobilienkrise in Mitleidenschaft gezogen worden waren, profitierten die japanischen Finanzinstitute zunächst von den Erfahrungen und Umstrukturierungen seit der Bankenkrise 1997-99. Sie konnten sogar ihre globale Wettbewerbsposition stärken und wichtige Anteile auf dem internationalen Markt erwerben. Nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers und der Schwächung der Aktienmärkte gegen Ende 2008 ist allerdings ihr Optimismus geschwunden. Dass die japanische Wirtschaft dann insgesamt wider Erwarten verhältnismäßig stark von den Auswirkungen der Krise getroffen wurde, hat - neben der hohen Bewertung der Landeswährung - im Wesentlichen strukturelle Ursachen, vor allem die starke Abhängigkeit von externer Nachfrage und der eng bemessene Spielraum für fiskal- und geldpolitische Maßnahmen. Diese strukturellen Schwächen sind von der japanischen Regierung seit der 'verlorenen Dekade' in den 1990er Jahren nicht nachhaltig behoben worden. Eine Auflösung des Reformstaus ist in der gegenwärtigen politischen Situation jedoch nicht zu erwarten." (Autorenreferat)

[142-L] Dieter, Heribert:

**Lehren aus der Asienkrise: neue Formen der finanzpolitischen Kooperation in Südost- und Ostasien**, (SWP-Studie, S 33), Berlin 2008, 32 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-249020)

**INHALT:** "Die Erfolge der wirtschaftlichen Integration in Europa sind für die Länder Südost- und Ostasiens zugleich Ansporn und Herausforderung. Dabei werden die Vorteile des europäischen Integrationsweges durch die schwere Finanzkrise noch unterstrichen. Diese Krise hat - anders als bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit - eben keine Währungskrise ausgelöst. Für die Länder Südost- und Ostasiens ist aber nicht nur die erfolgreiche europäische Integration ein Anlass, die eigenen Wirtschaftsbeziehungen zu hinterfragen und über ein anderes Modell für ihre künftige Zusammenarbeit nachzudenken. Die Neuordnung der regionalen Finanzbeziehungen ist auch eine Spätfolge der Asienkrise von 1997/98. Die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) schlecht gemanagte Krise hat in den damals direkt und indirekt betroffenen asiatischen Staaten dauerhafte Vorbehalte gegenüber den westlichen Industrieländern hinterlassen. Die bittere Erfahrung, in einer nur teilweise selbstverschuldeten Notlage keine wirksame Unterstützung erhalten zu haben, belastet die Beziehungen zum Westen bis heute und liefert zugleich einen Anreiz, in der Finanzpolitik neue, eigene Wege zu beschreiten. Unabhängig von den Ergebnissen der geplanten Weltfinanzgipfel werden asiatische Volkswirtschaften den eingeschlagenen Weg der Vertiefung ihrer finanzpolitischen Zusammenarbeit vermutlich fortsetzen und ausbauen." (Autorenreferat)

[143-L] Dieter, Heribert:

**Der IWF auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit?**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 7, S. 9-14 ([www.bpb.de/files/26ONR9.pdf](http://www.bpb.de/files/26ONR9.pdf))

**INHALT:** In den USA steht das IWF-Modell der Organisation nationaler Finanzmärkte auf dem Prüfstand. Die Abkehr vieler Länder vom IWF hat sich bereits in dessen Bilanzen niedergeschlagen. Ostasien und Lateinamerika distanzieren sich vom IWF. Der Nord-Süd-Konflikt im IWF bleibt unbewältigt. Ungelöste Probleme des IWF liegen in einer Reform der Stimmrechtsverteilung und in der Entwicklung eines Konzeptes zur Bekämpfung künftiger Finanzkrisen. Soll der IWF auch in Zukunft eine wichtige Institution bleiben, bedarf es umfassender Reformen im Hinblick auf die Kreditvergabepolitik und hinsichtlich der Vertretung der Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern. (ICE2)

[144-L] Dieter, Heribert:

**Japan am Abgrund?: die anhaltende Finanzkrise gefährdet die Stabilität der Weltwirtschaft**, (SWP-Aktuell, 10), Berlin 2002, 8 S. (Graue Literatur; [www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?id=410](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=410))

**INHALT:** "Seit Anfang der 90er Jahre befindet sich die zweitgrößte Ökonomie der Welt in einer Krise. Die Rückkehr zu kräftigem Wirtschaftswachstum ist gegenwärtig nicht in Sicht. Eher nehmen mit dem Anhalten der Krise die Risiken für die gesamte Weltwirtschaft zu. Japan steckt in einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale. Der japanische Finanzsektor ist extrem überschuldet. Das gleiche gilt für den Staat. Notwendig wäre in dieser verfahrenen Situation eine entschlossene Reformpolitik. Da dies von der Regierungspartei LDP nicht zu erwarten ist, droht Japan in einen durch Deflation verstärkten wirtschaftlichen Zusammenbruch zu schlittern. Eine sich drastisch verschlechternde wirtschaftliche Lage des Landes hätte verheerende Konsequenzen für die Weltwirtschaft: Sie würde unweigerlich zu einem Abzug japanischen Kapitals aus den USA führen und hätte dramatische Auswirkungen auf den Kurs des Dollar, auf die Perspektiven der amerikanischen Ökonomie und damit auf die Stabilität der Weltwirtschaft." (Autorenreferat)

[145-L] Dobrinsky, Rumen; Havlik, Peter; Vidovic, Hermine; Richter, Sandor; Pöschl, Josef; Lukas, Zdenek; Hunya, Gabor; Gligorov, Vladimir; Boss, Helen; Podkaminer, Leon:

**Transition countries: 1997 external deficits lower than feared, stability again a priority**, (wiiw research reports, No. 243), Wien 1998, 61 S. (Standort: IAB-90-110.0477; Graue Literatur)

**INHALT:** "In 1997, the five more advanced CEECs - the Czech Republic, Hungary, Poland, Slovakia, Slovenia - performed, on average, as well as in 1996. Hungary overcame the effects of its 1995 stabilization policy, recording quite high export-driven growth of 4%. The Czech economy, until recently a paragon of successful transformation, was finally hit by a crisis arising from sustained appreciation under expanding current account deficits and grew by slightly more than 1 Prozent. Bulgaria and Romania suffered huge output declines following macroeconomic mismanagement in 1996. The long decline in Russia's GDP has come to a halt, but Ukraine still missed that target, though not as much as in earlier years. Strong improvements in industrial production and labour productivity continued in Poland and Hungary. In the remaining CEECs, the recent developments were not impressive and may be indicative of growing problems that can possibly stall overall growth in the near future. Gross fixed investment data for the CEECs convey much the same message. Investment performance in Russia and Ukraine was again rather dismal. Moderate inflation in the more advanced CEECs turned out to be difficult to suppress further. In Bulgaria, under the currency board arrangement, inflation fell precipitously, but was far from safe levels in Romania. Russia and Ukraine succeeded in reducing inflation to moderate levels. Disinflation in these two countries has been painful and produced serious tensions that may be hard to defuse without new price increases. In all CEECs, excepting Poland and Croatia, trade deficits were lower than in 1996. The better business climate in Western Europe was one factor behind this. The reverberations felt in Bulgaria, Romania and the Czech Republic, and the ensuing devaluation, had also played a role. In Slovakia the improvement was in part achieved administratively, while Hungary fared well because of its improved competitiveness. Despite continuing decline in output and investment, Ukraine's trade deficit rose further and output stabilization in Russia started to show in a diminishing trade surplus. Lower trade deficits contributed to healthier current account balances in most CEECs. External imbalances further increased in Croatia and Poland. Despite this, the current account deficit was still rather low in relation to the GDP in Poland, but rather too high in the Czech Republic, Slovakia, Romania and Croatia. The crisis in Southeast Asia, which may have some practical implications for the transition economies, also alerted the authorities to the dangers inherent in free movements of capital. One should expect a renewed trend towards fiscal austerity and an additional impetus for improved capital market regulations. The supply of government securities offering high yields is likely to be restricted. Too high real appreciation of the currencies will be viewed as possibly disturbing, and exchange rates are likely to become less predictable. It will be much more difficult to upgrade, in the near future, the supervision and regulation of banks, and to restrict the scope for non-transparent dealings between banks, corporations and politicians. With more cautious policies, growth in 1998 and 1999 is likely to slow down in Poland and Slovakia. Hungary is unlikely to get carried away by its recent success. Slovenia and the Czech Republic will also aim at stability, at moderate rates of growth. Bulgaria may well achieve stability. There are still question marks about Romania and, particularly, Russia. Finally, the long overdue stabilization in Ukraine may now be in sight." (excerpt)

[146-L] El-Shagi, Makram:

**Weltweite Ansteckung: berechnete Sorge oder grundlose Panik?**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2008, H. 7, S. 15-20 ([www.bpb.de/files/26ONR9.pdf](http://www.bpb.de/files/26ONR9.pdf))

**INHALT:** Der Verfasser stellt eingangs die Transmissionsmechanismen bei Finanzkrisen dar, wie sie in der Literatur beschrieben werden. Er zeigt dann, dass diese Mechanismen allerdings heute kaum das Potenzial haben, in eine von emerging economies ausgehende Krise weltweit zu verbreiten. Selbst eine von den USA ausgehende Ansteckung ist in einer Form wie 1929 kaum noch zu erwarten. Vielmehr sind Krisen problemimmanent begrenzt. Statt Kredite zur vermeintlichen Verhinderung ohnehin nicht auftretender Ansteckungseffekte zu vergeben, sollte der IWF seine Arbeit stärker auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine funktionierende Wettbewerbsordnung und die institutionelle Entwicklung in Ländern der Dritten Welt ausrichten. (ICE2)

[147-L] Grätius, Susanne:

**Europa und Lateinamerikas internationale Neupositionierung: Chancen für eine gleichberechtigte Partnerschaft**, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2009, H. 2, S.78-91  
(library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-2/2-09\_a\_gratius\_d.pdf)

**INHALT:** "Die Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika passen immer weniger in das Schema von Beziehungen zwischen entwickeltem Norden und unterentwickeltem Süden. Die Staaten zwischen Mexiko und Feuerland haben aufgeholt, sind durch die Folgen der Finanzkrise wenig belastet und werden angeführt von Brasilien, einem der neuen internationalen Schwergewichte. Europa sollte versuchen, einen Dialog auf Augenhöhe zu führen und Lateinamerika als Partner für die Gestaltung der Weltordnung zu gewinnen." (Autorenreferat)

[148-L] Greskovits, Béla; Bohle, Dorothee:

**Wirtschaftswunder und Staatsverschuldung: zur politischen Ökonomie Ostmitteleuropas**, in: Osteuropa : interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Jg. 59/2009, H. 2/3, S. 349-356  
(Standort: USB Köln(38)-M-AP04813; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "20 Jahre Demokratie und Marktwirtschaft in Ostmitteleuropa sind ein großer Erfolg. Dies unterscheidet Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn von fast allen anderen postsozialistischen Staaten. Das Erfolgsmodell hat zwei Komponenten. Zum einen ist es den vier Staaten gelungen, zum Fertigungsstandort transnationaler Konzerne zu werden. Das schafft Arbeitsplätze und bringt Kapital in die Region. Zum anderen haben die Regierungen die sozialen Härten der Transformation wohlfahrtsstaatlich abgefedert. Der Preis ist eine enorme Staatsverschuldung. Seit dem EU-Beitritt muss gegen diese vorgegangen werden. Die Unzufriedenheit wächst, populistische Kräfte finden immer mehr Zulauf." (Autorenreferat)

[149-L] Hishow, Ognian N.:

**Russland: Segen und Fluch des Ressourcenreichtums**, in: Hanns Günther Hilpert (Hrsg.) ; Stormy-Annika Mildner (Hrsg.): Globale Ordnungspolitik am Scheideweg : eine Analyse der aktuellen Finanzmarktkrise, 2009, S. 37-41 (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssaoar-250418)

**INHALT:** Der vorliegende Beitrag befasst sich mit den Auswirkungen der Finanzkrise auf Russland. Obwohl die makroökonomische Entwicklung Russlands in den letzten Jahren beeindruckend war, wird die globale Finanzkrise das Land härter treffen als andere "Schwellenländer". Das Land befindet sich in einer systemischen Krise. Die negativen Folgen der Exportabhängigkeit ziehen auch inländische Sektoren in Mitleidenschaft. Aufgrund geringen Vertrauens in die russischen Banken hatte sich die Wirtschaft zunehmend in ausländischer Währung verschuldet. Das funktionierte solange wie die hohen Devisenerlöse als Sicherheit für frische Kredite dienen konnten. Mit dem Exportrückgang kam es zu einer massiven Kapitalflucht. Die Währungsreserven reichen zur Deckung der Auslandsschulden nicht mehr aus. Bei einer fortgesetzten Rezession in den USA, Europa und Japan wird der Export als Wachstumsquelle für Russland ausfallen. Investitionsprojekte müssen gestreckt werden, die öffentliche und die private Nachfrage werden zurückgehen, so dass das Wachstum 2010 auf Null sinken könnte. Eine Abwertung des Rubels würde zwar die Importe vermindern, aber kaum positive Auswirkungen auf die Exporte haben, da das Erdöl nicht verbilligt angeboten werden kann. Es ist zu erwarten, dass Russland auf eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft hofft, an der es durch erneutes Wachstum der Ressourcenexporte partizipieren könnte. Mit einem entschiedenen Vorgehen gegen die Ursachen der systemischen Krise - ressourcenbasiertes Wachstum, Fehlen eines nennenswerten Verarbeitungs- und Dienstleistungssektors, eine unzureichende inländische Sparquote sowie eine unkontrollierte Kreditvergabe - ist nicht zu rechnen. Der Autor geht davon aus, dass die Krise die innenpolitische Stabilität nicht beeinträchtigt. (ICD2)

[150-L] Hishow, Ognian N.:

**Rußland - Wende im Verhältnis zum IWF?: Moskau verzichtet vorläufig auf Gelder des Fonds,** (SWP-Aktuell, 7/01), Berlin 2001, 4 S. (Graue Literatur; [www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?id=473](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=473))

**INHALT:** "Die Russische Föderation hat sich entschlossen, einen Beistandskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) derzeit nicht in Anspruch zu nehmen. Die gegenwärtig günstige Zahlungsbilanz macht ihr diesen Entschluß möglich. Groß ist die Genugtuung in Moskau, sich den Zwängen der vom IWF 'diktierten' wirtschaftspolitischen Schritte entziehen zu können. Gewonnen ist dabei jedoch wenig: Ohne ein mit dem Fonds abgestimmtes Reformprogramm kann Rußland nicht auf Schuldendienstentlastung durch die westlichen Gläubiger hoffen. Spätestens 2003 - wenn die Überweisungen bei 40 Prozent der Budgetausgaben liegen könnten - wird Moskau an den Verhandlungstisch zurückkehren müssen. Mit von der Partie wird Deutschland sein, das über weitere Finanzhilfen für seinen russischen Schuldner zu entscheiden hat." (Autorenreferat)

[151-L] Holbig, Heike:

**"Das Land hat einen Plan. Der Westen nicht": China als autokratisches Erfolgsmodell?**, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 21/2010, H. 3, S. 67-77 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Ausgehend vom beeindruckenden Wirtschaftserfolg der Volksrepublik, der mittlerweile über drei Jahrzehnte anhält, mausert sich China - zumindest im westlichen Medienjargon - immer mehr zu einem "Erfolgsmodell" autoritärer Herrschaft allgemein. Das Referenzobjekt selbst bleibt dabei weitgehend unbestimmt. Eine klare Lesart dessen, wofür das "Chinesische Modell" steht und was daran für Andere replizierbar sein könnte, hat sich bislang nicht herauskristallisiert, weder im Westen noch in China selbst. Der vorliegende Beitrag rekonstruiert die Karriere des "Chinesischen Modells" und beleuchtet die verschiedenen Ansprüche und Wirklichkeiten näher, die sich hinter diesem Begriff verbergen. Die zentrale These der Autorin lautet, dass das immer häufiger beschworene "Modell" eher das Produkt eines sich wandelnden akademischen und journalistischen Diskurses in den USA und Europa ist, auf den verschiedene Akteure innerhalb der Volksrepublik deutlich zeitversetzt und durchaus unterschiedlich reagieren. Erst die jüngste globale Finanz -und Wirtschaftskrise hat der Vorstellung eines "Chinesischen Modells" auch im öffentlichen Diskurs in China selbst zum Durchbruch verholfen. Nach einer Analyse der Genese des "Modells" im Westen und seiner Rezeption innerhalb Chinas geht der Beitrag auch der Frage nach der Legitimität des autoritären Parteiregimes nach, um die möglichen normativen und gegebenenfalls auch faktischen Folgen eines "Branding" des "Chinesischen Modells" im Sinne eines autokratischen Erfolgsmodells abzuschätzen. (ICA2)

[152-L] Hübner, Kurt; Herr, Hansjörg (Hrsg.):

**Währung und Unsicherheit in der globalen Ökonomie: eine geldwirtschaftliche Theorie der Globalisierung**, (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 62), Berlin: Ed. Sigma 2005, 336 S., ISBN: 3-89404-993-6

**INHALT:** Die Herausgeber stellen der gängigen neoklassischen Außenwirtschaftstheorie, die in erster Linie die Gütermärkte im Blick hat, ein von Keynes inspiriertes Konzept entgegen, das von einer Markthierarchie ausgeht, in der die internationalen Kapitalmärkte das Geschehen auf den Gütermärkten bestimmen. Sie charakterisieren das Weltfinanzsystem anhand von drei Dimensionen: dem Wechselkursregime, dem Regulierungsgrad und dem Währungssystem. War die Bretton-Woods-Ära noch von festen Wechselkursen, Kapitalmarktregulierungen und einer Hegemonialwährung geprägt, so herrscht in der Gegenwart ein dazu vollkommen konträres System: flexible Wechselkurse, deregulierte Kapitalmärkte und ein Multiwährungsstandard, in dem der Euro zu einer ernsthaften Konkurrenz zum US-Dollar geworden ist. Diese Konfiguration des Weltfinanzsystems habe immer wieder zu starken Schwankungen der Wechselkurse sowohl zwischen den beiden Leitwährungen als auch zwischen diesen und den Währungen von Ländern der Peripherie geführt, die zum Teil schwere Wirtschaftskrisen verursacht haben. Die Autoren sehen im aktuellen Weltfinanzsystem die Ursache für einen starken Anstieg von Unsicherheit, die wiederum zu einem deutlichen Rückgang der Investi-

tionstätigkeit führt und die Wachstumsmöglichkeiten reduziert. In drei Fallstudien untersuchen sie am Beispiel der Krise des Europäischen Währungssystems, der Asienkrise und der Wachstumskonstellation der USA in den 90er-Jahren die Rolle der Finanzmärkte für die Weltwirtschaft. Die von den Herausgebern vorgeschlagenen Reformen verfolgen das Ziel, durch ein stabileres Weltfinanzsystem die Unsicherheit abzubauen, um dadurch wieder zu einer prosperierenden Weltwirtschaft zu gelangen. (ZPol, NOMOS)

[153-F] Janosch, Meike, M.A. (Bearbeitung); Kevenhoerster, Paul, Prof.Dr. (Betreuung):

**Staatliches Schuldenmanagement durch und jenseits von HIPC II: eine Bilanz der Leistungsfähigkeit subsahara-afrikanischer Staaten beim Schuldenabbau und nachhaltiger Kreditfinanzierung**

**INHALT:** Die Ursprünge der Verschuldung subsahara-afrikanischer Staaten liegen zwar in den 1960er Jahren, Auslöser für die Verschuldungskrise waren jedoch die Erdölpreisschocks der Jahre 1973/74 und 1979/80. Seit den späten 1970ern verbilligten sich die Rohstoffpreise kontinuierlich, wodurch sich die Terms of Trade zu Ungunsten der Entwicklungsländer verschlechterten. Mittlerweile ist Staatsverschuldung zu einem der größten Entwicklungshindernisse geworden, dem sich vor allem die großen multilateralen Finanzinstitutionen annehmen. Eine ähnlich lange Tradition weisen Schuldenerlassrunden im multilateralen Kontext auf. Von ersten, als apokalyptische Prophezeiungen diffamierten, Expertenanalysen zu Beginn der 1980er Jahre bis zur derzeit laufenden erweiterten Entschuldungsinitiative HIPC II: Den hochverschuldeten Staaten wurden in den vergangenen gut 20 Jahren jeweils bis zu zehn Entschuldungsangebote in unterschiedlicher Trägerschaft unterbreitet. An der Notwendigkeit dieser Staaten zur Teilnahme an Entschuldungsrunden haben diese Initiativen allerdings kaum etwas geändert. Für die betroffenen HIPCs (Heavily Indebted Poor Countries) bedeutet dies also nicht, dass sie am Ende eines Programmzyklus tatsächlich und substantiell von ihrer Schuldenlast befreit sind. Nach wie vor beruhen Entschuldungsstrategien zumeist auf Refinanzierungsvereinbarungen zwischen dem Empfängerland und multilateralen Gläubigerregimes; es gibt jedoch bisher keinen Staat, für den sämtliche öffentliche und private Kreditoren ein gemeinsames Konzept für einen tatsächlichen hundertprozentigen Schuldenerlass ausgearbeitet. Trotzdem könnte die seit 1999 laufende HIPC II für einen ersten ernstzunehmenden Schritt in die Richtung einer dauerhaften Haushaltskonsolidierung für die am höchsten verschuldeten armen Länder stehen. Wie diese Haushaltskonsolidierung gehandhabt wird bzw. wie ein effizientes und effektives Schuldenmanagement aussehen sollte, ist zentrale Frage des vorliegenden Dissertationsprojektes. Dabei stellt die Analyse jedoch nicht die Initiative in den Mittelpunkt, sondern die Konsolidierungsbestrebungen durch das Schuldenmanagement der teilnehmenden Staaten aufgrund der wechselseitigen Beeinflussungen von Schuldenstand und Haushaltspolitik. Untersucht werden Ansätze im Schuldenmanagement sechs subsahara-afrikanischer Staaten: Uganda, Togo, Benin, Ghana, Mozambique und Malawi. Innerhalb der Sample-Gruppe bietet sich die Republik Malawi aufgrund ihrer bisherigen Performanz im Rahmen von HIPC II und ihrer Ziele im Bereich makroökonomischer Reformen in herausragender Weise für eine Fallstudie an. Außerdem zeichnet sich die Republik Malawi seit einigen Jahren durch ihr Engagement bei der Bekämpfung von Korruption und durch eine signifikante Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns aus. Im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes in Malawi von Juni bis Oktober 2007 wurden daher zusätzliche Daten gesammelt sowie lokale und internationale Experten zu Aspekten des malawischen Schuldenmanagements befragt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Malawi, Uganda, Togo, Benin, Ghana, Mozambique

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Forschungsskizze zum Promotionsvorhaben. Download unter: [www.uni-muenster.de/imperia/md/content/graduate\\_school\\_of\\_politics/dokumente/vorlage\\_abstract.pdf](http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/graduate_school_of_politics/dokumente/vorlage_abstract.pdf).

**ART:** Dissertation; gefördert *BEGINN:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutscher Akademischer Austauschdienst -DAAD-

**INSTITUTION:** Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Graduate School of Politics am Institut für Politikwissenschaft (Scharnhorststr. 100, 48151 Münster); Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Forschungsschwerpunkt Regieren Prof.Dr. Robert (Scharnhorststr. 100, 48151 Münster)

**KONTAKT:** Bearbeiterin (e-mail: [mjanosch@uni-muenster.de](mailto:mjanosch@uni-muenster.de))

[154-F] Joebges, Heike, Dr. (Bearbeitung):

**Finanzmarktkrise: Bankenrettung und Regulierung des Finanzsystems**

**INHALT:** Das Projekt beschäftigt sich zum einen mit der - angesichts der Finanzkrise - notwendigen Bankenrettung. Die dafür getroffenen Maßnahmen in Deutschland werden nicht nur mit denjenigen in anderen Industrieländern verglichen, sondern auch anhand der Erfahrungen aus früheren Finanzkrisen in Industrieländern analysiert. Zum anderen widmet sich das Projekt der Erarbeitung von Vorschlägen zur besseren Regulierung der Finanzmärkte. Diese erscheint angesichts der gravierenden realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise dringend erforderlich. Vorschläge dazu basieren auf Vergleichen unterschiedlicher Regulierungserfolge einzelner Länder sowie historischen Erfahrungen.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Horn, Gustav; Dröge, Katharina; Sturn, Simon; Treck, Till van; Zwiener, Rudolf: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III): Die Rolle der Ungleichheit. IMK-Report Nr. 41, September 2009. Download unter [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_41\\_2009.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf). ++Horn, Gustav; Joebges, Heike; Zwiener, Rudolf: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (II): Globale Ungleichgewichte: Ursache der Krise und Auswegstrategien für Deutschland. IMK-Report Nr. 40, August 2009. Download unter: [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_40\\_2009.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_40_2009.pdf). +++Joebges, Heike: Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung (Bundesdrucksache 16/1156). IMK Policy Brief, Juni 2009. Download unter [www.boeckler.de/pdf/pb\\_imk\\_06\\_2009.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pb_imk_06_2009.pdf). +++Horn, Gustav; Joebges, Heike; Niechoj, Torsten; Proano, Christan; Sturn, Simon; Tober, Silke; Truger, Achim; Treck, Till van: Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (I): Wie die Krise entstand und wie sie überwunden werden kann. IMK Report Nr. 38, Mai 2009. Download unter [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_38\\_2009.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_38_2009.pdf). +++Horn, Gustav; Joebges, Heike; Kamp, Lothar; Krieger, Alexandra; Sick, Sebastian; Tober, Silke: Gesamtwirtschaftliche Stabilität durch bessere Regulierung. Vorschläge für eine Neuordnung der Finanzmärkte. IMK Report Nr. 36, März 2009. Download unter [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_36\\_2009.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_36_2009.pdf). +++Joebges, Heike; Krieger, Alexandra: Bad Bank, Ausgleichsförderungen und Kreditversicherungen: Wie kann der Staat Banken effizient stabilisieren? IMK Policy Brief, Februar 2009. Kurzfassung in: Glocalist Magazine, März 2009, S. 8-9. Download unter [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_pb\\_02\\_2009.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_pb_02_2009.pdf). +++Horn, Gustav: Assessment of the banking rescue packages and the economic recovery plans of the Member States - The examples of the UK and Germany, Briefing Papers for the European Parliament, January 2009. Download unter [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_bpep\\_januar2009\\_1.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_bpep_januar2009_1.pdf). +++Horn, Gustav: The rationale for or against expanding central bank eligible collateral in times of distress, Briefing Papers for the European Parliament, November 2008. Download unter [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_bpep\\_november2008.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_bpep_november2008.pdf). +++Hein, Eckhard; Horn, Gustav; Joebges, Heike; Tober, Silke; Treck, Till van; Zwiener, Rudolf: Finanzmarktkrise: Erste Hilfe und langfristige Prävention. IMK Policy Brief, Update vom 22.10.2008. Download unter [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_pb\\_10\\_3\\_2008.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_pb_10_3_2008.pdf). +++Hein, Eckhard; Horn, Gustav; Joebges, Heike; Treck, Till van; Zwiener, Rudolf: Finanzmarktkrise: Erste Hilfe und langfristige Prävention. IMK Policy Brief Oktober 2008. Download unter [www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_pb\\_10\\_2\\_2008.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_pb_10_2_2008.pdf).

**ART:** keine Angabe *BEGINN:* 2008-10 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung -IMK- in der Hans-Böckler-Stiftung (Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf)

**KONTAKT:** Bearbeiterin (e-mail: [Heike-Joebges@boeckler.de](mailto:Heike-Joebges@boeckler.de))

[155-L] Köllner, Patrick; Bosse, Friederike (Hrsg.):

**Reformen in Japan**, (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, 337), (12. Jahrestagung der Vereinigung für Sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V., 1999), Hamburg 2001, X, 306 S., ISBN: 3-88910-254-9 (Standort: UB Bremen(46)-POL309-5YA653; Graue Literatur)

**INHALT:** "Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen, in denen sich Japans politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure bewegen müssen, und der in den 90er Jahren eingeleiteten staatlichen Reformmaßnahmen schien es den Herausgebern an der Zeit, eine Art erster Zwischenbilanz der jüngsten Reformbestrebungen in Japan zu ziehen. Dabei sollte der Blick zum einen auf einzelne zentrale Reformfelder gelenkt werden, die von der Regierung Hashimoto identifiziert

wurden (Verwaltung, soziale Sicherung, Steuern und Bildung) oder bereits zu einem früheren Zeitpunkt in den 90er Jahren im Mittelpunkt der Reformdebatte standen (Parteien und Wahlen). Zum anderen sollten diese Reformbestrebungen auch in einen größeren historischen und vergleichenden Kontext eingebettet werden. Als Vergleichsobjekt wurde dabei Deutschland ausgewählt, das lange Zeit genauso wie Japan als Modell einer erfolgreichen nachholenden Entwicklung betrachtet wurde und mittlerweile vor ähnlichen Herausforderungen und Strukturproblemen wie Japan steht." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Patrick Köllner, Friederike Bosse: Reformen in Japan - eine Einführung in die Thematik und den Band (3-22); Franz Waldenberger: Japan an der Schwelle zum dritten Jahrtausend: mit Reformen aus der Krise? (23-37); T.J. Pempel: Stymied at the crossroads: Japan in a regime shift (39-44); Bernd Martin: Reformen in Japan in historischer Perspektive: die Meiji-Zeit (45-70); Gerhard Lehmbuch: Entwicklungspfade des politisch-administrativen Systems in Japan und Deutschland (61-70); Jiro Yamaguchi: Result of unfinished reforms - structure of political and administrative reform in Japan in the 1990s (71-87); Verena Blechinger: Politische Reformen in Japan - Auswirkungen und Perspektiven (89-110); John Creighton Campbell: Administrative reform as policy change and policy non-change (111-135); Ben Warkentin: Reformansätze in Japans Sicherheits- und Entwicklungspolitik: Rallying around the status quo? (137-165); Werner Pascha: Ordnungspolitik in Japan? Zur möglichen Rolle von Regelbindung und unabhängigen Agenturen (167-192); Franz Waldenberger: Japan's public debt (193-199); Andrew DeWit: German learning and the Japanese model of redistribution (201-207); Toru Morotomi: Japan's debate on introducing environmental taxes (209-215); Karin-Ulrike Nennstiel: Reformen des Sozial- und Wohlfahrtssystems in Japan (217-239); Botho von Kopp: Entwicklungslinien der Bildungs- und Erziehungssysteme in Japan und Deutschland (241-264); Susanne Kreitz-Sandberg: Reformen im japanischen Schulwesen (265-284); Annette Erbe: Neue Konstellationen und alte Hemmnisse - Anmerkungen zur Umsetzung zweier zentraler Bildungsreformvorhaben (285-292).

[156-L] Kößler, Reinhart:

**Zur Krise Afrikas und unseren Handlungsmöglichkeiten**, in: Rainer Mönkediek (Hrsg.) ; Uwe Rolf (Hrsg.) ; Reinhard Stolle (Hrsg.): Neue Herausforderungen und Perspektiven im subsaharischen Afrika : entwicklungspolitisches Versagen und kommerzielle Interessen, Belm: Sozio-Publ., 2005, S. 15-22, ISBN: 3-935431-05-8 (Standort: NLB Hannover/ZB(35)-2005/2812)

**INHALT:** Die aktuelle Krise in Afrika ist als Verschuldungskrise Ausdruck des mit Reorganisation und Deregulierung der globalen Finanzmärkte eingeleiteten neuesten Globalisierungsschubs. Vor diesem Hintergrund weist der Verfasser auf einige Schwierigkeiten hin, mit denen praktische Bemühungen um globalen Ausgleich und Entwicklungszusammenarbeit konfrontiert sind. Entwicklungsprojekte wie auch militärische Interventionen zeugen von den negativen Auswirkungen eines übereilten Aktionismus. Am Beispiel der Klage der Herero gegen die Bundesrepublik Deutschland in den USA werden die Schwierigkeiten von Entschuldigung und Kompensation und aufgrund historischer Verantwortung dringend notwendiger ziviler Interventionen sichtbar. (ICE2)

[157-L] Lordon, Frédéric:

**"Aktionärsdemokratie als soziale Utopie?": über das neue Finanzregime und Wirtschaftsdemokratie**, (Raisons d'agir), Hamburg: VSA-Verl. 2003, 127 S., ISBN: 3-87975-874-3 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-wir c219/I867)

**INHALT:** "Frédéric Lordon analysiert die ökonomischen Auswirkungen des neuen finanzgetriebenen Akkumulationsregimes und kritisiert die 'Aktionärsdemokratie' als fehlgeleitetes politisches Projekt und unsoziale Utopie. Durch Börsenkapitalisierung und Sozialstaatsprivatisierung erhalten Pensionsfonds auch in Europa eine Schlüsselrolle. Die Unternehmen werden einem verschärften Druck zur Wertschöpfung ausgesetzt; sie wälzen das unternehmerische Risiko auf die Beschäftigten ab. Den Hauptanteil des Mehrwerts beanspruchen die Aktionäre - und zwar zu Ungunsten der Lohnentwicklung. Zudem untergräbt die Instabilität der Finanzmärkte die Realökonomie. Frédéric Lordon wendet sich darüber hinaus gegen die Vorspiegelung der Shareholder-Gesellschaft mit Aktionären als neuen Citoyens, die selbst von Vertretern der Linken vertreten wird. Zwar kann durch die Vermögensbildung in Aktien das Eigentum an Kapital auch in die Hände der Beschäftigten gelangen, doch über



die reale Kontrolle der Fondsverwaltung und damit der Machtausübung auf den Finanzmärkten verfügen sie damit noch lange nicht. Als Alternative plädiert Lordon für das Projekt der Wirtschaftsdemokratie." (Autorenreferat)

[158-L] Mildner, Stormy-Annika; Hilpert, Hanns Günther (Hrsg.):

**Globale Ordnungspolitik am Scheideweg: eine Analyse der aktuellen Finanzmarktkrise**, (SWP-Studie, S 4), Berlin 2009, 109 S. (Graue Literatur; nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ss0ar-250418)

**INHALT:** "Die Finanzmarktkrise hat mittlerweile die virtuellen Finanzmärkte verlassen und ist in einen konjunkturellen Abschwung gemündet. Nach den Erfahrungen vergangener Finanzkrisen steht eine tiefe und lang anhaltende Rezession bevor. Weltweit steht die ökonomische und politische Bewältigung dieser Krise an der Spitze der politischen Prioritäten. Zusätzlich dürfte der Verzicht auf langfristig ausgerichtete Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Klimaschutz, Energie- und Nahrungsmittelsicherheit eine fatale Wirkung haben. Angesichts des internationalen Zusammenhangs von Märkten und Politiken werden nationale Alleingänge jedoch nicht zum Ziel führen. Das gilt für die Fiskal- und Geldpolitik zur unmittelbaren Krisenbewältigung ebenso wie für alle längerfristig ausgerichtete Maßnahmen im Bereich der internationalen Politik. Vor diesem Hintergrund analysiert die Studie die Situation in den wichtigsten Schlüsselmärkten und zentralen Politikfeldern. Leitend sind folgende Fragen: 1. Welche Konsequenzen hat die Finanzmarktkrise für die USA, die EU, China, Indien, Russland, Brasilien, Mexiko, die Staaten des Golfkooperationsrats und Südafrika? Welche Gegenmaßnahmen haben diese Länder bislang ergriffen? Und welche Vorstellungen zur Reform der 'Global Economic Governance' dominieren in ihnen? 2. Welche Implikationen hat die Finanzmarktkrise für die Finanzpolitik, die Handelspolitik, die Energiemärkte, die Nahrungsmittelversorgung, den Klimaschutz und die Europäische Integration?" (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Stormy Mildner: USA - pragmatisches Krisenmanagement verstärkt Zielkonflikte (15-20); Jutta Frasch: Die Finanzkrise: ein Weckruf für die EU (21-26); Hanns Günther Hilpert: China - Domino oder Rettungsanker der Weltwirtschaft? (27-31); Hanns Günther Hilpert, Christian Wagner: Indien - zurück zur Hindu-Wachstumsrate? (32-36); Ognian N. Hishow: Russland - Segen und Fluch des Ressourcenreichtums (37-41); Caroline Silva-Garbade, Claudia Zilla: Brasilien - Jazz auf hohem Niveau (42-46); Günther Maihold: Mexiko - Erkältung oder Lungenentzündung? (47-51); Eckart Woertz: Golf-Kooperationsrat - mit Ölpolster in die Krise (52-56); Gero Erdmann: Südafrika - Fels in der Krisenflut? (57-64); Heribert Dieter: Die künftige Gestaltung der internationalen Finanzbeziehungen (65-71); Christina Langhorst, Stormy Mildner: Finanzkrise und Welthandel: der Abschluss der Doha-Runde könnte einen wichtigen Impuls geben (72-79); Kirsten Westphal: Von der Finanzkrise in die Energiekrise? (80-85); Bettina Rudloff: Wie die Finanzkrise aus der Ernährungskrise eine Hungerkrise macht (86-92); Susanne Dröge: Klimapolitik in Zeiten der Wirtschaftskrise (93-98); Daniela Schwarzer: Auswirkungen der Krise auf die Eurozone (99-106).

[159-L] Müller-Eicker, Stephan:

**Restrukturierung der Auslandsverschuldung Russlands zwischen 1998 und 2002**, in: Johannes Schwarze (Hrsg.) ; Jutta Rübiger (Hrsg.) ; Reinhold Thiede (Hrsg.) ; Christof Helberger (Adressat): Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung im Wandel : Festschrift für Christof Helberger zum 65. Geburtstag, Hamburg: Kovac, 2007, S. 354-375, ISBN: 978-3-8300-2413-2 (Standort: SUB Hamburg(18)-A/465462; [www.helberger-festschrift.de/PDFs/18\\_mueller\\_eicker\\_web.pdf](http://www.helberger-festschrift.de/PDFs/18_mueller_eicker_web.pdf))

**INHALT:** Ende der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gerieten mehrere südostasiatische Staaten in eine Finanzkrise, wobei sie Russland im August 1998 und die lateinamerikanischen Länder mit sich rissen. Die Krise führte dazu, dass sich Russland gezwungen sah, ein Moratorium für seine Auslandsverschuldung auszurufen, woraufhin zwischen 1998 und 2002 Verhandlungen über die Restrukturierung der russischen Auslandsverschuldung geführt wurden. Auf bilateraler Ebene verhandelte Russland zur gleichen Zeit mit Deutschland im Nachgang der deutsch-deutschen Wiedervereinigung. Deutschland hatte die Aktiva und Passiva der DDR übernommen, während auf Russland der Großteil der Forderungen und Verbindlichkeiten der UdSSR übergegangen war. Russland sah sich selbst nicht in der Lage, seine Schuldendienste auf multi- und bilateraler Ebene zu leisten - ganz anders sahen es die Gläubiger: Sie unterstellten Russland lediglich Zahlungsunwilligkeit; an der Zahlungsfähigkeit

Russlands konnte ihrer Meinung nach kein Zweifel bestehen. Im vorliegenden Beitrag wird Russlands Wirtschaftslage im Hinblick auf die Auslandsverschuldung in dieser Zeit kurz reflektiert. Darauf folgt eine Analyse der Restrukturierungsstrategie Russlands auf multi- und bilateraler Ebene, die die verschiedenen Lösungsansätze darstellt und schlussendlich wird die politisch gefundene Lösung diskutiert. (ICA2)

[160-L] Otero-Iglesias, Miguel:

**EU-Brazil transformismo in the reconfiguration of the global financial order**, in: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 25/2009, No. 1, S. 103-118

**INHALT:** "Der Dollar als internationale Währung par excellence und die Wall Street als das Finanzzentrum des neoliberalen Systems bildeten in den letzten zwei Jahrzehnten die beiden Säulen der US-Hegemonie, die unter dem Schlagwort Dollar Wall Street Regime (DWSR) bekannt geworden sind. Diese Hegemonie wird durch die aktuelle Finanzkrise gefährdet. Basierend auf Erhebungen in Brasilien wird in diesem Artikel argumentiert, dass die Finanzeliten der aufstrebenden Schwellenländer die Hegemonie der USA als geschwächt beurteilen und in vielen Aspekten die Europäische Union als wichtigen Partner bei der Schaffung eines multipolaren Finanzsystems sehen. Dieses gemeinsame Anliegen der Eliten der 'BRIC'-Staaten und jener der europäischen Staaten birgt nach Ansicht des Autors das Potential, einen gegenhegemonialen Block in Opposition zum DWSR zu" (Autorenreferat)

[161-L] Park, Sung-Hoon:

**The political economy of East Asian monetary integration in light of European experiences**, in: Lars Weber (Hrsg.) ; Claudia Lubk (Hrsg.) ; Annette Mayer (Hrsg.) ; Dieter Schönknecht (Verf.v.Geleitworten,u.ä): Gesellschaft im Wandel : aktuelle ökonomische Herausforderungen, Wiesbaden: Gabler, 2008, S. 355-374, ISBN: 978-3-8349-1176-6

**INHALT:** "Seit dem Ausbruch der asiatischen Finanzkrise im Jahre 1997, hat sich die Region zunehmend für den eigenen Regionalismus interessiert. Neben der Vertiefung der Handelsbeziehung durch das intensivierte Netzwerk der Freihandelszonen, interessieren sich die Länder zunehmend auch für eine finanzpolitische and monetäre Integration. Denkbar ist auch, dass sie in absehbarer Zeit seriöse Anstrengungen starten könnten, um eine gemeinsame Währung - wie es in Europa geschah - zu etablieren. Dieser Artikel untersucht den Prozess der europäischen Währungsunion und leitet Implikationen daraus ab. Erstens wird es den ostasiatischen Ländern empfohlen, den Integrationsprozess als einen evolutorischen Prozess zu betrachten, und die dafür benötigten Vorbedingungen ständig zu schaffen. Zweitens, ist ein Mechanismus in Ostasien notwendig, durch den die unterschiedlichen Positionen der beteiligten Länder harmonisiert werden können. Hierfür wären regelmäßige Treffen der verantwortlichen Minister unbedingt notwendig. Drittens, wie der europäische Integrationsprozess zeigt, sollten zwei oder mehrere gleichgesinnte Länder eine gemeinsame Position entwickeln und dadurch die Führungsrolle übernehmen. Ob es durch ein Tandem zwischen China und Japan machbar ist, oder ob Südkorea eine gewichtigere Rolle spielen kann, hängt davon ab, wie sich die intra-regionalen Bedingungen in den kommenden Jahren entwickeln werden." (Autorenreferat)

[162-F] Pascha, Werner, Prof.Dr. (Bearbeitung):

**Aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen in Japan und Korea als institutionelle Fragen vor dem Hintergrund längerfristiger Wandlungsprozesse**

**INHALT:** Der Lehrstuhl ist eine der zentralen Anlaufstellen in Deutschland, welche die tief greifenden strukturellen Änderungen der japanischen Wirtschaft beobachten. Gegenüber den tagesaktuellen Analysen aus Banken, Brokerhäusern und politiknäheren nicht-universitären Instituten steht die Einordnung in längerfristige Muster im Vordergrund, etwa hinsichtlich der Wachstumsperspektiven einer reifen Volkswirtschaft mit alternder Bevölkerung an der Spitze des technischen Fortschritts. Institutioneller Wandel, Pfadabhängigkeiten und institutionelle Komplementaritäten erfahren besondere Aufmerksamkeit. Bezüglich Koreas gehört der Lehrstuhl zu den wenigen Einrichtungen in

Deutschland, die sich einer wirtschaftswissenschaftlichen Sicht des Landes annehmen. Im Mittelpunkt steht die Interpretation der verschiedenen Strukturbrüche in Südkorea, neuerdings insbesondere nach der Finanzkrise von 1997/98. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Japan, Korea

**ART**: keine Angabe **AUFTRAGGEBER**: keine Angabe **FINANZIERER**: keine Angabe

**INSTITUTION**: Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, Mercator School of Management - Fak. Betriebswirtschaft, Department of Managerial Economics Lehrstuhl für Ostasienwirtschaft - Japan und Korea (47048 Duisburg)

**KONTAKT**: Bearbeiter (Tel. 0203-379-4184, e-mail: pascha@uni-duisburg-essen.de)

[163-L] Rösner, Dieter:

**Die afrikanische Herausforderung: Hunger/ Überfluß/ Staatsbankrotte**, München: Langen-Müller 1982, 295 S., ISBN: 3-7844-7103-X (Standort: UuStB Köln(38)-5G7465)

**INHALT**: In seiner Momentaufnahme versucht der Autor, einen Gesamtüberblick über die Lage Afrikas in den achtziger Jahren zu geben. Hungersnöte, ein radikaler Panafricanismus, islamische Gegenreformation sowie eine politische und ideologische Konfrontation der Großmächte USA und Sowjetunion erschüttern den Kontinent. Hinzu kommen Rassenkonflikte und der Schwarzweiß-Konflikt im südlichen Afrika. Teil I der Untersuchung behandelt die einzelnen Problembereiche - Hemmnisse einer wirtschaftlichen Integration, Rohstoffe und Energie, "grüne Revolution", Vernachlässigung der Landwirtschaft, Konzepte der Weltbank, Waffengeschäfte und Ost-West-Konflikt, die geistigen Kraftfelder Islam, Christentum und Sozialismus - Teil II gibt in Länderstudien einen Überblick über die Lage der 51 afrikanischen Staaten. Die Gründe des wirtschaftlichen Bankrotts vieler dieser Länder sieht er nicht nur in den alten afrikanischen Übeln der Bürokratie, der Korruption und der Unfähigkeit zum Organisieren, sondern auch in Fehlern der internationalen Entwicklungsbürokratie. (KA)

[164-L] Rupnik, Jacques:

**Die Krise und das Ende des Wirtschaftsliberalismus in Mitteleuropa**, in: *Transit : europäische Revue*, 2009, H. 37, S.147-152 (Standort: USB Köln(38)-24A1544; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT**: Das Ende des liberalen Traums von einer globalisierten Marktwirtschaft durch die Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2008/09, die sich ohne staatliche Einmischung "frei" entwickelt, trifft die Länder Ostmitteleuropa umso härter, als es sich dabei um die herrschende Ideologie der letzten 20 Jahre handelt. Es fällt dort besonders schwer zuzugeben, dass die Marktwirtschaft überhaupt in eine Krise geraten kann und dass diese ihren Ursprung gar in den Vereinigten Staaten hat, die den Liberalen Mitteleuropas als Referenzmodell dient. So hielt der tschechische Ministerpräsident Topolánek eine flammende Rede nach dem "schwarzen Montag" 2008, in der er für die Tschechische Republik den Titel eines "Weltmeisters" in Sachen Deregulierung beanspruchte und ankündigte, dass ebendiese Deregulierung im Rahmen der tschechischen EU-Präsidentschaft 2009 Priorität haben werde. Zu einem Zeitpunkt, da Alan Greenspan vor dem amerikanischen Kongress erklärte, dass er sich geirrt habe, um "Vergebung" bat und in der Folge gar die Verstaatlichung von Pleite gegangenen Banken befürwortete, forderte der tschechische Ministerpräsident ein "Europa ohne Barrieren". (ICA2)

[165-L] Scherpenberg, Jens van:

**Finanzkapital, Finanzkrise und internationale Staatenkonkurrenz**, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, Jg. 16/2009, H. 2, S. 325-337

**INHALT**: "Um die Auswirkungen der Finanzkrise von 2007-2010 auf die internationalen Beziehungen zu erfassen, ist es unerlässlich, die wesentlichen wirtschaftlichen Triebkräfte zu verstehen, die der Krise zu Grunde liegen und die auch entscheidend die nationalen Reaktionen auf die Krise bestimmen. Hierzu werden, aufbauend auf Marx' Kapital-Analyse, zunächst drei Thesen zur 'Systemrelevanz' des Finanzkapitals vorgestellt. Mit der darin aufgezeigten grundlegenden und umfassenden Subsumtion aller Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft unter den selbstreferentiellen Akkumulationsprozess des Finanzkapitals wird zugleich die Finanzialisierungsthese als Erklärungsansatz kritisiert. Aus der Orientierung der Staaten an der Sicherung optimaler Akkumulationsbedingungen für

---

das von ihrem Standort aus operierende Finanzkapital lässt sich ableiten, warum es etwa im G20-Rahmen zu keinen wirklich substantiellen Vereinbarungen globaler Finanzmarktregulierung, sondern vielmehr zu einer Intensivierung der Konkurrenz um die Gestaltung der künftigen internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung kommt. Am dialektischen Verhältnis von Rivalität und Interdependenz in den Wirtschafts- und Währungsbeziehungen zwischen den USA und China wird diese Aussage erläutert." (Autorenreferat)

[166-L] Streeck, Wolfgang; Mertens, Daniel:

**Politik im Defizit: Austerität als fiskalpolitisches Regime**, in: Der moderne Staat : Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Jg. 3/2010, H. 1, S. 7-29  
([www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/3892](http://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/3892))

**INHALT:** "Seit Anfang der 1970er Jahre lässt sich eine graduelle Verschärfung der fiskalischen Situation moderner Staaten beobachten. Chronisch gewordene Defizite und eine dramatisch gestiegene Staatsverschuldung sind zu einer beherrschenden Rahmenbedingung wohlfahrtsstaatlicher Politik geworden. Das Papier beschreibt für die Bundesrepublik die langfristige Etablierung eines Regimes fiskalpolitischer Austerität. Die mit diesem verbundene Einengung des diskretionären Handlungsspielraums staatlicher Politik wird anhand einer Analyse der Entwicklung der Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts in den vergangenen vier Jahrzehnten dokumentiert. Die Reaktionen der deutschen Politik auf die 'Finanzkrise' bewirken eine Verfestigung des neuen Austeritätsregimes. Das Papier endet mit Überlegungen zu den Auswirkungen institutionalisierter fiskalischer Austerität auf Stabilität und Qualität demokratischer Politik in Deutschland." (Autorenreferat)

## 5 Diskussion zur Verschuldung und Finanzkrise und deren Konsequenzen nach Ausbruch der jüngsten Finanzkrise

[167-L] Allespach, Martin; Wentzel, Lothar; Demirovic, Alex:

**Demokratie wagen!: gewerkschaftliche Perspektiven in der Wirtschaftskrise**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 55/2010, H. 2, S. 95-105 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;  
www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/februar/demokratie-wagen)

**INHALT:** "Die wachsende soziale Ungleichheit befördert die Politikverdrossenheit und erzeugt eine 'Krise der Demokratie' - in diesem Kontext diskutieren die Autoren gewerkschaftliche Perspektiven im Angesicht der Krise. Um die Vorherrschaft des Neoliberalismus zu brechen, plädieren sie für eine Wende hin zu mehr Demokratie und einem sozial-ökologischen Entwicklungsweg." (Autorenreferat)

[168-L] Amin, Samir:

**Überwindet den Krisenkapitalismus: für eine Erneuerung des schöpferischen Marxismus**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 55/2010, H. 1, S. 81-96 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;  
www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/januar/ueberwindet-den-krisenkapitalismus)

**INHALT:** "Das Wesen des Kapitalismus beruht auf dem Verelendung erzeugenden Prinzip permanenter Akkumulation. Im Kontext dieser des Autors erweist sich die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise als jüngste Etappe einer langen Systemkrise. Um den 'Oligopol-Kapitalismus' zu überwinden, ist der Autor zufolge theoretisch eine schöpferische Erneuerung des Marxismus und praktisch die Hinwendung zu mehr globaler Gerechtigkeit geboten." (Autorenreferat)

[169-L] Bass, Hans-H.:

**Arbeitsmärkte in Deutschland und Japan: eine kurze Geschichte mit offenem Ende**, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 35/2009, H. 1, S. 63-86 (Standort: USB Köln(38)-Haa1470; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "In der jüngeren Geschichte der Arbeitsmärkte und der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und Japan können jeweils vier Phasen unterschieden werden: 1. eine Phase starker institutioneller Koordinierung der Arbeitsmärkte vor dem Einsetzen der Globalisierung; 2. die Entstehung einer Beschäftigungskrise im Zusammenhang mit den Herausforderungen der Globalisierung sowie national-spezifischer Faktoren, insbesondere dem Zerplatzen der japanischen Immobilienspekulationsblase einerseits und der deutschen Wiedervereinigung andererseits; 3. der Versuch einer Lösung der Beschäftigungskrise im Geiste des Marktoptimismus ab 2003; sowie schließlich 4. neue Herausforderungen durch die Weltwirtschaftskrise 2009. Für die weitere Entwicklung werden drei Szenarien aufgestellt: ein von Keynes inspiriertes, ein von Marx inspiriertes und ein von Schumpeter inspiriertes Szenario." (Autorenreferat)

[170-F] Baumann, Anja (Bearbeitung):

**Erfolgsfaktoren für Handwerksbetriebe in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009**

**INHALT:** Das Ziel dieser Untersuchung ist die Ermittlung von Unterschieden in der Betriebsführung von erfolgreichen bzw. weniger erfolgreichen Betrieben. Daraus sollen Hinweise auf Erfolgsfaktoren abgeleitet werden, die Handwerksbetriebe in erneuten Krisen unterstützen können. Betrachtet werden hierbei Unternehmen der Bau- und Metallbranche, da diese Branchen von der Krise deutlich betroffen waren. **ZEITRAUM:** 2008-2009 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

**METHODE:** Zunächst wird der in der Literatur vorhandene Stand zur Erfolgsfaktorenforschung allgemein und in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und das Handwerk dargestellt. Es

ist zu prüfen, wie weit bei den ermittelten Erfolgsfaktoren Übereinstimmungen für unterschiedliche Unternehmensgrößen bestehen. Die Erfolgsfaktoren sind als Grundlage für die weitere Untersuchung zu gruppieren. Diese aus der Literatur ermittelten Erfolgsgrößen werden im nächsten Schritt (Stufe 1) anhand einer Unternehmerbefragung auf ihre Relevanz für das Handwerk überprüft. Dafür wurden Handwerksunternehmer nach ihrer Betriebsführung während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 befragt. Im Anschluss daran werden in Stufe 2 die Ergebnisse der Erfolgsfaktorenforschung sowie der Unternehmerbefragung anhand der Einschätzungen von Experten geprüft und erweitert. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen. Qualitatives Interview (Stichprobe: 35; Berater der Handwerksorganisation; Auswahlverfahren: Zufall). Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: 20; Unternehmer der Bau- und Metallbranche; Auswahlverfahren: Zufall). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

**ART:** Auftragsforschung; Eigenprojekt *BEGINN*: 2010-04 *ENDE*: 2010-10 *AUFTRAGGEBER*: Zentralverband des Deutschen Handwerks *FINANZIERER*: Auftraggeber; Institution

**INSTITUTION:** Institut für Technik der Betriebsführung im Deutschen Handwerksinstitut e.V. (Postfach 3324, 76019 Karlsruhe)

**KONTAKT:** Bearbeiterin (e-mail: baumann@itb.de)

[171-L] Bechtel, Michael M.; Füss, Roland:

**The political sources of financial risk: lessons from a consensus democracy**, Konstanz 2007, 27 S. (Graue Literatur; [papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1006582](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1006582))

**INHALT:** "This study examines the relationships between democratic politics and financial risk. Low financial risk is crucial to any well-functioning economy, as it encourages investment, facilitates growth, and therefore enhances overall economic performance. However, little is known about the political sources driving fluctuations around the expected value of an investment, i.e. financial risk. We analyze whether and how pre-electoral, post-electoral, and institutional factors affect financial risk in Germany, a consensus democracy which offers a rich set of democratic processes potentially relevant to uncertainty on its financial markets. Our results show that expected and current government partisanship, divided government, grand coalition governments, as well as periods of coalition formation are important determinants of financial risk even after having controlled for a comprehensive set of alternative economic, and event-specific sources of uncertainty on the financial marketplace." (author's abstract)

[172-L] Bischoff, Joachim:

**Globale Finanzkrise: über Vermögensblasen, Realökonomie und die 'neue Fesselung' des Kapitals**, Berlin: VSA-Verl. 2008, 94 S., ISBN: 978-3-89965-313-7

**INHALT:** Der Politikwissenschaftler Bischoff analysiert das Zustandekommen und die Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzkrise auf die Weltwirtschaft. Nach seiner Ansicht führt es zu einem gefährlichen Trugschluss, wenn nur auf die Rückwirkung der Immobilien-, Finanz- und Kreditkrise gestarrt werde, da die Immobilienkrise in den USA lediglich den auslaufenden letzten Konjunkturzyklus überlagere. Diesen erörtert er im Kontext der gestiegenen Erdölpreise, der Abschwächung der Konjunktur und der Immobilienblase in den USA: 'Aus der in den letzten Jahren entstandenen Kreditblase entweicht inzwischen die Luft. Angesichts fallender Häuserpreise und steigender Zinsen sind zunächst die Kreditketten bei den einkommensschwachen Haushalten gerissen. In dem Bereich der Hypothekarkredite mit höherem Risiko hat eine Konkurswelle etliche Banken und Vermittler aus dem Markt gefegt' (34). Die Turbulenzen auf dem Hypothekenmarkt seien dann auf den Aktienmarkt überggesprungen. Bischoff analysiert auch die speziellen Auswirkungen der Finanzkrise auf den deutschen Markt. Insgesamt bewertet er die Krise als einen Beweis für das Scheitern des Neoliberalismus und verweist die Selbstheilungskräfte des Marktes ins Reich der Mythologie. (ZPol, NOMOS)

[173-L] Boll, Stephan:

**Intergenerationale Umverteilungswirkungen der Fiskalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: ein Ansatz mit Hilfe des Generational Accounting**, (Finanzwissenschaftliche Schriften, Bd. 66), Frankfurt am Main: P. Lang 1994, 241 S., ISBN: 3-631-48004-0 (Standort: UB Bielefeld(361)-SO160B691)

**INHALT:** "Vom Staat ausgelöste Umverteilungen zwischen Generationen sind ein vieldiskutiertes Problem in der Ökonomik. Ein Schwerpunkt des Interesses richtet sich auf die durch staatliche Verschuldungspolitik verursachte Lastverschiebung in die Zukunft. Welche Belastungen zukünftiger Generationen durch andere staatliche Politikmaßnahmen oder als Folge der demographischen Entwicklung entstehen können, blieb bislang vor allem empirisch weitgehend im Verborgenen. Dieser Band greift die Fragestellung auf und erläutert auf Grundlage der Modelle überlappender Generationen Umverteilungswirkungen und Möglichkeiten zu ihrer quantitativen Erfassung. Vorgestellt wird das in einigen Ländern bereits gebräuchliche Generational Accounting, und erstmals erfolgt eine umfassende Anwendung dieses Konzepts auf den staatlichen Sektor der Bundesrepublik Deutschland." (Autorenreferat)

[174-L] Boris, Dieter:

**Die Krise als Folge und Ausdruck globaler Ungleichgewichte**, in: Reiner Diederich (Hrsg.) ; Gerhard Löhlein (Hrsg.) ; Hans See (Adressat): Entfesselte Wirtschaft - gefesselte Demokratie, Frankfurt am Main: Nomen, 2009, S. 11-26, ISBN: 978-3-939816-11-9

**INHALT:** Für die gegenwärtige Finanz- bzw. Wirtschaftskrise werden zahlreiche Determinanten angeführt, denen jeweils unterschiedliche Gewichte zugeordnet werden: Immobilienkrise, spekulative Blasen durch übermäßige Ausdehnung von Krediten, Anwendung und Multiplikation neuer, intransparenter Finanzinnovationen etc. Die Niedrigzinspolitik von Staaten bzw. von den entsprechenden Zentralbanken, die Schwächen offizieller Überwachungsinstitutionen, die interessierten Fehlurteile der Rating-Agenturen, die Entlassung vieler Finanztransaktionen aus dem Kompetenzbereich öffentlicher Kontrolle u. a. m. Selten aber werden globale Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft genannt oder näher ausgeführt. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass und wie die aktuelle Krise zu einem bedeutenden Teil auf die globalen Ungleichgewichte zurückgeht und diese zumindest zurückgefahren und begrenzt werden müssen. Für den Autor ist dies aber kein technisches Problem, der Saldenmechanik oder einer zufälligen regionalen Verzerrung, sondern primär ein Verteilungs-, Zugangs- und Machtproblem. Mit der Reduzierung und Begrenzung der globalen Ungleichgewichte wird eine säkular Verschiebung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Machtkonstellation einhergehen, die einen klaren Terrainverlust der USA und der EU impliziert. Dies ist eine Tendenz, die nicht erst mit der aktuellen Krise sichtbar geworden ist (sie zeichnet sich seit etwa 20 bis 30 Jahren ab), sondern es ist ein weiterer großer Schritt in diese Richtung, welcher durch die gegenwärtige "Jahrhundertkrise" ermöglicht und beschleunigt herbeigeführt worden ist. (ICA2)

[175-L] Bris, Arturo:

**Financial meltdown**, in: Nayef R.F. Al-Rodhan (Hrsg.): Potential global strategic catastrophes : balancing transnational responsibilities and burden-sharing with sovereignty and human dignity, Hamburg: Lit Verl., 2009, S. 167-176, ISBN: 978-3-643-80004-6

**INHALT:** Der Beitrag diskutiert einige Gründe der Finanz- und der daran anschließende Weltwirtschaftskrise von 2007/08 mit ihren "katastrophalen" Folgen. Neue Risiken für das Weltwirtschaftssystem zeigten sich schon im Rahmen des neoliberalen Projekts seit Mitte der 1980er Jahre: der weltweite Börsenkrach 1987, die Peso-Krise in Mexiko 1994, die Ostasienkrise 1997/98, und der Zusammenbruch des gesamten russischen Finanzierungssektors im August 1998, bei dem der russische Aktienmarkt fast vier Fünftel seines Wertes einbüßte. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten dieser Krisen hatten im Wesentlichen die Schwellenländer zu tragen. Als das Außenhandels- und Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten in den 1970er- und 1980er-Jahren bedrohliche Ausmaße erreichte und die Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie bedenklich abnahm, verlagerten die USA die damit einhergehenden Kosten - nicht zuletzt durch eine exorbitante Aufrüstung - durch geldpolitische

Maßnahmen auf den "Rest der Welt". Sie finanzierten ihr Wachstum und eine Hegemonialpolitik, indem sie sich zum größten Schuldnerland der Welt entwickelten. Hochspekulative Investmentfonds haben das Wachstum der grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen auf den Aktien- und Wertpapiermärkten und die folgende "katastrophale" Entwicklung eines Beinahe-Zusammenbruchs der Weltwirtschaft erheblich beschleunigt. (ICA)

[176-L] Candeias, Mario:

**Konjunktoren der Krise**, in: Kurswechsel : Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 2011, H. 1, S. 53-60 (Standort: USB Köln(38)-XG9232)

**INHALT:** "Aufschwung. Die Krise ist vorüber." hieß es in Deutschland im zweiten Halbjahr 2010. Doch große strukturelle oder "organische" Krisen wie die gegenwärtige, verlaufen in unterschiedlichen Konjunktoren. Einige haben die Bürger bereits erlebt: Finanzkrise, Weltwirtschaftskrise, Schuldenkrise, Repräsentationskrise. Der nächste Akt des Dramas mit "Währungskrieg" und neuer Rezession steht bevor. Denn schon die grundlegenden ökonomischen Ursachen der Krise werden nach Meinung des Autors nicht bekämpft - im Gegenteil: die Form der Bearbeitung der Krise bereitet jeweils die nächste Krisenkonjunktur vor. Seine vorantreibende gesellschaftliche Funktion hat der Neoliberalismus verloren und es mangelt an ausreichenden Expansions- und Entwicklungsmöglichkeiten, um sowohl den Akkumulationsbedürfnissen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lage nach zu kommen. Zur Zeit verschiebt sich der Brennpunkt der Krise und ein Krisenmanagement soll die Verdichtung der Krisen verhindern. Zum Teil gelingt dies auch, jedoch bereitet die Form der Bearbeitung der Krise jeweils die nächste Krisenkonjunktur vor. Die einzelnen Momente der Krise sind also nicht zufällig, verdichten sich oder nicht, sondern sind auf engste miteinander verbunden. Der Autor verdeutlicht dies in seinem Beitrag anhand einiger ökonomischer Beispiele. (ICI2)

[177-L] Candeias, Mario:

**Krise der Privatisierung**, in: Mario Candeias (Hrsg.) ; Rainer Rilling (Hrsg.) ; Katharina Weise (Hrsg.): Krise der Privatisierung : Rückkehr des Öffentlichen, Bonn: Dietz, 2009, S. 9-24, ISBN: 978-3-320-02182-5

**INHALT:** Bereits vor der dramatischen Zuspitzung der Finanz- und Wirtschaftskrise ließ sich nach Meinung des Autors eine Krise der Privatisierung mit Blick auf eine schwindende Legitimation, Effizienz und Profitabilität feststellen. Im gesellschaftlichen Klima werden Verschiebungen deutlich, die den Anti-Privatisierungskampagnen Erfolge bescheren und Rekommunalisierungen sowie die Debatte um das Öffentliche befördern. Doch Krisen ziehen nicht unbedingt das Ende von Privatisierungen als vielmehr Versuche und Strategien ihrer Effektivierung nach sich. Denn jenseits der Finanz- und Wirtschaftskrise stecken die Privatisierung selbst und die sie tragende Ideologie des Neoliberalismus in der Krise. Zudem wies der Trend der vergangenen Jahre in Richtung Deprivatisierung, wie der Autor im vorliegenden Beitrag näher ausführt. Seiner These zufolge waren weder der paternalistische und fordistische Wohlfahrtsstaat, noch der neoliberale Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche Effizienz in besonderem Maße emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt sollte seines Erachtens die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten und die Transparenz des Staates im Sinne Gramscis realisieren. Die Entscheidungen über öffentliche Haushalte und Finanzen sollten stärker demokratisiert werden, wozu die "partizipativen Haushalte" ein möglicher Ansatz sind. (ICI2)

[178-L] Deppe, Frank:

**Politisches Denken im 20. Jahrhundert: Bd. 4, politisches Denken im Übergang ins 21. Jahrhundert ; Rückfall in die Barbarei oder Geburt einer neuen Weltordnung?**, Hamburg: VSA-Verl. 2010, 438 S., ISBN: 978-3-89965-402-8

**INHALT:** Mit dem vorliegenden Band wird das Projekt "Politisches Denken im 20. Jahrhundert", dessen erster Band im Jahr 1999 erschien, abgeschlossen. Die bisher vorgelegten Bände folgen einer einheit-



lichen Systematik. Der letzte Band widmet sich der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges und der welthistorischen Wende von 1989-91: dem Ende der Bipolarität, aber auch der Erosion der "Pax Americana", den mit dem Aufstieg der "Schwellenländer" (vor allem China und Indien) veränderten Kräfteverhältnissen in der Weltwirtschaft, der Großen Krise des Finanzmarktkapitalismus und den ökologischen Gefahren des 21. Jahrhunderts. Dabei handelt es sich um keine abgeschlossene Epoche, sondern um bis heute offene Entwicklungsprozesse: geprägt durch den neoliberalen Rollback, die Neuformierung sozialliberaler Modernisierungsstrategien (Tony Blair/Anthony Giddens), das "unvollendete Projekt der Aufklärung" (Jürgen Habermas), die Renaissance und Politisierung der Religionen: iranische Revolution (Chomeini), Katholizismus (Joseph Ratzinger), die USA des George W. Bush. Der Autor verfolgt auch die krisenhaften Umbruchprozesse durch die Zurücknahme des Staates aus der Wirtschaft, Schwächung der Gewerkschaften, Abbau von Sozialleistungen und kollektiver Rechte der Lohnabhängigen, also die "Entfesselung" der (angeblichen) Selbstregulierungspotenziale des Marktes. (ICA2)

[179-L] Deutschmann, Christoph:

**Die Finanzmärkte und die Mittelschichten**, in: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.) ; Kathy Kursawe (Mitarb.) ; Margrit Elsner (Mitarb.) ; Manja Adlt (Mitarb.): Unsichere Zeiten : Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen ; Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008. Bd. 1 u. 2, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010, S. 639-655, ISBN: 978-3-531-16817-3

**INHALT:** "Die lange Phase wirtschaftlicher Prosperität nach dem zweiten Weltkrieg hat dazu geführt, dass - bei anhaltender starker sozialer Ungleichheit der Vermögensverteilung - beträchtliche Finanzvermögen auch bei den Mittelschichten der fortgeschrittenen Industriegesellschaften Westeuropas, der USA und Japans entstanden sind. Gleichzeitig ist eine zunehmend instabile, durch Finanzkrisen und sinkende wirtschaftliche Wachstumsraten gekennzeichnete wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten. In der Vorlesung sollen die Zusammenhänge zwischen beiden Phänomenen betrachtet werden." (Autorenreferat)

[180-F] Döring, Diether, Prof.Dr. (Leitung):

**Betriebliche Altersversorgung/ Pensionsfonds und Staat-Privat-Arbeitsteilung in ausgewählten europäischen Ländern - mit einigen Überlegungen zu möglichen Rückwirkungen der Finanzkrise**

**INHALT:** Viele europäische Wohlfahrtsstaaten haben die Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentensysteme reduziert. Zum Ausgleich wird seit langem eine stärkere Rolle der kapitalgedeckten Zusatzsicherung, insbesondere der betrieblichen Altersversorgung gefordert, für deren weitere Ausgestaltung die Kenntnis europäischer Strategien nötig ist. Kontext/ Problemlage: Vor dem Hintergrund von Finanzierungsproblemen sind die gesetzlichen Rentenniveaus in vielen europäischen Wohlfahrtsstaaten reduziert worden. Zum Ausgleich wird durchweg eine stärkere Rolle der kapitalgedeckten Zusatzversorgung, insbesondere der betrieblichen Altersversorgung gefordert. Auch für die deutsche Strategie ist es wichtig, die Vorgehensweise anderer europäischer Wohlfahrtsstaaten in der Zusatzsicherung zu analysieren und Ergebnisse für die deutsche Sozialpolitik nutzbar zu machen. Fragestellung: Die erste Hauptfragestellung richtet sich auf die Art der Arbeitsteilung zwischen Staatssystemen und der betrieblichen Zusatzsicherung. Die zweite Hauptfragestellung richtet sich auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Gestaltung der betrieblichen Altersversorgung selbst. Angesichts der Finanzkrise ist es unvermeidbar, dass die Studie auch die Rückwirkungen des Einbruchs an den Finanzmärkten auf die Vermögenswerte der betrieblichen Altersversorgungssysteme betrachtet, um Folgerungen ziehen zu können. Darstellung der Ergebnisse: 1. Bezüglich der Ergebnisse zeigt sich für die Frage der Staat-Privat-Arbeitsteilung, dass es in den betrachteten europäischen Ländern durchweg eine stärkere Konzentration der Leistungen der ersten Säule auf die Stützung von Niedrigeinkommen und unterbrochenen Erwerbsbiographien gibt. 2. Für die betrieblichen Systeme lässt sich für die Mehrzahl der europäischen Länder feststellen, dass es einerseits eine starke Tendenz zur gemeinsamen Finanzierung dieser Systeme gibt und dass andererseits durch stärker verpflichtende Lösungen versucht wird, die Leistungen allen Beschäftigten zugute zu bringen. 3. Die Rückwirkungen der Finanzkrise haben die Vermögenswerte der betrieblichen Altersversorgung sehr unterschiedlich getroffen. Die Verluste

waren im Jahre 2008 dort hoch, wo die Anlage stark auf Aktien und Unternehmensbeteiligungen setzten. Sie waren dort eher niedrig, wo stärker sicherheitsorientierte Strategien dominierten.

**METHODE:** Die Untersuchung verwendet, abgesehen von eigenen theoretischen Überlegungen, Elemente der nationalen Fachliteratur in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweiz und der Niederlande. Zurückgegriffen wird darüber hinaus auf Datenreihen und vergleichende Untersuchungen der OECD und der Europäischen Gemeinschaft.

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Döring, Diether: Betriebliche Altersversorgung/ Pensionsfonds und Staat-Privat-Arbeitsteilung in ausgewählten europäischen Ländern. Arbeitspapier, 187. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung Januar 2010, 40 S.

**ART:** gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

**INSTITUTION:** Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main (Mertonstr. 30, 60325 Frankfurt am Main)

**KONTAKT:** Leiter (e-mail: d.doering@em.uni-frankfurt.de)

[181-L] Ehalt, Hubert Christian; Liessmann, Konrad Paul; Hopf, Wilhelm (Hrsg.):

**Kritik & Utopie: Positionen & Perspektiven**, Wien: Lit Verl. 2009, VII, 462 S., ISBN: 978-3-643-10147-1

**INHALT:** "Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur bedürfen einer ständigen kritischen Supervision.

Die Bewahrung und Gestaltung demokratischer Strukturen und Spielregeln geschieht nicht von alleine. Macht- und Herrschaftskonstellationen haben ein Interesse an Verschleierung und Vernebelung und an Affirmation, und sie scheuen Öffentlichkeit. Aufklärung und Kritik sind und bleiben daher notwendige Umgangs- und Gestaltungsprinzipien des Sozialen. Gesellschaft und Politik brauchen kreative, unkonventionelle und mutige Gestaltungsvorschläge, die jedenfalls davon ausgehen können, dass noch nicht alle Chancen und Möglichkeiten, die Welt gleichermaßen demokratisch und solidarisch zu gestalten, ausgeschöpft sind. Die Entwicklung von Vorstellungen über ein gutes, wahres und schönes Leben - im Buchtitel mit dem Begriff Utopie angesprochen - ist notwendig, wenn man sich anschickt, das offensichtlich Falsche zu kritisieren. Der Band versammelt 93 Positionen zum Gegenwärtigen und Vorschläge und Perspektiven für Solidarität, soziale Fairness, Gerechtigkeit, Offenheit und Demokratie." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Hubert Christian Ehalt: Warum Kritik? Warum Utopie? (1-4); Konrad Paul Liessmann: Kritik und Utopie (5-7); Friedrich Achleitner: Architekturkritik? (8); Hannes Androsch: Vexierbild ideale Marktwirtschaft (9-13); Aleida Assmann: Die Zukunft der Erinnerung an den Holocaust (14-17); Jan Assmann: Kritik und Utopie: Über alternative Imagination (18-21); Ursula Baatz: Ist Solidarität mit Migranten strafwürdig? (22-26); Brigitte Bailer: Rückstellung und Entschädigung als konkrete Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit (27-30); Sandor Bekesi: Stadt der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Auf dem Wiener Pflaster - einmal anders (31-35); Gerhard Botz: Von Notwendigkeit und Gefahren der Utopien (36-42); Johann Dvorak: Von der Kritik der Unverschämtheit und vom Möglichkeitssinn (43-46); Josef Ehmer: Erst die Arbeit, dann das Spiel? Für eine Umverteilung von Arbeit und Freizeit im Lebenslauf (47-51); Irmgard Eisenbach-Stangl: Vom (Drogen-)Markt verschlungen ... (52-56); Christian Felber: Geburtstagsgrüße aus Utopia (57-60); Gero Fischer: Universitärer Alltag: Wo waren wir, wo stehen wir heute? (61-67); Roland Fischer: Gesellschaft als Bildungsprozess (68-71); Konstanze Fliedl: salus et solatio (72-76); Ulrich Gansert: Die Utopie der Selbstversorgung (77-86); Peter Gerlich: Aufbruch statt Abbruch (87-89); Roland Girtler: Erzherzog Johann - der heuchlerische Fürst. Studenten und Heinrich Heine (90-96); Wolfgang Greisenegger: Spots auf die Bühne (97-101); Martin Haselböck: Komponieren heute (102-103); Susanne Heine: Utopische Ambivalenzen (104-108); Peter Heintel: Kritik und Utopie (109-113); Bodo Hell: Sanfte Winterroute (114-121); Adolf Holl: Der feuerrote Drache (122-125); Wilhelm Hopf: Mini (126-129); Friedrun Huemer: Das Asylrecht ist uns heilig (130-133); Peter Huemer: Utopie totale Sicherheit/totale Überwachung (134-138); Martina Kaller-Dietrich: Kritik und Utopie bei Ivan Illich. Die Wirtschaftskrise als Wende auf dem Weg zur Befreiung (139-143); Peter Kampits: Krise der Ökonomie - Renaissance der Ethik (144-147); Klaus Kastberger: Kritik und Utopie: Marianne Fritz (1948-2007) (148-151); Ruth Klüger: Sozialkritik und literarische Utopie (152-155); Anny Knapp: Flüchtlinge (156-159); Hermann Knoflacher: Evolution als Ergebnis von Kritik und Utopie (160-164); Helmut Konrad: Von welcher Bildung reden wir? (165-168); Hubsi Kramar: Fallbeispiel - Aufklärung (169-180); Helmut Kramer: Zur Krise der politischen Klasse (181-184); Karin Küblböck: Eine neue Finanzordnung ist nötig

(185-190); Herbert Lachmayer: Aktiv dekadent: ein galantes Utopie-Format (191-195); Peter Lachnit: Über ein Unternehmen, das die Kritik auch im Namen führte (196-199); Ferdinand Lacina: "Freie Märkte" - Das Ende einer Utopie? (200-203); Rudolf zur Lippe: Utopie und Kritik (204-214); Klara Löffler: Standortfragen (215-219); Kurt Luger: Die Dekonstruktion des revolutionären Subjekts und seine Rekonstruktion (220-225); Walter Meissl: Das Knarren der Tür - Eine erkenntnispraktische Utopie (226-230); Alexandra Millner: Schule ohne Utopie? Kritik der Lehrerkritik (231-234); Michael Mitterauer: Solidarität in einer geschwisterlosen Gesellschaft? (235-239); Peter Moechl: Die Krisen-Macher - Zur Utopie selbstreferenzieller Wertschöpfung (240-243); Wolfgang Neugebauer, Heribert Schiedel: Zur Kraft der "Natur". Rechtsextremismus als Biologismus (244-248); Kurt Neumann: Briefe noch ohne Antwort (249-252); Andreas Novy: Europa braucht eine Utopie, keine Mythen (253-256); Peter Pawlowsky: Beglaubigung der Zukunft (257-261); Anton Pelinka: Utopie als Kritik oder Was die Demokratie braucht, das ist eine negative Utopie (262-265); Rotraud A. Perner: Liebe - nur Brot der Armen? (266-269); Alfred Pfabigan: Ökonomische und kulturelle Krisen (270-275); Alfred Pfoser: Das Buch, seine LiebhaberInnen und die Zukunft der Bibliotheken (276-280); Martina Pippal: Wider die Apartheid der artes (281-285); Evelyne Polt-Heinzl: Die Windmühlen des Zeitgeistes oder Ego-Trips und Denkblockaden in der Krise (286-291); Marianne Popp: Ökologie und Utopie (292-293); Alfred Pritz: Was wir vom Scheitern lernen können (294-297); Sonja Puntischer-Riekmann: Europas gekreuzte Utopien (298-300); Oliver Rathkolb: "Versessen auf Wissenschaft" - Vergessene demokratiepolitische Utopien um 1945 (301-306); Erwin Riess: Utopien hinter dem Tanklager. Eine Groll-Geschichte (307-311); Michael Rohrwasser: Die Utopie des Wir (312-315); Leopold Rosenmayr: Kritik und Ideologie im Hinblick auf das Altern (316-320); August Ruhs: Krise und Kritik (321-325); Elisabeth von Samsonow: Informatische Anthropophagie (326-330); Edith Saurer: Kritische Analyse und das Problem von Unsichtbarkeit; am Beispiel des Paragraph 91 ABGB (331-334); Michael Schmidt: Kritik, diesseits der Utopie oder Zur Unumgehbarkeit von Dilettantismus (335-338); Dieter Schrage: Was blieb von der Grünen Alternativen? (339-343); Franz Schuh: Österreich-Kritik (344-347); Wolfgang Schulz: Kritik an Gesellschaft: eine globale, österreichische und individuelle Perspektive (348-353); Rolf Schwendter: Zu "Kritik und Utopie" (354-357); Robert Sommer: Zur Utopie der gefängnislosen Gesellschaft. Wie Charly K. durch die Haft so gebessert wurde, dass er diese nun abschaffen will (358-361); Alfred Springer: Ein Versuch über die Notwendigkeit des Unerwünschten (362-370); Marianne Springer-Kremser: Zurück zur normalen Trauer - gegen Pathologisierung und Kommerzialisierung von Trauerprozessen (371-375); Peter Stiegnitz: Kritik an der "Utopie" (376-379); Daniela Strigl: Die Journalle - das sind die anderen. Fragmente einer Medienkritik (380-383); Jan Tabor: Traktat über das Formproblem der Utopie (384-391); Emmerich Tálos: Grundsicherung: eine reale und notwendige Utopie (392-396); Andrea Traxler: Direkt Indirektes (397-400); Manfred Wagner: Verwissenschaftlichung als gesellschaftliches Risiko? (401-404); Elsbeth Wallnöfer: Heimat, verflucht die Utopie! (405-409); Andreas Weigl: Das (De-)Regulierungsparadoxon (410-414); Otmar Weiss: Sport verbindet und Doping trennt (415-418); Manfred Welan: Leben wir nicht doch in der besten aller Welten? (419-423); Claudia von Werlhof: Kritik der Utopie (424-427); Herbert J. Wimmer: Utopie für alle (428-432); Beate Wimmer-Puchinger, Michaela Langer: Wa(h)re Schönheit - Wa(h)re Körper? (433-437); Verena Winiwarter: Von der gemessenen zur gesellschaftlich bedeutenden Wissenschaft. Eine Utopie (438-441); Ruth Wodak: Das Ende der Aufklärung? (442-446); Anton Zeilinger: Zur Natur des Zufalls (447-450).

[182-L] Ferguson, Niall:

**Komplexität und Kollaps: Imperien am Rande des Chaos**, in: Europäische Rundschau :

Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 38/2010, Nr. 2, S. 81-91 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der Beitrag erörtert mit Blick auf die aktuelle politische internationale Lage aber auch auf die politische Geschichte die These, wonach Staaten mit zunehmender Größe und Komplexität Gefahr laufen, zusammenzubrechen. In das Thema einführend, wird zunächst kurz über den aktuellen Forschungsstand zu diesem Thema referiert, wobei die wichtigsten Ansätze unter anderem von P. Kennedy und J. Diamond Erwähnung finden. Vor diesem Hintergrund werden sodann folgende Aspekte näher betrachtet: (1) die wachsende Überalterung als Herausforderung für eine Großmacht am Beispiel der USA, (2) die Auslöser für den Zusammenbruch eines bislang gut funktionierenden Systems, (3) die Begriffsbestimmung komplexer Systeme, (4) Verstärkereffekt und Potenzverteilung, (5) der

Untergang des römischen Imperiums, (6) die Untergänge der Reiche China, Frankreich, Habsburg und der Sowjetunion, (7) Fiskalkrisen als Ursache von imperialen Zusammenbrüchen sowie (8) die neue Weltwirtschaftskrise seit 2008. (ICG2)

[183-L] Fülberth, Georg:

**Drôle de crise - Die (zunächst) heitere Krise**, in: Reiner Diederich (Hrsg.) ; Gerhard Löhlein (Hrsg.) ; Hans See (Adressat): Entfesselte Wirtschaft - gefesselte Demokratie, Frankfurt am Main: Nomen, 2009, S. 79-86, ISBN: 978-3-939816-11-9

**INHALT:** 1992 kam es in Großbritannien, Italien, Schweden, Spanien, 1993 in Finnland, 1994/95 in Mexiko, 1997 in Südostasien, 1997 in Indonesien, Malaysia, Süd Korea, Thailand und Tschechien, 1998 in Russland, 1999 in Brasilien, 2000/2001 in der Türkei, 2000/2002 in Argentinien zu schweren Währungs- und Finanzkrisen. Für das Kapital mussten aber immer wieder Wege in die Produktion gefunden werden, denn eine Vermehrung in der Spekulation ist nur fiktiv möglich. Nachfrage vermittelte ein Wirtschaftszweig, der seit 1973 überdimensional wuchs: die "Finanzindustrie" oder Finanzdienstleistungsbranche. Der Autor bietet hier folgende Erklärung: Sie nahm das Geld auf, das sich die geschwächte Arbeiterklasse im Verteilungskampf nicht mehr sichern konnte. Diese spürte das Nachlassen ihrer Kaufkraft nicht sofort. Die Lohnlücke wurde vor allem in den USA einige Zeit durch Kredite geschlossen. Auch wer wenig verdiente, konnte sich ein Haus kaufen. Wertete es spekulativ auf, so wuchs die Kaufkraft der Verschuldeten. Die Beschlüsse des G 20-Gipfels bleiben vor diesem Hintergrund "Symptompfuscherei". Sie setzen an der Spekulation an, die aber nicht eine Ursache ist, sondern eine Folge, nämlich einer Überakkumulation von Kapital bei gleichzeitiger Überproduktion durch die "Realwirtschaft". Diese wird durch die Beseitigung von Steueroasen, die Beschneidung von Bonus-Zahlungen, die Kontrolle von Hedgefonds nicht behoben, eher sogar verschärft. (ICA2)

[184-L] Funk, Lothar (Hrsg.):

**Anwendungsorientierte Marktwirtschaftslehre und Neue Politische Ökonomie: wirtschaftspolitische Aspekte von Strukturwandel, Sozialstaat und Arbeitsmarkt ; Eckhard Knappe zum 65. Geburtstag**, Marburg: Metropolis-Verl. 2008, 685 S., ISBN: 978-3-89518-687-5

**INHALT:** Aktueller kann eine Festschrift kaum sein. Sowohl zur internationalen Finanzkrise 2008 als auch zur Marktwirtschaft, zur Reform des Gesundheitswesens und zu Demografie und Rentensicherheit liefert der Sammelband zum 65. Geburtstag des Trierer Ökonomen Knappe präzise Analysen. Was Wolfgang Filc in seiner Analyse außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte über US-Leistungsbilanzdefizite, den damit zusammenhängenden 'Tanz auf dem Vulkan' (239), das Crash-Szenario für die Weltwirtschaft (225) und die Notwendigkeit globaler Kooperation zwischen Geber- und Nehmerländern schreibt, ist brillant analysiert. Allerdings war Filc bei der Abfassung wenige Monate vor Beginn der Finanzmarktkrise noch zu optimistisch. Es bedürfe 'keiner plötzlichen Kehrtwende', meinte er damals. 'Vielmehr ist Gradualismus gefordert'. Dagegen ist das Alternativ-Szenario 'Crash' und 'Desaster' (239) tatsächlich eingetreten. Mit der Finanzkrise steht auch die Marktwirtschaft auf dem Prüfstand. Auch die von Knappe vertretenen Positionen der 'neuen Politischen Ökonomie' mit stärkerem Wettbewerb und mehr Eigenvorsorge werden infrage gestellt. Das ändert nichts am Tatbestand, dass sowohl der ökonomische als auch der demografische Wandel die Wohlfahrtsstaaten vor große Herausforderungen stellen, wie Werner Sesselmeier feststellt. Er plädiert für eine Neuausrichtung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen 'im Sinne einer nachhaltigen Sozialpolitik' (183). Auch die Gesundheitspolitik, ein Schwerpunkt Knappes, wird ausführlich diskutiert. Das 'Knappe-Modell Pauschalprämie in der Krankenversicherung - Ein Weg zu mehr Effizienz und mehr Gerechtigkeit' (372) habe in Politik und Wissenschaft breiten Widerhall gefunden, stellen Günter Neubauer und Andreas Beivers fest. Mit Mindest- und Kombilöhnen, der Tarifpolitik der Gewerkschaften, nachhaltiger Umweltpolitik, volkswirtschaftlichen Effekten des gegenwärtigen Bildungssystems und der Einordnung der Marktwirtschaft in europäische und internationale Politikfelder werden in der Festschrift weitere aktuelle Themen analysiert. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: J.- Matthias Graf von der Schulenburg: Sozialversicherungstheorie (21-36); Peter Oberender und Jürgen Zerth: Soziale Ziele und das Rationalitätsparadigma: Ein grundlegender Widerspruch wirtschaftspolitischer Gestaltung oder nur

"Schattenboxen"? (37-58); Gerold Blümle: Die Ideen von Adam Smith und die Praxis der Sozialpolitik (59-84); Andreas Freytag und Simon Renaud: Aktuelle Entwicklungen der Theorie der Wirtschaftspolitik: Die Rolle des Lernens (85-111); Gerwin Bell und Norikazu Tawara: The Size of Government and Economic Performance (111-161); Werner Sesselmeier: Sozio-ökonomischer Wandel: Ein Überblick (163-186); Michael Hüther: Angebotsorientierte Umweltpolitik (187-208); Wolfgang Filc: Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte: Anpassung versus Finanzierung bei globalisierten Finanzmärkten (209-240); El-Shagi El-Shagi und Makram El-Shagi: Globalisierung und Dritte Welt (241-254); Eric Owen Smith: Germany and the Dynamics of European Economic Integration (255-324); Axel Plünnecke und Hans-Peter Klös: Volkswirtschaftliche Effekte des gegenwärtigen Bildungssystems (325-351); Volker Ulrich, Brit S. Schneider und Udo Schneider: Gesundheit, Gesundheitsverhalten und Bildung (353-370); Günter Neubauer und Andreas Beivers: Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft als Kompass zur Neuordnung der Gesundheitsversorgung in Deutschland: Das Beispiel der vertragsärztlichen Versorgung (371-392); Stephan Burger, Hans-Joachim Jobelius und Beate Männel: Wachstumsmarkt Gesundheit - Hoffnungsträger oder Schreckgespenst? (393-420); Dieter Cassel und Katrin Nihalani: Präferenzgerechte Versorgungsangebote zur Kundenbindung im Kassenwettbewerb - Zur Rolle der Conjoint-Analyse im Kundenbindungsmanagement von Krankenkassen (421-436); Ulrich Roppel: Zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (437-460); Eberhard Wille und Christian Igel: Pflegereform: Vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren? (461-495); Michael Grömling: Die wirtschaftspolitische Problematik der Lohnquote (497-520); Bernhard Külpe: Kritische Anmerkungen zu einigen lohnpolitischen Konzepten (521-546); Werner Eichhorst: Kombilöhne und Mindestlöhne als Instrumente der Beschäftigungspolitik - Erfahrungen und Handlungsoptionen (547-578); Hagen Lesch: Tarifrechtsökonomik: Eine Einführung (579-608); Heinz-Dieter Harges: "Flexicurity" als beschäftigungspolitische Strategie in der Europäischen Union (609-632); Lothar Funk: Observations on European Flexicurity Policies (633-670).

[185-L] Funk, Lothar:

**Kontroverse volkswirtschaftliche Interpretationen zur Finanzmarktkrise: einige kritische Anmerkungen**, in: Sozialer Fortschritt : unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik, Jg. 58/2009, H. 4, S. 79-83 (Standort: USB Köln(38)-Haa1098; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; dx.doi.org/10.3790/sfo.58.4.79)

**INHALT:** "Als Folge der von den USA ausgehenden Finanzkrise, die sich durch die globale Vernetzung insbesondere seit Mitte September 2008 praktisch weltweit ausgeweitet hat, wird im Jahr 2009 vielfach die schwerste Rezession der Weltwirtschaft seit Jahrzehnten erwartet. Stark vereinfachend lassen sich - so der Beitrag - drei theoretische Interpretationen der Krise und ihrer Ursachen unterscheiden: keynesianisch nachfrageseitig, marktfundamentalistisch/ libertär sowie ordnungsökonomisch bzw. ordoliberal. Jede dieser Positionen führt zu unterschiedlichen Implikationen für die künftige Regulierung. Die jeweiligen Hauptstärken und Hauptschwächen dieser Ansätze werden im Artikel diskutiert. Der Aufsatz schließt mit wirtschaftspolitischen und ordnungsökonomischen Schlussfolgerungen, die dem Motto 'So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig' folgen und die Wahrscheinlichkeit von makroökonomischen 'Großunfällen' erheblich vermindern sollen." (Autorenreferat)

[186-L] Gnath, Katharina:

**Eile mit Weile: trotz aktueller Wirtschaftskrise sollte Europa die US-Regierung nicht unter Zeitdruck setzen, sondern selbst multilaterale Lösungen voranbringen**, in: Internationale Politik, Jg. 64/2009, Nr. 1, S. 62-68 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2009/januar/eile-mit-weile.html)

**INHALT:** Die Krise hat einmal mehr gezeigt, so die Verfasserin, dass das Schicksal einzelner Volkswirtschaften untrennbar miteinander verbunden ist. Nicht zuletzt hat sich die internationale Zersplitterung des Finanzaufsichtssystems als ein Teil des Problems erwiesen. Die Verfechter der Abkopplungsthese sind damit grundlegend widerlegt worden. Maßnahmen zur Bewältigung der Krise und zur Offenhaltung der Märkte müssen international abgestimmt sein, um Bestand zu haben. Multilaterale Lösungen sind deshalb in Europas Interesse. Europa kann im Alleingang nicht viel ausrichten, wenn es um die Lösung der drängenden weltwirtschaftlichen Probleme geht. Oft spricht es nicht ein-

mal mit einer Stimme, was das europäische Gewicht in multilateralen Verhandlungen erheblich verringert. Dies gilt vor allem für die Finanzpolitik, wo man sich selbst in der Eurozone bisher nicht auf eine Vereinheitlichung der Finanzmarktregulierung einigen konnte. Nichtsdestoweniger darf Europa nicht tatenlos zusehen oder enttäuscht von seinen multilateralen Interessen Abstand nehmen. (ICF2)

[187-F] Grossman, Emiliano; Woll, Cornelia, Dr.phil. (Bearbeitung):

**Die politische Ökonomie der Bankennothilfe in Europa und den USA**

**INHALT:** Über die optimale Antwort auf die Bankenkrise ist viel debattiert worden; auf die große Diversität von Finanzhilfep länen in den verschiedenen Ländern sind jedoch bisher wenige Untersuchungen eingegangen. Warum setzen manche Regierungen ungewöhnlich hohe Summen von Steuergeldern ein, während andere überhaupt nicht intervenieren, und was bestimmt die Entscheidung für die Zusammensetzung welcher der vorhandenen Optionen? Mit einer Analyse der verschiedenen Finanzhilfestrategien in Europa und Nordamerika zeigt das Projekt, dass Bankennothilfepolitik weder gänzlich von den Ausmaßen einer Finanzkrise gesteuert wird, noch allein das Resultat erfolgreicher Lobbyarbeit der Banken bei ihren Bemühungen um staatliche Unterstützung ist. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa, USA

**ART:** keine Angabe *BEGINN:* 2010-01 *ENDE:* 2011-05 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Science Po (27 rue Saint-Guillaume, 75337 Paris, Frankreich); Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

**KONTAKT:** Institution (Tel. 0221-2767-0, Fax: 0221-2767-430, e-mail: info@mpifg.de)

[188-L] Hagemann, Harald; Krämer, Hagen (Hrsg.):

**Keynes 2.0 - Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und**

**Wirtschaftspolitik**, (Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft, Bd. 23), Marburg: Metropolis-Verl. 2011, 434 S., ISBN: 978-3-89518-821-3

**INHALT:** "Ausgelöst durch die globale Rezession 2008/09 ist ein neues Interesse an der Lehre von John Maynard Keynes entstanden. Unter Bezugnahme auf Keynes wurde weltweit mit kräftigen Zinssenkungen und einer antizyklischen Fiskalpolitik auf die größte Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der 1930er Jahre reagiert. So stellt sich nun erneut die Frage, was die Lehren von Keynes zur Erklärung und Bekämpfung von Wirtschaftskrisen beitragen können? Welche Erweiterungen und Anpassungen der keynesianischen Theorie sind im Lichte der Kritik am Keynesianismus und angesichts der jüngsten Entwicklungen notwendig? Inwieweit liegt der Krise ein Marktversagen, ein Politikversagen, ein Versagen der herrschenden Wirtschaftstheorie zugrunde? Diese und andere Fragen werden in den Beiträgen des vorliegenden Bandes diskutiert, der aus einer gemeinsamen Tagung des Arbeitskreises Politische Ökonomie und der Keynes-Gesellschaft in Karlsruhe hervorgegangen ist." (Autorenreferat) Inhaltsverzeichnis: Einleitung der Herausgeber (7-26); Jürgen Kromphardt: Finanzmärkte und Realwirtschaft in der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 und in Keynes' General Theory (27-52); Peter Spahn: Die neukeynesianische Makroökonomie im Spiegel konkurrierender Weltbilder (53-84); Oliver Landmann: Makroökonomische Kontroversen in Deutschland und die Krise von 2009 (85-110); Johannes Schmidt: Die Bedeutung der Saldenmechanik für die makroökonomische Theoriebildung (111-148); Eckhard Hein und Achim Truger: Finanzdominierter Kapitalismus in der Krise - Plädoyer für einen globalen keynesianischen New Deal (149-182); Hagen Krämer: Keynes, Globalisierung und Strukturwandel (183-216); Dirk H. Ehnts und Finn M. Körner: Wie die Leistungsbilanz die Kapitalbilanz klein erscheinen lässt (217-240); Theo Schewe: Das skandinavische Modell heute - ein Beispiel moderner keynesianischer Wirtschaftspolitik? (241-280); Harald Hagemann: Keynes 3.0. Zu den ökonomischen Möglichkeiten unserer Enkelkinder (281-304); Tobias Kronenberg: Perspektiven einer ökologischen post-keynesianischen Wirtschaftstheorie (305-336); Ronald Schettkat und Rongrun Sun: Zur (Nicht-)Neutralität der Geldpolitik (337-352); Klaus-Dieter John: Die Schuldenbremse als Instrument der Selbstbindung im politischen Entscheidungsprozess (353-390); Peter Kalmbach: Markt und Staat in zwei GTs: Keynes' General Theory und Polanyis Great Transformation (391-404); Heinz D. Kurz: Vom Fall und Wiederaufstieg einiger Ideen von Lord Keynes. Oder: Zum trostlosen Zustand einer "elenden Wissenschaft" (405-432).

[189-L] Hein, Eckhard; Truger, Achim:

**Finanzdominierter Kapitalismus in der Krise - Plädoyer für einen globalen keynesianischen New Deal**, in: Harald Hagemann (Hrsg.) ; Hagen Krämer (Hrsg.): Keynes 2.0 - Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Marburg: Metropolis-Verl., 2011, S. 149-182, ISBN: 978-3-89518-821-3

**INHALT:** Für die Verfasser stehen die Auswirkungen der Finanzialisierung auf wichtige makroökonomische Größen wie die Einkommensverteilung, den Konsum und die Sachkapitalinvestitionen im Vordergrund ihrer Krisenanalyse. Als Hauptursache der Wirtschafts- und Finanzkrise identifizieren sie - neben der unzureichenden Regulierung der Finanzmärkte - die wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung sowie die globalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen. Die damit zusammenhängenden Entwicklungen werden am Beispiel Deutschlands und der USA illustriert. Da nach Ansicht der Verfasser die USA in Zukunft nicht mehr als globale Konjunkturlokomotive werden agieren können, sprechen sie sich für einen globalen keynesianischen New Deal aus, um die drohende deflationäre Stagnation zu verhindern. Außer einer Re-Regulierung des Finanzsektors und einer effektiven internationalen makroökonomischen Koordinierung gehören nach Auffassung der Verfasser hierzu ebenfalls die Ausrichtung der makroökonomischen Politik an postkeynesianischen Prinzipien, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern und entstandene Ungleichgewichte zu beseitigen. (ICE2)

[190-L] Hein, Eckhard; Truger, Achim:

**Krise des finanzdominierten Kapitalismus: Plädoyer für einen keynesianischen New Deal für Europa und die Weltwirtschaft**, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 36/2010, H. 4, S. 481-517 (Standort: USB Köln(38)-XH1749; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die Autoren analysieren die der seit 2007 anhaltenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zugrunde liegenden langfristigen Ungleichgewichte des finanzdominierten Kapitalismus. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Entwicklungen in den USA und in Deutschland bzw. dem Euroraum. Wir argumentieren, dass jenseits der ineffizienten Regulierung des Finanzsektors die Schärfe der aktuellen Krise und die rasche Geschwindigkeit ihrer weltweiten Verbreitung hauptsächlich durch die wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung und durch zunehmende Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, insbesondere auch im Euroraum, hervorgerufen wurden. Hieraus folgt, dass in der nahen und fernen Zukunft die USA nicht mehr in der Lage sein werden, als Motor der Weltnachfrage zu fungieren. Um eine Periode der deflationären Stagnation in wesentlichen Regionen der Weltwirtschaft, insbesondere im Euroraum, und einen Kollaps der Europäischen Währungsunion zu vermeiden, schlagen die Autoren einen keynesianischen New Deal für Europa und für die Weltwirtschaft vor, der durch folgende Elemente geprägt sein sollte: 1. Eine Re-Regulierung des Finanzsektors, 2. eine Reorientierung der makroökonomischen Wirtschaftspolitik anhand (post-)keynesianischer Ideen und 3. eine Rekonstruktion der internationalen makroökonomischen Politikkoordination, insbesondere auf europäischer Ebene, sowie eine neue Weltfinanzordnung." (Autorenreferat)

[191-L] Heise, Arne:

**Finanz- und Steuerpolitik nach der Krise: sind die Weichen richtig gestellt?**, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus : Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, Jg. 27/2010, H. 1, S. 53-62 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X6424)

**INHALT:** Der Autor erläutert die Ausprägungen der Finanzkrise 2008/09 und wie die bundesdeutsche Politik auf die Krise reagierte. Ausgangspunkt waren die Risikogeschäfte von US-amerikanischen Banken, die zum Konkurs einiger Bankhäuser führten. In Deutschland waren davon auch einige Finanzinstitute betroffen. Im Weiteren erläutert der Verfasser die Auswirkungen der Krise auf die öffentlichen Haushalte und die dadurch gestiegene Staatsverschuldung. Der Autor beschreibt die Krisenreaktionen der alten Bundesregierung (CDU/CSU/SPD) - Stabilisierung des Finanzsektors und Stützung der Realwirtschaft - und die Steuer- und Finanzpolitik der neuen Bundesregierung (CDU/CSU/FDP) seit Herbst 2009. Der Verfasser wertet, dass die finanzpolitischen Weichenstellun-

gen der Großen Koalition sich als richtig erwiesen haben. Er kritisiert jedoch die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung, insbesondere das Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz, das seiner Maßgabe nach dysfunktional wirkt und das er als 'eine Vernebelung Orwell'schen Ausmaßes' bezeichnet. (ICC)

[192-L] Henneke, Hans-Günter (Hrsg.):

**Kommunale Verwaltungsstrukturen der Zukunft: neue Anforderungen aus demographischem Wandel, öffentlicher Finanzkrise, eGovernment und Europakompatibilität**, (Schriften zum deutschen und europäischen Kommunalrecht, Bd. 29), Stuttgart: Boorberg 2006, 252 S., ISBN: 3-415-03787-8 (Standort: UB Bonn(5)-2006/9496)

**INHALT:** "Die kommunalen Verwaltungsstrukturen der Zukunft waren Gegenstand des DLT-Professorengesprächs 2006, das auf Einladung des Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Rolf Gerlach, in Münster ausgerichtet wurde. Die Anlässe für die Themenwahl waren vielfältig und wurden in die systematische Aufbereitung einbezogen: Vom demographischen Wandel in Deutschland, vornehmlich in den neuen Ländern, und der öffentlichen Finanzkrise auf allen Ebenen geht ein erheblicher Druck auf die Konzentration von Verwaltungsstrukturen aus; das eGovernment bietet neue Möglichkeiten der Beschleunigung von Verwaltungsabläufen. Die Europakompatibilität von Verwaltungsstrukturen ist stärker in den Blick zu nehmen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Matthias Ruffert: Europarechtliche Vorgaben für Verwaltungs(struktur)reformen (11-22); Martin Burgi: Vergabe- und Wettbewerbsrecht als zusätzliche Maßstäbe für Verwaltungszusammenarbeit (23-44); Reinhard Hendler: Interkommunale Zusammenarbeit im Bau- und Planungsrecht (45-58); Utz Schliesky: Regelungsbedarf für elektronische Verwaltungsstrukturen (59-78); Georg Gorrisen: Interkommunale Kooperation in der Metropolregion Hamburg ein Praxisbericht (79-90); Kay Ruge: Verwaltungsreformen in den Bundesländern - ein Überblick (91-112); Hubert Meyer: Flächendeckende und isolierte Regionalkreisbildungen - ein Zukunftsansatz? (113-140); Joachim Jens Hesse: Regierungs- und Verwaltungsreform als Gesamtstaatliche Aufgabe (141-190); Hans-Günter Henneke: Zusammenfassung der Diskussion (191-228); Friedrich Schoch: Fazit zum Professorengespräch (229-242).

[193-L] Hirschhausen, Christian von:

**Infrastrukturpolitik nach der Finanz- und Wirtschaftskrise: Markt und Planung**, in: Theresia Theurl (Hrsg.): Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Leipzig: Duncker & Humblot, 2010, S. 105-125, ISBN: 978-3-428-13440-3

**INHALT:** "In this paper the author discusses different aspects and options for infrastructure policies during and after the financial and economic crisis. The author distinguishes between short-term objectives and more structural long-term objectives. Almost all countries, and certainly Germany, the EU, and the United States, used infrastructure spending policies as a pro-active instrument to stimulate the economy. However, the window of opportunity to challenge the traditional allocation of infrastructure expenses was not actively used. From a structural perspective, the crisis has highlighted new challenges, such as the development of appropriate organizational models for providing, financing, and producing in network infrastructures, and the readjustment of incentive regulation in the light of substantial infrastructure investment requirements. 'The economic crisis can prove the catalyst to a more imaginative approach to infrastructure - holding up demand, creating jobs and providing future generations with a set of assets.' (Helm et al. 2009, S. 8)" (author's abstract)

[194-L] Hiß, Stefanie:

**Wo bleibt der Weltfinanzklimabericht?: zur zivilgesellschaftlichen Kritikfähigkeit von Finanzmarktrisiken**, in: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.) ; Kathy Kursawe (Mitarb.) ; Margrit Elsner (Mitarb.) ; Manja Adlt (Mitarb.): Unsichere Zeiten : Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen ; Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008. Bd. 1 u. 2, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010, 14 S., ISBN: 978-3-531-16817-3



**INHALT:** "Der Artikel geht der Frage nach, warum sich in Deutschland die zivilgesellschaftliche Kritik -artikuliert von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Stiftungen - am Klimawandel und an Finanzmarktrisiken so unterschiedlich darstellt. Wo liegen die Gründe für die vergleichsweise schwach ausgeprägte Kritikfähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure gegenüber der Finanzkrise und globalen Finanzmarktrisiken? Hier wird die These vertreten, dass der Zugang zu Wissen und Expertise eine entscheidende Rolle für den Erfolg oder das Scheitern zivilgesellschaftlicher ‚Wissensproteste‘ spielt. Dieser Zugang gestaltet sich für zivilgesellschaftliche Akteure beim Thema Finanzmarktrisiken sehr viel schwieriger und aufwendiger als bei der Analyse und Kritik des drohenden Klimawandels. Der Artikel zeichnet die Unterschiedlichkeit der beiden Felder, des ihnen inhärenten Wissens und die Möglichkeiten zur Erschließung dieses Wissens nach." (Autorenreferat)

[195-L] Huffschnid, Jörg:

**Finanzmarktkrise: das Ende des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?**, in: Judith Dellheim (Hrsg.) ; Günter Krause (Hrsg.): Sichtbare Hände - Staatsinterventionismus im Krisenkapitalismus, Bonn: Dietz, 2010, S. 123-131, ISBN: 978-3-320-02226-6

**INHALT:** Der Autor fasst seine kritische Analyse zur Finanzmarktkrise in folgenden Thesen zusammen: (1) Die Herausbildung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gründet sich auf zwei ökonomischen Megatrends, die ihrerseits nicht das Ergebnis eherner Sachzwänge des Kapitalismus, sondern gesellschaftlicher Machtverhältnisse und politischer Entscheidungen sind. (2) Durch die Finanzkrise ist vor allem die erste Strategie der Finanzinvestoren, die Finanzspekulation, weitgehend zusammengebrochen. Die beiden anderen Strategien sind demgegenüber im Großen und Ganzen unberührt geblieben. Hinsichtlich der Wirkungen dieser Krise sollte zwischen Finanzsektor und Nichtfinanzsektor unterschieden werden. (3) Die umfangreichen staatlichen Aktivitäten zur Rettung und Stabilisierung des Finanzsystems laufen darauf hinaus, einen Zusammenbruch zu verhindern, das System im Übrigen aber nicht zu verändern und möglichst schnell zum vorherigen Zustand zurückzukehren. Ob sich aus den aktuell aufgelegten Konjunkturpaketen Tendenzen zu einem längerfristigen Staatsinterventionismus ergeben, ist in einigen Ländern offen, für die EU und Deutschland aber unter den gegebenen politischen Konstellationen auszuschließen. (ICI2)

[196-L] Huffschnid, Jörg:

**Nicht die Krise, der Finanzkapitalismus ist das Problem: vom "normalen" Funktionieren von Umverteilung und Instabilität**, in: Mario Candeias (Hrsg.) ; Rainer Rilling (Hrsg.): Krise : Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, Bonn: Dietz, 2009, S. 53-73, ISBN: 978-3-320-02184-9

**INHALT:** Der Beitrag zur Finanz- und Wirtschaftspolitik diskutiert jene Entwicklungen der Finanzmärkte, die sich weniger spektakulär jenseits den Krisen abgespielt haben, langfristig aber von entscheidender Bedeutung für die ökonomische Funktionsweise und die politischen Machtverhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus sind. Sie haben jenseits des Aufbaus und des Platzens von Spekulationsblasen wesentliche Verschiebungen bei den zentralen Akteuren und Strategien bewirkt, hinter denen die Rationalität einer erfolgreichen Strategie zur Machtausweitung des Kapitals sichtbar wird. Mit dem Text will der Autor somit mehr auf diese rationale, erfolgreiche und besonders gefährliche Seite der Finanzmarktentwicklung abstellen. Dazu präsentiert der erste Schritt zunächst einige wesentliche empirische Trends der Finanzmärkte und ihre Hintergründe. Auf dieser Grundlage skizziert der zweite Schritt sodann das Konzept des 'finanzmarktgetriebenen Kapitalismus', während der dritte Schritt seine ökonomischen Konsequenzen beleuchtet. Anschließend werden im vierten Schritt die Hauptgruppen der Finanzinvestoren als der zentralen Akteure dieser Konstellation etwas genauer betrachtet und gezeigt, wie ihre Strategien die wirtschaftliche Stabilität, die Unternehmenskulturen und die Wirtschaftspolitik in Europa beeinflussen. Den Abschluss der Ausführungen bilden im fünften Schritt kurze Hinweise zu den Perspektiven des Widerstandes gegen die unter dem Druck der Finanzmärkte stattfindende Transformation der verschiedenen europäischen Sozialmodelle in ein zunehmend einförmiges neo-liberales Entwicklungsmuster sowie zu Alternativen dazu. (ICG2)

[197-L] James, Harold:

**Die Krise der Finanzmärkte und die Rückkehr des Staates**, (TranState Working Papers, No. 85), Bremen 2009, 15 S. (Graue Literatur; [www.staatlichkeit.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=100](http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=100))

**INHALT:** "Wenn ganze Finanzsysteme von radikalem Vertrauensentzug betroffen sind, so können dem nur Einrichtungen nachhaltig entgegentreten, die einen fast unbegrenzten Zugriff auf Ressourcen haben. Solche Einrichtungen können auch 'Selbsthilfegruppen' sein, wie etwa ein Pool mächtiger Banken, wie das 1907 der Fall war. Der US-Finanzminister hatte, in der Tat, am 24. September 2008 versucht, genau eine solche Pool-Lösung zu schaffen. Aber in einem Klima umfassender Unsicherheit kann Selbsthilfe nicht mehr greifen. Regierungen und Zentralbanken müssen einspringen, denn allein sie sind groß und schnell genug, und zudem müssen sich die Zentralbanken bei ihren 'fiscal bailouts' immer stärker auf ihre jeweilige Regierung stützen. In der amerikanischen Politik wird ein neuer Staatskapitalismus als die werdende globale Wirklichkeit behandelt. Ein solcher Konsens zeichnet sich über Atlantik und Pazifik hinweg gleichermaßen ab. Diese Entwicklung wird die Politik der Nationalstaaten Europas und der Europäischen Integration verändern. Sie wird insbesondere die Bedeutung der kleinen Mitgliedstaaten deutlich mindern, denn sie können den neuen Herausforderungen am wenigsten gerecht werden." (Autorenreferat)

[198-L] Kädtler, Jürgen; Faust, Michael:

**Shareholder Value - "die blödeste Idee der Welt": Finanzkrise und Konzepte der Unternehmensführung**, in: Mitteilungen aus dem SOFI : Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, Jg. 3/2009, H. 6, S. 8-11 (Standort: USB Köln(38)-XG05472; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.sofi-goettingen.de/fileadmin/SOFI-Mitteilungen/SOFI4\\_09\\_korrigiert.pdf](http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/SOFI-Mitteilungen/SOFI4_09_korrigiert.pdf))

**INHALT:** Die Abkehr vom deutschen Modell des koordinierten Kapitalismus und der Aufstieg der Shareholder-Value-Konzeption des Unternehmens in Deutschland ist im Vergleich zu den USA ein eher jüngeres Phänomen. Drei Entwicklungen bilden den Kern der betreffenden Veränderungen seit den 1990er Jahren: (1) Die weitgehende Auflösung der "Deutschland AG": Sie wurde durch Überkreuzbeteiligungen der großen Unternehmen, personelle Verflechtungen in der Unternehmensaufsicht sowie die koordinierende Rolle der deutschen Großbanken zusammengehalten. Diese ziehen sich verbreitet aus Beteiligungen und Aufsichtsgremien zurück, richten sich zunehmend global aus und forcieren den Ausbau des Investmentbanking. (2) Veränderungen der institutionellen Regeln der Finanzmärkte und der Corporate Governance: Diese haben zum Ziel, die Rechte der Aktionäre zu stärken, das deutsche Insidersystem zu untergraben und dadurch den Finanzplatz Deutschland zu stärken. Die Privatisierung ehemaliger Staatsunternehmen und die Liberalisierung der entsprechenden Märkte (Luftfahrt, Telekommunikation, Post, Versorger) vergrößerte den Kreis der börsennotierten Unternehmen mit hohen Anteilen institutioneller Investoren. (3) Die Propagierung und zunehmende Verbreitung der Shareholder-Value Konzeption des Unternehmens: Sie bedeutet über die Bereitstellung von Werkzeugen "wertorientierter" Unternehmensführung hinaus eine politisch-kulturelle Neubestimmung des Unternehmens. Diese drei Entwicklungen wirkten zusammen. Neue Regelungen für die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen und zu Aufsichtsratsmandaten der Banken ermöglichten bzw. begünstigten die Auflösung der Eigentums- und personellen Verflechtung. Die neuen Eigentümer, die teilweise durch regulative Veränderungen erst zugelassen (Hedgefonds) oder deren Rolle näher bestimmt wurden (Altersvorsorgefonds), beförderten ihrerseits die De- und Reregulierung sowie den politisch-kulturellen Wandel im Lichte ihrer Interessen. (ICF2)

[199-L] Klages, Helmut:

**Die Zukunft ergreifen!: ein realistischer Ausblick auf die Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts**, Hamburg: Merus Verl. 2007, 191 S., ISBN: 978-3-939519-18-8 (Standort: FHB Sankt Augustin(1044)-11OKH1398)

**INHALT:** Den wesentlichen Inhalt des Buches drückt der Autor in einem einzigen Satz aus: "Wir leben heute in einer Situation, in welcher die Menschheit die Chance zu einem 'großen Sprung' hat, die aber bisher weder angemessen erkannt, geschweige denn ausgenutzt wird, so dass Bemühungen um

Aufklärung dringlich sind". Dieser Satz wird erstens durch den Zusatz ergänzt, dass die gegenwärtige Situation den Charakter einer "Krise" hat. Der zweite Zusatz zu dem einleitenden Satz besteht in der näheren Kennzeichnung der Dimensionen des möglichen "Sprungs". Es handelt sich nicht nur um einen der vielen Normalschritte und -Sprünge, welche die Menschheit im Lauf ihrer Entwicklung vollzogen hat, sondern um eine Situation von "weltgeschichtlicher Bedeutung", vergleichbar der neolithischen Revolution. Das Buch will Gegenakzente zu der heute gerade auch in Deutschland vorherrschenden "Reform-Tristesse" setzen, zu der Ideologie eines scheinbar unvermeidlichen "Engerschnallen des Gürtels" und einer angeblich notwendigen Abkehr von Hoffnungen auf weitere Steigerungen der Lebensmöglichkeiten. Der Autor macht deutlich, dass man die "real mögliche" Wirklichkeit nur unter der Bedingung in den Blick bekommt, wenn man genau in der umgekehrten Richtung denkt, d.h. von einem Reichtum bisher ungenutzter Chancen ausgeht. Der Aufbruch in erweiterte Räume der Lebensgestaltung wird dann zur Maxime. (ICA2)

[200-L] Knappertsbusch, Felix; Kelle, Udo:

**"Mutterland des nomadisierenden Finanzkapitals" - Zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus vor dem Hintergrund der Finanzkrise**, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände : Folge 8, Berlin: Suhrkamp, 2010, S. 144-163, ISBN: 978-3-518-12602-8

**INHALT:** Im Beitrag wird gezeigt, dass Antiamerikanismus und Antisemitismus weitverbreitet sind und in einem engen Zusammenhang stehen. Darüber hinaus wird argumentiert, dass ihr Auftreten aktuell mit gruppenbezogenen Bedrohungsempfindungen angesichts der Finanzkrise zusammenhängt. Hierzu werden der Begriff des Antiamerikanismus sowie dessen Verhältnis zum Antisemitismus theoretisch entwickelt und anschließend die verwendeten Instrumente zur Messung von Antiamerikanismus vorgestellt. Danach werden Analysen von statistischen Zusammenhängen zwischen Antiamerikanismus und Antisemitismus einerseits und andererseits zwischen Antiamerikanismus und erwarteten negativen Krisenfolgen präsentiert, die mit Hilfe der Survey-Items zur Benachteiligung der eigenen sozialen Gruppe sowie zu persönlichen Bedrohungsgefühlen gemessen werden. (ICF2)

[201-L] Krüger, Stephan:

**Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse: Bd. 1, Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation ; Konjunkturzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen**, Hamburg: VSA-Verl. 2010, 1021 S., ISBN: 978-3-89965-376-2

**INHALT:** "Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist das Resultat einer langwierigen chronischen Überakkumulation des Kapitals, die in den meisten kapitalistischen Metropolen bereits Mitte der 1970er Jahre begann. In ihr exklamieren widersprüchliche Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation, Disproportionen von Geldakkumulation und Mehrwertproduktion und volatile Bewegungen an den Finanzmärkten. Stephan Krüger liefert eine werttheoretisch fundierte Analyse des Gesamtzusammenhangs von Produktion, Akkumulation, Konkurrenz und Kredit über die Bereiche Sozialversicherung und Staat bis hin zur Außenwirtschaft. Dieser Zusammenhang wird in eine allgemeine Theorie der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft mit ihren Hegemoniezyklen eingeordnet. Zwei große Strukturbrüche des Nachkriegskapitalismus werden identifiziert: der Übergang vom Prosperitäts- zum Überakkumulationszyklus seit Mitte der 1970er Jahre und das gegenwärtige Scheitern des Finanzmarktkapitalismus als systemimmanenter Antwort auf die strukturelle Überakkumulation von Kapital. Dieser Band enthält nicht nur - mit reichhaltigen empirisch-statistischen Illustrationen - ein komplettes Bild der ökonomischen Entwicklung Deutschlands von 1945 bis in die jüngste Gegenwart, sondern auch eine durchgängige Interpretation aller drei Bände des 'Kapitals' von Karl Marx." (Autorenreferat)

[202-L] Langenohl, Andreas; Schmidt-Beck, Kerstin:

**Die Entgrenzung und Eindämmung von Finanzmarktkrisen: Systemdiskussionen in Deutschland im Kontext der "Subprime-Krise"**, in: Hans-Georg Soeffner (Hrsg.) ; Kathy Kursawe (Mitarb.) ; Margrit Elsner (Mitarb.) ; Manja Adlt (Mitarb.): Unsichere Zeiten : Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen ; Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008. Bd. 1 u. 2, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010, 13 S., ISBN: 978-3-531-16817-3

**INHALT:** "Josef Ackermann verkündete am 17.3.2008, er habe 'das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte der Märkte verloren', nur um zwei Tage später den Sinn einer 'Systemdiskussion' in Finanzmarktkrisen zu bezweifeln. Der Vortrag vertritt die These, dass diese einen (sozialen) Sinn haben: Indem sie kommunikative Anschlüsse erzeugen oder blockieren, nehmen sie Einfluss auf Eindämmung bzw. Entgrenzung von Krisen. In der Regel können (Erwartungs-)Erwartungen an den Finanzmärkten nicht in direkter Kommunikation abgeglichen werden (Ausnahmen: Knorr Cetina/Bruegger 2002). In Konstellationen kognitiver Unsicherheit orientieren sich Marktakteure daher verstärkt nach außen und stellen Bezüge zwischen Märkten her (Avery/Zemsky 1998; Beunza et al. 2006). Damit heben sie sonst nicht hinterfragte Segmentierungen tendenziell auf. Die Entgrenzung einer Finanzmarktkrise wird somit im Kontext des globalen Mediendiskurses gerade dann wahrscheinlich, wenn über boundary work nach Grenzen ihrer Ausbreitung gesucht wird. Der diskursiven, medialen Repräsentation von Finanzmarktkrisen kommt eine hohe Bedeutung zu. Ökonomische Erklärungskonzepte und Metaphern (Löfgren/Willim 2005; McCloskey 1994) gewinnen an intersektoraler Relevanz und können zur Ausbreitung der Krise beitragen, selbst wenn sie deren Eindämmung beabsichtigen. Der kulturelle Einfluss der Medien und von 'discursive entrepreneurs' (Langenohl 2008) ist in einer Krise über eine erhöhte Zitatualität und Referenzialität der Beiträge besonders ausgeprägt. Damit werden 'Systemdiskussionen' - kompensatorisch zu steuernden Maßnahmen von Markt und Politik - unausweichlich. Sie erweisen sich als Teil der gesellschaftlich-kulturellen Einbettung von Finanzmärkten. Der Vortrag zeichnet die sich im Umfeld der Äußerung Ackermanns entfaltende 'Systemdiskussion' nach: Wie wird die Gefahr einer sich entgrenzenden Kreditkrise beschworen und gleichzeitig bekämpft, und welche intersektoralen 'Reisen' (Bal 2002) nehmen Argumente, Konzepte und Metaphern?" (Autorenreferat)

[203-L] Langhammer, Rolf J.:

**Die Finanzkrise als Herausforderung für die internationale Ordnung**, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Jg. 16/2009, H. 2, S. 355-361

**INHALT:** "Der Beitrag sieht die wesentlichen Ursachen der Finanzkrise in exzessiv wachsender globaler Liquidität während der beiden letzten Jahrzehnte, Regulierungsdefiziten auf den Finanzmärkten vor und während der Krise, einer passiven Geldpolitik, die Blasenbildungen an Vermögensmärkten nicht unterband, sowie im Unvermögen weiter Teile der Finanzmarktakteure, auf unerwartete Ereignisse angemessen zu reagieren. Anders als auf den internationalen Gütermärkten fehlt es an einem globalen Ordnungsrahmen ähnlich der Welthandelsordnung, der die Akteure diszipliniert und sie multilateralen Instanzen unterwirft. Stattdessen muss seit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Abkommens von einer Nicht-Ordnung auf Finanzmärkten gesprochen werden, in der es weder eine einzelstaatliche noch eine plurilaterale oder multilaterale Ordnungsinstanz mehr gibt. Die USA als größter Schuldner können diese Funktion, die sie noch in der frühen Nachkriegsperiode unter dem Bretton Woods System ausübten, nicht mehr ausfüllen. Der Autor sieht in der näheren Zukunft keine Veränderung dieser Situation. Die Rolle des Dollars als internationale Leitwährung sei zwar geschwächt, aber immer noch alternativlos. Hoffnung setzt der Autor statt auf top-down gesetzte Ordnungen auf sich entwickelnde bottom-up zivilgesellschaftliche Prozesse auf globaler Ebene, die über Transparenz und Information Akteure an Finanzmärkten zu risikobewussterem Verhalten bewegen und Regierungen zur Koordinierung ihrer nationalen Regeln veranlassen würden." (Autorenreferat)

[204-L] Laux, Henning; Rosa, Hartmut:

**Die beschleunigte Demokratie: Überlegungen zur Weltwirtschaftskrise**, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 62/2009, H. 10, S. 547-553 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Im Lauf der Moderne erodieren jene Bedingungen, Ressourcen und Fundamente, die notwendig sind, um rationale Entscheidungen treffen zu können. Hiervon ist speziell die politische Klasse betroffen: Den Herausforderungen durch differenzierte und beschleunigte Steuerungsobjekte steht nationalstaatliche Politik zunehmend hilflos gegenüber. Das Ensemble demokratischer Institutionen erscheint aus Komplexitätstheoretischen Gründen (in der Sach-, Sozial- und Zeitdimension) immer weniger geeignet, um soziale Entwicklungen zu regulieren oder in Gang zu setzen. Als eminentes Hemmnis erweist sich bei genauerer Analyse besonders der Wandel der Zeitstrukturen. Die Erwartungen der Bürger, Gewerkschaften oder Konzerne werden vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Ordnung des Sozialen daher systematisch und unvermeidbar enttäuscht. Die Vermutung liegt nahe, dass die skizzierte Problematik in Krisenzeiten besonders virulent hervortritt. Zur Veranschaulichung und Plausibilisierung der allgemeinen Diagnose wird deshalb im Rahmen des Beitrags das wirtschaftspolitische Entscheidungsverhalten während der Weltfinanzkrise 2008/2009 genauer unter die Lupe genommen." (Autorenreferat)

[205-L] Lessenich, Stephan:

**Das Elend der Mittelschichten: die "Mitte" als Chiffre gesellschaftlicher Transformation**, in: Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 29/2009, Nr. 1 = H. 111, S. 19-28 (Standort: USB Köln(38)-M XG 05865; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Seit einiger Zeit ist in Deutschland die politische Sorge um die Mittelschichten - oder kurz: 'die Mitte' - allgegenwärtig. Auf den Listen bedrohter Sozialarten, mit denen in der politisch-medialen Öffentlichkeit hantiert wird, rangiert sie mittlerweile ganz weit oben. Ob es nun Debatten um Beschäftigungsunsicherheiten sind, die, ausgehend von den 'Rändern' der Gesellschaft, zunehmend auch in deren Zentrum überzugreifen begannen; um die Belastungen durch Sozialversicherungsbeiträge, die über der (politisch definierten) 'Belastbarkeitsgrenze' nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch des durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts lägen; oder um die 'kalte Progression', die die ohnehin mäßigen Lohnsteigerungen für Facharbeiter und mittlere Dienstklassen sogleich steuerpolitisch aufzufressen drohe: Stets ist es die gesellschaftliche 'Mitte', die als erstes Opfer politischer Reformen und wirtschaftlicher Umbrüche angerufen, deren soziales Schicksal als Melkkuh und Zahlesel der Nation beklagt wird." (Autorenreferat)

[206-L] Magnin, Chantal; Neckel, Sighard; Honegger, Claudia (Hrsg.):

**Strukturierte Verantwortungslosigkeit: Berichte aus der Bankenwelt**, (Edition Suhrkamp, 2607), Berlin: Suhrkamp 2010, 398 S., ISBN: 978-3-518-12607-3

**INHALT:** "Zur Finanzkrise sind schon viele Publikationen erschienen, sie lassen den zeitweiligen Zusammenbruch der Geldmärkte 2008/2009 jedoch meist als anonymes Geschehen abrollen. Diese Studie befasst sich hingegen mit den handelnden Personen selbst: Wie deuten Banker und Bankerinnen die Finanzkrise? Wie ist es dazu gekommen? Fühlen sie sich verantwortlich für das Debakel? Claudia Honegger, Sighard Neckel und Chantal Magnin sind mit ihren Forschungsteams in den verschwiegenen Kosmos der Banken eingedrungen und haben mit Finanzfachleuten in Frankfurt am Main, Wien und in der Schweiz gesprochen. Die daraus entstandenen soziologischen Porträts zeichnen ein eindrückliches Panorama der Bankenwelt, ihrer Praktiken und Denkstile. Thematische Essays und Feldbeschreibungen schärfen den analytischen Blick auf eine ökonomische Machtsphäre, in der niemand für die Krise Verantwortung übernehmen mag. Und selbst wenn dies jemand tun wollte, wäre fraglich, ob es angesichts der strukturierten Verantwortungslosigkeit im Finanzwesen überhaupt möglich wäre." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Vorwort (11-13); Claudia Honegger, Sighard Neckel und Chantal Magnin: Einleitung: Berichte aus der Bankenwelt (15-32); Spielwiese:

Andrea Hungerbühler: "Das System ist pervers." (Dr. Ivan Herm, Product Engineer) (35-40); Hermann Kocyba: "Diese Hin- und Herverschieberei, das hat irgendwann zu einer absoluten Überblickslosigkeit geführt." (Leo Schäfer, Manager Financial Services) (41-46); Kai Dröge: "Auf ein Modell hundert Prozent vertrauen? Na, dann wärs kein Modell, dann wärs ja die Wirklichkeit." (Dr. Stephan Köring, Risk Manager) (47-53); Silke Müller: "Das hat einfach keiner so zu Ende gedacht, dass wenn ganz viele daran verdienen, das Geld auch irgendwo herkommen muss." (Laura Neumann, Risikomanagerin) (54-59); Simone Marti, Robert Schäfer: "Jeder hat Dreck am Stecken." (Kilian Grunder, Business Analyst) (60-65); Rohit Jain: "Am liebsten möchte man wegrennen." (Robin Bajpai, Performance Analyst) (66-71); Essays: Sighard Neckel: Das Debakel der Finanzeliten: Krise der Erfolgskultur (72-78); Peter Mooslechner, Martin Schürz: Bonus! Glanz und Elend der Bankmanager (79-92); Rennbahn: Claudia Czingon, Sighard Neckel: "Ein Volk von Zockern!" (Franz Sobolek, Ressortleiter Treasury Sales) (95-100); Susanne Burren, Caroline Bühler: "Da kann man sich nicht einfach sagen: Ich bin nicht dabei gewesen." (Dr. Simon Vollenweider, Leiter Investment Office) (101-106); Andrea Glauser: "Bankrott, das ist einfach unmöglich gewesen." (Dirk Mayer, Kundenberater im Devisenhandel) (107-113); Katrina Blindow: "Wir haben alle auf Zukunft gelebt!" (Paul Ahaus, Junior in Mergers & Acquisitions) (114-120); Caroline Bühler: "Wenn der Zug fährt, dann muss man einfach aufspringen." (Andreas Leutwyler, Derivatehändler) (121-127); Claudia Czingon, Sighard Neckel: "Ich muss binnen zweier Sekunden entscheiden. Sofort!" (Robert Sailer, Head of Bond Trading) (128-133); Denis Hänzli: "Es war mega-cool! Man dachte, die Welt wächst in den Himmel." (Susanna Hildebrand, Brokerin) (134-139); Claudia Czingon, Sighard Neckel: "Optionen sind kein Teufelszeug!" (Manfred Nagy, Head of Sales & Solution Management) (140-145); Rohit Jain: "Viele haben das Gefühl, sie müssten aggressiv sein - wie die Männer." (Sonia Raman, Investmentbankerin) (146-151); Katrina Blindow: "Man hat versucht, im amerikanischen Kapitalismus mitzuspielen, aber es geht halt nicht um jeden Preis." (Max Werner, Senior Fund Manager) (152-159); Essay: Claudia Honegger: Die Männerwelt der Banken: Prestigedarwinismus im Haifischbecken (160-169); Anstandsbühne: Claudia Czingon, Sighard Neckel: "Ich spür' ihn nicht mehr, den Wert." (Christina Regent, Managing Director Produktbereich Firmenkunden) (173-178); Jan Egger, Marianne Rychner: "Wir bekommen jetzt die Retourkutsche." (Paula Fischer, Chief Operating Officer) (179-184); Chantal Magnin: "Wo soll man denn auf einmal die ganze Intelligenz hernehmen? Wo war sie denn bislang?" (Heide Kramer-Beck, Wertpapierberaterin von Firmenkunden) (185-191); Jan Egger, Marianne Rychner: "Man hat es verkauft, weil es gut getönt hat. Zack! Bum! Fertig! Schluss!" (Urs Tanner, Kundenberater) (192-197); Claudia Czingon, Sighard Neckel: "Ich bin ein Krisengewinner." (Ludwig Lofer, Bereichsleiter Zahlungsverkehr) (198-202); Martin Löw-Beer: "Wir haben da so eine Art Finanzreligion erfunden, in der alle gläubig sind und keiner mehr was weiß." (Eddi Moss, Geschäftsführer einer Bank) (203-208); Chantal Magnin: "Die haben Sachen gekauft, von denen sie keine Ahnung hatten." (Volker Haas und Pascal Renard, Vorstandsmitglieder einer Handelsbank) (209-216); Hille Haker: "Es ist Geldverdorbenheit." (Jan Nikolai, Berater für Banken) (217-223); Hermann Kocyba: "Die Finanzmarktorientierung ist das Hauptproblem." (Roland Wagner, Produktmanager) (224-229); Claudia Czingon, Sighard Neckel: "Hausverstand!" (Erwin Mühlberger, Generaldirektor) (230-235); Essays: Chantal Magnin: Verspieltes Vertrauen. Zur Wiederentdeckung einer Geschäftsgrundlage (236-244); Manfred Biegler: Finanzskandale. Produkte strukturierter Verantwortungslosigkeit (245-258); Grauzone: Lukas Neuhaus: "Die Großreichträume sind gescheitert." (Felix Müller, Private Banker) (261-266); Peter Schallberger: "Und jeder hat mitmachen wollen bei dieser Party." (Patrick Hug, Steuerberater) (267-272); Claudia Czingon, Sighard Neckel: "Bei uns ist alles dramatisch transparent." (Dr. Michael Auhler, Vorstandsleiter) (273-278); Alfred Schwendener: "Das ist ein globaler Finanzkrieg!" (Reto Keller, Wealth Manager) (279-284); Claudia Czingon, Sighard Neckel: "Am Anfang ist keiner schuld, und am Ende sind alle tot." (Andreas Traisenberg, Kundenbetreuer) (285-292); Essay: Dietmar J. Wetzel: Elegant verrechnet - zur prekären Lage der ökonomischen Wissenschaften (293-301); Schlussbetrachtung: Claudia Honegger, Sighard Neckel und Chantal Magnin: Strukturierte Verantwortungslosigkeit (302-314); Epilog: Elfriede Jelinek: Schlechte Nachrede: Und jetzt? (317-332); Anhang: Dietmar J. Wetzel, Markus Flück und Lukas Hofstätter: Konturen einer Branche im Umbruch: Das Bankenfeld in Deutschland, Österreich und der Schweiz (335-370); Glossar (371-381); Literatur (383-395).

[207-L] Martens, Helmut:

**Neue Wirtschaftsdemokratie: Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik**, Hamburg: VSA-Verl. 2010, 213 S., ISBN: 978-3-89965-428-8

**INHALT:** Der Verfasser reflektiert in den in diesem Sammelband zusammengetragenen Beiträgen die ökonomischen und ökologischen Krisentendenzen ebenso wie die nicht nur latente Krise der Politik. Er setzt sich insbesondere mit den demokratietheoretischen Aspekten wirtschaftsdemokratischer Überlegungen auseinander. Daran anschließend diskutiert der Verfasser gewerkschaftliche Erfahrungen mit Beteiligung im Rückblick auf deren programmatischen und praktischen Stellenwert in der Geschichte der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland. Vor dem Hintergrund eigener langjähriger empirischer Forschung zu Beteiligung und Mitbestimmung resümiert er die Geschichte gewerkschaftlicher Vorstellungen und Handlungsansätze zu Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie. Das Buch will den Begriff der Wirtschaftsdemokratie theoretisch neu füllen und Anknüpfungspunkte aufzeigen, die über die bloße Verteidigung der institutionalisierten Mitbestimmung deutlich hinaus auf alternative Entwicklungspfade weisen, die Nachhaltigkeit in allen ihren Dimensionen gewährleisten können. (ICE2)

[208-L] Messner, Dirk:

**Dawning a new global order: an essay on global transformations from an European perspective**, in: Eckhard Deutscher (Hrsg.) ; Hartmut Ihne (Hrsg.) ; Uwe Holtz (Adressat): "Simplizistische Lösungen verbieten sich" : zur internationalen Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert ; Festschrift zu Ehren von Professor Uwe Holtz, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2010, S. 105-115, ISBN: 978-3-8329-5382-9

**INHALT:** Europa sollte nach Ansicht des Autors die Chancen nutzen, die in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise für eine globale Neuordnung der Beziehungen zwischen OECD- und Entwicklungsländern liegen, und sich nicht nur auf die Krisenbewältigung "nach Innen" konzentrieren. Die Neuordnung der Finanzmärkte müsste insbesondere mit Initiativen gegen die Hunger- und Ernährungskrise, Durchbrüchen in der Handels- und Klimapolitik sowie Weichenstellungen in Richtung einer nichtfossilen Weltwirtschaft einhergehen. Denn eine der wichtigsten Lehren aus der gegenwärtigen Finanzkrise lautet: globale Interdependenzprobleme sind in einer zunehmend multipolaren Welt nur durch eine multilaterale Kooperation und einen fairen Interessenausgleich zu bewältigen. Dies bedeutet für die OECD-Welt, dass Lösungen ohne die Beteiligung von Entwicklungs- und Schwellenländer nicht zukunftsfähig sind. Der Autor diskutiert die einzelnen Schritte, die den Weg zu einer Neustrukturierung der globalen Ordnung aus europäischer Perspektive markieren. (ICI)

[209-L] Morisse-Schilbach, Melanie:

**"Ach Deutschland!": Greece, the Euro crisis, and the costs and benefits of being a Benign hegemon**, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2011, H. 1, S. 26-41  
([library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2011-1/2011-1\\_\\_04\\_a\\_morisse-schilbach.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2011-1/2011-1__04_a_morisse-schilbach.pdf))

**INHALT:** "Europe's current crisis is, for the most part, a crisis of Germany in Europe, the biggest and most influential member state in the EU. Economically, after World War II, Germany became a benign hegemon by default. The current euro crisis shows that the German government does not have a vision of monetary Europe or of what leadership in the Euro group is for. Germany therefore risks losing its role as hegemon in monetary Europe." (author's abstract)

[210-L] Neckel, Sigward:

**Das Debakel der Finanzeliten: Krisen der Erfolgskultur**, in: Anne Honer (Hrsg.) ; Michael Meuser (Hrsg.) ; Michaela Pfadenhauer (Hrsg.) ; Ronald Hitzler: Fragile Sozialität : Inszenierungen, Sinnwelten, Existenzbastler ; Ronald Hitzler zum 60. Geburtstag, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010, S. 277-282, ISBN: 978-3-531-17173-9

**INHALT:** Die Krise des Finanzmarktkapitalismus hat ihr Pendant in den gesellschaftlichen Milieus, die seit Kriegsende von den expandierenden Kapitalmärkten profitiert haben. Das Ziel des Finanzsys-

tems ist ausschließlich Profitsteigerung, nicht mehr die Mittel, wie diese zu erreichen ist. Diesem Wandel entspricht eine soziale Veränderung hin zu einer Kultur des Erfolgs, 'welche die soziale Durchsetzung von Gewinnen um bald jeden Preis betrieb'. Diese Feststellung des Autors ähnelt der Analyse Dahrendorfs, der eine Rückkehr zur protestantischen Ethik eher pessimistisch einschätzt. Statt dessen ist es die Vermarktlichung aller sozialen Beziehungen, die den Kern aller soziologischen Zeitdiagnosen bildet. Dieser Erfolgskultur, so der Verfasser im vorliegenden Essay, wohnt trotz aller Krisenanfälligkeit eine robuste Struktur inne. Diese wird gefestigt durch das scheinbar reuige Verhalten der Finanzmanager, die Bonuszahlungen zurückzahlen oder auf Teile ihrer Gehälter verzichten. 'Daraus ist heute die Last geworden, das Stigma von schamlosen Zockern möglichst stoisch ertragen zu müssen'. (ICC)

[211-L] Papademetriou, Demetrios G.; Ferrero-Turrión, Ruth; Loyal, Steven; Burkert, Carola; Terrazas, Aaron; Sumption, Madeleine:

**Migration and immigrants two years after the financial collapse: where do we stand?**, Washington 2010, 127 S. (Graue Literatur; [www.migrationpolicy.org/pubs/MPI-BBCreport-2010.pdf](http://www.migrationpolicy.org/pubs/MPI-BBCreport-2010.pdf))

**INHALT:** The research in this report was informed by discussions of the Migration Policy Institute's Transatlantic Council on Migration, which met in Bellagio, Italy in May 2010 to examine the effects of the global economic crisis on immigrants and immigrant integration programs. Contents: I. The Headlines: Two Years after the Collapse (1-3). II. Introduction: Changing Economies and Uneven Fortunes in the Labor Market - A. From Boom to Bust: A Dramatic and Unexpected Economic Crisis; B. Uneven Fortunes; C. Immigrants and the Labor Market in the Recent Economic Crisis; D. Immigration Policy Challenges for the Postcrisis Period; E. The Economic Recovery and the State of Public Finances; F. The Impact of the Recession in Five North Atlantic Economies (4-21). Immigrants and the US Economic Crisis: From Recession to Recovery - I. The Great Recession and its Aftermath; II. Trends in Immigration since the Beginning of the Great Recession; III. Immigrants in the US Labor Market; IV. Immigrant Families; V. Immigration Politics and Policy (22-46). Foreign Workers and Immigrant Integration: Emerging from Recession in the United Kingdom - I. Introduction; II. The Impact of the Recession on Immigrants; III. UK Immigration Policy over the Recession; IV. Conclusion (47-65). Migration, Integration, and the Labor Market after the Recession in Germany - I. Introduction; II. The Global Economic Crisis and the German Labor Market: Better than Expected? III. The Effect of the Crisis on the Labor Market Integration of Migrants: As Bad as Expected? IV. Outlook and Conclusions (66-80). Migrants and Migration in Ireland: Adjusting to a New Reality? - I. Introduction and Economic Background; II. Immigrants' Demographic Background; III. Characteristics of the Irish Recession; IV. Impact of Recession on Immigrants and Immigration; V. Labor Market Policies before and during the Recession; VI. Conclusion and Recommendations (81-94). Migration and Migrants in Spain: After the Bust - I. Introduction; II. The Economic Crisis and Its Impact on Immigrants; III. Spanish Immigration Policy during the Recession: Same Philosophy, Different Implementation (95-112).|

[212-L] Perschau, Oliver Dirk:

**Positive Theorien der öffentlichen Verschuldung unter rationalen Erwartungen,**

(Volkswirtschaftliche Schriften, H. 496), Berlin: Duncker & Humblot 1999, 493 S., ISBN: 3-428-09599-5 (Standort: UB Hagen(708)-PTU-PER)

**INHALT:** "Die Problemstellung wird wie folgt behandelt: 1. Im Rahmen von Kapitel B wird zunächst die Relevanz der Erwartungsbildung herausgearbeitet sowie der Ansatz rationaler Erwartungen behandelt. Im Mittelpunkt des Kapitels steht die Frage, unter welchen Bedingungen die intertemporale Budgetbeschränkung und damit die Alternativhypothese eines Ponzi-Spieles gültig ist. Ansatzpunkte dieser Betrachtung sind verschiedene theoretische Modelle, die Aufschluß hinsichtlich der Bedingungen liefern, unter denen die beiden potentiellen Szenarien der Entwicklung der staatlichen Budgetdefizite ihre Gültigkeit besitzen. Zusätzlich werden einige empirische Untersuchungen zu dieser Thematik besprochen. 2. Die Kapitel C und D unterstellen die Gültigkeit der intertemporalen Budgetbeschränkung und behandeln positive Theorien der Erklärung der öffentlichen Verschuldung unter rationalen Erwartungen. Kapitel C geht hierbei von wohlfahrtsökonomisch orientierten politischen Ent-



scheidungsträgern aus, während Kapitel D eigennützige politische Unternehmer unterstellt. Gegenstand der Darstellung sind jeweils sowohl die theoretischen Ansätze als auch die diesbezüglichen empirischen Studien. 3. Kapitel E untersucht auf der Grundlage der bestehenden empirischen Studien erstmalig die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung auf der Basis der beiden positiven Theorien für die Bundesrepublik Deutschland. In Analogie zu den vorangegangenen Kapiteln C und D steht zunächst die wohlfahrtsökonomisch motivierte Determinierung der Budgetdefizite im Vordergrund, die durch ein entsprechendes ökonometrisches Modell getestet wird. Hierauf aufbauend erfolgt eine Erweiterung des Erklärungsansatzes (sowie des ökonometrischen Modelles) durch die Einbeziehung politökonomischer Variablen. Durch die Berücksichtigung zweier Erklärungsansätze lassen sich die Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Theorien zur Erklärung der realisierten historischen Defizite besser einschätzen. 4. Kapitel F faßt die theoretischen und empirischen Erkenntnisse zusammen. Darüber hinaus liefert dieses Kapitel einen Ausblick auf weitergehende Analysen und beschließt mit institutionellen sowie konstitutionellen Überlegungen, die sich als Konsequenz aus der empirischen Analyse der Determinanten der öffentlichen Verschuldung für die Bundesrepublik Deutschland ergeben." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: A. Problemstellung (21-27); B. Rationale Erwartungen, Staatsschulden als Ponzi-Spiel und die intertemporale Budgetbeschränkung (29-96); C. Wohlwollende Politiker und die "Tax-Smoothing"-Hypothese optimaler Budgetdefizite (97-184); D. Eigennützige Politiker und politökonomische Theorien der öffentlichen Verschuldung (185-282); E. Ökonometrische Analyse von positiven Theorien der öffentlichen Verwaltung (283-436); F. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen (437-450).

[213-F] Sahr, Aaron, M.A. (Bearbeitung); Bude, Heinz, Prof.Dr.; Bielefeld, Ulrich, PD Dr. (Betreuung): **Gestärkt aus der Krise? Zur Restrukturierung eines europäischen Kapitalismus (Teilprojekt im Rahmen des Gesamtprojekts "Soziale Exklusion und politische Demokratie in Europa")**

**INHALT:** keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Europa

**ART:** Dissertation *BEGINN:* 2010-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Hamburger Institut für Sozialforschung Arbeitsbereich Nation und Gesellschaft (Mittelweg 36, 20148 Hamburg); Hamburger Institut für Sozialforschung Arbeitsbereich Die Gesellschaft der Bundesrepublik (Mittelweg 36, 20148 Hamburg)

**KONTAKT:** Institution (Tel. 040-414097-0, Fax: 040-414097-11, e-mail: his@his-online.de)

[214-L] Sauer, Birgit:

**Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise: eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen,** in: Kurswechsel : Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 2010, H. 1, S. 38-46 (Standort: USB Köln(38)-XG9232)

**INHALT:** Die Verfasserin schlägt eine geschlechterkritisch argumentierende Sicht auf die Finanz- und Wirtschaftskrise vor, die weniger auf individueller Ebene, sondern vielmehr auf der strukturellen Ebene staatlich institutionalisierter ungleicher Geschlechterverhältnisse, also maskulinistischer Geschlechterregime ansetzt. Einer politikwissenschaftlichen Perspektive auf Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse geht es darum, die Krise als Folge geschlechtsspezifischer Machtverhältnisse in patriarchalen Arbeits-, Lebens- und Reproduktionsverhältnissen herauszuarbeiten, also gerade den Zusammenhang von Produktions- und Reproduktionsökonomie als Krisensyndrom sichtbar zu machen. Dies heißt, die Krise als Folge der geschlechterhierarchischen Trennung von Produktion und Reproduktion, von Arbeit und Alltag und der prekären Inwertsetzung der Privatheit im Kontext neoliberaler Strategien andererseits zu erklären. (ICF2)

[215-L] Scherpenberg, Jens van:

**Die Finanzkrise und die Zukunft des Dollar als Weltwährung,** in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 58/2009, H. 4, S. 515-529 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die tiefgreifenden weltwirtschaftlichen Kräfteverschiebungen im Gefolge der Finanzkrise erschüttern auch die bisher fest gefügte Hierarchie der wichtigsten Weltwährungen. Insbesondere die Position des Dollar als globale Leit- und Reservewährung scheint angeschlagen. Aber es ist fraglich, ob der Euro als die zweitwichtigste Reservewährung von der Schwäche des Dollar profitieren kann. Zu einem wichtigen Mitspieler in einem künftig nicht mehr von den USA dominierten, sondern multipolar strukturierten Weltwährungssystem könnte sich der chinesische Renminbi entwickeln - Ausdruck veränderter globaler Machtverhältnisse." (Autorenreferat)

[216-L] Scherrer, Christoph:

**Das Finanzkapital verteidigt seinen Platz in der weltwirtschaftlichen Ordnung**, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Jg. 16/2009, H. 2, S. 339-353

**INHALT:** "In den letzten Jahrzehnten war die weltwirtschaftliche Ordnung stark von der Hegemonie des Finanzkapitals geprägt. Der Beitrag geht der Frage nach, ob das Finanzkapital durch die Krise diese Stellung verloren hat. Akkumulation- und bewegungstheoretisch begründet er, warum Krisen das Kapital sogar stärken können und somit zur Reproduktion des Kapitalismus beitragen. Empirisch zeigt er auf wie sich im Gefolge der vorhergehenden Finanzkrisen auf nationaler und internationaler Ebene der Handlungsspielraum des Finanzkapitals erhöht hat. Die phasenweise Analyse des Managements der derzeitigen Krise ergibt, dass das Finanzkapital weiterhin dominant ist, aber seine Interessen von vielen nicht mehr deckungsgleich mit dem Allgemeininteresse gesehen werden." (Autorenreferat)

[217-L] Schmalz, Stefan; Boris, Dieter:

**Die Krise als Katalysator: Verschiebungen in der Weltwirtschaft**, in: Christoph Scherrer (Hrsg.) ; Thomas Dürmeier (Hrsg.) ; Bernd Overwien (Hrsg.): Perspektive auf die Finanzkrise, Leverkusen: B. Budrich, 2011, S. 106-126, ISBN: 978-3-86649-332-2

**INHALT:** Der Beitrag thematisiert großräumliche Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Die Krise wird als Katalysator von Verschiebungen der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der USA und Europas verstanden. Die theoretische Perspektive der Verfasser ist von der marxistischen Geografie David Harveys und die Weltsystemtheorie Giovanni Arrighis geprägt. Sie deuten die Krise als "switching crisis", in der sich die internationale Arbeitsteilung räumlich neu anordnet. Diese Verschiebungen haben sich ihrer Auffassung nach schon länger durch den Aufbau von globalen Ungleichgewichten angedeutet, und zwar zwischen angelsächsischen Leistungsbilanz-Defizit-Ländern und ostasiatischen Überschussländern. Diese Ungleichgewichte haben das jeder Finanzkrise zugrunde liegende Auseinanderklaffen zwischen Realökonomie und Finanzwelt zusätzlich verstärkt und damit die Tiefe der Krise verschärft. Die regionalen Auswirkungen der Krise und ihr jeweiliger Verarbeitungsmodus werden in einem weiteren Schritt analysiert, wobei die Ansätze einer wirtschaftlichen und politischen Emanzipation vor allem Ostasiens, Indiens und Südamerikas vom Westen hervorgehoben werden. Der Beitrag schließt mit der These, dass die sich andeutenden globalen Kräfteverschiebungen sich mittelfristig zuspitzen werden, wobei verschiedene Szenarien denkbar sind. (ICE2)

[218-L] Schmidt, Ingo:

**Große Krisen seit den 1930er Jahren**, in: Prokla : Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 39/2009, Nr. 4 = H. 157, S. 523-540 (Standort: USB Köln(38)-XG3381; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre war ein Durchbruch zu einer langen Welle mit akkumulativem Grundton unter der Hegemonie der USA. Diese Welle erreichte mit der Stagnationskrise der 1970er Jahre ihren Höhepunkt. Diese Krise kündigte auch das Ende der amerikanischen Hegemonie an. Die USA haben zunehmend Schwierigkeiten, die Weltwirtschaft aus der Krise zu führen, auch wenn noch keine neue Hegemonialmacht in Sicht ist. Theoretisch knüpft der Beitrag an Rosa Luxemburgs Theorie der Akkumulation des Kapitals an. Angesichts der Kritik, auf die diese Theorie in ihrer ursprünglichen Version traf, wird hier eine leicht modifizierte Version vorgelegt. In dieser

Sichtweise markierten komplementäre Prozesse der äußeren und inneren Expansion des Kapitals die Periode zwischen den 1930er und 1970er Jahren. Die folgende Periode war durch eine Verlagerung auf äußere Expansion geprägt, vor allem in die Entwicklungsländer des Südens und die ehemals staatssozialistischen Länder des Ostens, sowie durch den Prozess der Finanzialisierung. Letzterer ist ein Symptom für das Fortbestehen der Grenzen der Kapitalakkumulation und führte in die Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008/09. (ICEÜbers)

[219-L] Schmidt, Ingo:

**Krise und Krieg**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 7, S. 13-17 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.blaetter.de/artikel.php?pr=2855](http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=2855))

**INHALT:** Die globale Finanzkrise wird nach Meinung des Autors nur selten zu ihren zwei entscheidenden und weiter andauernden Ursachen in Beziehung gesetzt: dem "Krieg gegen den Terror" und den labilen transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Er skizziert in seinem Aufsatz die Entstehung der Krise, die mit dem Zusammenbruch der "New Economy" und dem Einbruch der Börsenkurse auf dem Weltmarkt einherging. Er problematisiert ferner die hegemoniale Kriegswirtschaft der USA und die Tatsache, dass ein erheblicher Teil der Krisenlasten, die z.B. durch Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und Massenelend entstanden sind, auf ärmere Länder abgewälzt werden. Die globale Finanzkrise wurde nach Einschätzung des Autors "im Zentrum" verursacht und die westliche Welt spekuliert nun darauf, dass die neuen Regionalmächte China, Russland und Indien die Nachfrageausfälle im Westen ausgleichen und damit die Weltwirtschaft stabilisieren können. (ICI)

[220-L] Schneider, Michael:

**Ende eines Jahrhundertmythos?: ketzerische Gedanken über Vergangenheit und Zukunft des Sozialismus**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 55/2010, H. 3, S. 65-78 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/maerz/ende-eines-jahrhundertmythos](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/maerz/ende-eines-jahrhundertmythos))

**INHALT:** "Vor 20 Jahren haben die osteuropäischen Völker den 'real existierenden Sozialismus' gestürzt. Der Autor analysiert dessen 'halbasiatische Produktionsweise' (Rudi Dutschke) und die Mystifikationen des Staatssozialismus, die viele Linke mit dessen Realität verwechselten. Gerade heute, angesichts des Scheiterns der 'neoliberalen Alternative' im Wirtschaftscrash, gilt es Schneider zufolge, den Begriff des Sozialismus aus dem stalinistischen Korsett zu befreien und als demokratisches Projekt wiederzubeleben." (Autorenreferat)

[221-L] Schünemann, Bernd (Hrsg.):

**Die sogenannte Finanzkrise - Systemversagen oder global organisierte Kriminalität?**, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl. 2010, 109 S., ISBN: 978-3-8305-1771-9

**INHALT:** Der Band resultiert aus den Diskussionspapieren des Andechs-Symposiums vom Oktober 2009, auf dem deutsche und internationale Rechtsexperten die strafrechtlichen Implikationen der sogenannten Finanzkrise diskutierten. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Santiago Mir Puig: Neoliberalismus, Finanzkrise und Strafrecht (9-12); Peter Kasiske: Aufarbeitung der Finanzkrise durch das Strafrecht? Zur Untreuestrafbarkeit durch Portfolioinvestments in "Collateralized Debt Obligations" via Zweckgesellschaften (13-42); Thomas Rönnau: Globale Finanzkrise - Quellen möglicher Strafbarkeitsrisiken (43-62); Benjamin Roger, Anna Richter: Diskussionsbericht (63-70); Bernd Schünemann: Die sog. Finanzkrise - Systemversagen oder global organisierte Kriminalität? (71-106).

[222-L] Steinert, Heinz:

**Wirtschaftspolitische Alternativen: und warum sie keinen Anklang finden**, in: Kurswechsel : Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 2011, H. 1, S. 9-15 (Standort: USB Köln(38)-XG9232; [www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Kurswechsel-1-2011-Steinert.pdf](http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Kurswechsel-1-2011-Steinert.pdf))

**INHALT:** Der Autor analysiert in seinem Beitrag, wie dominante Interpretationen der Wirtschaftskrise größere Veränderungen abgewendet haben. Die in der Linken vielfach geäußerte Enttäuschung über diese Tatsache ist seines Erachtens unangemessen, denn Wirtschaftskrisen haben historisch immer eher Angst und defensive Haltungen in der Bevölkerung bewirkt. Die Offensive der Wirtschaft auf andere Bereiche der Gesellschaft und insbesondere die Offensive der Reichen, die als Neoliberalismus verstanden wird, ist nach Einschätzung des Autors keineswegs beendet. Die Wertpapierverluste, die in der Finanzkrise die Reichen getroffen haben, müssen kompensiert werden. Im Gegensatz zu den Realverlusten der Ärmern können sie auch kompensiert werden. Die Dominanz der Wirtschaft in der Gesellschaft ist also durch die Krise eher verstärkt als zurückgedrängt worden. Der Autor setzt sich mit den wichtigsten Dimensionen der Definition der Krise und des Umgangs mit ihr kritisch auseinander, durch die das neoliberale Verständnis von Wirtschaft intakt gehalten und eher noch verstärkt wurde. Er stützt sich dabei auf eine Analyse der Metaphern und Denkmodelle, die in der medialen Darstellung der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007 in Deutschland und Österreich verwendet wurden. (ICI2)

[223-L] Streeck, Wolfgang:

**Und wenn jetzt noch eine Krise käme?**, in: Frank Schirrmacher (Hrsg.) ; Thomas Stroh (Hrsg.): Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp, 2010, S. 144-148, ISBN: 978-3-518-12603-5

**INHALT:** Der Beitrag zur Frage nach der Zukunft des Kapitalismus nach dem Ende der Wirtschaftskrise skizziert die Situation in Deutschland. In diesem Zusammenhang werden die politische Einflussnahme des Staates bei der Regulierung der Märkte, das Handeln der Politiker, die Agenda 2010 und ihre praktische Umsetzung, der Anspruch der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit sowie die Solidarität mit künftigen Generationen erörtert. Die Wunden, so der Autor abschließend, die sich der Staat auf dem Feld der Krisenbewältigung gegenwärtig zuzieht, werden lange nicht verheilen. Dass er den Kapitalismus noch einmal vor sich selbst retten könnte, erscheint auf absehbare Zeit undenkbar. (ICG2)

[224-L] Streit, Manfred E.:

**Die Soziale Marktwirtschaft: zur Erosion einer wirtschaftspolitischen Konzeption**, in: Ordo : Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 56/2005, S. 113-121

**INHALT:** "In diesem Beitrag wird dargelegt, wie und warum eine wirtschaftspolitische Konzeption, die Soziale Marktwirtschaft, in den vergangenen Jahrzehnten erodiert ist zum Nachteil von Wirtschaft und Gesellschaft. Zunächst (Teil 1) wird aufgezeigt, dass sich die Konzeption zumindest dem Namen nach sowohl im jüngsten Entwurf einer Verfassung für die EU als auch in Verlautbarungen deutscher Parteifunktionäre findet. Wenn der sachliche Inhalt des Namens berücksichtigt wird, muss gefragt werden, ob der Nennung der Konzeption eine Verwechslung zugrunde liegt oder ob ihre deklaratorische Verwendung eine Irreführung beinhaltet. Im nächsten Schritt (Teil 2) soll argumentiert werden, dass die Konzeption seit ihrer Einführung in Deutschland 1948 einem permanenten Erosionsprozess ausgesetzt war, der sie zu einer wohlklingenden Worthölse ohne politische Verbindlichkeit verkommen ließ. Die Ursachen dieses Erosionsprozesses sind an dem Attribut 'sozial' von Gesetzesvorhaben festzumachen (Teil 3) sowie an dem politischen Missbrauch, der damit betrieben wird und der es wegen seiner beliebig häufigen Verwendung und deren Folgen zu einem fatalen Epitheton werden lässt. Die Wirtschaftspolitik, für die die Konzeption vorgeblich Leitbild war, hat zu einem beklagenswerten Zustand der deutschen Volkswirtschaft geführt. Er ist Anlass dafür zu prüfen, welche reformorientierte Ursachentherapie dieser Zustand nahe legt und wie der offen-sichtliche Reformstau erklärt werden kann (Teil 4)." (Autorenreferat)

[225-L] Strobl, Thomas; Schirmacher, Frank (Hrsg.):

**Die Zukunft des Kapitalismus**, (Edition Suhrkamp, 2603), Berlin: Suhrkamp 2010, 197 S., ISBN: 978-3-518-12603-5

**INHALT:** "Wie konnte es zur globalen Finanzkrise kommen, und wie lässt sie sich überwinden? Wie sieht die Zukunft des Kapitalismus aus? In diesem Band stellen so unterschiedliche Autoren wie Paul Kirchhof, Martin Walser, Peter Sloterdijk und Wolfgang Schäuble ihre Visionen eines Wegs aus der Krise vor und schildern Eindrücke aus dem Leben in der Marktwirtschaft. Während die einen eine stärkere Kontrolle durch die Politik fordern und zur Mäßigung aufrufen, dabei häufig jedoch Wachstum, Steuersenkung, Autokaufprämie oder Ankurbelung des Konsums weiter als Heilmittel betrachten, andere dagegen glauben, dass der Staat sich als 'schlechter Unternehmer' ganz raushalten solle, denn 'ohne Wachstum ist alles nichts', wollen wieder andere die grundsätzliche Unterscheidung von Eigentum und Besitz neu erörtern und auf Grund der strukturellen Nichtverantwortlichkeit 'immaterieller Eigentumsoperationen den Kapitalismus als nicht alternativloses zeitlich begrenztes Phänomen' denken." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Vorwort von Frank Schirmacher (9-10); Thomas Strobl: Wohlstand für alle (11-17); Karen Horn: Modell Deutschland (18-23); Martin Walser: Wettbewerb ist ein Gebot der Nächstenliebe (24-30); Dirk Baecker: Die Firma ist eine Zumutung (31-35); Gunnar Heinsohn: Die nächste Blase schwillt schon an (36-43); Paul Kirchhof: Der Schaden der anderen (44-51); Meinhard Miegel: 2015 - das Jahr der finalen Krise (52-59); Peter Sloterdijk: Die Revolution der gebenden Hand (60-70); Michael Hvorecky: Amüsieren? Erst mal können vor Lachen! (71-74); Armin Nassehi: Mit ästhetischer Erziehung aus der Finanzkrise? (75-80); Heiner Flassbeck: Was sozial ist, schafft Arbeit! (81-85); Michael A. Gottelf: Was starrt ihr alle auf 1929?! (86-92); Christoph Deutschmann: Ohne Aufstiegswille kein Kapitalismus (93-97); Thomas von Steinaecker: Das dünne Eis der Fiktion (98-101); Viktor Vanberg: Global robust, lokal verwundbar (102-106); Michael Zöller: Haben wir denn im Kapitalismus gelebt? (107-111); Ingo Schulze: Monster in der Grube (112-118); Fritz B. Simon: Der Untergang findet nicht statt (119-123); Heiner Mühlmann: Sprechstunde beim Betriebspsychologen (124-128); Andrzej Stasiuk: Lichen lässt mir keine Ruhe (129-133); Wolfgang Schäuble: Ohne Maß ist die Freiheit der Ruin (134-143); Wolfgang Streeck: Und wenn jetzt noch eine Krise käme? (144-148); Viktor Jerofejew: Seelen im Sonderangebot (149-154); Anna Katharina Hahn: Die Abschaffung der Kindheit (155-159); Wilhelm Hankel: Retter, die alles noch schlimmer machen (160-169); Wolfgang Müller-Michaelis: Wie man den Korken aus der Flasche bekommt (170-180); Emmanuel Todd: Europa muss sich durchsetzen (181-185); Thomas Strobl: Die Wirtschaftskrise. Ein erster Rückblick (186-192).

[226-L] Theurl, Theresia (Hrsg.):

**Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise**, (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 329), Berlin: Duncker & Humblot 2010, 241 S., ISBN: 978-3-428-13440-3

**INHALT:** "Noch ist die Frage nicht abschließend beantwortet und beantwortbar, ob dauerhafte Folgen der Krise bleiben werden, in den Verhaltensweisen der Menschen und in den wirtschaftlichen Strukturen und Indikatoren ebenso wie in der Bedeutung ökonomischer Theorien. Dies gilt auch für ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Denn die Finanz- und Wirtschaftskrise war und ist nicht zuletzt auch eine wirtschaftspolitische Herausforderung. Die einzelnen Beiträge dieses Bandes zeigen die zahlreichen und vielfältigen wirtschaftspolitischen Aspekte auf, die mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verbunden sind. Ein Schwerpunkt liegt auf den ordnungs- und industriepolitischen Konsequenzen, ein anderer auf den Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte sowie in der Frage nach Exit-Strategien aus einer Wirtschaftspolitik, die an der Krise ansetzt. Dazu kommt, neben anderen Themen, eine Analyse der wirtschaftspolitischen Reaktionen der 'emerging markets'. Heute lassen sich vor allem die ergriffenen Maßnahmen analysieren und deren kurzfristige Effekte bewerten, während sich die langfristigen Konsequenzen bislang einer abschließenden Einschätzung entziehen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ansgar Belke, Gunther Schnabl: Finanzkrise, globale Liquidität und makroökonomischer Exit (11-29); Joachim Starbatty: Ordnungspolitische Konsequenzen der Wirtschaftskrise (31-56); Justus Haucap, Michael Coenen: Industriepolitische Konsequenzen der Wirtschaftskrise (57-84); Berthold U. Wigger: Öffentliche Haushalte in der Krise (85-103); Christian von Hirschhausen: Infrastrukturpolitik nach der Finanz- und Wirtschaftskrise - Markt und Planung

(105-125); Ullrich Heilemann, Stefan Wappler: Spät, widerwillig und wenig - Zu Effizienz und Effektivität der Fiskalischen Konjunkturpolitik in Deutschland 1967 bis 2009 (127-172); Norbert Berthold, Alexander Brunner und Jupp Zenzen: Makroökonomische Rahmenbedingungen und die Einkommensverteilung - Welchen Einfluss hat die Finanzkrise? (173-214); Andreas Freytag: Schwellenländer in der Weltwirtschaftskrise - Probleme und Reaktionen am Beispiel Südafrikas (215-241).

[227-L] Vliegenthart, Arjan:

**Bringing dependency back in: the economic crisis in post-socialist Europe and the continued relevance of dependent development**, in: Historical Social Research : the official journal of Quantum and Interquant ; an international journal for the application of formal methods to history, Vol. 35/2010, No. 2 = No. 132, S. 242-265 (Standort: USB Köln(38)-XG05183; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die aktuelle Wirtschaftskrise stellt einen bedeutsamen Prüfstein für die Europäische Union als Ganze und die neuen Mitgliedsstaaten im Besonderen dar. Während die EU für die ostmitteleuropäischen Länder generell als Ende der ökonomischen und sozialen Transformationsperiode gilt, könnten die harten Folgen der Krise zu einem kritischen Test dieser Annahme werden. Dieser Beitrag basiert für die Analyse der gegenwärtigen Entwicklung in Ostmitteleuropa auf zwei fast vergessenen theoretischen Paradigmen: der Dependenz-Theorie und der Weltsystem-Theorie. Er versucht insbesondere die Relevanz des Konzeptes der 'Semi-Peripherie' für die neuen EU-Staaten aufzuzeigen. Daran schließt die These an, dass die Region ihre historische Position als Europas 'Semi-Peripherie' wieder eingenommen hat, wobei heute die Hierarchie zwischen Zentrum und Peripherie vor allem durch die starke Präsenz transnationaler Konzerne mit Zentralen in Westeuropa und Tochtergesellschaften in Ostmitteleuropa gekennzeichnet ist. Diese Konstellation hat bedeutende Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region, da die wichtigsten Wirtschaftsentscheidungen außerhalb Ostmitteleuropas getroffen werden, und zwar mit Folgen, die jetzt zunehmend deutlicher hervortreten." (Autorenreferat)

[228-L] Wahl, Peter:

**Die Zivilgesellschaft und die Krise**, in: Kritische Justiz : Vierteljahresschrift für Recht und Politik, Jg. 42/2009, H. 2, S. 167-177 (Standort: USB Köln(38)-XF126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.kj-online.de/kjneue/hefte/Aufsatz\\_KJ\\_09\\_02.pdf](http://www.kj-online.de/kjneue/hefte/Aufsatz_KJ_09_02.pdf))

**INHALT:** "Der Crash des Finanzsystems war kein unvorhersehbares Naturereignis. Unorthodoxe Ökonomen wie die Nobelpreisträger Joseph Stiglitz oder Paul Krugmann und andere kritische Akademiker hatten immer wieder vor den Risiken gewarnt, die von der neoliberal verfassten Finanzindustrie ausgehen. Auch bei linken Parteien, Gewerkschaften, bei einigen NGOs und der globalisierungskritischen Bewegung wurde seit Jahren darauf hingewiesen, dass von den global liberalisierten Finanzmärkten enorme Gefahren ausgehen. So heißt es z.B. in der Grundsatzerklärung von Attac Deutschland, die 2000 verabschiedet wurde, dass 'die grenzenlose Freiheit der Kapitalflüsse zu einer wachsenden Instabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen (führt), die sich in immer kürzeren Abständen in Krisen entlädt. Durch Finanzcrashs werden jahrelange wirtschaftliche Anstrengungen ganzer Volkswirtschaften über Nacht zunichte gemacht'." (Autorenreferat)

[229-F] Windolf, Paul, Prof.Dr. (Leitung):

#### **Strukturanalyse des Finanzmarkt-Kapitalismus**

**INHALT:** In diesem Projekt soll der Finanzmarkt mit Hilfe von Strukturvariablen beschrieben und analysiert werden. Es geht um eine vergleichende Analyse der Struktur der Finanzmärkte in ca. 20-25 OECD-Ländern. Der Vergleich soll zeigen, in welchem Umfang sich die einzelnen Länder dem Modell des Finanzmarkt-Kapitalismus angenähert haben und welche Ursachen nationale Unterschiede haben könnten. 1. Kontext/ Problemlage: Seit Mitte der 1990er Jahre können wir in Deutschland und in anderen europäischen Ländern einen Regimewechsel beobachten, der in diesem Projekt als Übergang vom Manager- zum Finanzmarkt-Kapitalismus beschrieben wird. Wir beobachten einerseits

einen Prozess der Auflösung von Institutionen (z.B. Auflösung der Deutschland AG), wir beobachten andererseits das Entstehen neuer Institutionen und Regulationsformen, insbesondere auf den Finanzmärkten. Parallel dazu hat sich eine neue Finanzmarkt-Elite etabliert, die versucht, Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen in den großen Unternehmen auszuüben (shareholder value). Die Finanzmarktkrise von 2007-09 hat gezeigt, dass die globalen Transaktionen der Finanzmarkt-Akteure nur durch transnationale politische Regulierungen kontrolliert werden können. 2. Fragestellung: Der Finanzmarkt-Kapitalismus wird hier als ein System definiert, in dem die Realökonomie einem starken Einfluss der Finanzmärkte und einer global agierenden Finanzdienstklasse ausgesetzt ist (institutionelle Investoren, Analysten, Rating-Agenturen). Aus einer vergleichenden Perspektive sollen die folgenden Fragen beantwortet werden: Welchen Anteil halten institutionelle Anleger an den großen Aktiengesellschaften? Wie groß ist der Einfluss, den sie aufgrund ihrer Eigentumsrechte auf unternehmerische Entscheidungen ausüben können? Wie lange halten die institutionellen Anleger ihre Anteile (short termism)? Hat die Volatilität der Aktienkurse auf den Aktienmärkten zugenommen? Lässt sich nachweisen, dass der Kurs von Unternehmen, die überwiegend im Eigentum institutioneller Investoren sind, besonders volatil sind? Welche Unterschiede lassen sich zwischen den OECD-Ländern in Bezug auf die Struktur der Eigentümer (institutionelle Anleger), short-termism und Volatilität nachweisen? *GEOGRAPHISCHER RAUM*: ca. 20-25 OECD-Länder

**METHODE:** In diesem Projekt werden Finanzmarktdaten erhoben, die von der OECD publiziert werden; weitere Datenquellen sind Datenbanken, auf denen unternehmensbezogene Daten verfügbar sind. Zu den Strukturvariablen, die erhoben werden sollen, gehören u.a.: Anteil des Aktienkapitals, den die institutionellen Investoren halten; Volatilität der Aktienmärkte; Turnover-Rate auf den Aktienmärkten (short-termism); ansteigendes Volumen der Optionsmärkte (Vermehrung des "fiktiven Kapitals"); Größe und Struktur der Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus; Anteil der Arbeitnehmer, die direkt dem Einfluss der Finanzmärkte ausgesetzt sind (börsennotierte Aktiengesellschaften); etc.

**ART:** gefördert *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Hans-Böckler-Stiftung

**INSTITUTION:** Universität Trier, FB IV Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mathematik, Informatik und Wirtschaftsinformatik, Fach Soziologie Teilfach Arbeit, Personal, Organisation (Universitätsring 15, 54286 Trier)

**KONTAKT:** Leiter (e-mail: windolf@uni-trier.de)

[230-L] Young, Brigitte; Stiegler, Barbara; Reiner, Sabine; Michalitsch, Gabriele; Biesecker, Adelheid: **Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise**, (WISO Diskurs : Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik), Bonn 2009, 56 S., ISBN: 978-3-86872-193-5 (Graue Literatur; library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf)

**INHALT:** "Im Sommer 2009 veranstaltete ein breites Bündnis von Frauen aus Wissenschaft und Gesellschaft ein Symposium, um nach Antworten der feministischen Ökonomie auf die Krise zu suchen. Die Dokumentation dieser Veranstaltung liegt hiermit vor. Auslöser war die Beobachtung, dass Frauen in der gegenwärtigen Analyse der Finanz- und Wirtschaftskrise kaum auftauchen. Zunächst rein optisch ist die Szene der Banker, Wirtschaftsexperten, Politiker und Lobbyisten fast ausschließlich männlich besetzt. Und auch in den Lösungsmöglichkeiten, die diskutiert werden, spielt das Geschlechterverhältnis keine Rolle. Dabei geht es um nichts weniger als die Bewältigung der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren, die die Menschen weltweit bedroht und somit alle, ob Frauen oder Männer, in Haftung nimmt: kollektiv über Staatsgarantien, Rettungsschirme für Banken und öffentliche Konjunkturprogramme ungekannten Ausmaßes und individuell etwa durch den Verlust des Arbeitsplatzes, des Hauses, der Geldanlagen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Sabine Reiner: Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer (5-14); Brigitte Young: Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle (15-26); Barbara Stiegler: Zur Care-Arbeit in Deutschland (27-31); Adelheid Biesecker: Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative (32-48); Gabriele Michalitsch: Umsteuern: mit feministischer Politik der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnen (49-55).

---

[231-L] Zick, Andreas; Gross, Eva; Lobitz, Rebecca:

**Krisenbedingte Kündigung der Gleichwertigkeit**, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände : Folge 8, Berlin: Suhrkamp, 2010, S. 72-86, ISBN: 978-3-518-12602-8

**INHALT:** Der Grundsatz der Gleichwertigkeit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ist Teil des demokratischen Selbstverständnisses. Die Aufkündigung dieses Grundsatzes ist eine Option, die Menschen wählen, um auf Krisen zu reagieren. Dies tun sie etwa, indem sie basale gesellschaftliche Verkehrsformen wie die Gleichbehandlung von Menschen in Frage stellen oder solidargemeinschaftliche Fürsorgepflichten gegenüber sozial schwachen Gruppen zurückweisen. Die Annahme der Untersuchung lautet: Kündigen Mitglieder der Gesellschaft diesen Gleichwertigkeitsgrundsatz auf, lässt das die Vorurteilsbildung wahrscheinlicher werden und führt zur Zunahme Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sozialpsychologisch ist die Bewältigung von Krisen mittels einer solchen Gleichwertigkeitskündigung durch aus funktional, werden doch damit reale oder angenommene "Belastungen" ausgeräumt und die sozialen Grenzen zu anderen Gruppen gefestigt, einschließlich der damit verbundenen sozialen Hierarchisierung. Die Verfasser erörtern den Zusammenhang zwischen der Kündigung von Gleichwertigkeit und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit aus einer sozialpsychologischen Perspektive, die fragt, wie individuelle Krisenwahrnehmungen kollektiv in Vorurteile überführt werden. Sie stellen dazu ein Modell vor, das anschließend an den Daten des Survey Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des Jahres 2009 geprüft wird. (ICF2)



## 6 Reflektion der Staatsverschuldung / Finanzkrise in den Medien

[232-L] Brandstetter, Barbara:

**Gemeinsames Europa?: die Metaphorik von Wirtschaftsberichten in deutsch- und französischsprachigen Printmedien**, (Philologia, Bd. 135), Hamburg: Kovac 2009, 269 S., ISBN: 978-3-8300-4031-6

**INHALT:** "Die Einführung des Euro ist ein Jahrhundertprojekt. Wie berichten Journalisten in den neunziger Jahren darüber? Welches Europa-Bild zeichnen deutsche, belgische, französische und Schweizer Zeitungen? Welche Metaphern verwenden Medien und Politiker? Die Autorin wendet die kognitive Metapherntheorie auf 532 Wirtschaftsartikel an, um Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Veränderungen in der Bildsprache herauszuarbeiten. Die Analyse belegt, wie Journalisten zu einem negativen Europa-Bild beitragen - und verdeutlicht, warum längst überwunden geglaubte Konflikte aus der Zeit der Euro-Einführung in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wieder aufbrechen." (Autorenreferat)

[233-L] Gronau, Jennifer; Schneider, Steffen; Nullmeier, Frank; Nonhoff, Martin:

**Spiele ohne Brot?: die Legitimationskrise der G8**, in: Leviathan : Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 37/2009, H. 1, S. 117-143 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;  
[www.vsjournals.de/index.php;do=show\\_article/sid=e5fc7e350ba2c8552e47d3851431f77b/site=lev/area=soz/id=7136](http://www.vsjournals.de/index.php;do=show_article/sid=e5fc7e350ba2c8552e47d3851431f77b/site=lev/area=soz/id=7136))

**INHALT:** "Dass die 'Gruppe der Acht' (G8) ein Legitimitätsproblem hat, unterstreichen insbesondere die jährlich wiederkehrenden Proteste. Zweifel an ihren Legitimationsgrundlagen sind auch in den Medien weit verbreitet, so dass man von einer anhaltenden Legitimationskrise der G8 sprechen kann. Zu diesem Ergebnis kommen wir anhand einer Untersuchung von je zwei Qualitätszeitungen aus vier Ländern (Deutschland, Schweiz, Großbritannien, USA) über einen Zeitraum von zehn Jahren (1998-2007). Die Gründe für die mediale Legitimationskrise der G8 liegen vor allem in ihrem wahrgenommenen Showcharakter und in einem Mangel an fassbaren Ergebnissen. Während man in Rom das Volk durch Brot und Spiele zu beruhigen versuchte, scheinen die G8-Gipfel nur Spiele ohne Brot zu sein." (Autorenreferat)

[234-L] Hörisch, Jochen:

**Von der Kathedrale zur europäischen Zentralbank**, in: Leviathan : Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 25/1997, H. 4, S. 452-457 (Standort: USB Köln(38)-XG01679; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Nach den Ursachen für die Zurückhaltung der Literaten in der Debatte um die Einführung des Euro wird im vorliegenden Beitrag gefragt. Anhand von Beispielen belegt der Autor, daß sich die neuzeitliche Literatur sonst in erstaunlicher Regelmäßigkeit dem Thema Geld widmet, wobei dies stets im Kontext von Medien und Religion geschieht. Im folgenden thematisiert er einige der Stichworte, die die Debatte um den Euro streift. So fällt die Einführung des Euro zeitlich zusammen mit einer Massenarbeitslosigkeit, die an die späten 20er und frühen 30er Jahre erinnert. Hinzu kommt eine "atemberaubende" Staatsverschuldung. Die Auswirkungen des Euro auf diese Phänomene ergeben nach Ansicht des Autors genügend Stoff für die neuzeitlichen Literaten. Hierbei favorisiert er selbst ein Szenario, in welchem der Euro für den dringend notwendigen Phantasie-, Ermutigungs- und Innovationsschub sorgt. So kann das Euro-Europa "über den Souveränitätsverzicht von Nationalstaaten zu der dringend notwendigen Stärkung der Handlungsfähigkeit des politischen Systems beitragen". (prd)

[235-L] Kleining, Gerhard:

**"Vertrauen" in den Medien und im Alltag**, in: Maren Hartmann (Hrsg.) ; Andreas Hepp (Hrsg.): Die Mediatisierung der Alltagswelt, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010, S. 127-146, ISBN: 978-3-531-17042-8

**INHALT:** In der ökonomischen Krise der Jahre 2008 und 2009 wird vielfach der Verlust von Vertrauen in Wirtschaft und Politik beklagt. Seit Beginn 2008 berichten die Medien über aufeinander folgende Krisen - von der Immobilienkrise in den USA im Frühjahr 2008 zur Bankenkrise dort mit der Insolvenz der Großbank Lehman Brothers im September zur globalen Wirtschaftskrise ab 2009. Einher gehen die Maßnahmen der Staaten zur Stützung der Wirtschaft und zur "Rückgewinnung des Vertrauens" in die freie Marktwirtschaft. Der vorliegende Beitrag untersucht vor diesem Hintergrund die Struktur von Medienberichten über "Vertrauen", die vornehmlich im Juni und Juli 2009 in der Bundesrepublik erschienen sind. Ausgewertet werden Nachrichten und Kommentare im Radio und Fernsehen, in Zeitungen und Zeitschriften und online. Die Ergebnisse werden dann mit der Alltagsbedeutung von "Vertrauen" konfrontiert und verglichen. (ICA2)

[236-L] Langenohl, Andreas; Schmidt-Beck, Kerstin:

**Die Medien als Bühne für Finanzprofis?: prekär gewordene Medienverhältnisse nach dem Börsenfall**, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.) ; Dana Giesecke (Mitarb.) ; Thomas Dumke (Mitarb.): Die Natur der Gesellschaft : Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2008, S. 4345-4356, ISBN: 978-3-593-38440-5

**INHALT:** "Medien und Ökonomie stehen in modernen Gesellschaften in einem auf Austausch beruhenden Passungsverhältnis zueinander. Beispielhaft ist dieses Theorem für den Bereich der Werbung aufgestellt worden. Demnach bieten Medienorgane den Interessen der Ökonomie ein öffentliches Forum, um im Gegenzug ihren Bestand durch Einnahmen zu sichern und den Aufmerksamkeitswert eigener Beiträge über (Werbe-)Informationen zu steigern. In den letzten Jahren sind zunehmend auch Finanzexperten als Medienakteure u.a. in TV-Börsensendungen präsent. Medien als Transporteure von Botschaften bieten der Finanzökonomie damit eine Bühne zur Selbst-Präsentation, während gleichzeitig vor allem bei guter Börsenentwicklung der Aufmerksamkeitswert entsprechender Medienbeiträge steigt. Das Passungsverhältnis geht damit in einer Vorteilspartnerschaft auf. Finanzprofis fungieren darin als MaklerInnen finanzwirtschaftlicher Informationen ebenso wie als RepräsentantInnen ihrer Organisationen und WerbeträgerInnen in eigener Sache. Der Beitrag beleuchtet anhand von Daten aus Interviews mit Finanzprofis deren Medienverhältnis im Kontext des öffentlichen Krisendiskurses um den Niedergang der Börse in den Jahren 2000 bis 2003. Dieses Verhältnis wird, so die These, aus der Subjektperspektive potentiell prekär, wenn sich die Rahmenbedingungen der Passung zwischen Finanzökonomie und Medien verschieben. Im Kontext der Börsenkrise wurden nicht nur finanzwirtschaftliche Botschaften, Produkte und Organisationen fragwürdig, sondern auch die Medienakteure der Finanzökonomie gerieten in den Verdacht, sich am Verlust von Anlegergeldern mit schuldig gemacht zu haben. An der Rezeption dieses medialen Diskurses, der als eine punktuelle, einseitige Aufkündigung der Vorteilspartnerschaft durch die Medien gedeutet werden kann und der damit die prinzipielle Passung zwischen Medien und Finanzökonomie verschleiert oder aber unterläuft, wird gezeigt, wie Finanzprofis auf die Personalisierung der Kritik, die sich gegen die ganze professionelle Gemeinschaft richtet, reagieren. Auf dieser empirischen Grundlage wird das Theorem der Passung von Medien und Ökonomie neu bewertet, indem es um die Dimension der Krise solcher Passungsverhältnisse erweitert wird." (Autorenreferat)

[237-L] Schatz, Heribert:

**Schluss mit lustig!: Krisenkommunikation und Krisenmanagement in der 'Spaßgesellschaft'**, in: Heinz-Jürgen Dahme (Hrsg.) ; Norbert Wohlfahrt (Hrsg.) ; Dieter Grunow (Adressat): Systemanalyse als politische Reformstrategie : Festschrift für Dieter Grunow, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2010, S. 36-53, ISBN: 978-3-531-17037-4

**INHALT:** Der Autor zeigt am Beispiel der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, wie sich die zunächst im Schattenreich der Großfinanz in den USA entwickelnde Hypotheken- und Finanzmarktkrise nach einer langen Nichtwahrnehmung durch die Medien plötzlich zum Top-Thema medialer Aufmerksamkeit wurde und welche Strategien und Werkzeuge von Presse und Rundfunk sowie dem Internet dabei zum Einsatz kamen, um das Thema im Mediensystem zu "homologieren". Um die Prozesse der Krisenkommunikation in der "Spaßgesellschaft" zu verdeutlichen, setzt er sich mit dem Informationsüberfluss und der "Arkan-Kommunikation", mit der Wahrnehmung der aktuellen Krise in Deutschland und mit dem Krisenmanagement im politisch-administrativen System der Bundesrepublik kritisch auseinander. Seine Analyse bestätigt die These, dass insbesondere Krisen und daraus entstehende Konfliktsituationen situativ ein Gelegenheitsfenster für Medien öffnen und ihnen Zugang zum Politikprozess verschaffen können. Im vorliegenden Fall öffnete sich dieses Fenster aber nicht sofort, vielmehr war der reale Handlungsdruck auf die Bundesregierung bereits durch die inter- und intranationale Regierungskommunikation sehr hoch: Erst als die wichtigsten Entscheidungslinien schon festgelegt waren, erhielten die Medien Zugang zur Politikarena. (ICI2)

[238-L] Scherpenberg, Jens van:

**Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums**, (SWP-Studie, S 24), Berlin 2006, 49 S. (Graue Literatur;  
nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-245156;www.swp-berlin.org/en/common/get\_document.php?asset\_id=3357)

**INHALT:** "Den jährlichen EU-US-Gipfeltreffen haftet häufig lustlose Bemühtheit an. Kann die 'Transatlantic Economic Integration and Growth Initiative' des Gipfels vom Juni 2005 den transatlantischen Beziehungen wieder Dynamik verleihen? Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass von dieser Initiative keine Überwindung der großen administrativen und innenpolitischen Widerstände gegen eine vertiefte transatlantische Integration zu erwarten ist. Letztlich müssen sich EU und USA bei der künftigen Gestaltung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zwischen zwei Wegen entscheiden: Entweder, sie setzen die bisherige halbherzige Integrationsdiplomatie fort. Sie wird jedoch Tendenzen zu rivalisierendem Regionalismus, wirtschaftspolitischer Lastenabschiebung in Krisen, wachsendem Protektionismus und letztlich ein Auseinanderbrechen des Atlantischen Wirtschaftsraumes in einer zunehmend multipolaren Weltwirtschaft nicht verhindern können. Oder sie erkennen, dass beide Seiten sich strategische Wirtschaftskonflikte angesichts der veränderten globalen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht mehr leisten können, und entschließen sich zu einem ehrgeizigeren integrationspolitischen Ziel, etwa einem umfassenden Abkommen über einen integrierten Atlantischen Wirtschaftsraum (Atlantic Economic Area - AEA) mit einer starken strategischen Komponente. Obwohl die Bedingungen dafür derzeit so günstig wie lange nicht sind, bedarf es für ein so weitreichendes Integrationskonzept besonderer politischer Anstrengungen auf hoher Regierungsebene." (Autorenreferat)

[239-L] Schilling, Walter:

**Die Finanzmarktkrise und die Medien in Deutschland**, in: Europäische Rundschau : Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte, Jg. 37/2009, Nr. 3, S. 63-67 (Standort: USB Köln(38)-XE337; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** Der Autor kritisiert die "eloquenten Kapitalismuskritiker" und "Meinungsmacher" bei der Erklärung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den deutschen Medien. Die Konzentration der Medien auf die "Gier" der "Bankster" und Finanzinvestoren (Haifische und Heuschrecken) lenkt von der Tatsache ab, dass die Finanzmarktkrise von der Politik in den USA - und zwar von der Regierung Clinton - ihren Ausgang nahm und die Politik in Deutschland, wie auch in anderen europäischen Ländern, durchaus die Chance gehabt hat, mit Hilfe einer aufmerksamen Bankenaufsicht die katastrophalen Entwicklungen zu verhindern. Die gewaltigen Erschütterungen, die nach der spektakulären Pleite der amerikanischen Investment-Bank Lehman Brothers im Herbst 2008 den Weltfinanzmarkt heimsuchten, sind für den Autor kein Beleg für die Untauglichkeit des marktwirtschaftlichen Systems. Vielmehr wurden die Turbulenzen durch einen klaren Verstoß der amerikanischen Regierung (Clinton) gegen die Prinzipien der Ordnungspolitik verursacht und durch die Fehleinschätzungen zahlreicher Bankmanager im Hinblick auf die Folgen ihres Handelns sowie durch die mangelnde Banken-

aufsicht in vielen Ländern verschärft. Doch eine Kritik im Deutschen Fernsehen an Bill Clinton Subprime-Politik existiert nicht. Der Autor resümiert: "Man neigt dort eben nicht dazu, jene Politiker anzugreifen oder zu kritisieren, die einem ideologisch nahestehen. Hätte der Verursacher der schweren Finanzmarktkrise George W. Bush geheißen, wäre die Präsentation dieser Thematik sicherlich ganz anders ausgefallen." (ICA2)

[240-F] Stehle, Helena, Dipl.rer.com.; Georg, Katherina, Dipl.rer.com.; Spachmann, Klaus, Dr. (Bearbeitung); Mast, Claudia, Univ.-Prof.Dr.Dr. (Leitung):

**Wirtschaftsjournalismus nach der Finanz- und Wirtschaftskrise**

**INHALT:** Ziel der Studie ist es, eine Bestandsaufnahme des Wirtschaftsjournalismus durchzuführen. Ausgehend von einer grundlegenden Systematisierung verschiedener Typen und Mediengattungen sollen dabei vor allem Formen der Wirtschaftsberichterstattung untersucht werden, die ökonomische Themen mit übergeordneten, wirtschaftsfremden Kontexten verknüpfen. Die Studie analysiert Veränderungen und Trends des Wirtschaftsjournalismus im Zuge der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ermöglicht eine ganzheitliche Betrachtung und Weiterentwicklung bestehender Ansätze und Konzepte des Wirtschaftsjournalismus, z.B. Strategien der Leseransprache oder Selektionsstrategien. Der Kommunikatorperspektive des Journalismus werden dabei die Perspektiven der Rezipienten sowie der Quellen und Betroffenen gegenüber gestellt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

**METHODE:** Die theoretische Basis des Forschungsprojektes liegt in Theorien des Journalismus sowie in Konzepten des Wirtschaftsjournalismus. Es werden bestehende Studien, Theorien und Konzepte in das Forschungsprojekt einbezogen und weiterentwickelt. Branchenbezogenes Fachwissen ergänzt die theoretische Basis der Studie. Im Hinblick auf die empirische Umsetzung liegt der Studie ein Multimethoden-Design zugrunde. Es werden eine explorative sowie eine standardisierte Inhaltsanalyse von Wirtschaftsberichterstattung aus Printmedien mit Leitfadeninterviews mit Experten aus dem Wirtschaftsjournalismus sowie mit Leitenden Angestellte aus Real- und Finanzwirtschaft kombiniert. Standardisierte Repräsentativ- und Quotabefragungen von leitenden Wirtschaftsjournalisten, Leitenden Angestellten aus Real- und Finanzwirtschaft sowie der Bevölkerung in Deutschland (ab 14 Jahre) ermöglichen eine tiefgehende, umfassende und vergleichende Analyse der erhobenen Daten. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt *DATENGewinnung:* Inhaltsanalyse, standardisiert (Ausgaben von 6 Wirtschaftsleitmedien der Presse; Auswahlverfahren: typ. bewusst). Inhaltsanalyse, offen (Stichprobe: 30; Ausgaben von 6 Wirtschaftsleitmedien der Presse; Auswahlverfahren: typ. bewusst). Qualitatives Interview (Stichprobe: 20; Chefredakteure, Leiter von Wirtschaftsredaktionen, leitende Angestellte; Auswahlverfahren: Quota). Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 1.500; Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland über 14 Jahren, leitende Angestellte; Auswahlverfahren: Zufall, Quota). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: ca. 500; Chefredakteure, Leiter von Wirtschaftsredaktionen; Auswahlverfahren: Vollerhebung). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts; Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

**ART:** Auftragsforschung; Eigenprojekt *BEGINN:* 2010-03 *ENDE:* 2011-12 *AUFTRAGGEBER:* ING-DiBa AG, Frankfurt a.M. *FINANZIERER:* Auftraggeber; Institution

**INSTITUTION:** Universität Hohenheim, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft und Journalistik (70593 Stuttgart)

**KONTAKT:** Stehle, Helena (Tel. 0711-459-24294, e-mail: helena.stehle@uni-hohenheim.de)

## 7 Internationale Sichten, Vergleiche zur Staatsverschuldung / Finanzkrise

[241-L] Aretz, Sven:

**Die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise in verschiedenen Regionen**, in: KAS-Auslandsinformationen, 2008, Nr. 12, S. 34-44 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.kas.de/wf/doc/kas\\_15624-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_15624-544-1-30.pdf))

**INHALT:** "Während die globale Finanzkrise in den USA und in der EU zu Rezessionen, Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit führte, blieb der Schaden für Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien, wenn er überhaupt eintrat, begrenzt. In der Europäischen Union hat man inzwischen Schritte zur Rettung systemrelevanter Banken unternommen und eine Vereinheitlichung der Kontrollen im Finanzbereich eingeleitet. In China zeigen sich Banken und Volkswirtschaft, sicher auch aufgrund einer den Markt stark regulierenden Politik, stabil. Auch in Indien, das Deregulierungen und Liberalisierungen kritisch sieht, fand die Krise kaum Boden. Ökonomisch stark steht zudem Brasilien da, das sich um einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus bemüht und der Krise bislang trotzt. Sorgen muss sich Südafrika, wo der Aktienmarkt einbrach und die Wirtschaft keine neuen Arbeitsplätze mehr generiert. Sollte sich die Lage am Kap noch verschärfen, wird die Finanzkrise wohl auch dieses Land empfindlich treffen." (Autorenreferat)

[242-L] Bieling, Hans-Jürgen; Jäger, Johannes; Imhof, Karen:

**Assessing the transformation of global finance**, in: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 25/2009, No. 1, S. 4-17

**INHALT:** "Der Beitrag beschreibt den Kontext, in dem sich die Transformation der globalen Finanzbeziehungen vollzieht. Die Überlegungen weisen insofern über die derzeitige Finanzkrise hinaus, als diese vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen des bestehenden globalen Finanzsystems diskutiert wird. Die zentrale Frage lautet dabei, ob das Dollar Wall Street Regime (DWSR), das sich im Anschluss an das Bretton Woods-System seit Ende der 1970er Jahre herausgebildet hat, sich substantiell verändert oder nicht. Diese Frage ist für die globale Peripherie von Bedeutung, weil das DWSR maßgeblich die Handlungsspielräume für eigenständige Entwicklungsstrategien bestimmt. In dem Beitrag wird die Entwicklung des derzeitigen Systems ambivalent eingeschätzt: Obwohl wichtige langfristige Änderungen die Stabilität des DWSR allmählich untergraben, ist ungewiss, ob die derzeitige Finanzkrise diesen Prozess beschleunigen wird oder sogar kurzfristig umkehren kann." (Autorenreferat)

[243-L] Brunkhorst, Hauke; Matiaske, Wenzel; Grözinger, Gerd (Hrsg.):

**Peripherie und Zentrum in der Weltgesellschaft**, (Zentrum und Peripherie, Bd. 1), München: Hampp 2004, X, 228 S., ISBN: 3-87988-875-2

**INHALT:** "Im ersten, hier präsentierten Band der neuen Reihe mit dem Titel Peripherie und Zentrum in der Weltgesellschaft ist das Generalthema in mehreren Dimensionen angesprochen: Auswirkungen der Differenzierung von Zentrum und Peripherie für das Weltrechtssystem und seine Rückwirkungen auf die jeweiligen Regime, nationale Wirtschaftsstile und Politikulturen unter den Bedingungen der Globalisierung, universelle Menschenrechte und das Recht auf Differenzierung. Gleichzeitig fokussiert sich der Band auf eine gewisse gebietsmäßige Einengung. Dort, wo eine empirisch-regionale Analyse vorgenommen wird, sind fast ausschließlich die Verhältnisse in Mitteleuropa und Südamerika das Thema. Die Spannung zwischen diesen beiden Kontinenten war zentrales Thema zweier Workshops, die an der Universität Flensburg und am Hochschulzentrum Kitzbühel 2002 und 2003 mit Unterstützung der Freunde der Universität Flensburg und der Donau-Universität Krems stattfanden. Die Workshops wurden im Zusammenhang mit dem wirtschaft- und sozialwissenschaftlichen deutsch-spanischen Studiengang 'International Management' an der Universität Flensburg und einem vom DAAD geförderten Wissenschaftler-Austausch-Programm zwischen Deutschland und Brasilien

des Instituts für Soziologie der Universität Flensburg konzipiert. Trotz der Konzentration auf die Konfrontation unterschiedlicher Perspektiven wurden auch bewusst Beiträge aufgenommen, die sich der Binnenanalyse einzelner Länder gewidmet hatten, um dem sterilen Zwang eines ständigen Vergleichs von eigentlich Unvergleichbarem zu entkommen." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Christiane Bender, Hans Grafit und Markus Schaal: Nationale Arbeitsmärkte in Zeiten der Globalisierung? Die Schweiz im Zentrum und in der Peripherie Europas (1-22); Margareta Bertilsson: Professions on the Road to Global Power: The Case of the Legal Profession (23-46); Gilberto Calcagnotto: Merco-sul: Utopie oder Wirklichkeit? Szenarien (47-66); Barbara Fritz: Wie tragbar sind Schulden? Debt Sustainability, Insolvenzrecht für Staaten und die neue Rolle des IWF (67-90); Andreas Fischer-Lescano: Nolenti fit iniuria: Sittenwidrige Schulden im Weltrecht (91-112); Sérgio Costa: Europa und das Verhältnis Zentrum-Peripherie in der Weltgesellschaft: Eine Kritik am Habermasschen Ansatz (113-134); Regina Kreide: Zwischen Deliberation und Verhandlung: Zur Gerechtigkeit globaler und regionaler Menschenrechtsabkommen (135-164); Marcello Neves: Vom Rechtspluralismus zum sozialen Durcheinander: Der Mangel an Identität der Rechtssphäre(n) in der peripheren Moderne und seine Implikationen in Lateinamerika (165-194); Paula Diehl: Zwischen Telenovelas und Politik: Die Körperinszenierung des brasilianischen Präsidenten Fernando Collor de Mello (195-210); Klaus Minihuber: Rebellion an der Peripherie: Afro-brasilianische Bauerngemeinschaften auf dem Weg zu einer neuen ethno-politischen Identität (211-226).

[244-L] Candeias, Mario:

**"This party is so over ...": Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal**, in: Mario Candeias (Hrsg.) ; Rainer Rilling (Hrsg.): Krise : Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat, Bonn: Dietz, 2009, S. 10-37, ISBN: 978-3-320-02184-9

**INHALT:** Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg geraten die USA, Europa und Japan gleichzeitig in eine Rezession, nachdem die fortschreitende Transnationalisierung zur Synchronisation der Zyklen geführt hat. Selbst China gerät in die Krise: Eigene Aktien-, Kredit- und Immobilienblasen und die Abschwächung der globalen Nachfrage bremsen das Wachstum und verdeutlichen die Abhängigkeit des US-Konkurrenten vom 'globalen Konsumenten'. Die Erörterung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise aus Sicht der politischen Linken gliedert sich in folgende Punkte: (1) Die Überakkumulation und der Mythos ökonomischer Erholung, (2) China - abhängig vom globalen Konsumenten, (3) der neue Staatsinterventionismus, (4) grüner New Deal und das nahende Ende des Neoliberalismus sowie (5) die radikale Realpolitik. Selbst zu Zeiten des New Economy Booms blieb die Weltinvestitionsrate hinter dem Niveau der 1990er und 1980er Jahre zurück (IWF 2005). Die Überakkumulation von Kapital konnte auch in den Krisen nicht ausreichend abgebaut bzw. in neuen Anlagefeldern absorbiert werden. Entsprechend erwächst auch von Kapitaleseite die Notwendigkeit neuer Formen der Regulation und Akkumulation: Die Erneuerung öffentlicher Investitionen und ein 'grüner New Deal' bieten sich an, um eine neue Periode kapitalistischer Entwicklung anzustoßen. (ICG2)

[245-L] Deutschmann, Christoph:

**Der kollektive "Buddenbrooks-Effekt": die Finanzmärkte und die Mittelschichten**, (MPIfG Working Paper, 08/5), Köln 2008, 21 S. (Graue Literatur; [www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp08-5.pdf](http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp08-5.pdf))

**INHALT:** "Der Beitrag analysiert die aktuelle Finanzmarktkrise vor dem Hintergrund längerfristiger sozioökonomischer Strukturveränderungen der fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Die lange Phase wirtschaftlicher Prosperität nach dem Zweiten Weltkrieg hat dazu geführt, dass - bei anhaltender starker sozialer Ungleichheit der Vermögensverteilung - beträchtliche Finanzvermögen auch bei den Mittelschichten der Gesellschaften Westeuropas, der USA und Japans entstanden sind. Der Aufstieg der Investmentfonds als neuer Gruppe kollektiver Akteure auf den globalen Finanzmärkten ist vor diesem Hintergrund zu erklären. Gleichzeitig ist eine zunehmend instabile, durch Finanzkrisen und sinkende wirtschaftliche Wachstumsraten gekennzeichnete wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten. In dem Beitrag werden die Zusammenhänge zwischen den genannten Phänomenen im Rahmen einer Mehrebenenanalyse untersucht, die in das Modell eines 'kollektiven Buddenbrooks-Effekts' mündet: Mit der strukturellen Aufwärtsmobilität in der Gesellschaft kommt es zu einem wach-

senden Ungleichgewicht an den Vermögensmärkten derart, dass einem überproportionalen Wachstum der Anlage suchenden Finanzvermögen eine sinkende Zahl potenziell solventer Schuldner gegenübersteht. Die Folgen sind eine Neigung zum Netto-Kapitalexport und eine tendenzielle Überliquidität an den Finanzmärkten, mit negativen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum und die soziale Lage der gleichen Mittelschichten, die von der Nachkriegsprosperität zunächst profitiert hatten. Darüber hinaus entsteht die Gefahr von Spekulationsblasen an den Kapitalmärkten. Die These des Beitrages ist, dass das aktuelle Krisengeschehen nicht ohne Berücksichtigung dieser strukturellen Hintergründe verstanden werden kann." (Autorenreferat)

[246-L] Dieter, Heribert:

**Die Zukunft der Globalisierung: zwischen Krise und Neugestaltung**, (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 58), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 530 S., ISBN: 3-8329-1293-2 (Standort: UB Trier(385)-LASb14595-58)

**INHALT:** Die fortbestehende Fragilität der internationalen Finanzmärkte und die Asymmetrien des Welthandels fordern eine Neugestaltung der Globalisierung. Ein Blick auf verschiedene Krisenszenarien und ein historischer Vergleich mit der Situation in den 1930er Jahren machen deutlich, dass eine ungebrochene Fortsetzung der aktuellen Entwicklungstrends nicht die wahrscheinlichste Variante ist. Im ersten Teil der vorliegenden Untersuchung werden zunächst die wichtigsten Finanzkrisen der vergangenen 15 Jahre analysiert (Australien, Mexiko, Asien, Republik Südafrika, Lateinamerika). Vor diesem Hintergrund wendet sich der Verfasser handelspolitischen Fragestellungen zu: dem anhaltenden Protektionismus in den Industrieländern und der Aushöhlung der multilateralen Ordnung durch eine dritte Welle des Regionalismus. Das Ende der "goldenen Jahre" in den USA und die lange Wirtschaftskrise in Japan werden im Folgenden als die zwei schwerwiegendsten Hypothesen der Weltwirtschaft analysiert. Optionen für eine Neugestaltung der Globalisierung werden in drei Bereichen gesehen: in einem neuen monetären Regionalismus, in der Stärkung der multilateralen Ordnung und in einer Reform des globalen Währungs- und Finanzsystems. Welche Akteure und Strukturen einer Reform der Weltwirtschaftsordnung entgegenstehen, wird abschließend in der Analyse der Konflikte innerhalb der Triade USA-EU-Asien verdeutlicht. (ICE2)

[247-L] Eicker-Wolf, Kai; Truger, Achim; Niechoj, Torsten:

**Vom unerwarteten Aufschwung in den Sog der Weltrezession: zur makroökonomischen Politik unter der Großen Koalition**, in: Kai Eicker-Wolf (Hrsg.) ; Stefan Körzell (Hrsg.) ; Torsten Niechoj (Hrsg.) ; Achim Truger (Hrsg.): In gemeinsamer Verantwortung : die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Großen Koalition 2005-2009, Marburg: Metropolis-Verl., 2009, S. 19-73, ISBN: 978-3-89518-747-6

**INHALT:** Die Autoren beschreiben international vergleichend die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit der Jahrtausendwende anhand zentraler makroökonomischer Indikatoren. Sie diskutieren vor diesem Hintergrund die makroökonomische Politik der Regierung Merkel (Geldpolitik, Finanzpolitik, Lohnpolitik), wobei auch die Politik der rot-grünen Vorgängerregierung berücksichtigt wird. Die Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise für Deutschland und die in diesem Zusammenhang ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Großen Koalition werden ebenfalls diskutiert. Abschließend werden wirtschaftspolitische Alternativen formuliert: Zum einen muss die Finanzpolitik generell ihrer konjunkturpolitischen Verantwortung nachkommen und antizyklisch agieren. Zum anderen muss der Personalabbau im Öffentlichen Dienst gestoppt werden und insbesondere der Bereich der sozialen und gesellschaftsorientierten Dienstleistungen ausgebaut sowie die öffentlichen Investitionen dauerhaft erhöht werden. Außerdem ist die Lohnpolitik institutionell zu stabilisieren, damit die Ausschöpfung des verteilungsneutralen Spielraums wieder erreicht wird. (ICE2)

[248-F] European Business School:

**Auswirkungen der Finanzmarktkrise in den USA und in Deutschland aus betriebswirtschaftlicher und ethischer Sicht**

**INHALT:** Ursachen der Finanzmarktkrise in den USA und deren Auswirkungen auf Deutschland: a) die Rolle des US-Bankensystems bei der Entstehung der Krise; b) der Zusammenbruch von Lehman Brothers und dessen Einflüsse auf deutsche Unternehmen; c) Ursachen der Finanzmarktkrise in der neoklassischen Business Administration; d) betriebswirtschaftliche und ethische Konsequenzen in Form von Hypothesen. *ZEITRAUM:* ab 15.09.2008 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* primär Deutschland

**METHODE:** Eine anwendungsbezogene empirische Studie anhand von ausgewählten Beispielen, unter besonderer Berücksichtigung der Berichterstattung in ausgewählten Medien.

**ART:** Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Wissenschaftler

**INSTITUTION:** European Business School, Department Strategy, Organization & Leadership, Chair of International Management (Rheingastr. 1, 65375 Oestrich-Winkel)

[249-L] Feld, Lars P.; Baskaran, Thushyanthan:

**The Swiss system of fiscal federalism: lessons for the German reform discussion**, in: Ralf Thomas Baus (Hrsg.) ; Raoul Blindenbacher (Hrsg.) ; Ulrich Karpen (Hrsg.): Competition versus cooperation : German federalism in need of reform - a comparative perspective, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007, S. 298-320, ISBN: 978-3-8329-2991-6 (Standort: SLUB Dresden(14)-MG15960B351)

**INHALT:** "Die zweite Stufe der Föderalismusreform soll zu einer Reform der deutschen Finanzverfassung führen. Die derzeit geltende Finanzverfassung ist durch einen starken Finanz- und Haftungsverbund zwischen Bund und Ländern gekennzeichnet und dürfte wesentliche Mitverantwortung für die zunehmende Staatsverschuldung in Deutschland, insbesondere aber auf Länderebene, tragen. In diesem Beitrag wird diskutiert, inwiefern sich die Anreize zur übermäßigen Verschuldung durch geeignete institutionelle Reformen reduzieren lassen. Dabei stehen drei verschiedene institutionelle Reformen im Mittelpunkt der Betrachtung: 1. eine echte Steuerautonomie der Länder, 2. eine größere Eigenverantwortung der Länder für ihre Schulden im Hinblick auf die Finanzmärkte und 3. die Einführung stärker bindender Beschränkungen der Staatsverschuldung als Art. 115 GG und die daran angelehnten Bestimmungen in den Landesverfassungen. Die Analyse dieser Reformelemente erfolgt auf Basis empirischer Untersuchungen des Schweizer Föderalismus, der stark wettbewerbsfähig ausgerichtet ist, die Eigenverantwortung von Bund, Kantonen und Gemeinden für ihre öffentlichen Finanzen betont und über verschiedene institutionelle Beschränkungen der Staatsverschuldung (Schuldenbremsen und direkte Demokratie) verfügt." (Autorenreferat)

[250-L] Fischer-Lescano, Andreas:

**Nolenti fit iniuria: sittenwidrige Schulden im Weltrecht**, in: Hauke Brunkhorst (Hrsg.) ; Gerd Grözinger (Hrsg.) ; Wenzel Matiaske (Hrsg.): Peripherie und Zentrum in der Weltgesellschaft, Mering: Hampp, 2004, S. 91-112, ISBN: 3-87988-875-2

**INHALT:** "Von einer juristischen Seite kommend, behandelt Andreas Fischer-Lescano die Schuldensituation Argentiniens. Wenn in einem der größten Landwirtschaftsexporteure der Welt im neuen Jahrtausend wieder Hunger herrscht, und trotzdem Auslandsschulden vorrangig bedient werden sollen, muss man dann nicht von 'Sittenwidrigkeit' sprechen? Tatsächlich sind Vereinbarungen über einen großzügigen Schuldenerlass geschichtlich dann nicht so selten gewesen, wenn ein Land erkennbar nicht mehr in der Lage war, seinen kumulierten Verpflichtungen nachzukommen. Auch Deutschland hat davon schon profitiert. Aber es kommt noch etwas Grundsätzliches hinzu. Wenn Kredite von einer Regierung aufgenommen wurden, die - wie im Fall der Militärdiktatur Argentiniens - eindeutig nicht demokratisch legitimiert war, sind es dann nicht eher 'Regimeschulden' statt solche des Staates? Dass solche 'Hässlichen Schulden' nicht rückzahlbar sind, weil auch die Geldgeber eine Verantwortung haben, der sie hier nicht nachgekommen sind, hat schon seit den zwanziger Jahren eine gewisse Tradition im Völkerrecht. In einer Zusammenstellung der nötigen Absicherung dazu seitens schon getroffener Urteile im Umfeld und der Durchsicht der diesbezüglichen Rechtsliteratur wird in dem Beitrag die Position begründet, dass dieser Fall eines gebotenen Schuldenerlasses bei Argentinien gegeben ist. Vor Gerichten, auch deutschen, wird bereits darüber gestritten, mit offenem Ausgang." (Autorenreferat)



[251-L] Galbraith, James K.:

**Das Scheitern des Monetarismus: von den Theorien Milton Friedmans zur Weltfinanzkrise**, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 53/2008, H. 9, S. 69-80 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/september/das-scheitern-des-monetarismus](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/september/das-scheitern-des-monetarismus))

**INHALT:** Der Beitrag beschäftigt sich mit den Theorien des Ökonomen Milton Friedman und erklärt sie für ungültig. Anhand von Anekdoten und mit Bezug auf weltwirtschaftliche Ereignisse legt der Beitrag dar, dass wichtige Auffassungen Friedmans, etwa die, dass freie und unbehinderte Märkte "grundsätzlich stabil" seien, im Lichte der Realität besehen nicht haltbar sind. Von den Anfängen des "Monetarismus" über die "Theorie gezielter Inflationsbekämpfung" gelangt er zur Finanzkrise in den USA im Jahr 2008, und erkennt den Bankrott der Theorien Friedmans. Stattdessen wird gefordert, Theorien von John Maynard Keynes, John Kenneth Galbraith und Hyman P. Minsky wieder mehr Beachtung zu schenken. (ICB)

[252-L] Göring, Michael; Lahnstein-Kandel, Sonja (Hrsg.):

**Der soziale Zusammenhalt in den Staaten der Triade USA, Japan, Europa: Alterssicherungssysteme, Staatsverschuldung und Beschäftigung**, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1999, 380 S., ISBN: 3-7890-6155-7

**INHALT:** Der Band dokumentiert eine Folge von drei Konferenzen, die - auf Initiative des früheren Bundespräsidenten - gemeinsam von der Träger- und der Zeit-Stiftung zwischen Frühjahr 1998 und Frühjahr 1999 in Bonn durchgeführt worden ist. Ort und Initiator standen dafür, daß der Kreis der (rund 130) Teilnehmer und Teilnehmerinnen sich aus 'Führungskräfte(n) und renommierte(n) Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur aus dem In- und Ausland' (9) zusammensetzte. Die hoch angesetzte Frage nach dem sozialen Zusammenhalt wurde indes nicht als solche diskutiert; thematisch ging es nahezu ausschließlich um Steuerungsprobleme im Ländervergleich - also Phänomene auf systemischer Ebene - in den Bereichen der Alterssicherung (I), Staatsverschuldung und Finanzpolitik (II) sowie Beschäftigungspolitik (III). Konferenzdokumentationen können - auch wenn sie sich im Duktus eng an wörtliche Protokolle halten - aufgrund der Breite der festgehaltenen Positionen durchaus anregend sein. Dieses Potential wäre im Fall dieses Bandes freilich noch stärker zu nutzen gewesen, wenn sich die Herausgeber - zusätzlich zu den nach Umfang und Qualität doch sehr unterschiedlichen Statements - für ein systematisierendes Resümee der Debattenverläufe entschieden hätten. Inhaltsverzeichnis: Vorworte: Bundespräsident Roman Herzog: Gemeinsame Probleme reifer Industrienationen (7-8); Dieter H. Feddersen: Das Anliegen der Stiftungen (9-10); Manfred Lahnstein: 'Der Worte sind genug gewechselt ...?' (11-14). Konferenzdokumentation: Alterssicherungssysteme: März 1998; Staatsverschuldung: November 1998; Beschäftigung: April 1999. (ZPol, NOMOS)

[253-F] Guittet, Stéphane, M.A. (Bearbeitung):

**The transformation of financial institutions in the wake of financial market liberalization and tightened financial regulation**

**INHALT:** Nach einer zwanzig Jahre währenden Finanzmarktliberalisierung gingen die meisten westlichen Länder zu einer stärkeren Finanzregulierung über. Diese einschneidenden Veränderungen werfen drei grundsätzliche Fragen auf: Warum wird die Finanzaufsicht auf nationaler Ebene in einer Zeit der Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte verstärkt? Wie ist es zu erklären, dass die meisten westlichen Länder ihre Finanzregulierung während eines kurzen Zeitraums zu Beginn des 21. Jahrhunderts verschärft haben? Und warum trafen die Länder unterschiedliche institutionelle Entscheidungen? Zwei Annahmen sind Ausgangspunkt für dieses Dissertationsprojekt: 1. die bestehenden Zentralbanken wegen fehlerhaften Verhaltens anzuprangern, veranlasst eine politische Koalition zur Förderung einer neuen Finanzinstitution; 2. die Stärkung einer bereits etablierten Finanzinstitution verstärkt den politischen Status quo. Eine vergleichende Analyse der Finanzmarktregulierung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA soll diese Aspekte näher betrachten.

**ART:** Dissertation *BEGINN:* 2009-09 *ENDE:* 2012-09 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

**INSTITUTION:** Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln); International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy -IMPRS-SP-CE- (Paulstr. 3, 50676 Köln)

[254-L] Heitzmann, Karin; Unger, Brigitte:

**The adjustment path of the Austrian welfare state: back to Bismarck?**, in: Journal of European Social Policy, Vol. 13/2003, No. 4, S. 371-387 (Standort: USB Köln(38)-XH6093)

**INHALT:** Nach Esping-Andersen lassen sich drei Typen von Wohlfahrtsstaaten unterscheiden: 'skandinavisch' bzw. 'sozialdemokratisch', 'angelsächsisch' bzw. 'liberal' und 'kontinental' bzw. 'konservativ'. Zu letzteren zählen Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland und die Niederlande. Ihre Sozialsysteme sind dadurch gekennzeichnet, dass sie auf dem Versicherungsprinzip aufbauen und an den Faktor Arbeit gebunden sind. Der Beitrag schildert, wie einer dieser konservativen Wohlfahrtsstaaten, Österreich, sich den Reformnotwendigkeiten, die seit den Ölkrisen der 1970er Jahre offenkundig sind, stellt. Die Politik verfolgte dabei lange Zeit den Weg, die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik unangetastet zu lassen und Reformschritte nach Art des Neo-Korporatismus möglichst ohne großes Aufsehen zu implementieren. Die konservativen Wohlfahrtsstaaten hatten drei Handlungsoptionen: (1) die internationale Entwicklung zu ignorieren und das eigene Niveau der sozialen Sicherungen zu halten mit den entsprechenden Folgen wachsender Staatsverschuldung und sinkender Wettbewerbsfähigkeit, (2) sich auf Bismarcks Entwurf eines statuswahrenden Sozialversicherungssystems, das sich auf die Familie stützt, zu besinnen oder (3) den Wohlfahrtsstaat radikal durch einen Systemwechsel hin zu den 'sozialdemokratischen' oder 'liberalen' Modellen zu reformieren. Österreich ist lange Zeit der ersten Strategie gefolgt, war aber schließlich zu Reformen mit sowohl sozialdemokratischen als auch liberalen Elementen gezwungen. Der Beitrag argumentiert jedoch dahingehend, dass die Tendenz 'zurück zu Bismarck' letzten Endes stärker ist. (IAB)

[255-L] Manzenreiter, Wolfram; Küblböck, Karin; Imhof, Karen; Heinz, Ronald; Becker, Joachim (Hrsg.):

**Geld Macht Krise: Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft**, (Historische Sozialkunde / Internationale Entwicklung, 22), Wien: Promedia Verl.-Ges. 2003, 264 S., ISBN: 3-85371-209-6

**INHALT:** Der Band liefert eine Einführung zum Thema Finanzmärkte. Neben einer begrifflichen Klärung werden vor dem Hintergrund der historisch gewachsenen Rahmenbedingungen die Funktionsweise und Mechanismen von Finanzmärkten analysiert. Anhand von Fallbeispielen aus Lateinamerika, Asien und Europa werden die sozialen und politischen Faktoren von Verschuldung und Finanzkrisen aufgezeigt und abschließend wird auf die aktuelle Diskussion um die Reform und Re-Regulierung der Finanzmärkte eingegangen. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Joachim Becker / Roland Heinz / Karen Imhof / Karin Küblböck / Wolfram Manzenreiter: Geld, Finanzmärkte und Krisendynamiken (7-14); Vanessa Redak: Zur Rolle und Funktion von Finanzmärkten (15-26); Derek H. Aldcroft: Das Problem der Auslandsschuld in historischer Perspektive (27-47); Martin Schürz: Ziele der Geldpolitik im Wandel der Zeit (49-60); Martina Neuwirth: Fluss ohne Wiederkehr. Finanzmärkte und Verschuldung (61-73); Joachim Becker / Andres Musacchio: Argentinien: Wiederholungen der Verschuldungsgeschichte (75-88); Karen Imhof: Verschuldung, Finanzkrise und die Etablierung neoliberaler Hegemonie in Mexiko (89-114); Florian Wukovitsch: Entwicklung unter 'Finanzmarktaufsicht'. Implikationen brasilianischer Wirtschafts- und Sozialpolitik 1994-2000 (115-130); Ilker Atac: Die Krise der neoliberalen Entwicklungsweise in der Türkei (131-147); Rudy Weissenbacher: Der IWF und die Dialektik der marktwirtschaftlichen Ideologie in Jugoslawien (149-172); Waltraud Urban: Die Asienkrise 1997 und danach (173-190); Ronald Heinz / Wolfram Manzenreiter: Finanzkrise im Zentrum: Der Fall Japan(s); (191-216); Karin Küblböck: Re-Regulierung der Finanzmärkte (217-227); Mascha Madörin: Schuldenstreichung und Reparationen: völkerrechtliche Aktualisierung alter Forderungen (229-241); Robert Musil: Neue Wege des Wirtschaftens (243-263). (ZPol, VS)

[256-L] Mügge, Daniel; Stellinga, Bart:

**Absent alternatives and insider interests in postcrisis financial reform**, in: Der moderne Staat : Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, Jg. 3/2010, H. 2, S. 321-338  
([www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/4590](http://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/4590))

**INHALT:** "Die Kreditkrise, ausgebrochen im Sommer 2007, hat gängige Regulierungsmodelle und die ihnen zugrunde liegenden politischen Institutionen grundsätzlich in Frage gestellt. Gemessen an der fundamentalen Kritik die seitdem an bestehenden Strukturen geäußert worden ist, sind die Reformambitionen westlicher Regierungen in diesem Bereich allerdings enttäuschend und geben kaum Hoffnung, dass der Bedrohung durch zukünftige Krisen ernsthaft begegnet wird. Diese Beobachtung generiert die zentrale Frage dieses Beitrags: wie lassen sich die Reformschritte verschiedener Regierungen, und insbesondere deren begrenzter Umfang, erklären? Unsere Analyse konzentriert sich auf die Reformpositionen der vier Regierungen mit Schlüsselpositionen in globalen Finanzfragen (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland) im Vorfeld der G20-Treffen 2009 eingenommen haben. Vier Regulierungsfeldern stehen dabei zentral: Rechnungslegungsstandards, Derivat Handel, Bankenregulierung und Ratingagenturen. Der Beitrag nimmt dabei sowohl bemerkenswerte Überlappungen der Regierungspositionen sowie Unterschiede zwischen ihnen in den Blick. Vor allem letztere erlauben Rückschlüsse auf die treibenden Kräfte hinter Reformbemühungen. Die Analyseergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Regierungen haben in internationalen Verhandlungen die Wettbewerbsinteressen ihrer nationalen Finanzdienstleister verteidigt. Das heißt nicht, dass Industrieinteressen durchgängig in politische Positionen übernommen worden sind - nicht selten haben neue Regeln Bankprofite eher geschmälert. Vielmehr ist es der relative Einfluss der neuen Regeln auf Wettbewerbsfähigkeit gewesen, verglichen mit ausländischen Firmen, der entscheidend war. Gleichzeitig zeigt dieser Beitrag, dass die verschiedenen Regierungspositionen sich alle innerhalb eines Rahmens bewegen, der auf 'denkbare' Regulierungsalternativen begrenzt ist. Ungeachtet der Fundamentalkritik gegenüber dem seinerzeit gängigen Regulierungsparadigma, die nach der Krise laut geworden ist, mangelt es nach wie vor an überzeugenden, grundlegenden Alternativansätzen. Darum sind viele Reformvorschläge weniger radikal ausgefallen als die Kritik, isoliert betrachtet, nahegelegt hätte." (Autorenreferat)

[257-L] Nunnenkamp, Peter:

**Internationale Finanzpolitik**, in: Siegmund Schmidt (Hrsg.) ; Gunther Hellmann (Hrsg.) ; Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2007, S. 630-638, ISBN: 978-3-531-13652-3

**INHALT:** Mit den gehäuften Finanz- und Währungskrisen in einer Reihe von Schwellenländern rückt die Reform der internationalen Finanzarchitektur ins Zentrum der finanzpolitischen Debatte. Insbesondere von Globalisierungsgegnern ist eine grundlegende Neugestaltung der internationalen Finanzmarktordnung angemahnt worden. Dem IWF ist auch von führenden Politikern und von der Wissenschaft ein verfehltes Krisenmanagement vorgeworfen worden. Unbestritten ist dabei, dass das Ziel der Krisenvermeidung und -bekämpfung einen an die gestiegene internationale Kapitalmobilität angepassten regulativen Rahmen erfordert. Die Fülle der bereits vorhandenen Normen deutet an, dass das Hauptproblem in der unzureichenden Anwendung multilateral vereinbarter Standards und Kodizes liegt. Der Beitrag diskutiert diese Aspekte und kommt zu dem Schluss, dass die gehäuften Finanz- und Währungskrisen seit den neunziger Jahren die internationale Finanzpolitik nicht veranlasst haben, den Prozess der Liberalisierung der Kapitalmärkte umzukehren. Ein Umbau der internationalen Finanzarchitektur ist auch von deutschen Entscheidungsträgern abgelehnt worden. Dagegen sind jedoch einzelne Forderungen der Globalisierungskritik von der deutschen Regierung aufgegriffen worden. (ICB2)

[258-F] Onaran Stockhammer, Özlem (Bearbeitung):

**The effect of financial crises on distribution and employment**

**INHALT:** This project is granted by the "Dr.-Heinz-Kienzl-Preis", jointly awarded by the Austrian Central Bank and WU. The aim of the project is to analyze the effects of financial crises on income dis-

tribution and employment. Financial crises have become more frequent through the world economy in the past two decades. While there are extensive policy debates on how to prevent these from happening, a sober view will concede that, despite measures to be taken, financial crises may well continue to occur frequently. High current account deficits in USA, but also in some emerging economies such as Hungary and Turkey, even suggest that they may not be far away. If so it is important to understand the effects that financial crises have. This research proposal focuses on the effects on functional income distribution and employment, an aspect so far neglected in the literature. Since most volatility in the financial markets can be observed in emerging markets, the empirical analysis will be carried out for the most dynamic of these emerging markets (Argentina, Brazil, Chile, Mexico, Turkey, Indonesia, Korea, Malaysia, the Philippines, and Thailand). This analysis is expected to generate insights relevant for emerging economies as well as for developed economies. Firstly, financial crises have become a more frequent phenomenon in developed countries as well. The extensive role of governments in these countries has yet cushioned the effects, but presumably the effects will be structurally similar. Secondly, the adverse effects of these financial crises have implications beyond the borders of the emerging markets. If financial crises are generating persistent adverse effects on income distribution, and employment in the major exporting countries of the world economy, these will have spillover effects on advanced economies, particularly the new member states of the EU, through international competition and financial flows. | *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Türkei, Europa, Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Indonesien, Korea, Malaysia, die Philippinen, Thailand

**VERÖFFENTLICHUNGEN:** Onaran Stockhammer, Özlem: Speculation-led growth and fragility in Turkey. Does EU make a difference or "can it happen again?". in: Hein, Eckhard; Heise, Arne; Truger, Achim (Hrsg.): European economic policies. Alternatives to orthodox analysis and policy concepts. Marburg: Metropolis-Verl., S. 199-227. ISBN 3-89518-560-4 (Download unter: [epub.wu.ac.at/dyn/virlib/wp/eng/mediate/epub-wu-01\\_98b.pdf?ID=epub-wu-01\\_98b](http://epub.wu.ac.at/dyn/virlib/wp/eng/mediate/epub-wu-01_98b.pdf?ID=epub-wu-01_98b) ).

**ART:** Auftragsforschung *BEGINN*: 2006-01 *ENDE*: 2007-12 *AUFTRAGGEBER*: Oesterreichische Nationalbank *FINANZIERER*: Auftraggeber

**INSTITUTION:** Wirtschaftsuniversität Wien, Department VWL, Institut für Arbeitsmarkttheorie und -politik (Nordbergstr. 15, 1090 Wien, Österreich)

**KONTAKT:** Institution (Tel. 0043-1-31336-5800 o. -5151, Fax: 0043-1-31336-905800)

[259-L] Panitch, Leo; Gindin, Sam:

**The current crisis: a critical perspective**, in: Journal für Entwicklungspolitik, Vol. 25/2009, No. 1, S. 44-68

**INHALT:** "In diesem Artikel betonen die Autoren zunächst die generelle Zentralität des Staates für die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors. Diese zentrale Rolle des Staates ist nicht nur in Krisenzeiten, sondern auch in 'normalen' Zeiten gegeben, obgleich sie in der Krise sichtbarer wird. Darauf aufbauend wird analysiert, unter welchen Bedingungen und in welcher Form die gegenwärtige Krise überwunden werden kann. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Krise - auch wenn sie sehr tief ist - nicht das Ende des Neoliberalismus bedeuten muss. Für noch unwahrscheinlicher halten sie, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu einem Ende der US-Hegemonie führen wird. Dennoch wird es für möglich erachtet, dass sich vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklungen gesellschaftliche Widersprüche zuspitzen. Diese könnten die Basis für Politiken bilden, die eine radikale Transformation des Finanzsektors beinhalten und darüber hinaus strukturelle ökonomische Veränderungen einleiten könnten." (Autorenreferat)

[260-L] Rilling, Rainer; Candeias, Mario (Hrsg.):

**Krise: Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat**, (Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 55), Berlin: Dietz 2009, 143 S., ISBN: 978-3-320-02184-9

**INHALT:** "Der geschichtliche Moment ist denkbar ungeeignet für die Publikation eines Buches, eines langsamen Mediums, das mit der sich überschlagenden Geschwindigkeit der realen Entwicklung kaum mithalten kann. Die Beiträge markieren daher eine Art Zwischenstand der Krise, versuchen durch ihre strategische Ausrichtung auf zukünftige Entwicklungen und alternative Politiken jedoch, über den analytischen Moment hinausgehende Anregungen zu liefern. Denn die Krise bestätigt zahl-

reiche Analysen und Befürchtungen der Linken. Auf das Eintreten der Krise war sie dennoch nicht ausreichend vorbereitet, ebenso überrascht wie Banker, Analysten und Regierende. Wir wollen mit diesem Buch dazu beitragen, etwas mehr Klarheit in die Debatte zu tragen und strategisch nach vorne in Richtung sozialistischer Transformation und entsprechender Einstiegsprojekte zu orientieren." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Mario Candeias: "This party is so over..." - Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal (10-37); Alex Demirovic: Krise und Kontinuität. Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus (38-52); Jörg Huffscheid: Nicht die Krise, der Finanzkapitalismus ist das Problem. Vom "normalen" Funktionieren von Umverteilung und Instabilität (53-73); Joachim Becker: Krisenregion Ost- und Mitteleuropa - der IWF als "Retter" (74-83); Leo Panitch: "Rückkehr" des Staates. Zur Rolle der USA in der Krise (84-95); Robert Brenner: Der Fall der Profitraten als Kern der Krise (96-98); Bill Tabb, Jörg Huffscheid: Profitabilität auf Kosten der Nachfrage? Wandel mit Obama? (99-105); Richard Wolff: Nach dem Neoliberalismus. Szenarien der Krisenbearbeitung und sozialistische Strategie (106-118); Philipp Hersel, Axel Troost: Keynes global - Neuordnung der Finanzmärkte. Die Idee einer International Clearing Union (119-129); Peter Wahl: Radikaler Realismus. Positionierung emanzipatorischer Politik in der kommenden Reformperiode (130-142).

[261-L] Rügemer, Werner:

**Heuschrecken im öffentlichen Raum: public private partnership - Anatomie eines globalen Finanzinstruments**, (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), Bielefeld: transcript Verl. 2008, 169 S., ISBN: 978-3-89942-851-3

**INHALT:** "Das Prinzip des in England entwickelten Public Private Partnership (PPP) gilt in der EU und auch in Deutschland als neues Heilmittel gegen Staatsverschuldung und Investitionsstau. Dabei übernimmt der Investor nicht nur den Bau etwa einer Schule, einer Straße oder einer Entsorgungsanlage, sondern auch Planung, Finanzierung und langfristigen Betrieb, während die öffentliche Hand im Gegenzug 20 bis 30 Jahre lang eine Miete zahlt. Neben den Merkmalen und bisherigen Ergebnissen in England bietet dieses Buch Falldarstellungen über Akteure, Lobbyisten-Netzwerke und Gesetze in Deutschland. Charakteristika von PPP, die den Medien, Abgeordneten und Stadträten üblicherweise vorenthalten bleiben, werden offengelegt: Geheimhaltungspflichten, Wirtschaftlichkeitsvergleich, Auftragsvergabe, Vertragsgestaltung, Softkosten, 'Lebenszyklusansatz', Verpfändung der Verträge, Bonus- und Malussysteme, statistische Tricks. Auch die betriebs- und volkswirtschaftlichen Folgen auf nationaler sowie auf EU-Ebene - z.B. Steuerverluste des Staates, Preiserhöhungen, Ausschaltung des Mittelstands, Einsatz von Niedriglöhnern - werden erstmals zusammenfassend dargelegt." (Textauszug)

[262-L] Sablowski, Thomas:

**Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise**, in: Kritische Justiz : Vierteljahresschrift für Recht und Politik, Jg. 42/2009, H. 2, S. 116-131 (Standort: USB Köln(38)-XF126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Die Finanzkrise, die vom 'Subprime'-Hypothekenmarkt in den USA ihren Ausgang nahm, hat sich inzwischen zur globalen Wirtschaftskrise ausgeweitet. Der Beitrag konzentriert sich auf die Darstellung der strukturellen Ursachen dieser Krise, die in der tiefgreifenden Transformation der kapitalistischen Entwicklungsweise seit den 1970er Jahren, namentlich in der fortgesetzten Umverteilung zu Ungunsten der Lohnabhängigen, in der Zunahme globaler Ungleichgewichte und in der inhärenten Instabilität der Finanzmärkte zu suchen sind. Die Überproduktion von Automobilen deutet darauf hin, dass die dominanten Konsummuster an Grenzen stoßen, die auch durch eine Umverteilung von oben nach unten schwerlich zu überwinden sind." (Autorenreferat)

[263-L] Schäppi, Hans:

**Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: globale Alternativen**, in: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik, Jg. 28/2008, H. 55, S. 17-27 (Standort: FES Bonn(Bo133)-X3504)

**INHALT:** Der Beitrag erörtert die aktuelle weltweite Immobilien- und Bankenkrise, indem im ersten Schritt zunächst die neoliberale Krisenentwicklung beschrieben wird: Aufschwung und Krise des Regimes der flexiblen Akkumulation seit 1945 bis Anfang des 21. Jahrhunderts. Der zweite Schritt betrachtet anschließend die Krise des US-zentrierten Akkumulationsmodells mit Blick auf den Zusammenbruch der New Economy 2001/2002 und die aktuelle Wirtschaftskrise. Vor diesem Hintergrund liefert der Autor im dritten Schritt die Achsen einer radikalen und demokratischen Alternative zum Neoliberalismus. Dazu gehören: (1) Umverteilung des Reichtums, (2) Maßnahmen zur Stärkung und zum Ausbau der Demokratie gegen die durch die Krise bedingten autoritären Tendenzen sowie (3) Forderungen nach einer Deglobalisierung, in deren Mittelpunkt die Loslösung aus der Abhängigkeit von dem imperialistischen Zentren der USA und der EU stehen. (ICG2)

[264-L] Schaz, Philipp; Spitznagel, Eugen:

**Makroökonomische Dynamik von Arbeitsmärkten: ein Vergleich interner und externer Flexibilitäten in den USA und in Deutschland**, in: WSI Mitteilungen : Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, Jg. 63/2010, H. 12, S. 626-635 (Standort: USB Köln(38)-Haa964; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

**INHALT:** "Der Arbeitsmarkt in den USA wird allgemein für flexibler gehalten als jener in Deutschland, sowohl hinsichtlich der Anpassung an konjunkturelle Wechsellagen als auch hinsichtlich des Strukturwandels der Wirtschaft. Den Veränderungen der Beschäftigtenzahlen gilt dabei gemeinhin das größte Interesse. Unsere Analyse bezieht Veränderungen der Arbeitszeit, des gesamten Arbeitsvolumens sowie der Arbeitsproduktivität in die Betrachtung ein - und setzt diese Faktoren in Bezug zu den Schwankungen der Produktion. Aus einer makroökonomischen Perspektive untersuchen wir Volatilität und Persistenz dieser Variablen in den Jahren 1990 bis 2009 für Deutschland und die USA. Dabei werden Aussagen über die externe Flexibilität in Form von Schwankungen der Beschäftigung sowie über die interne Flexibilität in Form von Schwankungen der Arbeitszeit und der Arbeitsproduktivität getroffen, auch mit Blick auf ihre Bedeutung während der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Ergebnisse sprechen für ein hohes Maß an interner Flexibilität des Arbeitsmarktes in Deutschland. Es ergibt sich aus hoher Arbeitszeitflexibilität und verbreitetem labour hoarding. In den USA hingegen ist die externe Flexibilität stärker ausgeprägt. Dort vollziehen die Unternehmen Anpassungen stärker über die Anzahl ihrer Beschäftigten." (Autorenreferat)

[265-L] Schmidt, Vivien A.; Scharpf, Fritz W. (Hrsg.):

**Welfare and work in the open economy: vol. 1, from vulnerability to competitiveness**, Oxford: Oxford Univ. Press 2000, 403 S., ISBN: 0-19-924088-4

**INHALT:** Die Veränderungen der internationalen Landschaft, von der Stagflation der siebziger Jahre bis hin zur Globalisierung der Kapitalmärkte in den Neunzigern stellten für alle fortgeschrittenen Wohlfahrtsstaaten eine massive Herausforderung dar, ihre nach dem zweiten Weltkrieg erlangten sozialen Errungenschaften wie Vollbeschäftigung, Sozialversicherung und soziale Gleichheit aufrecht zu erhalten. Dennoch sahen die nationalen Reaktionen und Leistungen äußerst verschieden aus. Die Studie untersucht über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten die Anpassungen an externe wirtschaftliche Herausforderungen in Australien, Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlande, Neuseeland, Schweden, der Schweiz und Großbritannien. Band I stellt vergleichende Analysen der Unterschiede bezüglich der Verwundbarkeiten und Fähigkeiten dieser Länder, sowie der Wirksamkeit ihrer politischen Reaktionen vor. Zudem wird die Rolle der unterschiedlichen Wertsysteme und Diskurse in der Anpassungspolitik diskutiert. Inhaltsverzeichnis: Einführung (Fritz W. Scharpf, Vivien A. Schmidt); Wirtschaftliche Veränderungen, Verwundbarkeiten und institutionelle Fähigkeiten (Fritz W. Scharpf); Politikversagen und wirksame politische Reaktionen (Anton W. Hemerijck, Martin Schludi); Werte und Diskurse in der Anpassungspolitik (Vivien A. Schmidt); Schlussfolgerungen (Fritz W. Scharpf, Vivien A. Schmidt). (ICCÜBERS)

[266-L] Seyda, Susanne; Schröder, Christoph; Scharnagel, Benjamin; Plünnecke, Axel; Kroker, Rolf; Klös, Hans-Peter; Grömling, Michael; Funk, Lothar:

**Vision Deutschland: der Wohlstand hat Zukunft**, Köln: Dt. Inst.-Verl. 2005, 296 S., ISBN: 3-602-14683-9

**INHALT:** Trotz eines Wachstums von 1,6 Prozent nach drei Jahren zählt Deutschland über die gesamte Dekade 2004 gerechnet zu den Schlusslichtern beim Wirtschaftswachstum in Europa. Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, mit welchen Reformbündeln zusätzliches Wachstum generiert werden kann. In einer quantitativen Analyse wird von dem Wachstumsmodell des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ausgegangen und die Wachstumseffekte verschiedener Reformszenarien berechnet. Dabei zeigt sich, dass die unternehmerischen Investitionen den größten positiven Wachstumshebel aufweisen, die Abgabenquote dagegen den größten negativen Einfluss hat. Die qualitative Analyse orientiert sich an den Reformplänen in anderen Ländern, die in einer ähnlichen strukturellen Krise waren wie jetzt Deutschland. In dem Vergleich mit den USA, Großbritannien und Schweden werden unterschiedliche Reformmodelle einbezogen, der detaillierte Anschauungsmaterial für die Frage nach dem Timing und dem Sequencing von Reformen liefert. Für das Jahr 2024 wird ein Szenario gelungener Beschäftigungsmobilisierung, Humankapitalbildung, Investitionsstimulierung und Ausgabenkonsolidierung skizziert. In einem Anhang werden zum einen die Bestimmungsgründe der Wachstumstreiber und die Reformkalendarien der USA, Schwedens, Großbritannien und Deutschland von 1982 bis 1990 und seit 2003 ausführlich dokumentiert. (IAB)

[267-L] Truger, Achim; Heise, Arne; Hein, Eckhard (Hrsg.):

**Finanzpolitik in der Kontroverse**, Marburg: Metropolis-Verl. 2004, 306 S., ISBN: 3-89518-481-0

**INHALT:** In den Beiträgen werden die Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Finanzpolitik angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Probleme diskutiert. Die Autoren befassen sich insbesondere mit der Frage, wie der Haushalt mit möglichst geringen Belastungen für Wachstum und Beschäftigung konsolidiert werden könnte. Sie verfolgen mehrheitlich eher keynesianisch geprägte Ansätze und wollen damit zum einen aktuelle Tendenzen der US-amerikanischen finanzpolitischen Debatte auf Deutschland beziehen. Zum anderen wollen sie die derzeitige Politik kritisch analysieren und damit den in der deutschen Debatte und Politikberatung dominierenden neoliberalen Argumentationsfiguren entgegentreten. Teilweise handelt es sich um dezidiert auf die aktuellen deutschen Probleme bezogene Ausführungen, teilweise um stärker theoretisch orientierte Darstellungen. Dabei wird häufiger ein vergleichender Blick in die USA und die Schweiz geworfen. Das Buch dokumentiert einen Workshop des Forschungsnetzwerks 'Alternative Konzeptionen der makroökonomischen Politik im Spannungsfeld von Arbeitslosigkeit, Globalisierung und Staatsverschuldung', der 2003 in Berlin stattfand und um weitere Beiträge ergänzt wurde. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Stephan Schulmeister: Der Finanzkapitalismus, die Wachstumskrise und das Europäische Modell (23-69); Gerhard Leithäuser: Wirtschaftspolitik bei deflationärer Stagnation (71-100); Philip Arestis / Malcolm Sawyer: Reinventing fiscal policy (101-126); Arne Heise: Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte (127-146); Trevor Evans: The best recovery money can buy? Fiscal policy in the USA (147-169); Achim Truger: Rot-grüne Steuerreformen, Finanzpolitik und makroökonomische Performance - was ist schief gelaufen? (169-208); Volker Meinhardt: Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen (209-225); Sergio Rossi / Bernard Dafflon: Tax competition between sub-national governments. Theoretical and regional policy issues with reference to Switzerland (227-249); Wolfgang Filc / Michael Holz Szenarien tragfähiger Staatsverschuldung in der EWWU unter Berücksichtigung geldpolitischer Rahmenbedingungen (251-274); Heinz-Peter Spahn: Zum Policy-Mix in der Europäischen Währungsunion (275-304). (ZPol, VS)

[268-L] Unger, Brigitte:

**Wer ist schuld an der Finanzkrise?**, in: Kurswechsel : Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 2010, H. 1, S. 24-37 (Standort: USB Köln(38)-XG9232)

**INHALT:** "Dass der Auslöser der Finanzkrise 2008 der Zusammenbruch des US Immobilienmarktes war, ist eine Tatsache, auf die sich Wirtschaftspolitiker und Ökonomen weitgehend einigen können.

Aber wer ist schuld an der Krise? Hier haben wir in den letzten Monaten eine Fülle von Erklärungen geliefert bekommen, von denen, so denkt die Autorin, keine als Krisenerklärung ausreicht. Sie wird im folgenden zuerst in Kapitel 1 die meist genannten Ursachen der Finanzkrise darstellen, und danach in Kapitel 2 auf die Rolle der Ökonomen und ökonomischen mainstream Theorie eingehen, die mitzuverantworten haben, dass die mir am wichtigsten scheinende Krisenerklärung, die ungleiche Einkommensverteilung (Kapitel 3) bis heute zu wenig diskutiert wird. Dies bedeutet auch, dass Sanktionsmassnahmen, die die Einkommensverteilung nicht deutlich verbessern, keinen langfristigen Erfolg haben werden." (Autorenreferat)

[269-L] Wagner, Norbert:

**Die internationale Finanzkrise: "maybe, we can't"**, in: KAS-Auslandsinformationen, 2009, Nr. 3, S. 7-26 (Standort: USB Köln(38)-M XE 00681; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; [www.kas.de/wf/doc/kas\\_16363-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_16363-544-1-30.pdf))

**INHALT:** "Verursacht wurde die derzeitige Weltfinanzkrise durch viele Faktoren. Einer ist die Geldpolitik der US-Zentralbank selbst, die mehrfach ihre Zinsen da gesenkt hielt, wo deren Anhebung geboten gewesen wäre. So etwa bei der Gewährung billiger Kredite an all jene, denen man den Bau des eigenen Hauses auf dem eigenen Grundstück, ein Kernelement des American dream immerhin, ermöglichen wollte. Doch aus dem housingbubble ist ein globales Problem geworden, dessen Auswirkungen in den USA selbst noch die Regierung Bush durch ein gigantisches Bailout-Programm abzufedern suchte. Inzwischen beträgt die Summe der von Washington beschlossenen Konjunkturmaßnahmen 7800 Milliarden US-Dollar. Und die Regierung, nunmehr von Obama geführt, denkt schon an weitere Spritzen. Bei all dem ist zu fragen, ob und wie die Stimulusprogramme überhaupt wirken können, zumal selbst die verantwortlichen Politiker allenfalls zu hoffen scheinen, dass die Vielzahl der lancierten Impulse und die Höhe der bereitgestellten Summe eines Tages den Durchbruch bringen werden." (Autorenreferat)

[270-L] Warlitzer, Henrike:

**Staatsausgaben und Wirtschaftswachstum: ein internationaler Vergleich**, (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, 254), Köln: Dt. Inst.-Verl. 1999, 54 S., ISBN: 3-602-24076-2

**INHALT:** "In der Diskussion über ein effizientes Wirtschaftssystem kommt der Rolle des Staates eine zentrale Bedeutung zu. Er hat die Aufgabe, zum Wohle seiner Bürger für Recht, Sicherheit und Ordnung zu sorgen und die Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb zu sichern. Dazu steht ihm eine Reihe hoheitlicher Instrumente zur Verfügung. Dass dazu in einzelnen Bereichen ein Eingriff in die Souveränität der Bürger notwendig ist, um das Wohlergehen aller gleichermaßen sicherzustellen und überhaupt ein freies Wirtschaften zu ermöglichen, steht außer Frage. Doch wird zunehmend das Ausmaß kritisiert, mit dem der Staat Eingriffe in das Wirtschaftsleben vornimmt. Einen wesentlichen Aspekt der gesamten Staatstätigkeit stellt dabei die Ausgabenpolitik der einzelnen Länder dar. Vor allem innerhalb Europas ist diese nach Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von Bedeutung. Denn es bleibt auch weiterhin interessant, regelmäßig zu beobachten, ob die in Maastricht gesetzten Richtlinien zur Haushaltskonsolidierung auch in Zukunft eingehalten werden und ob das im Stabilitätspakt festgelegte Ziel eines langfristig ausgeglichenen Budgets auch erreicht wird. Aus diesem Grunde soll im Folgenden untersucht werden, wie sich die Staatsausgaben im internationalen Vergleich entwickelt haben und ob sie möglicherweise in Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wachstum der Industrieländer stehen. Dabei soll vor allem die Struktur der Staatsausgaben analysiert werden, da sich ein hoher konsumtiver Staatsverbrauch anders auf das Wachstum auswirken dürfte als beispielsweise öffentliche Investitionen." (Textauszug)



[271-L] Werding, Martin; Parsche, Rüdiger; Osterkamp, Rigmar; Nam, Chang Won; Meier, Volker; Larch, Mario; Holzner, Christian; Hofmann, Herbert; Egger, Peter; Büttner, Thiess:

**Tu felix Austria: Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Österreich und Deutschland im Vergleich**, (ifo Forschungsbericht, Nr. 31), München 2006, 92 S., ISBN: 3-88512-454-8 (Standort: IAB-90-114.0143; Graue Literatur)

**INHALT:** "Österreich und Deutschland sind nicht nur Nachbarländer, sondern auch in der Geschichte Mitteleuropas historisch eng verbunden - so sehr, dass Österreicher und Deutsche neben der gemeinsamen Sprache auch wichtige Grundüberzeugungen politischer, sozialer und kultureller Art teilen. Trotzdem verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Ländern seit einigen Jahrzehnten keineswegs parallel und das nicht erst seit der deutschen Wiedervereinigung. Die divergente Entwicklung in Österreich und Deutschland ist schon seit längerem zu beobachten. Daher sind auch die als Ursachen im Mittelpunkt der Studie stehenden wirtschaftspolitischen Handlungsfelder v.a. in längerfristiger Orientierung von Bedeutung. Es ist damit der Ordnungsrahmen der Wirtschaft oder, wie man heute sagt, der institutionelle Rahmen, der in der Studie ländervergleichend betrachtet wird - allerdings nicht vollständig, sondern auf drei wichtige wirtschaftspolitische Eingriffsfelder beschränkt: die Gestaltung der öffentlichen Finanzen, die Gestaltung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sowie eine Analyse von Determinanten, die für die Niederlassung ausländischer Unternehmen und die Gründung einheimischer Firmen von Bedeutung sind." (Autorenreferat)

[272-L] Wetzel, Dietmar J.; Hofstätter, Lukas; Flück, Markus:

**Konturen einer Branche im Umbruch: das Bankenfeld in Deutschland, Österreich und der Schweiz**, in: Claudia Honegger (Hrsg.) ; Sighard Neckel (Hrsg.) ; Chantal Magnin (Hrsg.): Strukturierte Verantwortungslosigkeit : Berichte aus der Bankenwelt, Berlin: Suhrkamp, 2010, S. 335-369, ISBN: 978-3-518-12607-3

**INHALT:** Im Kontext der Auseinandersetzung mit der Entwicklung des Bankenwesens in Deutschland, Österreich und der Schweiz argumentieren die Verfasser, dass die systemischen Risiken konsequent unterschätzt werden. Das Rating in Verbindung mit den erwarteten hohen Renditen fungierte als Hauptinvestitionskriterium der Investoren. Die Gründe der ausgesprochen guten Bewertung der Subprime-Papiere durch die Ratingagenturen lagen zum einen in Interessenskonflikten: Da der Kapitalnehmer ein großes Interesse an einem guten Rating hat, besteht die Gefahr, dass falsche oder geschönte Informationen übermittelt werden. Des Weiteren besteht ein oligopolistischer Wettbewerb: Der Markt für Ratings wird von den drei amerikanischen Ratingagenturen Moody's, Standard and Poor's und Fitch Ratings dominiert. Sie haben zusammen einen weitweiten Marktanteil von 95 Prozent, wovon jeweils rund vierzig auf Moody's und S and P entfallen. Die Haftung der Ratingagenturen ist sehr begrenzt. So wurde den strukturierten Finanzinstrumenten der beglaubigende Ratingagentur-Stempel aufgedrückt, so dass diese sogenannten Mortgage Backed Securities an weitere Finanzinvestoren verkauft werden konnten, die sich um die neuen Finanzprodukte geradezu rissen, da diese nahezu risikolose Traumrenditen versprochen. Die wichtigsten Player waren institutionelle Anleger und Investmentfonds. Beispielsweise haben Pensionsfonds seit den achtziger Jahren im Zuge der Umgestaltung der Rentensysteme vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren enorm an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2005 verwalteten Pensionsfonds im OECD-Raum ein Vermögen im Umfang von rund 86,7 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Der Aufstieg der Hedgefonds begann etwas später, dafür fiel er umso steiler aus. Mitte 2005 war in den rund 7400 Hedgefonds ein Vermögen von rund einer Billion Dollar angelegt. Gemäß einer Schätzung von Finanzexperten stammten im Jahr 2004 rund 25 Milliarden Dollar der Erträge von Investmentbanken von Hedgefonds, was mehr als einem Achtel der Gesamterträge entspricht. Hedgefonds verwenden gerne das Mittel der Fremdkapitalfinanzierung. Solange die Renditen höher sind als die Zinsen, geht die Strategie auf. Sobald sie unter dieses Niveau fallen, verkaufen die Hedgefonds ihre Anteile und verstärken damit die Abwärtsspirale. (ICF2)

[273-L] Wintermann, Ole; Eppler, Annegret; Baus, Ralf Thomas (Hrsg.):

**Zur Reform der föderalen Finanzverfassung in Deutschland: Perspektiven für die Föderalismusreform II im Spiegel internationaler Erfahrungen**, (Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, 31), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2008, 292 S., ISBN: 978-3-8329-3395-1

**INHALT:** Die Herausgeber präsentieren mit diesem Band die Vorträge und Ergebnisse einer internationalen Expertentagung vom September 2007, die von der Bertelsmann Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung als deren dritte gemeinsame Veranstaltung im italienischen Cadenabbia abgehalten wurde. Unabhängig vom Ausgang der Föderalismusreform II bestehe die Notwendigkeit, so die Herausgeber, sich auch in Zukunft mit Möglichkeiten der Reform des deutschen Föderalismus auseinanderzusetzen. Ein besonderes Anliegen war es, verschiedene Ansätze, Reformvorschläge sowie die Bedingungen und Perspektiven einer Modernisierung der Finanzbeziehungen in Deutschland vor dem Hintergrund der allgemeinen internationalen Entwicklungen und den konkreten Erfahrungen anderer Staaten zu erörtern. Den Anfang machen grundsätzliche Überlegungen zur bundesstaatlichen Finanzverfassung und zum Stand der Föderalismuskommission II; darunter ein Beitrag von Henrik Scheller, der die Beratungen der Kommission aus verhandlungstheoretischer Sicht untersucht und vor der 'Gefahr politischer Schnellschüsse' (53) warnt. In weiteren Beiträgen wird die Verschuldungsproblematik thematisiert, es werden Argumente für und gegen Schuldenverbote diskutiert und Beispiele erfolgreicher Haushaltskonsolidierungen aus Kanada und den USA, Großbritannien und der Schweiz vorgestellt. Um die Föderalismusreform in ihren weiteren Kontext einzubinden, werden zudem verschiedene Ansätze der Verwaltungsmodernisierung diskutiert. Darüber hinaus finden sich Einschätzungen und politische Positionen u. a. aus den Reihen der Mitglieder der Föderalismuskommission II. Insgesamt bietet der Band einen guten Überblick über die aktuelle theoretische und politische Diskussion zur Föderalismusreform im weiteren Sinne. (ZPol, NOMOS). Inhaltsverzeichnis: Ralf Thomas Baus / Udo Margendant: Stand der Föderalismusreform und Auftrag der Föderalismuskommission II (13-29); Peter Selmer: Zur Zukunft der bundesstaatlichen Finanzverfassung - Überlegungen vor dem Hintergrund der Föderalismusreform sowie der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts (30-37); Henrik Scheller: Perspektiven für die Föderalismusreform II aus verhandlungstheoretischer Sicht (38-55); Joachim Ragnitz: Die finanzielle Sondersituation der ostdeutschen Länder - Der Solidarpakt II und die (vermeintliche) Fehlverwendung (57-66); Ulrich Häde: Divergenz oder Konvergenz? Zur Vereinbarkeit von deutschem und europäischen Haushaltsrecht (67-73); Matthias Woisin: Die Wiederentdeckung der Stabilität als Handlungsauftrag der Politik (74-85); Robert K. von Weizsäcker: Repräsentative Demokratie und öffentliche Verschuldung: Ein strategisches Verhängnis (87-97); Lars P. Feld: Zu Ratio und Empirie von Schuldenschränken im föderalen Kontext (98-116); Thomas Lenk / Martina Kuntze: Schuldenverbote aus finanzwissenschaftlicher Sicht (117-126); Martin Junkernheinrich: Staatliche Schuldenbegrenzung - Elemente eines mehrdimensionalen Problemlösungsansatzes (127-146); Charles B. Blankart / Erik R. Fasten: Ein Optionsmodell für Schuldengrenzen im Föderalismus (147-155); Hans Hofmann: Föderalismusreform in Finanzverfassung, Finanzverwaltung und Haushaltsrecht (157-163); Stefan Koriath: Neuere Entwicklungen im Haushaltsrecht und ihre Rückwirkungen auf den bundesstaatlichen Finanzausgleich (164-170); Martin Braun: Möglichkeiten und Grenzen einer Verbesserung der Vergleichbarkeit in der Haushaltsdarstellung (171-178); Hans-Jörg Dietsche: Das Standardkosten-Modell zur Messung bürokratischer Lasten im Kontext der Diskussion über die Föderalismusreform II (179-184); Ernst Bürger: Die Informationstechnik ist das Betriebssystem der deutschen Verwaltung (185-192); Peter Harry Carstensen: Zwischen Eigenverantwortung und Solidarität - Plädoyer für eine neue Balance im föderalistischen System (195-198); Rainer Holtschneider: Föderalismusreform II: Perspektiven und Restriktionen - Politische Einschätzungen (199-215); Volker Ratzmann: Eine verhalten positive Einschätzung zu den Erfolgsaussichten der zweiten Stufe der Föderalismusreform (216-225); Karl-Heinz Paqué: Zur Position der Länderbank (226-228); Hans-Günter Henneke: Die kommunale Position bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen im deutschen Bundesstaat (229-235); Roland Sturm: Mechanismen der Defizitbegrenzung im internationalen Vergleich (237-243); Uwe Wagschal: Staatsverschuldung und Konsolidierungserfolge im internationalen Vergleich (244-258); Christian Leuprecht: Reforming fiscal federalism and equalization: Lessons from the Canadian experience (259-274); Jim Gallagher / John Aldridge: Financing sub-national government in the United Kingdom. A pragmatic system, based on expenditure (275-284).

[274-L] Wohlgemuth, Michael:

**Asche auf ihrem Haupt: die Staatsmänner rücken als Feuerwehr aus ; doch sie sind auch die Brandstifter**, in: Internationale Politik, Jg. 63/2008, Nr. 12, S. 48-53 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;  
[www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2008/dezember2008/asche-auf-ihrem-haupt.html](http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2008/dezember2008/asche-auf-ihrem-haupt.html))

**INHALT:** Das internationale Finanzsystem ist nicht durch zuviel Laissez-faire, sondern durch gegen die Regeln des Marktes verstoßende verheerende staatliche Interventionen an den Rand des Kollaps gebracht worden. Vor allem seitens der USA politisch verbilligtes Geld hat die Kreditkrise erst ermöglicht - hier spielten die sozialpolitischen Ambitionen der Clinton-Regierung eine Rolle. Jetzt soll politisch verbilligtes Geld die Kreditkrise beenden helfen. Eine ordnungspolitisch vernünftige Problemlösung sollte sich langfristig an neoliberalen Zielen orientieren: an Geldwertstabilität, offenem Leistungswettbewerb, durch persönliche Haftung diszipliniertem Renditestreben. (ICE2)

---

## **Hinweise zur Registerbenutzung**

### **Sachregister**

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken SOFIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

### **Personenregister**

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

### **Institutionenregister**

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

### **Sortierung**

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

### **Nummerierung**

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.



---

**Personenregister****A**

Abelshauser, Werner 97  
Adamski, Heiner 30  
Allespach, Martin 167  
Amin, Samir 168  
Anacker, Katrin B. 1  
Andersen, Uwe 31  
Andersson, Dan 98  
Anhäuser, Volker 99  
Aretz, Sven 241  
Arnim, Hans Herbert von 88  
Axt, Heinz-Jürgen 100

**B**

Baele, Lieven 105  
Barrell, Ray 105  
Baskaran, Thushyanthan 249  
Bass, Hans-H. 169  
Baumann, Anja 170  
Baus, Ralf Thomas 273  
Bechtel, Michael M. 171  
Becker, Joachim 101, 140, 255  
Belke, Ansgar 102  
Bello, Walden 2  
Berghoff, Hartmut 68  
Bielefeld, Ulrich 213  
Bieling, Hans-Jürgen 3, 32, 242  
Biesecker, Adelheid 230  
Bischoff, Joachim 172  
Blomert, Reinhard 4  
Bohle, Dorothee 148  
Boll, Stephan 173  
Boris, Dieter 174, 217  
Boss, Helen 145  
Bosse, Friederike 155  
Brandstetter, Barbara 232  
Bris, Arturo 175  
Brunkhorst, Hauke 243  
Buch, Claudia 105  
Bude, Heinz 213  
Burgschweiger, Nadine 141  
Burkert, Carola 211  
Busch, Ulrich 33  
Büttner, Thiess 271

**C**

Candeias, Mario 176, 177, 244, 260  
Carr, James H. 1  
Cetinic, Goran 103  
Chobanov, George 104  
Creutz, Helmut 34  
Czada, Roland 35

**D**

Dahn, Daniela 74  
Davis, Philip E. 105  
Demirovic, Alex 167  
Deppe, Frank 178  
Deutschmann, Christoph 179, 245  
Dieckheuer, Gustav 72  
Dieter, Heribert 5, 142, 143, 144, 246  
Dobrinsky, Rumen 145  
Döring, Diether 180  
Dürmeier, Thomas 71  
Dyson, Kenneth 107

**E**

Egger, Peter 271  
Ehalt, Hubert Christian 181  
Ehrig, Detlev 75  
Ehrke, Michael 108  
Eicker-Wolf, Kai 36, 37, 247  
El-Shagi, Makram 146  
Emerson, Michael 109  
Enderlein, Henrik 110  
Englmaier, Florian 95  
Eppler, Annegret 273  
Evans, Trevor 6

**F**

Faust, Michael 198  
Feld, Lars P. 249  
Ferguson, Niall 182  
Ferrero-Turrión, Ruth 211  
Finger, Stefanie 38  
Finsterbusch, Sebastian 39  
Fischer-Lescano, Andreas 250  
Flassbeck, Heiner 40  
Fleischer, Julia 111  
Flück, Markus 272  
Frach, Lotte 41  
Franz, Gerhard 42  
Frasch, Jutta 112  
Fukuyama, Francis 7  
Fülberth, Georg 183  
Funk, Lothar 184, 185, 266  
Füss, Roland 171

**G**

Galbraith, James K. 8, 251  
Gantner, Manfred 43, 83  
Genser, Bernd 44  
Georg, Katherina 240  
Georgiev, Yassen 113

Gerloff, Axel 114  
 Gindin, Sam 259  
 Gligorov, Vladimir 145  
 Gnath, Katharina 186  
 Goeschel, Albrecht 45  
 Göring, Michael 252  
 Gowan, Peter 9  
 Graf, Ralph 46  
 Gratius, Susanne 147  
 Greskovits, Béla 148  
 Grömling, Michael 47, 266  
 Gronau, Jennifer 233  
 Gross, Eva 231  
 Grossman, Emiliano 187  
 Grözinger, Gerd 243  
 Guittet, Stéphane 253  
 Gumpel, Werner 76  
  
**H**  
 Ha Duoung, Manh 105  
 Hagemann, Harald 188  
 Hall, Stephen 105  
 Hansmeyer, Karl-Heinrich 48  
 Hartwich, Hans-Hermann 49, 115  
 Havlik, Peter 145  
 Hegelich, Simon 50  
 Hein, Eckhard 80, 189, 190, 267  
 Heinemann, Frank 95  
 Heinemann, Friedrich 51  
 Heinz, Ronald 255  
 Heise, Arne 191, 267  
 Heitmeyer, Wilhelm 52  
 Heitzmann, Karin 254  
 Henke, Klaus-Dirk 53  
 Henneke, Hans-Günter 192  
 Herr, Hansjörg 152  
 Hickel, Rudolf 54  
 Hilpert, Hanns Günther 158  
 Himpele, Klemens 36  
 Hirschhausen, Christian von 193  
 Hishow, Ognian N. 116, 149, 150  
 Hiß, Stefanie 10, 194  
 Hofmann, Herbert 271  
 Hofstätter, Lukas 272  
 Holbig, Heike 151  
 Holtkamp, Lars 55  
 Holzmann, Robert 122  
 Holzner, Christian 271  
 Honegger, Claudia 206  
 Hopf, Wilhelm 181  
 Hörisch, Jochen 234  
 Horn, Gustav 56  
 Hübner, Kurt 152  
 Huffs Schmid, Jörg 117, 195, 196  
 Hunya, Gabor 145

**I**

Illing, Gerhard 95  
 Imhof, Karen 242, 255

**J**

Jäger, Johannes 242  
 James, Harold 197  
 Janning, Josef 119  
 Janosch, Meike 153  
 Jarchow, Hans-Joachim 114  
 Joebgies, Heike 154  
 Juko, Sonja 57

**K**

Kädtler, Jürgen 198  
 Kajuth, Florian 95  
 Kampmann, Brigitte 58  
 Kantzenbach, Erhard 120  
 Kauffmann, Pascal 135  
 Kelle, Udo 200  
 Kevenhoerster, Paul 153  
 Klages, Helmut 199  
 Kleining, Gerhard 235  
 Klös, Hans-Peter 266  
 Knappertsbusch, Felix 200  
 Knothe, Danko 11  
 Köllner, Patrick 155  
 Köbler, Reinhart 156  
 Krämer, Hagen 188  
 Krohn, Claus-Dieter 59  
 Kroker, Rolf 266  
 Krüger, Stephan 201  
 Küblböck, Karin 255  
 Kühn, Hagen 60  
 Kusic, Sinisa 121

**L**

Lahnstein-Kandel, Sonja 252  
 Langenohl, Andreas 202, 236  
 Langhammer, Rolf J. 203  
 Larch, Mario 271  
 Lattmann, Dieter 74  
 Laux, Henning 204  
 Lehmbruch, Gerhard 12  
 Lehndorff, Steffen 61  
 Lessenich, Stephan 205  
 Liessmann, Konrad Paul 181  
 Ling, L.H.M. 13  
 Lobitz, Rebecca 231  
 Lordon, Frédéric 157  
 Loyal, Steven 211  
 Lukas, Zdenek 145

**M**

Magnin, Chantal 206  
 Mai, Karl 62  
 Manzenreiter, Wolfram 255

Marcuse, Peter 14  
Martens, Helmut 207  
Mast, Claudia 240  
Matiaske, Wenzel 243  
Mayer, Margit 15  
Meier, Volker 271  
Mertens, Daniel 166  
Messner, Dirk 208  
Michalitsch, Gabriele 230  
Milbradt, Georg H. 63  
Mildner, Stormy 16  
Mildner, Stormy-Annika 11, 17, 158  
Mirascic, Goran 126  
Morisse-Schilbach, Melanie 209  
Mügge, Daniel 256  
Müller, Anton P. 18  
Müller, Markus M. 19  
Müller-Eicker, Stephan 159

**N**

Nam, Chang Won 271  
Neck, Reinhard 122  
Neckel, Sighard 206, 210  
Niechoj, Torsten 247  
Nocon, Herbert 64  
Noedinger, Helmut 72  
Nölke, Andreas 57  
Nollmann, Gerd 123  
Nonhoff, Martin 233  
Nullmeier, Frank 233  
Nunnenkamp, Peter 257

**O**

Onaran Stockhammer, Özlem 258  
Osterkamp, Rigmar 271  
Otero-Iglesias, Miguel 160  
Ottnad, Adrian 65, 66  
Overwien, Bernd 71

**P**

Paech, Norman 74  
Panitch, Leo 259  
Papademetriou, Demetrios G. 211  
Paraskevopoulos, Spiridon 90  
Park, Sung-Hoon 161  
Parrado, Salvador 111  
Parsche, Rüdiger 271  
Pascha, Werner 162  
Payrleitner, Alfred 124  
Perschau, Oliver Dirk 212  
Pettifer, James 125  
Pierdzioch, Christian 105  
Plöhn, Jürgen 104  
Plünnecke, Axel 266  
Podkaminer, Leon 145  
Pöschl, Josef 145  
Preda, Alex 20

Priewe, Jan 67

**R**

Rahden, Till van 68  
Rauscher, Anton 69  
Rees, Ray 95  
Reiner, Sabine 230  
Ribakoff, Tatjana 105  
Richter, Sandor 145  
Rilling, Rainer 260  
Ritschl, Albrecht 70  
Rona-Tas, Akos 10  
Rosa, Hartmut 204  
Rösner, Dieter 163  
Rügemer, Werner 261  
Rupnik, Jacques 164

**S**

Sablowski, Thomas 262  
Sahr, Aaron 213  
Sarajlic-Maglic, Denisa 126  
Sauer, Birgit 214  
Schäppi, Hans 263  
Scharnagel, Benjamin 266  
Scharpf, Fritz W. 265  
Schatz, Heribert 237  
Schaz, Philipp 264  
Schellhaass, Horst 104  
Scherpenberg, Jens van 21, 165, 215, 238  
Scherrer, Christoph 22, 71, 216  
Schertler, Andrea 105  
Schilling, Walter 239  
Schirmacher, Frank 225  
Schlüsselbauer, Gerhard 127  
Schmalz, Stefan 217  
Schmidt, André 128  
Schmidt, Ingo 218, 219  
Schmidt, Vivien A. 265  
Schmidt-Beck, Kerstin 202, 236  
Schneider, Michael 220  
Schneider, Steffen 233  
Schröder, Christoph 266  
Schubert, Alexander 23  
Schulte, Martin 129  
Schünemann, Bernd 221  
Schweickert, Rainer 130  
Seidel, Hans 24  
Seidel, Martin 131  
Seitz, Guenther 72  
Seyda, Susanne 266  
Sinn, Hans-Werner 73  
Slacalek, Jiri 105  
Smekal, Christian 43, 83  
Spachmann, Klaus 240  
Spitznagel, Eugen 264  
Spoo, Eckart 74  
Staroske, Uwe 75



Stehle, Helena 240  
Steindl, Josef 25  
Steinert, Heinz 222  
Steinherr, Alfred 105  
Stellinga, Bart 256  
Stiegler, Barbara 230  
Stiglitz, Joseph 26  
Stöberlein, Stefan 76  
Strasser, Hermann 123  
Streeck, Wolfgang 77, 166, 223  
Streit, Manfred E. 224  
Strobl, Thomas 225  
Sumption, Madeleine 211

**T**

Terrazas, Aaron 211  
Theurl, Theresia 226  
Thiel, Elke 132  
Tietmeyer, Hans 78  
Tober, Silke 133  
Tofaute, Hartmut 79  
Truger, Achim 37, 56, 80, 189, 190, 247, 267

**U**

Ullmann, Hans-Peter 81, 82  
Unger, Brigitte 254, 268  
Urban, Hans-Jürgen 134  
Uterwedde, Henrik 135

**V**

Vennet, Rudi van der 105  
Verhoeven, Paul 83  
Vesper, Dieter 84  
Vidovic, Hermine 145  
Vliegthart, Arjan 227

**W**

Wagner, Norbert 28, 269  
Wagschal, Uwe 85, 86  
Wahl, Peter 228  
Warlitzer, Henrike 270  
Webb, Steven B. 87  
Weiler, Dieter 83  
Weinberg, Dagmar 88  
Weinzen, Hans Willi 89  
Weltring, Sylvia 90  
Wentzel, Lothar 167  
Wenzel, Heinz-Dieter 91, 93  
Werding, Martin 271  
Wetzel, Dietmar J. 272  
Wiese, Jörg A. 137  
Windolf, Paul 229  
Wintermann, Ole 273  
Witt, Peter-Christian 92  
Wohlgemuth, Michael 274  
Woll, Cornelia 138, 187  
Wrede, Matthias 93

Wucherpennig, Lutz 94

**Y**

Young, Brigitte 29, 230

**Z**

Zenger, Hans 95  
Zick, Andreas 231  
Zimmermann, Hubert 139  
Zwiener, Rudolf 96

---

**Sachregister****A**

Abgaben 64  
abhängig Beschäftigter 180  
Abstimmung 43  
Abwertung 149  
Afrika 71, 119, 153, 156, 158, 163, 226, 241  
Afrika südlich der Sahara 71, 153, 156, 158, 226, 241  
Agrarpolitik 163  
Akkumulation 101, 165, 183, 196, 201, 218, 244, 262  
Akkumulationstheorie 201  
Akteur 194, 198, 202, 203, 228, 229, 236  
Aktiengesellschaft 157, 229  
Aktienkurs 2, 4, 102, 229  
Aktienmarkt 4, 20, 102, 229, 253  
Aktionär 198  
Aktivierung 199, 205  
Alltagsbewusstsein 235  
Alltagskultur 235  
alte Bundesländer 86  
älterer Arbeitnehmer 106, 136  
Alternative 2, 14, 167, 169, 174, 199, 222, 247, 262  
Altersstruktur 40, 106, 136  
Altersversorgung 106, 136, 173, 180, 252  
Andenraum 258  
Angebotspolitik 46, 47  
anglophones Afrika 153  
Angst 205  
Anleihe 262  
Anreizsystem 26, 193  
Antiamerikanismus 52, 200  
Antikapitalismus 200, 239  
Antisemitismus 52, 200  
arabische Länder 158  
Arbeit 130, 145, 199  
Arbeiterbewegung 220  
Arbeitnehmer 180  
Arbeitnehmerbeteiligung 207  
Arbeitsbedingungen 61  
Arbeitsbeziehungen 61  
Arbeitskosten 271  
Arbeitslosenversicherung 271  
Arbeitslosigkeit 46, 54, 60, 67, 69, 73, 76, 80, 98, 104, 106, 109, 122, 129, 136, 145, 167, 169, 199, 266, 271  
Arbeitsmarkt 69, 127, 169, 211, 243, 264  
Arbeitsmarktentwicklung 98, 118, 129, 266, 271  
Arbeitsmarktforschung 264  
Arbeitsmarktpolitik 80, 98, 169, 254, 271

Arbeitsmarkttheorie 80  
Arbeitsplatzsicherung 129, 186  
Arbeitspolitik 207, 225  
Arbeitsteilung 180  
Arbeitsvolumen 264  
Arbeitszeit 264  
Arbeitszeitflexibilität 264  
Arbeitszeitverkürzung 109  
Argentinien 243, 250, 255, 258  
Armut 15, 45, 69, 106, 136, 199  
Armutsbekämpfung 117  
Asien 13, 21, 35, 109, 119, 141, 142, 143, 144, 151, 152, 155, 158, 159, 161, 162, 165, 168, 169, 174, 178, 182, 200, 215, 216, 241, 246, 252, 255, 258, 268  
Asylrecht 181  
Attac 2, 228  
Auftragsvergabe 261  
Ausland 24, 72  
Ausländerfeindlichkeit 52  
Auslandsinvestition 148, 227  
Außenhandel 113, 145  
Außenpolitik 21, 124  
Außenwirtschaft 76, 78, 113, 145, 201  
Außenwirtschaftspolitik 114  
Australien 265  
Auswanderung 106  
Autonomie 249  
Autoritarismus 134

**B**

Baden 68  
Ballungsgebiet 75  
Bank 95, 149, 154, 187, 206, 221, 253  
Bankenaufsicht 239  
Bankgeheimnis 272  
Bankgewerbe 4, 11, 17, 28, 101, 108, 115, 139, 187, 191, 197, 206, 216, 227, 228, 230, 235, 239, 248, 256, 262, 268, 272  
Baugewerbe 61  
Baurecht 192  
Bayern 68  
Bedrohung 200, 231  
Behinderter 52  
Belgien 232, 265  
Benin 153  
Berichterstattung 151, 222, 232, 233, 234, 235, 236  
Berufsausstieg 106, 136  
Berufsethos 206  
Beschäftigung 106, 109, 136, 169, 252, 264, 270

Beschäftigungsbedingungen 117  
 Beschäftigungseffekt 47  
 Beschäftigungsentwicklung 27, 47, 106, 136  
 Beschäftigungsförderung 117  
 Beschäftigungspolitik 25, 60, 61, 184, 252, 265, 266, 271  
 Besteuerung 60, 249  
 Betrieb 170, 180  
 Betriebskosten 261  
 Betriebsverlagerung 271  
 Betriebswirtschaft 248  
 Betroffener 240  
 Betroffenheit 231  
 Bevölkerung 136, 235  
 Bevölkerungsentwicklung 106, 192, 266  
 Bevölkerungsstatistik 106, 136  
 bilaterale Beziehungen 2, 103, 113, 121, 125, 159  
 Bildung 74, 84, 181, 271  
 Bildungspolitik 155, 184, 266  
 Bildungsreform 155  
 Binnenmarkt 94  
 Bonität 10  
 Börse 4, 20, 202, 236, 245  
 Bosnien-Herzegowina 126  
 Brasilien 158, 160, 241, 243, 255, 258  
 Bruttoinlandsprodukt 24, 60, 80, 98, 106, 130, 136, 139, 145, 268  
 Bruttosozialprodukt 33  
 Budget 19, 77, 85  
 Bulgarien 104, 113, 116  
 Bund 93, 273  
 Bundesanstalt für Arbeit 48  
 Bundesland 33, 85, 93, 192, 273  
 Bundesregierung 54  
 Bundesrepublik Jugoslawien 255  
 Bundessozialhilfegesetz 69  
 Bundesstaat 36, 44  
 Bundesverfassungsgericht 30  
 Bund-Länder-Beziehung 249  
 Bürger 167  
 bürgerliche Wissenschaft 59  
 Bürgertum 210  
 Bürokratie 163

## C

CDU 191  
 Chancengleichheit 69  
 Chile 258  
 China 21, 119, 151, 158, 165, 168, 174, 178, 182, 215, 241, 244  
 Christentum 163  
 crowding-out 90  
 CSU 191

## D

Dänemark 265

Darlehen 10  
 Darwinismus 206  
 Dauerarbeitslosigkeit 106, 136  
 DDR 76  
 Deflation 40, 144, 267  
 Deflationspolitik 70  
 Demographie 40, 73, 106, 136  
 demographische Alterung 44, 162, 192  
 demographische Faktoren 73, 85, 130  
 Demokratie 38, 42, 43, 83, 127, 134, 151, 166, 167, 171, 181, 204, 263  
 Demokratieverständnis 151  
 Demokratisierung 117, 148, 151, 220  
 Dependenztheorie 227  
 Deregulierung 54, 117, 157, 164, 175, 177, 210, 239, 262  
 Deutsche Bundesbahn 79  
 Deutsche Bundespost 79  
 Deutsches Kaiserreich 68, 89  
 Deutsches Reich 120  
 Deutschland 59, 68, 120  
 Differenzierung 101, 272  
 Diktatur 151  
 Direktinvestition 113  
 Diskriminierung 52  
 Diskurs 20, 50, 151, 202, 233, 236  
 Drittes Reich 89  
 Dritte Welt 69, 146, 163, 219  
 Drogenpolitik 181

## E

EG 109  
 Eigentum 1, 30, 74, 229  
 Einfluss 86, 102, 202, 229  
 Einkommen 45, 69, 72, 96, 98, 106, 136, 179, 265  
 Einkommenspolitik 109  
 Einkommensteuer 53, 60, 271  
 Einkommensumverteilung 6  
 Einkommensunterschied 190  
 Einkommensverteilung 167, 179, 189, 205, 226, 258, 268  
 Einstellung 52, 167  
 Einwanderung 106, 211  
 Einwanderungspolitik 211  
 Einzelhandel 61  
 Eisenbahn 32  
 Electronic Government 192  
 Elite 206  
 empirische Forschung 75  
 Energiepolitik 119  
 Energieversorgung 32, 254  
 Engagement 186  
 Enteignung 30  
 Entgrenzung 202  
 Entscheidung 57, 114  
 Entscheidungsprozess 111

Entscheidungsspielraum 198  
 Entschuldung 243, 250  
 Entstaatlichung 234  
 Entwicklungshilfe 156  
 Entwicklungshilfepolitik 156, 163  
 Entwicklungsland 5, 21, 26, 69, 119, 121, 125, 126, 142, 143, 147, 151, 153, 156, 158, 159, 160, 162, 163, 165, 168, 174, 178, 182, 208, 215, 216, 226, 241, 243, 250, 255, 258, 265  
 Entwicklungspolitik 155, 208  
 Erdöl 254  
 Erfolg-Misserfolg 128, 203, 216  
 Erklärung 239  
 Erster Weltkrieg 220  
 Ertragsteuer 53  
 Erwerbstätiger 180  
 Erwerbstätigkeit 98, 106, 130, 136, 271  
 Erwerbsverlauf 180  
 Ethik 210, 248  
 ethnischer Konflikt 243  
 EU 21, 53, 61, 73, 80, 93, 94, 100, 101, 102, 106, 112, 113, 118, 119, 122, 123, 128, 130, 131, 132, 133, 134, 137, 138, 139, 158, 160, 168, 193, 197, 198, 203, 208, 220, 238, 241, 246, 263, 268  
 EU-Beitritt 114, 121, 127  
 EU-Erweiterung 73, 130  
 EU-Politik 112, 114, 184, 209  
 Euro 97, 100, 107, 110, 122, 123, 131, 133, 134, 135, 152, 209, 215, 232, 234  
 Europa 51, 74, 100, 101, 103, 104, 105, 107, 108, 110, 113, 114, 115, 116, 117, 120, 121, 125, 126, 127, 128, 137, 138, 139, 140, 142, 145, 147, 148, 151, 174, 177, 181, 186, 187, 197, 208, 213, 225, 227, 232, 234, 244, 252  
 europäische Integration 80, 101, 104, 123, 127, 130, 142, 158, 184, 197  
 Europäische Kommission 128  
 europäischer Markt 112, 197  
 Europäisches Recht 192  
 Europäisches Währungssystem 76, 80  
 Europäische Zentralbank 115, 118, 122, 128, 132, 133, 134, 202, 234  
 europäische Zusammenarbeit 112  
 Europapolitik 104, 110, 134, 164  
 Europarat 164  
 Euroregion 190  
 Eurozone 100, 107, 139  
 EU-Staat 44, 99, 128, 133, 139  
 EWWU 44, 99, 122, 128, 131, 152, 267, 270  
 Exekutive 111  
 Existenzminimum 69  
 Experte 236  
 Export 45, 101

**F**

Faschismus 59  
 FDP 191  
 Feminismus 214, 230  
 Finanzausgleich 54  
 Finanzbedarf 16, 77  
 Finanzderivat 3  
 Finanzhilfe 131, 187, 197  
 finanzielle Situation 77, 158, 186  
 Finanzkrise 1, 2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 22, 24, 26, 28, 29, 30, 32, 35, 41, 45, 50, 52, 57, 61, 68, 71, 75, 77, 84, 95, 97, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 107, 108, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 117, 118, 119, 121, 125, 126, 127, 128, 131, 133, 134, 135, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 146, 147, 149, 151, 152, 154, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 244, 245, 246, 247, 248, 251, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 262, 263, 264, 268, 269, 272, 274  
 Finanzmanagement 95, 183, 257, 260, 272  
 Finanzmarkt 2, 3, 4, 5, 11, 16, 17, 20, 24, 29, 30, 32, 45, 50, 71, 95, 101, 105, 108, 112, 117, 139, 149, 152, 157, 158, 164, 165, 172, 175, 178, 179, 183, 185, 190, 194, 195, 196, 202, 203, 210, 216, 219, 228, 229, 236, 238, 239, 242, 245, 248, 249, 253, 255, 256, 262, 263, 272  
 Finanzpolitik 11, 12, 16, 17, 18, 19, 21, 31, 33, 36, 37, 40, 41, 46, 47, 48, 51, 54, 56, 60, 62, 67, 68, 77, 78, 82, 83, 84, 92, 94, 98, 100, 105, 109, 110, 112, 115, 118, 122, 123, 126, 128, 130, 132, 133, 134, 137, 142, 149, 158, 160, 161, 166, 173, 184, 186, 191, 195, 196, 197, 216, 223, 225, 244, 247, 251, 252, 253, 256, 257, 260, 267, 271, 273  
 Finanzpsychologie 251  
 Finanzsoziologie 202  
 Finanztheorie 251  
 Finanzverfassung 9, 39, 41, 68, 94, 95, 190, 249, 273  
 Finanzverwaltung 273  
 Finanzwirtschaft 17, 41, 75, 118, 144, 145, 157, 191, 197, 210, 228, 236, 253, 260  
 Finanzwissenschaft 75, 251  
 Flächennutzungsplan 192

Flexibilität 114, 132, 264  
 Fluktuation 264  
 Föderalismus 36, 93, 124, 192, 249, 273  
 Föderation 83  
 Förderungsmaßnahme 1  
 Forschung 84  
 Forschungseinrichtung 202  
 Fortschritt 199  
 frankophones Afrika 153  
 Frankreich 135, 180, 182, 232, 253, 256  
 Frau 230  
 Freihandel 186  
 Freihandelszone 161  
 Fremdgruppe 52  
 Frieden 119  
 Fruchtbarkeit 106, 136  
 Führungsposition 161  
 Fundamentalismus 185

## G

GASP 127  
 Gebietskörperschaft 44, 86  
 Geld 123, 149  
 Geldanlage 138  
 Geldmarkt 9, 253  
 Geldpolitik 4, 6, 16, 17, 18, 75, 78, 80, 94, 99, 102, 118, 122, 128, 133, 134, 145, 149, 152, 158, 174, 188, 203, 224, 234, 247, 251, 255, 267, 269  
 Geldtheorie 75  
 Geldwirtschaft 34, 152  
 Gemeinde 54, 93, 273  
 Gemeindehaushalt 15, 32, 86  
 Generation 173  
 Generationenverhältnis 36  
 geographische Faktoren 217  
 Geopolitik 119  
 Gerechtigkeit 36, 168  
 Gesamtwirtschaft 40, 94  
 Geschlecht 214  
 Geschlechterforschung 214  
 Geschlechterverhältnis 71, 230  
 geschlechtsspezifische Faktoren 106, 136, 206, 214  
 Gesellschaft 103  
 Gesellschaftsbild 61  
 Gesellschaftskritik 69, 181  
 Gesellschaftsordnung 61, 229  
 Gesellschaftspolitik 8, 104  
 Gesetz 30, 39, 50  
 Gesetzgebung 17, 138  
 gesetzliche Regelung 41, 139  
 Gesundheitspolitik 124, 184  
 Gesundheitswesen 104, 167, 184, 261  
 Gewalt 52  
 Gewerkschaft 15, 73, 167, 194, 228  
 Gewerkschaftspolitik 167

Gewinn 117  
 Ghana 153  
 Gläubiger 159  
 Gleichbehandlung 231  
 Gleichgewicht 94, 174  
 Gleichgewichtstheorie 174  
 Gleichheit 231  
 Gleichwertigkeit 52  
 globaler Wandel 9, 242  
 Global Governance 5  
 Globalisierung 3, 13, 46, 57, 61, 74, 108, 119, 139, 140, 152, 156, 164, 168, 169, 178, 183, 188, 208, 219, 225, 228, 243, 246, 253, 257, 263  
 Globalsteuerung 199, 257  
 Gold 114  
 Gramsci, A. 216  
 Griechenland 100, 103, 113, 121, 125, 126, 131, 133, 134, 209  
 Großbetrieb 59  
 Großbritannien 180, 211, 233, 253, 256, 261, 265, 270  
 Große Koalition 171, 247  
 Großmacht 119, 182  
 Grundgesetz 39, 74, 88, 94  
 Gruppe 52  
 Gruppenzugehörigkeit 200

## H

Hamburg 192  
 Handel 95, 161, 163  
 Handelsbilanz 122  
 Handlung 107  
 Handlungsfähigkeit 166  
 Handlungsorientierung 199, 231  
 Handlungsspielraum 84, 166  
 Handwerk 170  
 Harmonisierung 161  
 Hartz-Reform 167  
 Haushaltskonsolidierung 42, 48, 55, 56, 58, 75, 120, 153, 266, 271  
 Haushaltsplan 55  
 Haushaltspolitik 19, 31, 44, 54, 55, 56, 58, 60, 78, 83, 89, 120, 131, 132, 137, 153, 166, 191, 212, 224, 271  
 Haushaltsrecht 55, 273  
 Hegemonialpolitik 160, 168, 174, 175, 259  
 Hegemonie 22, 214, 216  
 Herrschaft 151, 214  
 Hessen 192  
 historische Analyse 168, 216, 220, 262  
 Homosexualität 52  
 Humankapital 199, 266  
 Hunger 163

## I

Image 235

- IMF 140, 142, 143, 146, 150, 255  
Immobilien 1, 4, 29, 101, 172, 263  
Imperialismus 168  
Index 20  
Indien 158, 174, 178, 241  
Indonesien 258  
Industrie 59, 92  
industrielle Beziehungen 61, 207, 265  
Industriepolitik 226  
Industrieproduktion 103, 145  
Industriestaat 69, 86  
Inflation 75, 87, 122, 145, 251  
Inflationsbekämpfung 98, 251  
Information 95, 236  
Informationsfluss 95  
Informationspolitik 236  
Informationstechnologie 95  
Informationsverarbeitung 95  
Informationsvermittlung 237  
Infrastruktur 32, 84, 163, 193, 226, 271  
Innovationspolitik 271  
Institution 198, 229  
Institutionalisierung 198  
institutionelle Faktoren 55, 80, 130, 133, 139, 203  
institutioneller Wandel 162  
Integration 105, 211  
Integrationspolitik 130  
Interesse 186  
Interessengruppe 92  
internationale Arbeitsteilung 75, 217  
internationale Beziehungen 21, 119, 165, 203, 209, 216, 246  
internationale Interdependenz 186  
internationale Kapitalbewegung 242, 257  
internationale Kommunikation 147  
internationale Organisation 153, 165  
internationale Politik 5, 119, 165, 209, 243, 269  
internationaler Vergleich 10, 35, 43, 80, 101, 108, 118, 130, 138, 139, 145, 154, 166, 169, 187, 190, 232, 264, 265, 268, 270, 271  
internationaler Wettbewerb 75, 165, 265  
internationaler Zahlungsverkehr 5  
internationales Abkommen 153  
internationales Recht 243, 250  
internationales System 242  
internationales Währungssystem 23, 24, 114, 152, 165, 215, 246, 257  
internationale Verflechtung 72, 257  
internationale Wanderung 106  
internationale Wirtschaftsbeziehungen 23, 25, 125, 140, 153, 184, 219, 228, 244, 246, 257  
internationale Zusammenarbeit 156, 160, 215  
Internationalisierung 272  
interner Arbeitsmarkt 264  
Interpretation 185  
Interventionismus 195, 244, 274  
Investition 13, 67, 84, 90, 117, 138, 171, 193, 198, 266, 272  
Investitionspolitik 78, 196, 266  
Investitionsverhalten 62, 196  
Irland 211  
Islam 163  
Israel 200  
Italien 53, 265
- J**  
Japan 35, 109, 141, 144, 155, 162, 168, 169, 244, 246, 252, 255, 268  
Journalismus 235, 240  
Journalist 232  
Justizvollzugsanstalt 261
- K**  
Kalter Krieg 178  
Kanada 109  
Kapital 22, 165, 172, 183, 218, 262, 268  
Kapitalanlage 71, 138, 229  
Kapitalbewegung 201  
Kapitalexport 245  
Kapitalgesellschaft 268  
Kapitalintensität 78  
Kapitalismus 2, 3, 7, 9, 22, 29, 35, 59, 61, 151, 168, 176, 178, 181, 183, 188, 189, 195, 196, 197, 198, 206, 210, 213, 220, 222, 223, 225, 227, 229, 244, 260, 262, 263  
Kapitalmarkt 4, 23, 72, 99, 137, 165, 172, 174, 175, 210, 239, 245, 255, 265  
Kapitalverkehr 5, 23  
Kapitalverwertung 59  
Katastrophe 175  
Keynes, J. 33, 169, 188, 251  
Keynesianismus 8, 25, 29, 33, 51, 66, 71, 152, 185, 188, 189, 190, 260, 267  
Kleinbetrieb 170  
Klimaschutz 158  
Klimawandel 194  
Koalitionsbildung 171  
Kohl, H. 74  
Kolonialismus 163  
Kommunalabgaben 60  
Kommunalpolitik 33, 55  
Kommunalverwaltung 55  
Kommunikationsverhalten 237  
Kommunismus 151  
kommunistische Partei 151, 220  
Komplexität 182  
Kompromiss 17  
Konferenz 233  
Konjunktur 37, 59, 63, 70, 76, 105, 118, 172, 176, 193, 195, 230, 269

Konjunkturaufschwung 132  
 Konjunkturpolitik 47, 70, 128, 193, 204, 226, 228, 247  
 Konjunkturzyklus 6, 37, 201, 264  
 Konsolidierung 37, 85  
 Konsum 29, 108  
 Konsumgut 108  
 Konsumverhalten 47  
 Konvergenz 108, 112, 135  
 Konzern 227  
 Koordination 198  
 Korporatismus 254  
 Korruption 13, 127, 153, 163  
 Kraftfahrzeugindustrie 61  
 Krankenversicherung 271  
 Kredit 1, 16, 90, 108, 150, 262, 269  
 Kreditmarkt 16, 216, 239, 274  
 Kreditpolitik 16, 62, 108, 239, 274  
 Kreditvergabe 1, 6, 10, 16, 28, 239  
 Kreditwesen 9, 140, 187  
 Krieg 219  
 Kriminalität 221  
 Krise 1, 17, 25, 59, 84, 100, 101, 102, 103, 107, 108, 110, 113, 116, 117, 121, 125, 126, 131, 133, 134, 135, 165, 167, 186, 199, 202, 205, 209, 228, 231, 236, 248, 254, 262  
 Krisenbewältigung 117, 186, 231, 269  
 Krisenintervention 117  
 Krisenmanagement 22, 176, 186, 196, 228, 237  
 Krisentheorie 3, 59, 201, 269  
 Krisenverhalten 231  
 Kriterium 123  
 Kritikfähigkeit 194  
 Kroatien 121  
 Kultur 74, 200  
 Kündigungsschutz 271  
 Kunst 225

## L

Landflucht 163  
 Landkreis 192  
 Lateinamerika 143, 147, 158, 160, 216, 241, 243, 250, 255, 258  
 Lebenserwartung 106  
 lebenslanges Lernen 106, 136  
 Legislative 111  
 Legitimation 134, 151, 233  
 Legitimität 151  
 Leiharbeit 169  
 Leistungsbilanz 24, 76, 108, 133, 188, 190  
 Leitbild 151  
 Lenin, W. 220  
 Liberalisierung 4, 32, 216, 228, 253, 254  
 Liebe 181  
 Liquidität 203, 226

Literatur 181, 234  
 Lohn 73, 109, 133, 169, 261, 265  
 Lohnarbeit 183  
 Lohnerhöhung 73  
 Lohnfindung 271  
 Lohnhöhe 145, 271  
 Lohnkosten 73, 106, 136, 145  
 Lohnnebenkosten 73  
 Lohnpolitik 73, 98, 184, 247, 265  
 Lohnquote 183, 268  
 Lohnunterschied 106, 136  
 Luxemburg, R. 218

## M

Maastrichter Vertrag 99  
 Macht 119, 216  
 Machtverfall 182  
 Makroökonomie 29, 80, 133, 188, 264  
 Malawi 153  
 Malaysia 258  
 Management 38, 138, 170, 198, 206, 248  
 Manager 221, 235  
 Männlichkeit 214  
 Markt 29, 172, 188, 193, 226  
 Marktmacht 138  
 Marktorientierung 223  
 Markttransparenz 95  
 Marktversagen 26, 172  
 Marktwirtschaft 35, 148, 164, 181, 184, 223, 225, 244  
 Marx, K. 165, 169, 220  
 Marxismus 71, 168, 201  
 Massenarbeitslosigkeit 74, 80, 234  
 Massenmedien 235, 236, 237, 239  
 Mazedonien 125  
 Medien 151, 202, 205, 222, 233, 236, 237  
 Mediengesellschaft 234  
 Mehrwerttheorie 201  
 Menschenbild 231  
 Menschenrechte 243  
 MERCOSUR 243  
 Merkantilismus 190  
 Metapher 202, 232  
 Methode 75  
 Mexiko 158, 255, 258  
 Migrant 211  
 Militär 74  
 Minderheitenpolitik 127  
 Mitbestimmung 61, 207  
 Mittelamerika 158, 255, 258  
 Mittelbetrieb 170  
 Mitteleuropa 114, 260  
 Mittelschicht 179, 205, 245  
 Mobilisierung 200  
 Modell 151, 198  
 Modellanalyse 173  
 Modellentwicklung 198

Modellvergleich 198  
 Modernisierung 273  
 Monetarismus 25, 251  
 Monopolkapitalismus 168  
 Moral 235  
 Mosambik 153  
 Motiv 57  
 Multilateralität 2, 160, 186, 208, 246  
 multinationales Unternehmen 148  
 Mythos 220  
  
**N**  
 Nachfrage 94  
 nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik 47  
 nachhaltige Entwicklung 104, 137  
 Nahost 158, 200, 255, 258  
 Nahverkehr 61, 261  
 Namibia 156  
 Narration 178  
 Nationalstaat 123, 134, 197, 203  
 Neoinstitutionalismus 111  
 neoklassische Theorie 8  
 Neokolonialismus 13  
 Neoliberalismus 2, 4, 13, 46, 60, 62, 164,  
 172, 175, 176, 177, 178, 183, 196, 214,  
 220, 221, 222, 224, 255, 259, 260, 261,  
 267, 274  
 neue Bundesländer 33, 79, 86, 90, 118  
 Neuseeland 265  
 Neuzeit 68  
 New Economy 2, 263  
 nichtstaatliche Organisation 194  
 Niederlande 180, 265, 270  
 Niedrigeinkommen 14, 180  
 Niedriglohn 45, 261  
 Nordafrika 119  
 Nordamerika 1, 2, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13,  
 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 26, 27,  
 28, 58, 69, 109, 115, 118, 119, 130, 138,  
 147, 151, 158, 160, 165, 168, 174, 175,  
 178, 182, 186, 187, 189, 190, 193, 197,  
 203, 211, 215, 216, 219, 233, 237, 238,  
 239, 241, 242, 246, 248, 252, 253, 256,  
 259, 264, 267, 268, 269  
 Nordeuropa 147  
 Nordkorea 258  
 Nordrhein-Westfalen 192  
 Nord-Süd-Konflikt 69, 143, 163  
 Norwegen 188  
  
**O**  
 Obdachlosigkeit 15, 52  
 OECD-Staat 82, 208  
 öffentliche Aufgaben 104, 261  
 öffentliche Ausgaben 64, 69, 81, 104, 106,  
 131, 136, 271  
 öffentliche Förderung 154

öffentliche Hand 57, 67, 212, 266  
 öffentliche Investition 45, 247, 270  
 öffentliche Leistung 79  
 öffentlicher Dienst 60, 247  
 öffentlicher Haushalt 19, 32, 37, 44, 48, 49,  
 53, 60, 64, 65, 68, 79, 82, 83, 84, 85, 86,  
 88, 91, 93, 98, 106, 116, 120, 131, 136,  
 137, 145, 150, 173, 177, 211, 261, 270,  
 271  
 öffentlicher Sektor 32, 81, 117, 193, 261  
 öffentlicher Verkehr 261  
 öffentliche Verwaltung 38, 155, 192, 271  
 Öffentlichkeit 20, 177, 202, 205  
 Ökologie 178, 181  
 Ökonomie 75, 178, 181, 185, 209, 230, 236  
 ökonomische Entwicklung 94, 117, 127, 170,  
 201, 214, 245  
 ökonomische Faktoren 94, 245, 268  
 ökonomischer Wandel 162, 245  
 ökonomisches Modell 173  
 ökonomische Theorie 38, 59, 75, 76, 94, 152,  
 169, 188, 212, 218, 268  
 Ökonomisierung 210  
 Ökosteuer 53, 155  
 Oligopol 168  
 Operationalisierung 200  
 Opposition 74  
 Ordnungspolitik 11, 155, 224, 226  
 Ordoliberalismus 185  
 Organisationskultur 206  
 organisierte Kriminalität 221  
 Ostafrika 153  
 Ostasien 21, 35, 109, 119, 141, 142, 143, 144,  
 151, 155, 158, 162, 165, 168, 169, 174,  
 178, 182, 215, 241, 246, 252, 255, 258,  
 268  
 Österreich 25, 43, 44, 83, 124, 222, 254, 265,  
 271, 272  
 Osterweiterung 114  
 Osteuropa 101, 108, 114, 116, 140, 145, 148,  
 164, 260  
 Ostmitteleuropa 104, 108, 139, 148, 164, 227  
 Ost-West-Konflikt 163  
 Ozeanien 265

**P**  
 Paradigma 205  
 Parlamentarismus 124  
 Partei 86  
 Partizipation 177  
 Partnerbeziehung 147  
 Pazifischer Raum 265  
 Persischer Golf 158  
 Personalpolitik 206  
 Perspektive 97, 167  
 Pfadabhängigkeit 162  
 Philippinen 258



- 
- Planung 193, 226  
 Pluralismus 127  
 Polen 116, 145, 148, 227  
 Politik 38, 92, 166, 226, 237  
 Politikberatung 111  
 Politiker 42  
 Politikverdrossenheit 167, 235  
 politisch-administratives System 155, 237  
 politische Entscheidung 57, 111  
 politische Entwicklung 81, 125, 126  
 politische Faktoren 85, 187  
 politische Folgen 35, 139  
 politische Geschichte 182  
 politische Institution 123  
 politische Intervention 11  
 politische Kommunikation 237, 243  
 politische Kontrolle 95, 263  
 politische Krise 182  
 politische Linke 262  
 politische Macht 182  
 politische Ökonomie 57, 97, 148, 184, 195, 201  
 politischer Akteur 41, 57  
 politische Reform 35, 41, 73, 155  
 politischer Einfluss 208  
 politischer Prozess 41, 182  
 politischer Wandel 35, 208  
 politisches Handeln 223  
 politisches System 35, 151, 182, 263  
 politische Stabilität 125, 182  
 politische Steuerung 8, 50, 138  
 politische Strategie 137, 187  
 politische Theorie 178  
 politische Verfolgung 57  
 Politisierung 178  
 Populismus 52  
 Post 32  
 postkommunistische Gesellschaft 104, 108, 127, 164, 227  
 postsozialistisches Land 104, 113, 116, 119, 121, 125, 126, 127, 145, 148, 149, 150, 158, 159, 227, 255, 258  
 Prävention 272  
 Preis 20, 47, 98, 102, 106, 136, 145, 153, 261  
 Preisbildung 20, 172  
 Preiselastizität 72  
 Preisniveau 76  
 Presse 232, 235  
 Prestige 206  
 Privateigentum 14, 29  
 privater Sektor 29  
 Privathaushalt 29, 34, 69, 108, 262  
 Privatinvestition 90, 138, 145, 261, 266  
 Privatisierung 32, 177, 196, 198, 261  
 Privatwirtschaft 261  
 Problemlösen 199  
 Produktion 59, 201, 270  
 Produktivität 47, 130, 145, 264  
 Profitprinzip 260  
 Profitrate 168  
 Prognose 40, 106, 118, 130  
 Protektionismus 129, 246  
 Protest 167, 194, 233, 235  
 Protestbewegung 121, 233  
 Prozess 43, 101  
  
**R**  
 Rahmenbedingung 138, 166  
 Rassismus 52  
 Ratingskala 272  
 Reagan, R. 175  
 realer Sozialismus 220  
 Realismus 199  
 Rechnungslegung 256  
 Recht 243  
 Rechtsberuf 243  
 Rechtsgrundlage 39  
 Rechtslage 30  
 Rechtsradikalismus 52  
 Reform 17, 38, 41, 84, 143, 155, 168, 216, 228, 234, 249, 254, 273  
 Reformpolitik 38, 40, 54, 98, 130, 155, 199, 256, 266  
 Regierung 17, 92, 126, 138, 202  
 Regierungspolitik 45, 111  
 Regionalisierung 192  
 Regionalismus 161  
 Regionalplanung 75  
 Regulierung 8, 17, 28, 41, 50, 95, 138, 139, 154, 165, 185, 186, 189, 190, 203, 214, 229, 253, 255, 256, 272  
 Religion 178  
 Rente 106, 136  
 Rentenalter 106, 136  
 Rentenfond 157  
 Rentenversicherung 98, 167, 173, 180, 184, 271  
 Reparation 70, 87  
 Republik Südafrika 158, 226, 241  
 Ressourcen 149, 199  
 Revolution 168  
 Rezeption 236  
 Rezession 4, 6, 80, 211, 264  
 Rezipient 240  
 Rhetorik 202  
 Richtlinie 192  
 Risiko 24, 69, 171, 186  
 Rohstoff 153  
 Rohstoffvorkommen 163  
 Römisches Reich 182  
 Rumänien 104  
 Russland 116, 119, 149, 150, 158, 159

**S**

- Schule 181  
Schulwesen 155, 261  
Schumpeter, J. 169  
Schweden 98, 265, 270  
Schweiz 83, 129, 180, 232, 233, 243, 249, 265, 267, 272  
Schwellenland 5, 143, 241, 258  
Selbständigkeit 104  
Serbien 103  
Sexismus 52  
Shareholder Value 4, 157, 175, 198, 229  
Sicherheitspolitik 155, 181  
Slowakei 145, 148, 227  
Slowenien 145  
Solidarität 181, 223  
Souveränität 203  
Sozialabbau 54, 60, 157  
Sozialabgaben 45, 266, 271  
Sozialausgaben 271  
Sozialdemokratie 178, 254  
soziale Beziehungen 210  
soziale Dienste 104  
soziale Entwicklung 245  
soziale Folgen 15, 139  
soziale Gerechtigkeit 37, 167  
soziale Institution 123  
soziale Lage 45  
soziale Marktwirtschaft 61, 224  
sozialer Konflikt 68  
soziale Schließung 45  
soziale Sicherung 26, 74, 106, 136, 166, 173  
soziales Problem 15, 205  
soziales System 254  
soziale Ungleichheit 45, 69, 101, 106, 136, 167, 179  
Sozialhilfe 54, 69  
Sozialhilfempfänger 69  
Sozialismus 163, 178, 220, 260  
sozialistische Marktwirtschaft 260  
sozialistische Partei 220  
sozialistischer Realismus 260  
sozialistischer Staat 151  
Sozialkosten 82  
Sozialleistung 82, 106, 136  
Sozialpolitik 12, 80, 82, 92, 98, 104, 124, 155, 180, 184, 205, 224, 239, 254, 255, 265, 271  
Sozialprodukt 166  
Sozialstaat 45, 74, 82  
Sozialstaatsprinzip 224  
Sozialstatistik 106, 136  
Sozialstruktur 179  
Sozialversicherung 48, 64, 77, 79, 127, 201, 254, 271  
sozioökonomische Entwicklung 69, 184  
sozioökonomische Faktoren 55, 85, 101  
sozioökonomische Lage 69  
Spanien 111, 211  
Sparen 42  
Sparpolitik 12, 33, 37, 46, 74, 131, 166  
Sparquote 5, 98  
SPD 191  
Spekulation 174, 175, 183, 239, 245  
Sprache 202, 232  
Staat 4, 6, 8, 12, 31, 39, 46, 53, 57, 59, 61, 68, 77, 81, 87, 177, 180, 188, 201, 214, 244, 259  
staatliche Einflussnahme 82, 187, 223, 225, 260  
staatliche Lenkung 11, 20, 41, 82, 154, 177, 195, 244, 260  
Staatsform 83  
Staatskapitalismus 151  
Staatsquote 270  
Staatssozialismus 220  
Staatstätigkeit 81, 270  
Staatsverschuldung 5, 7, 12, 18, 19, 21, 23, 25, 27, 31, 33, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 72, 73, 74, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 96, 98, 99, 106, 109, 116, 120, 122, 123, 124, 129, 130, 132, 133, 134, 136, 137, 140, 144, 145, 148, 150, 153, 155, 156, 169, 173, 175, 183, 188, 191, 199, 212, 224, 234, 235, 243, 249, 250, 252, 254, 261, 265, 266, 267, 270, 271, 273  
Stabilisierung 30, 50, 214  
Stabilitätsgesetz 123  
Stabilitätspolitik 47, 98, 123, 132, 270  
Stadt 15  
Stagflation 109, 218  
Stagnation 267  
Stalin, J. 220  
Standortfaktoren 271  
Statistik 106, 136  
Stereotyp 235  
Steueraufkommen 64, 82  
Steuerbelastung 64, 271  
Steuerentlastung 12  
Steuererhöhung 64, 79  
Steuern 12, 42, 53, 64, 68, 77, 271  
Steuerpolitik 16, 27, 40, 48, 53, 60, 77, 82, 83, 87, 91, 98, 112, 167, 191, 266, 271  
Steuerreform 31, 60, 267  
Steuersenkung 62  
Steuersystem 53  
Steuerzahler 42  
Strafrecht 221  
Strategie 186, 198, 240  
Strukturkrise 26, 57, 107  
Strukturpolitik 137, 193, 224

- 
- Strukturreform 192  
 Subvention 154  
 Subventionspolitik 129, 271  
 Südamerika 147, 158, 160, 241, 243, 250, 255, 258  
 Südasien 158, 174, 178, 241  
 Südeuropa 147  
 Südkorea 162, 258  
 südliches Afrika 71, 153, 156, 158, 226, 241  
 Südostasien 142, 159, 258  
 Südosteuropa 100, 103, 108, 113, 121, 125, 126  
 Systemkrise 139, 168  
 Systemtheorie 217  
 Szenario 169, 266
- T**
- Tageszeitung 232  
 Tarifaautonomie 54  
 Tarifpartner 54  
 Tarifpolitik 61, 184  
 technischer Fortschritt 162  
 Technologie 20  
 Telekommunikation 32  
 Terms of Trade 153  
 Terrorismus 13, 219  
 Thailand 258  
 Thatcher, M. 175  
 Theorie 59, 75, 232  
 Tochtergesellschaft 227  
 Togo 153  
 transatlantische Beziehungen 238  
 Transferleistung 106, 136  
 Transformation 113, 116, 145, 148, 164, 227, 253  
 transnationale Beziehungen 227  
 Transparenz 95, 186, 203  
 Trend 84, 240  
 Treuhandanstalt 79  
 Tschechische Republik 116, 145, 148, 227  
 Türkei 255, 258
- U**
- Überalterung 182  
 Überproduktion 183  
 UdSSR 182  
 UdSSR-Nachfolgestaat 116, 119, 149, 150, 158, 159  
 Uganda 153  
 Umsatz 53, 271  
 Umverteilung 54, 68, 117, 173, 196, 260  
 Umweltkrise 207  
 Umweltpolitik 2, 127, 184  
 Umweltschaden 74  
 UNCTAD 168  
 Ungarn 145, 148, 227, 258  
 Ungleichheit 268
- Unilateralismus 246  
 Unterentwicklung 147  
 Unternehmen 10, 13, 34, 40, 62, 198, 214, 248, 271  
 Unternehmensgründung 271  
 Unternehmenspolitik 170, 196  
 Unternehmer 214  
 Unterricht 71  
 Ursache 9, 34, 40, 65, 80, 176, 185, 203, 219, 248, 268  
 Ursachenforschung 268  
 USA 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 58, 69, 109, 115, 118, 119, 130, 138, 151, 158, 160, 165, 168, 174, 175, 178, 182, 186, 187, 189, 190, 193, 197, 203, 211, 215, 216, 219, 233, 237, 238, 239, 241, 242, 244, 246, 248, 252, 253, 256, 259, 260, 262, 263, 264, 267, 268, 269  
 Utopie 181
- V**
- Verantwortung 206  
 Verbraucher 10  
 Verbrechensbekämpfung 221  
 Verelendung 69  
 Verfassung 19, 88  
 Verfassungsrecht 30, 88, 120  
 Vergangenheitsbewältigung 124, 156  
 vergleichende Forschung 202  
 Verhalten 42  
 Verhandlung 186  
 Vermögen 172, 179, 196, 268  
 Vermögensbildung 157  
 Vermögenssteuer 60  
 Vernetzung 119  
 Verschuldung 7, 24, 29, 33, 34, 39, 57, 66, 72, 86, 91, 94, 100, 108, 116, 119, 121, 133, 150, 153, 159, 172, 212, 216, 250, 255, 262, 273  
 Verschuldungspolitik 7, 23, 66, 76, 82, 86, 173, 212, 273  
 Verstaatlichung 6, 30  
 Verteilungseffekt 22, 90  
 Verteilungsgerechtigkeit 224  
 Verteilungskonflikt 31  
 Vertrauen 206, 235  
 Verwaltung 192, 248, 273  
 Volk 233  
 Völkerrecht 250  
 Volkswirtschaft 11, 63, 128, 137, 140, 162, 176, 185  
 volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 75, 118, 264  
 volkswirtschaftliche Kosten 261  
 Vollbeschäftigung 18

Vorbild 224

## W

Wachstum 69, 76, 81, 93

Waffe 163

Wahl 86

Wähler 42

Wahlverhalten 42

Wahrnehmung 42, 200, 237

Währung 97, 133, 215, 234, 238

Währungspolitik 80, 114, 131, 152, 183, 203, 215, 238

Währungsreserve 215

Währungssystem 203, 242

Währungsunion 76, 94, 99, 120, 123

Wechselkurs 18, 114, 145, 152

Weiblichkeit 214

Weimarer Republik 70, 87, 89, 92

Welt 118

Weltbank 163

Weltbild 188

Weltgeschichte 199

Weltgesellschaft 243

Welthandel 18, 203, 246

Weltmarkt 183, 184, 219

Weltordnung 147, 174, 178, 208

Weltpolitik 119, 174, 178, 208, 233

Weltwirtschaft 2, 4, 13, 23, 71, 75, 118, 141, 144, 172, 174, 176, 184, 185, 189, 190, 195, 201, 203, 208, 215, 217, 218, 219, 222, 230, 233, 238, 244, 246, 263

Weltwirtschaftskrise 8, 17, 26, 141, 146, 168, 169, 175, 182, 184, 188, 201, 204, 216, 218, 226, 239, 244, 247, 259, 262, 263, 269

Weltwirtschaftssystem 69, 141, 189, 203, 246

Werbung 236

Wertorientierung 199

Wertpapier 95, 180

Wertschöpfung 193

Westafrika 153

Westeuropa 101, 227

westliche Welt 86, 219

Wettbewerb 165, 201, 214, 224, 225, 249, 270

Wettbewerbsfähigkeit 27, 133, 254

Wettbewerbsregeln 164

Widerstand 15

Wiedervereinigung 35, 62, 76, 78, 79, 90, 91, 159

Wirkung 76, 211

Wirkungsanalyse 90

Wirtschaft 8, 25, 59, 162, 209, 232, 240

wirtschaftliche Abhängigkeit 25

wirtschaftliche Faktoren 78

wirtschaftliche Folgen 21, 39, 144, 154, 222, 223

wirtschaftliche Integration 105, 142, 161, 163, 238

wirtschaftliche Lage 21, 103, 121, 125, 137, 144, 196, 244, 260

wirtschaftliche Macht 209

wirtschaftliches Handeln 225

wirtschaftliche Zusammenarbeit 142

Wirtschaftlichkeit 261

Wirtschaftsbeziehungen 142, 165, 238

Wirtschaftsdemokratie 157, 207, 263

Wirtschaftsentwicklung 11, 23, 27, 73, 75, 81, 98, 103, 104, 113, 118, 126, 129, 140, 141, 144, 145, 149, 162, 171, 176, 179, 195, 196, 211, 219, 223, 227, 230, 238, 244, 245, 247, 254, 260, 265

Wirtschaftsethik 181

Wirtschaftsforschung 75

Wirtschaftsgeschichte 263

Wirtschaftskriminalität 221

Wirtschaftskrise 1, 2, 4, 8, 13, 15, 21, 22, 26, 31, 40, 61, 69, 71, 73, 80, 101, 103, 104, 105, 117, 119, 123, 125, 127, 128, 133, 139, 140, 141, 144, 146, 154, 158, 163, 164, 167, 168, 170, 172, 174, 176, 177, 181, 183, 188, 189, 190, 193, 195, 196, 197, 207, 208, 211, 213, 214, 217, 218, 220, 222, 223, 225, 226, 227, 228, 230, 232, 233, 235, 237, 240, 244, 248, 260, 263, 264, 268

Wirtschaftslenkung 41, 138, 154

Wirtschaftsliberalismus 244

Wirtschaftsordnung 11, 165, 177, 223, 229, 263

Wirtschaftspolitik 2, 5, 8, 12, 18, 21, 22, 25, 33, 37, 40, 45, 46, 47, 51, 54, 59, 63, 66, 73, 75, 80, 82, 87, 92, 98, 101, 112, 118, 122, 130, 132, 140, 141, 144, 149, 152, 154, 158, 159, 176, 184, 185, 188, 189, 190, 191, 195, 196, 197, 199, 204, 207, 222, 223, 224, 225, 226, 244, 247, 260, 266, 267, 268, 270, 271

Wirtschaftsrecht 73

Wirtschaftsstatistik 106, 136

Wirtschaftsstruktur 162, 229

Wirtschaftssystem 69, 182, 196, 197, 223, 225, 263

Wirtschaftsverflechtung 57

Wirtschaftswachstum 6, 36, 47, 73, 80, 122, 129, 130, 132, 133, 141, 145, 148, 169, 178, 179, 196, 225, 266, 270, 271

Wirtschaftswissenschaftler 268

Wirtschaftszweig 32

Wissen 194

Wohlfahrt 44

Wohlfahrtsstaat 180, 254, 265

Wohlstand 129, 225

Wohnungseigentum 239

Wohnungsmarkt 14  
Wohnungspolitik 14  
WTO 2, 165, 186, 238

**Z**

Zahlungsbilanz 25, 72, 108, 114, 116, 145,  
150, 258  
Zeitung 232, 233  
Zentralbank 17, 98, 102, 115, 197, 216, 228,  
253, 269  
Zentralisierung 111  
Zins 18, 34, 90  
Zinssatz 5, 102, 269  
Zivilgesellschaft 194, 228  
Zukunft 192, 199, 203, 205, 220, 225, 246  
Zukunftsfähigkeit 223  
Zukunftsperspektive 173  
Zwang 57  
Zweite Internationale 221

19. Jahrhundert 120, 155  
20. Jahrhundert 81, 124, 148, 153, 155, 201,  
255  
21. Jahrhundert 21, 40, 178, 191, 255

---

**Institutionenregister**

- Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main 180
- Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Philosophische Fakultät, Seminar für Wissenschaftliche Politik  
Lehrstuhl für Wissenschaftliche Politik, insb. Vergleichende Regierungslehre 85
- Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 88
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Konjunktur 105
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Staat 84
- European Business School, Department Strategy, Organization & Leadership, Chair of International Management 248
- Hamburger Institut für Sozialforschung Arbeitsbereich Die Gesellschaft der Bundesrepublik 213
- Hamburger Institut für Sozialforschung Arbeitsbereich Nation und Gesellschaft 213
- Hochschule für Politik München 76
- Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung -IMK- in der Hans-Böckler-Stiftung 154
- Institut für Technik der Betriebsführung im Deutschen Handwerksinstitut e.V. 170
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel -IfW- 105
- Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. -IWG BONN- 65
- International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy -IM-  
PRS-SPCE- 253
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 138, 187, 253
- Science Po 187
- Studiengruppe für Sozialforschung e.V. 45
- Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Bamberg Economic Research Group  
on Government and Growth -BERG- Volkswirtschaftliche Forschungsstelle 93
- Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Allgemeine VWL 72
- Universität Bonn, SFB Transregio 15 Governance und die Effizienz ökonomischer Systeme 95
- Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, Mercator School of Management - Fak. Betriebswirtschaft,  
Department of Managerial Economics Lehrstuhl für Ostasienwirtschaft - Japan und Korea  
162
- Universität Duisburg-Essen Campus Essen, FB Wirtschaftswissenschaften, Institut für Betriebswirtschaft  
und Volkswirtschaft -IBES- Professur für VWL, insb. Makroökonomik 102
- Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für  
Politikwissenschaft, insb. Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie  
57
- Universität Göttingen, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Volkswirtschaftliches Seminar Professur  
Volkswirtschaftstheorie, insb. Internationale und Monetäre Ökonomik 114
- Universität Hohenheim, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften  
Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft und Journalistik 240
- Universität Innsbruck, Fak. für Volkswirtschaft und Statistik, Institut für Finanzwissenschaft 43
- Universität Innsbruck, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Finanzwissenschaft  
Prof.Dr. Smekal 83

- 
- Universität Köln, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar Abt. Neuere Geschichte 81
- Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Theoretische VWL Professur Makroökonomik 90
- Universität München, Volkswirtschaftliche Fakultät, Seminar für Makroökonomie 95
- Universität München, Volkswirtschaftliche Fakultät, Seminar für Versicherungswissenschaft 95
- Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Graduate School of Politics am Institut für Politikwissenschaft 153
- Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Forschungsschwerpunkt Regieren Prof.Dr. Robert 153
- Universität Osnabrück, FB 01 Sozialwissenschaften, Fachgebiet Staat und Innenpolitik 35
- Universität Trier, FB IV Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mathematik, Informatik und Wirtschaftsinformatik, Fach Soziologie Teilfach Arbeit, Personal, Organisation 229
- Universiteit Gent 105
- Wirtschaftsuniversität Wien, Department VWL, Institut für Arbeitsmarkttheorie und -politik 258

## **ANHANG**





---

## **Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur**

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

### **Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr**

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem. Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

### **Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln**

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen. Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

## **Zur Benutzung der Forschungsnachweise**

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.



## **Dienstleistungsangebot der Abteilung „Fachinformation für Sozialwissenschaften“**

Das Dienstleistungsangebot der Abteilung Fachinformation dient der Verbreitung, Förderung und Fundierung sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse sowie dem Wissensaustausch auf nationaler wie internationaler Ebene. Gleichzeitig macht die Fachinformation die sozialwissenschaftliche Forschung des deutschsprachigen Raumes international sichtbar.

Zentrale Aktivitäten sind Aufbereitung, Bereitstellung und Transfer von Wissen durch:

- Konzeption, Aufbau und Pflege von Datenbanken und Serviceangeboten zu Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnissen in den Sozialwissenschaften im deutschsprachigen und östlichen europäischen Forschungsraum und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen im deutschsprachigen, europäischen und internationalen Rahmen
- Aufbau von und Beteiligung an kooperativen Informationssystemen (Portalen, Themenschwerpunkten, Kommunikationsplattformen und Netzwerken) zur Unterstützung der Wissenschaftskommunikation, insbesondere auf ost-westeuropäischer Ebene und zu wissenschaftsbezogenen chancengleichheitsrelevanten Themen
- Kontinuierlicher Ausbau der Vernetzung von Informationsangeboten und Services durch Erweiterung und Einbeziehung kompetenter Partner auf nationaler wie internationaler Ebene
- Erstellung servicebasierter Publikationen und Informationsdienste zu ausgewählten Themen in Kooperation mit der Wissenschaft
- Nationales Referenzzentrum für das Politikfeld „Gleichstellung in der Wissenschaft“ gegenüber Wissenschaftsorganisationen, Bundes- und Landesministerien, Politik und Medien in Bezug auf Konzept- und Programmentwicklung, Monitoring und Evaluation von Politiken und Maßnahmen

Basisprodukte der Abteilung sind Informationen über Forschungsstrukturen, -aktivitäten und -ergebnisse, die in Datenbanken aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Neben den nachfolgend skizzierten Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Publikationen werden Datenbanken mit Informationen zu nationalen und internationalen sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, Zeitschriften, Netzwerken, Veranstaltungen und Internetquellen aufgebaut und gepflegt. Sie sind Bestandteil einer von GESIS entwickelten und zur Verfügung gestellten integrierten Suche, die weitere internationale Informationssammlungen und solche externer Partner mit einbezieht.

### **SOFIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)**

**Inhalt:** SOFIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

**Fachgebiete:** Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

**Bestand der letzten 10 Jahre:** rund 47.000 Forschungsprojektbeschreibungen

**Quellen:** Erhebungen bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. In Deutschland wird die Erhebung von GESIS durchgeführt, in der Schweiz von FORS - der Schweizer Stiftung

für die Forschung in den Sozialwissenschaften. Für Österreich hatte bis 2001 die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien diese Aufgabe inne; ab 2006/07 wurde diese vom Wiener Institut für Sozialwissenschaftliche Dokumentation und Methodik - WISDOM - übernommen. Die Ergebnisse der GESIS-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen sowie von Forschungsförderern; ein nicht unerheblicher Teil an Ergänzungen wird schließlich durch Auswertung von Internetquellen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute gewonnen.

### **SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)**

**Inhalt:** SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Internet vorhanden.

**Fachgebiete:** Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

**Bestand:** Anfang 2010 ca. 400.000 Literaturnachweise

**Jährlicher Zuwachs:** zwischen 16.000 und 18.000 Dokumente

**Quellen:** Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird von GESIS in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Absprachen über einen regelmäßigen Datenaustausch bestehen darüber hinaus mit dem Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

### **Zugang zu den Datenbanken**

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind SOLIS und SOFIS in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich. Des Weiteren stehen SOLIS und SOFIS über von GESIS betriebene Portale für Recherchen zur Verfügung:

### **[www.sowiport.de](http://www.sowiport.de)**

SOLIS und SOFIS können im sozialwissenschaftlichen Fachportal sowiport einzeln oder gemeinsam mit 18 weiteren Datenbanken durchsucht werden. sowiport enthält zurzeit folgende Datenbanken:

- Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem SOLIS
- Sozialwissenschaftliches Forschungsinformationssystem SOFIS
- Social Science Open Access Repository SSOAR
- Datenbestandskatalog DBK
- Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen
- Katalog der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Katalog des Sondersammelgebietes Sozialwissenschaften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
- Katalog der Bibliothek des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- Datenbank GeroLit des Deutschen Zentrums für Altersfragen
- FIS Bildung Literaturdatenbank
- Publikationen der Bertelsmann Stiftung
- ProQuest-CSA-Datenbanken (im Rahmen von DFG-Nationallizenzen): Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Physical Education Index
- Fachinformationsführer SocioGuide mit Informationen zu Institutionen, Fachzeitschriften, Sammlungen, Netzwerken und Veranstaltungen

Insgesamt sind in und über sowiport mehr als 3,5 Millionen Quellen zu Literatur, Forschungsprojekten, Institutionen, Zeitschriften, Veranstaltungen sowie Themenschwerpunkte und Links zu Portalen erreichbar.

## **Auftragsrecherchen und Beratung bei der Datenbank-Nutzung**

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt GESIS kostengünstig Recherchen in den Datenbanken SOFIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche beraten wir Sie selbstverständlich jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

## **Recherche Spezial und sowiport Themen-Feeds: aktuelle Themen im Internet**

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe „Recherche Spezial“ Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zusammengestellt und nach spezifischen Teilaspekten eines Themas gegliedert. Verschaffen Sie sich einen raschen Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft.

Die „sowiport Themen-Feeds“ präsentieren die neuesten Publikationen und Forschungsprojekte zu aktuellen Forschungsthemen in den Sozialwissenschaften. Aus den sowiport-Datenbanken werden mit definierten Suchanfragen Trefferlisten generiert und nach Aktualität sortiert. In der Standardeinstellung werden die aktuellsten Dokumente der letzten sechs Monate angezeigt, andere Zeiträume können ausgewählt werden.

Die in übersichtlichen Trefferlisten angezeigten Dokumente lassen sich schnell und problemlos weiterverarbeiten und können in einem individuell gestaltbaren Ordnersystem abgespeichert und verwaltet werden. Die Nachweise lassen sich mit allen bibliographischen Angaben in gängige Literaturverwaltungsprogramme exportieren oder per E-Mail an jede beliebige Mailadresse versenden.

Die Reihe der Themen-Feeds wird kontinuierlich erweitert. Eigene Themenvorschläge können per E-Mail an die GESIS gerichtet werden.

**[www.gesis.org/sowiport/themen-feeds](http://www.gesis.org/sowiport/themen-feeds)**

## **Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung – CEWS**

Als integraler Bestandteil der Fachinformation bietet CEWS disziplinenübergreifend Zugänge zu Themen, Informationen und aktuellen Fragen der Gleichstellung in der Wissenschaft. Durch das Sichtbarmachen des Potentials hoch qualifizierter Wissenschaftlerinnen unterstützt die Datenbank FemConsult die Erhöhung des Frauenanteils bei der Neubesetzung von Professuren und Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung und die Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen. Das CEWS-Themenportal (zu finden unter [www.gesis.org/cews](http://www.gesis.org/cews)) integriert Informationen zu allen gleichstellungsrelevanten Themen im Bereich Wissenschaft und Forschung (z.B. Statistik und Gleichstellungsrecht an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

## **Internet-Service der GESIS**

Umfassende Informationen zu GESIS und zum Angebot an Dienstleistungen finden Sie unter

**[www.gesis.org](http://www.gesis.org)**

**GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften  
Abteilung Fachinformation für Sozialwissenschaften**

Lennéstraße 30

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228 - 22 81- 0

E-Mail: [info@gesis.org](mailto:info@gesis.org)

